

<36622898700016

S

<36622898700016

Bayer. Staatsbibliothek

^C
DIE ENTSTEHUNGSGESCHICHTE
DER
CAROLINA

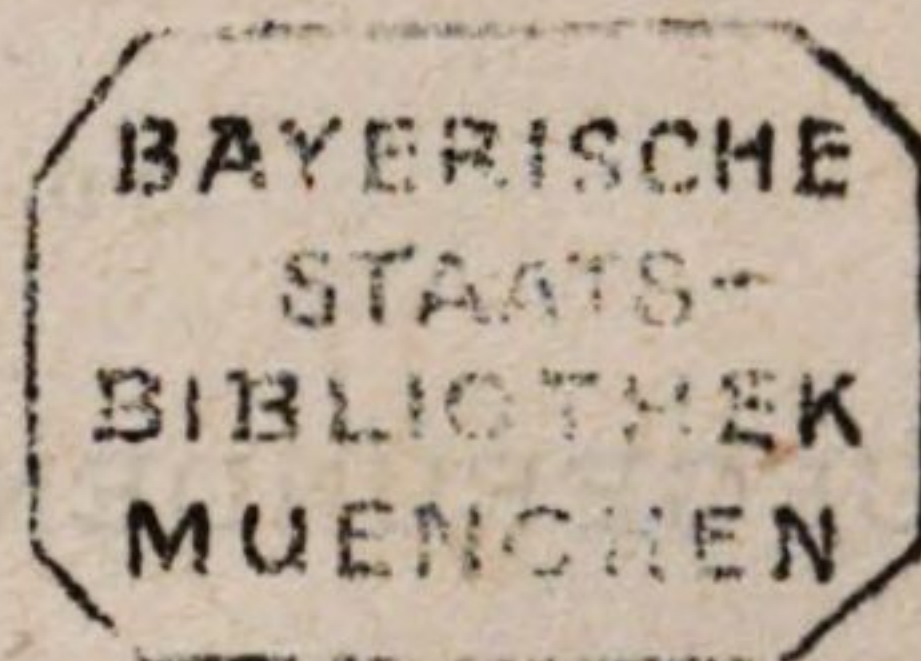
AUF GRUND
ARCHIVALISCHER FORSCHUNGEN
UND
NEU AUFGEFUNDENER ENTWÜRFE

DARGESTELLT VON

DR. CARL GÜTERBOCK,
ORDENTL. PROFESSOR DER RECHTE IN KÖNIGSBERG.

WÜRZBURG.
A. STUBER'S BUCHHANDLUNG.
1876.

Grim. 119^{te}



Druck von J. M. Richter's Druckerei in Würzburg.

SEINER EXCELLENZ

DEM

WIRKLICHEN GEHEIMEN RATHE UND PROFESSOR DER RECHTE

ZU LEIPZIG

HERRN

D^{R.} KARL GEORG VON WAECHTER

IN

DANKBARER VEREHRUNG

GEWIDMET.



Vorwort.

Unsere moderne Rechtsentwicklung ist in so mächtigem Fortschreiten begriffen und liefert der wissenschaftlichen Bearbeitung von Tag zu Tage so viel neue und wichtige Probleme, dass die rechtshistorischen Studien dagegen ganz von selbst mehr zurückgetreten sind und bei Bearbeitern und Lesern an Interesse verloren haben. Vornehmlich gilt dies von unserm deutschen Strafrechte. Der auf diesem Gebiete endlich erlangten Rechtseinigang froh, und mit Recht bestrebt, die wissenschaftlichen Früchte derselben zu geniessen, sind wir nur zu leicht geneigt, den Antheil zu vergessen, den an diesen erfreulichen Resultaten auch die Vergangenheit gehabt hat; und vielleicht wird nach wenigen Jahren eine jüngere Generation sich kaum noch erinnern, dass es ein gemeines deutsches Strafrecht gegeben habe, für dessen historische Erforschung, Begründung und Fortbildung unsere ausgezeichnetsten Kriminalisten ihre besten Kräfte eingesetzt haben. Wenn dieser Zeitrichtung unerachtet der Verfasser dem Urtheile seiner Fachgenossen eine rein rechtshistorische Arbeit — deren Erscheinen leider durch eine Reihe widriger Umstände länger, als er es erwartet, verzögert worden, — unterbreitet, so glaubt er, dass gerade der von ihm behandelte Gegenstand, die Geschichte jener grossen deutschen Strafgesetzgebung des sechzehnten Jahrhunderts, ihn einer besonderen Rechtfertigung überheben werde, und er hofft, eine nicht ganz unwillkommene Gabe allen Denen zu bringen, die sich bewusst sind, dass unser deutsches Strafrecht auch heute noch mit vielen und unzerreissbaren Fäden an die Carolina geknüpft sei, und die es anerkennen, dass jede Er-

forschung der Vergangenheit unseres Rechts zuletzt auch der richtigen Erkenntniss des gegenwärtigen Rechtszustandes Förderung bringe.

Da der Verfasser seinem Plane gemäss vorzugsweise aus den Quellen selbst schöpfen musste, hat er es nach Möglichkeit vermieden, bereits anderweit Bekanntes einfach zu wiederholen und, wo er nicht Neues zu geben vermochte, sich meist mit der Verweisung auf die vorhandene Literatur begnügt. In der Hauptsache hat er sich nur auf die äussere Geschichte der Entstehung und Redaktion der Carolina beschränken wollen, und eben deshalb genauere Erörterungen über ihre Vorläufer, insbesondere die Bambergensis und deren Quellen hier absichtlich ausser Betracht gelassen. Seine Forschungen nach dieser Richtung, sowie die von ihm gleichfalls mit Vorbedacht ausgeschiedenen damit zusammenhängenden dogmengeschichtlichen Untersuchungen hofft er an einem andern Orte veröffentlichen zu können.

Gern hätte der Verfasser die von ihm aufgefundenen neuen Entwürfe der Carolina vollständig mitgetheilt, die Rücksicht auf den Umfang nöthigten ihn jedoch, sich auf die in den Beilagen mitgetheilten Excerpte und Handschriftenkollationen zu beschränken. Auch so werden dieselben für die Textkritik das erforderliche Material liefern.

Schliesslich fühlt sich der Verfasser verpflichtet, an dieser Stelle den Herren Archiv-Vorständen und Beamten für das bereitwillige Entgegenkommen und die Unterstützung bei seiner Arbeit seinen wärmsten Dank auszusprechen, vor allen Hrn. Hofrath Ritter von Arneth zu Wien und Hrn. Archivar Dr. Burckhardt zu Weimar, welche ihm in liberalster Weise die Benutzung wichtiger Handschriften auch ausserhalb der Archive ermöglicht haben.

Inhaltsangabe.

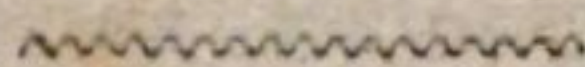
	Seite
Einleitung	1
Bisherige Leistungen für die Geschichte der Carolina. Bedeutung archivalischer Forschungen dafür. Resultate. Besprechung der einzelnen besuchten Archive.	
Die Vorgeschichte von 1495—1521.	15
Erster Anstoss zu einer Reichsstrafgesetzgebung. Die Beschlüsse von Freiburg 1498 und von Augsburg 1500. Denkschrift der Reichsstände von 1517. Gutachten der kaiserlichen Räthe und Beschlüsse der Stände von 1518.	
Der Reichstag zu Worms 1521.	32
Karl V. als Gesetzgeber. Die allgemeine Lage. Ausschüsse zur Berathung der Reformgesetze. Die Bambergensis wird der H. G. O. zum Grunde gelegt. Ausarbeitung des ersten Entwurfs derselben. Uebergabe an das Reichsregiment.	
Der erste Entwurf der H. G. O.	48
Die Handschriften. Erstes Konzept. Verhältniss des Entwurfs zur Bambergensis und zu dem Correctorium dieser. Benutzung der nicht authentischen Ausgaben der Bambergensis und die daher stammenden Fehler. Mitwirkung Schwarzenberg's.	
Die H. G. O. und das Reichsregiment 1522—1524. .	75
Das Reichsregiment und Schwarzenberg's Stellung darin. Wiederaufnahme der H. G. O. durch die Stände; revidirter Entwurf. Reichstag von Nürnberg 1524.	
Der zweite Entwurf der H. G. O.	85
Die Königsberger Handschrift; Schwarzenberg's Beziehung zu ihr. Schwarzenberg's Antheil an dem Entwurfe. Korrektur des Entwurfs aus der editio princeps der Bambergensis. Aenderungen im Entwurfe.	

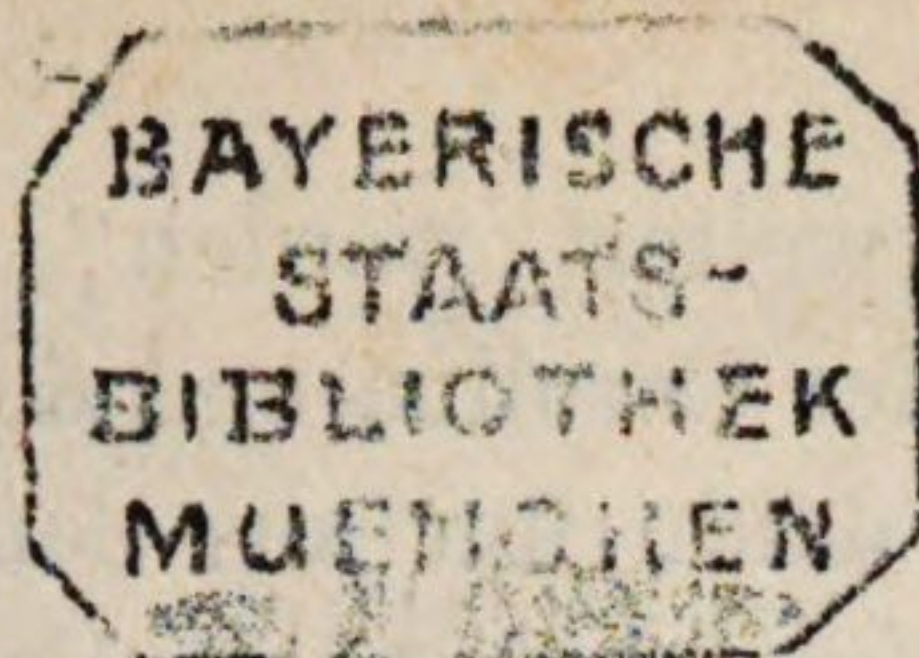
VIII

	Seite
Die Zeit von 1524—1529. Reichstag zu Speier 1529.	
Der dritte Entwurf der H. G. O.	102
Apokryphe Revision von 1526. Reichstag von 1529. Ständische Kommissarien zur Revision der H. G. O. Ihr Bericht an den Ausschuss, dessen Gutachten und Beschluss des Reichstags. Handschriften des Speierer Entwurfs. Mehrfache Redaktion desselben.	
Der Reichstag von Augsburg 1530.	128
Allgemeine Betrachtungen. Vergeblicher Revisionsversuch des Reichsregiments. Der ständische Ausschuss zur Berathung der H. G. O. Bericht über seine Zusammensetzung und seine Verhandlungen. Die Protestationen. Vertagungsbeschluss der Reichsversammlung.	
Der vierte Entwurf der H. G. O.	144
Handschriften des Augsburger Entwurfs. Die Korrekturen in den Berliner und Dresdener Exemplaren. Verschiedene Revisoren. Simon Pistoris. Die Weimarer Handschrift und ihre Noten. Theilnahme von Gregor Brück und Christian Baier. Die verschiedenen Lesungen des Entwurfs.	
Der Reichstag zu Regensburg 1532. Abschluss der Carolina.	167
Die Protestationen und die salvatorische Klausel . . .	173
Verhältniss der Territorialrechte zur Reichsgesetzgebung; salvatorische, derogatorische Klauseln. Die Formel des Speierer Projects. Kursächsische und anderer Stände Protestationen. Ausgleichsvorschlag Herzog Georg's von Sachsen. Die salvatorische Klausel der Carolina; ihre Bedeutung und Begränzung.	
Publikation und Abdruck der Carolina. Editio princeps.	199
Verkündung und Abdruck der Reichsgesetze überhaupt. Die Druckerprivilegien. Authentische Ausgaben der Carolina. Editio princeps derselben. Spuren einer Ausgabe von 1532.	
Die Text- und Redaktionsfehler in der Carolina . . .	216
Zur Textkritik. Druckfehler. Fehler in den Handschriften. Redaktionsfehler. Emendationen.	
Schlussbetrachtungen. Einfluss der Reformation. . . .	254

B e i l a g e n.

I.—IV. Aus den Handschriften der Entwürfe. . . .	269
--	-----





Einleitung.

Seit dem Erscheinen von Malblank's bekannter Geschichte der peinlichen Halsgerichtsordnung Kaiser Karl's V. sind über neunzig Jahre verflossen¹⁾, und noch immer ist dieses zwar verdienstliche, doch aber anerkannt unvollkommene und veraltete Werk das einzige seiner Art. Noch immer fehlt es an einer den heutigen wissenschaftlichen Anforderungen entsprechenden umfassenden Geschichte dieses hervorragendsten unserer älteren Reichsgesetze; und diese längst verfallene Ehreuschuld gegen unsere Vorfahren und unsere Nation ist bis heute noch nicht eingelöst.

Zwar fehlt es nicht an Arbeiten, welche einzelne Punkte gefördert und aufgeheilt haben: Wächter hat werthvolle Beiträge zur Vorgeschichte der Carolina geliefert und die Nachgeschichte derselben mustergültig bearbeitet²⁾; Herrmann hat mit hingebender Treue und Wärme das Leben Johann von Schwarzenberg's, des mit diesem Werke so innig verwachsenen Mannes, den man den Schöpfer desselben zu nennen pflegt, uns näher geführt³⁾; Hälschner mit reichem Erfolge sich der Erforschung des dogmengeschichtlichen Materials zugewandt⁴⁾. Auch der Text- und Quellenapparat ist gegen

¹⁾ Das Werk erschien 1783.

²⁾ Wächter, ad historiam C. C. C. symbolarum pars I, Lips. 1835 und: Gemeines Recht Deutschlands. Leipz. 1844.

³⁾ Herrmann, Joh. Freiherr zu Schwarzenberg. Leipz. 1844.

⁴⁾ Hälschner, Geschichte des preuss. brandenburgischen Strafrechts und in seinem System des preuss. Strafrechts.

früher wesentlich erweitert worden, seitdem nicht nur die authentischen Texte der Carolina und der Bambergensis, sondern auch die beiden bis dahin nur aus den dürftigen und unzuverlässigen Notizen bei Kress bekannten Entwürfe der erstern durch den Druck allgemein zugänglich gemacht sind, und Geib auch in dem Correctorio zur Bambergischen H. G. O. eine neue wichtige Vorquelle der Carolina erschlossen hat ¹⁾. Und doch! Gerade das Geleistete lässt die Lücken dessen, was noch zu leisten bleibt, in um so schärferem Lichte erscheinen. Noch haben wir — zu unserer Schande sei es gesagt — trotz vieljähriger Versprechungen keine Ausgabe der Carolina, die den Vergleich mit ähnlichen Arbeiten für mittelalterliche Rechtsdenkmäler nicht zu scheuen brauchte ²⁾. Wie soll aber auch eine wahrhaft kritische Ausgabe zu Stande kommen, so lange das Material dazu noch nicht vollständig gesammelt und gesichtet ist, so lange nicht einmal die handschriftlichen Vorarbeiten des Gesetzes vollständig bekannt und zugänglich gewesen? Nicht besser steht es mit der Redaktionsgeschichte. Was wir davon gewöhnlich erfahren, beschränkt sich auf eine dürftige Zusammenstellung aus den Reichsabschieden und aus den Harpprecht'schen und ähnlichen Sammelwerken. ³⁾ Worauf es aber vornämlich ankäme: eine genaue Feststellung des Verhältnisses, in welchem die Carolina zu ihren unmittelbaren und mittelbaren Quellen und Vorarbeiten, insbesondere zur Bambergensis gestanden, eine genaue Untersuchung, wie ihr Text im Ganzen und im Einzelnen sich durch die verschiedenen Redaktionsstadien von Entwurf zu Entwurf entwickelt und schliesslich seine letzte Gestalt angenommen hat, die Erwägung aller dabei fördernd oder hemmend mitwirkenden Kräfte und Strömungen unter Berücksichtigung der den historischen Hintergrund des Gemäldes bildenden wichtigen politischen und kirch-

¹⁾ N. Arch. 1844. n. VIII u. 1835 n. V. u. VII.

²⁾ Reinh. Schmidt's und Zöpfl's immerhin verdienstliche Ausgaben können diesen Vergleich nicht aushalten.

³⁾ Harpprecht, Staatsarchiv des Reichskammergerichts Ulm, 1757 u. ff. 5 Theile.

lichen Zustände jener Zeit — dafür und für manches andere ist so gut wie Nichts gethan.

Um gerecht zu sein, müssen wir aber auch anerkennen dass mit dem zur Zeit vorhandenen gedruckten Materiale sich das Geforderte nicht hat leisten lassen. Die deutsche Geschichte im Reformationszeitalter — und das gilt auch von der Geschichte der Carolina — kann, wie Rancke gezeigt hat, der Hauptsache nach nur aus ungedruckten Quellen und Hilfsmitteln bearbeitet werden, und wo diese zu suchen, hat eben Rancke den Fingerzeig gegeben. Mir ward es bei eingehender Beschäftigung mit der Carolina gar bald klar, dass rechtshistorische Untersuchungen nach den angedeuteten Richtungen hin mit Erfolg nur anzustellen seien, wenn man in den Schacht der Archive hinabzusteigen sich entschlösse und die sicherlich dort unberührt liegenden reichen Schätze zu heben versuchte. Auf diese Voraussetzung hin begann ich meine archivalischen Forschungen und die Ausbeute hat in vollem Maasse die Richtigkeit derselben bestätigt und die darauf verwandte Mühe reichlich belohnt.

Freilich bei allem Reize, den derartige Kreuz- und Querzüge durch die Archive dem auf gut Glück Suchenden, wenn er nämlich Glück hat, gewähren, ein drückendes Gefühl bleibt dennoch bestehen: das Bewusstsein, dass man für die Vollständigkeit der mit aller Mühe gehobenen Materialien mit Sicherheit nicht eintreten könne. Jede Archivbenutzung nöthigt dem Forscher, der nicht blos dilettantische Studien treiben, sondern das ernste Ziel einer bestimmt begränzten Aufgabe fest im Auge behalten will, mit zwingender Gewalt eine grosse Selbstbeschränkung in Bezug auf Zeit, Ort und Stoff auf. Alle Archive zu durchforschen, ist aus nahe liegenden Gründen unmöglich, aber auch in den besuchten Alles zu finden, was für den betreffenden Zweck thatsächlich vorhanden ist, wird — selbst die grösste Liberalität in der Gestattung der Benützung vorausgesetzt, — nur sehr selten erreichbar sein, und fast immer wird man, selbst im günstigen Falle und mit gefüllter Mappe das Archiv mit dem gemischten Gefühle nur halber

Befriedigung verlassen, weil noch ein nicht aufgehender Bruch übrig geblieben ist.

Auch ich musste mir für die vorliegende Aufgabe von vornherein jene Selbstbeschränkung auferlegen und darauf verzichten, alles Material, was möglicherweise aus Archiven beschafft werden könnte, bis zur vollständigen Erschöpfung auszunutzen. Ich konnte aber die Untersuchung mit gutem Gewissen abschliessen, sobald sich übersehen liess, dass auch bei weiterer Ausdehnung der archivalischen Forschung an der Hauptsache Nichts mehr sich ändern würde. Das ist in der That schon jetzt der Fall. Mögen später noch Einzelheiten zu Tage gefördert, mag der kritische Apparat aus den Archiven noch um einige Handschriften mehr ergänzt werden, — die Resultate, die für die Geschichte der Carolina aus der Benutzung der Archive zu erwarten waren und wirklich erzielt sind, stehen jetzt bereits vollkommen sicher und fest.

Bevor ich jedoch Rechenschaft ablege, welche Archive von mir besucht worden, sind kurz die Gesichtspunkte anzuzeigen, welche bei der Durchforschung derselben maassgebend gewesen sind.

Die Abfassung der Carolina fällt in die ersten Regierungsjahre Kaiser Karl's V., genauer in die Zeit von 1521 bis 1532, indem in dem erstgedachten Jahre der erste Entwurf des Reichsgesetzes zu Stande gebracht, in dem letztgedachten das Gesetz selbst zum endgültigen Abschlusse gediehen ist. Da seine Geschichte auf's engste mit den gleichzeitigen Reichshandlungen verflochten ist — die Reichstage zu Worms 1521, zu Nürnberg 1527, zu Speier 1529, zu Augsburg 1530 und zu Regensburg 1532 bilden ebenso viel Etappen auf dem von der Carolina durchlaufenen Wege — so musste das sie betreffende Material, wenn überhaupt solches in den Archiven vorhanden, in den Reichstags-Acten und Verhandlungen jener Tage und in anderen damit in Verbindung stehenden Schriftstücken gesucht werden. Dabei war das Augenmerk vornämlich auf folgende Punkte zu richten.

1. Wir besitzen bekanntlich von der Carolina nur gedruckte Ausgaben aber keine Handschriften, weder das dem

Drucke zu Grunde gelegte Original noch eine anderweitige authentische Kopie. Es kam nun vor Allem darauf an, festzustellen, ob nicht doch irgendwo eine derartige Handschrift vorhanden sei. Zugleich musste aber auch, da der Streit über die Authentie der gedruckten Ausgaben noch immer nicht vollständig zum Ausstrage gebracht ist, nach etwa bisher unbekannten Drucken geforscht werden. Zwar ist das Resultat hier nur ein negatives geblieben: es hat weder eine Handschrift noch ein neuer Druck der Carolina sich auffinden lassen, indessen hat auch diese Feststellung, wie wir später sehen werden, ihren Werth.

2. Von Projekten der Carolina waren bisher nur zwei bekannt: das Wormser vom Jahre 1521 in zwei Handschriften und das Speierer aus dem Jahre 1529 ebenfalls nur in zwei Handschriften erhalten.¹⁾ Es erschien nun von grosser Wichtigkeit, einerseits durch Auffindung neuer Handschriften der schon vorhandenen Projekte die Besorgniss eines möglichen Verlustes der wenigen Exemplare zu beseitigen und das Material für die Textkritik zu erweitern, und andererseits auch nach anderweiten, bisher noch nicht bekannten, jedoch vermuthlich vorhanden gewesenen Entwürfen Nachforschungen anzustellen, um auf diesem Wege sämtliche Redaktionsformen des Gesetzes vollständig zusammenzubringen. Nach beiden Richtungen hin hat die Durchsuchung der Archive befriedigende Resultate geliefert; denn nicht nur ist die Zahl der Handschriften für das Wormser Projekt auf acht und für das Speierer auf sieben vermehrt worden, so dass fortan in Betreff beider auf sicherem Grunde operirt werden kann, sondern es sind auch von mir — was weit wichtiger — in der That zwei völlig neue Entwürfe zur Carolina aufgefunden: der eine, das bisher vergeblich gesuchte Zwischenprojekt zwischen dem Wormser

¹⁾ Die Handschriften sind die von Zöpfl in seiner bekannten Ausgabe der Carolina und deren Quellen abgedruckten und die von Schletter in seiner Schrift: zur Textkritik der Carolina, Leipzig 1854, beschriebenen.

und dem Speierer¹⁾; der andere, ein der Schlussredaktion des Gesetzes unmittelbar vorausgehendes, auf dem Reichstage zu Augsburg im Jahre 1530 entstandenes Projekt. Durch beide werden wesentliche Lücken in der Redaktionsgeschichte ausgefüllt und für die Textkritik und die Auslegung des Gesetzes bedeutsame Aufklärungen gewährt.

3. Da über den Gang, den die Berathungen des Gesetzes auf den verschiedenen Reichstagen genommen, bisher ebenso wenig Genaueres bekannt gewesen ist, als über die dabei thätig gewesenen Persönlichkeiten, so musste es ferner darauf ankommen, auch hiefür wo möglich Material aus den archivalischen Aufzeichnungen zu beschaffen. Allerdings liess sich wol voraussehen, dass man daraus ein vollständiges Bild nicht würde herstellen können, immerhin haben sich aber eine Reihe von interessanten Einzelheiten ergeben, die auf manche Punkte bei der Entstehung und Abfassung der Carolina ein neues Licht zu verbreiten geeignet sind.

4. Der nahe Zusammenhang, der zwischen der Carolina und ihrer Mutterquelle, der Bambergensis besteht, gebot auch auf diese die Forschungen auszudehnen, um wenn möglich das noch gegenwärtig über ihre Entstehung und über das Verhältniss Schwarzenbergs zu ihr und zu dem Reichsgesetze obwaltende Dunkel einigermassen zu lüften.

Bei der Frage, welche Archive zu besuchen waren, musste sich das Augenmerk vornämlich auf diejenigen richten, in denen man die besten und zuverlässigsten Nachrichten zu finden hoffen durfte. In dieser Beziehung erschienen vor anderen die Archive derjenigen Reichsstände der Berücksichtigung werth, deren bekannter Einfluss auf die Reichsgeschäfte ein besonders reges Interesse an der Sammlung und Erhaltung der darauf bezüglichen Actenstücke verbürgte. Dass man sie weniger in Nord- als in Mittel- und Süddeutschland zu suchen habe, konnte nach der allgemeinen politischen Geschichte nicht zweifelhaft sein.

¹⁾ Vgl. Herrmann's Schwarzenberg, 70 71.

Ehe ich aber weiter gehe, dürfte eine allgemeine Bemerkung über Beschaffenheit und Inhalt der archivalischen Reichstagsakten am Platze sein. Die Sammlungen bestehen regelmässig aus mehr oder weniger vollständigen Serien von Bänden oder Fascikeln, in denen die auf die einzelnen Reichstage bezüglichen Urkunden und Verhandlungen meist in chronologischer Folge sich vereinigt finden. Einige dieser Sammlungen sind ersichtlich bereits gleichzeitig mit den Verhandlungen, auf die sie sich beziehen, oder wenigstens nicht lange darnach angelegt, andere dagegen erst in späterer Zeit zusammengetragen oder geordnet worden. Gewöhnlich findet man das für jeden Reichstag vorhandene Aktenmaterial in einem oder nach Bedürfniss auch in mehreren Bänden beisammen; zuweilen sind jedoch wichtige oder sehr umfangreiche Stücke aus dem Zusammenhange der übrigen herausgenommen und besonders asservirt. Nur wo die auf einer speziellen Sonderung aller einzelnen Akte nach festen Rubriken beruhende französische Archiveinrichtung durchgeführt oder zum Muster genommen ist, wie z. B. in den Archiven zu Strassburg und Karlsruhe — sind auch die alten Aktenbände aufgelöst und die einzelnen Urkunden ohne Rücksicht auf den historischen Zusammenhang auseinander gerissen und unter die zum Theil nach bureaukratischen Rücksichten normirten Schablonen vertheilt.¹⁾ Dass die Benutzung solcher Archive bei aller scheinbaren Ordnung mit manchen Schwierigkeiten verknüpft ist, liegt auf der Hand. Der Inhalt der Reichstagsakten, wie verschieden er auch im Einzelnen sein mag, lässt sich im Allgemeinen auf zwei Kategorien von Schriftstücken zurückführen.

¹⁾ Eine Instruktion des franz. Ministers d. Innern v. 25. Aug. 1857 ordnet für die Klassifikation der Archivalien vor 1790 in den Kommunalarchiven folgende Rubriken an: 1. Actes constitutifs et politiques. 2. Administration communale. 3. Impôts et comptabilité. 4. Propriétés communales, eaux et forêts, mines, édifices, travaux publics, ponts et chaussées, voirie. 5. Affaires militaires. 6. Justice, procédure, police. 7. Cultes, instruction, assistance publique. 8. Agriculture, industrie, commerce. 9. Documents divers, inventaires, objets d'art etc.

Der eine Theil derselben müsste, die Vollständigkeit der Akten vorausgesetzt, eigentlich in allen Sammlungen gleichmässig wiederkehren, und meist ist dies auch der Fall. Es sind dies diejenigen Urkunden, welche das auf den Reichstagen offiziell Verhandelte und Festgestellte enthalten und entweder den Ständen von Reichswegen zugefertigt wurden, oder von denen sie Abschrift nehmen durften und regelmässig auch genommen haben. Dahin gehören z. B. ausser den kaiserlichen Ausschreiben und Propositionen, die Verhandlungen in den Ständerversammlungen und Ausschüssen, sofern darüber etwas aufgezeichnet wurde, ferner die Entwürfe von Gesetzen und sonstigen Vorlagen und die etwa darüber gefertigten Bedenken und Rathschläge. Die Authentie dieser fast immer nur in Abschriften überlieferten Urkunden beruht eben darauf, dass sie gleichzeitig nach einem gemeinschaftlichen Originale offiziell für die einzelnen Stände angefertigt worden sind.

Eine zweite mit der ersten untermischt durchlaufende Kategorie trägt wenngleich ihr Inhalt ebenfalls sich auf die Reichsangelegenheiten bezieht, doch einen ausgesprochen partikularen Charakter an sich; sie enthält nämlich die neben den Reichsverhandlungen hergehenden, aber auf sie bezüglichen und durch sie veranlassten Interna der einzelnen Landesregierungen. Da finden sich im Original oder in Abschrift unter andern die Gutachten oder Beschlüsse der Landesräthe, die Instructionen für die ständischen Reichstagsgesandten und die Korrespondenz derselben mit ihren Machtgebern, worin sie bald über den Gang der Reichsverhandlungen im Allgemeinen, bald über einzelne wichtige oder interessante Begebenheiten mehr oder minder ausführliche Berichte erstatten. Natürlich ist der Inhalt dieses Theils der Akten in den verschiedenen Sammlungen selbst äusserst verschieden.

Unter den von mir besuchten Archiven verdient an erster Stelle

1. das Grossherzoglich Sächsische Gesamtarchiv zu Weimar genannt zu werden. In ihm finden sich gerade für die erste Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts in seltener Fülle und Vollständigkeit und in mustergültiger Ord-

nung die Archivalien des Sächsisch-Ernestinischen Hauses und namentlich die auf die Regierung der hervorragenden Churfürsten aus demselben: Friedrichs des Weisen, Johann's des Beständigen und Johann Friedrich's bezüglichen Urkunden und Akten gesammelt. Auch ist die Bedeutung dieses Archivs als einer reichen Fundgrube für die Geschichte des Reformationszeitalters schon lange erkannt und die für diese Zeit publizirten Sammel- und Urkundenwerke von Müller und Förstemann haben fast ausschliesslich aus ihm ihre Materialien geschöpft.¹⁾ Für die vorliegende Arbeit wäre aber schon der Umstand, dass in dem Weimarer Archive sich die bis vor Kurzem einzig bekannt gewordene Handschrift des Projekts der Carolina von 1529 befindet, allein hinreichend gewesen, gerade diesem Archive eine vorzügliche Aufmerksamkeit zu widmen. In der That hat denn auch die genauere Untersuchung dieser Handschrift sowie die Durchsicht der ziemlich komplett erhaltenen Reichstagsakten von 1521—1532 zu einer Reihe wichtiger Aufschlüsse über die Geschichte unseres Gesetzes geführt²⁾, und ein völlig neues Material für dieselbe erschloss sich durch den unerwarteten handschriftlichen Fund des bis dahin nicht einmal als existent vermutheten letzten Entwurfs vom Jahre 1530.

Nächst dem Weimarer kam

2. das Königl. Sächsische Haupt-Staatsarchiv zu Dresden in Betracht. Wie jenes die chursächsischen, so enthält dieses die Akten und Urkunden des Herzogthums Sachsen aus jener Periode, und die Bedeutung, welche Herzog Georg von Sachsen sowohl als selbstthätig regierender Landesherr wie als einflussreicher Reichsstand in weitesten Kreisen genoss, spiegelt sich in den bis in's Detail genau und wohl erhaltenen Aktensammlungen seiner Regierung wieder, deren

¹⁾ Müller, Reichstagstheatrum, 2 Th. Jena 1718. 19. Dess. Entdecktes Staatskabinet, B. 1—8. Jena 1717. Förstemann, Urkundenbuch zur Geschichte des Reichstags von Augsburg 1530. 2 Bde. Halle 1835. Derselbe, Neues Urkundenbuch zur Reformationsgeschichte. Halle 1842.

²⁾ Es sind namentlich folgende Akten von Belang: Reg. E. Fol. No. 26. 34. 40. 44., die Jahre 1523/24, 1529, 1530, 1532 betreffend.

Durchsicht noch durch den seinen chursächsischen Vettern gegenüber bisweilen scharf hervortretenden Gegensatz in religiösen und politischen Anschauungen ein erhöhtes Interesse gewinnt. Auch hier haben die vorhandenen Reichstagsakten für unsere Zwecke manche werthvolle Notiz geliefert¹⁾; von besonderer Wichtigkeit sind aber die in diesem Archive aufbewahrten, von Schletter beschriebenen Handschriften der Entwürfe der Carolina von 1521 und 1529.²⁾

3. Das Stadtarchiv von Frankfurt am Main, auf dessen wichtige aus 96 Foliobänden bestehende Reichstagsaktensammlung schon Rancke hingewiesen hat³⁾, durfte von mir nicht übergangen werden. Die Ausbeute bestand hier, abgesehen von einigen der Korrespondenz des Frankfurter Reichstagsgesandten Philipp Fürstenberger entnommenen interessanten Datis, in der Auffindung einer neuen Handschrift des Wormser Projekts von 1521.⁴⁾

Reiches Material haben mir auch die Bayerischen Archive gewährt, vor allen

4. das Königl. Haus- und Staatsarchiv zu München. Hier fanden sich zwei Serien von Reichstagsakten vor; die eine — die ehemals herzoglich Bayerische umfasst für die Zeit von 1521—1531 eilf stattliche Folianten und zeichnet sich namentlich in den Jahrgängen 1522—1524 und 1529 durch Vollständigkeit und Stoffreichthum vor anderen Sammlungen aus⁵⁾; die andere Serie enthält den Rest der

¹⁾ Namentlich: Vol. XXX. (1521), XXXII. (1523 und 1524), Vol. XLI. XLII. (1529), Vol. XLVI. und XLVII. (1532). In den Akten pro 1530 hat sich auffallenderweise Nichts gefunden.

²⁾ Vergl. Schletter, zur Textkritik der Carolina.

³⁾ Rancke, Deutsche Geschichte, Vorwort.

⁴⁾ Besonders vollständig sind die Akten aus den Jahren 1521 bis 1525; die späteren Jahrgänge weniger.

⁵⁾ Die Bände führen die folgenden Signaturen: No. 156/5 (ein Miscellenband, die Jahre 1500—1530 betreffend), No. 156/7 (1522—1525), 156/8 (1522—1529), 156/9 und 156/10 (1524), 156/13 (1521), 157/1 (1525. 1526), 157/2 (1527—1529), 157/3 und 157/4 (1530), 157/5 (Miscellanea aus 1530—1540), 157/6 und 157/7 (1532).

Churpfälzischen Akten, von denen für die vorliegenden Zwecke nur fünf Bände zu benutzen waren.¹⁾ In beiden Sammlungen wurden neue Handschriften der Projekte von 1521 und 1529 entdeckt.

Weniger ergiebig war

5. das Königl. Reichsarchiv zu München. Ob schon in ihm theilweise die Akten und Registraturen der früheren Reichsstädte und anderer Stände aus dem Gebiete des heutigen Königreichs ihren Platz gefunden haben, sind an Reichstagsakten doch nur Bruchstücke vorhanden: ein Konvolut Regensburger Papiere zum Jahre 1521, einige aus Stift Kempten stammende, den Augsburger Reichstag von 1530 betreffende Urkunden und ein nicht ganz werthloser Komplex von sechs Akten-Fascikeln aus Nördlingen für die Jahre 1518 bis 1529. Unter den zuerst genannten Papieren fand sich ebenfalls eine Handschrift des Wormser Projekts.

6. Von den Provinzial-Archiven Bayerns betrat ich das Bamberger mit der zuversichtlichen Hoffnung, hier, an der Geburtsstätte der Mater Carolinae, auf dem Boden, wo Schwarzenberg so lange Jahre gewirkt, sicherlich auch neue und interessante Thatsachen über ihn und sein Werk zu ermitteln. Allein gar bald musste ich zu meiner Enttäuschung erfahren, dass die nachfolgenden Geschlechter es nicht der Mühe werth gehalten haben, in dankbarer Erinnerung die Spuren des hervorragenden Mannes zu conserviren. Das Bamberger Archiv enthält so gut wie Nichts von Schwarzenbergianis und auch der Versuch, über die Entstehung der Bambergensis mehr als man bereits weiss, zu entdecken, fiel fruchtlos aus.²⁾ Günstiger waren die für die Carolina aus den vorhandenen Reichstagsakten geschöpften Ergebnisse. Auch hier fanden sich zwei verschiedene Serien derselben. Die eine, aus den Mark-

¹⁾ Es sind die Bände: 103/1 (1527—1530), 103/3d (1521—1525), 104/2 (1521 und 1526), 104/3 (1521), 104/4 (1523—1526).

²⁾ In dem im Archiv befindlichen Drucke der Bambergensis von 1538 fand ich bei den betreffenden Artikeln die Zusätze des Correctorii von einer späteren Hand nachgetragen.

gräfllich Brandenburger Akten bestehend, bot für die in Frage kommende Zeit acht zum Theil recht reichhaltige Bände; die zweite Serie, aus den Bischöflich Bambergischen Akten gebildet, ist inkomplett, indem aus der betreffenden Periode nur die Jahrgänge 1521, 1530 und 1532, und auch diese nur unvollständig erhalten sind. Beide Sammlungen lieferten Handschriften des neu entdeckten Entwurfs der Carolina von 1530.

7. Auch der Besuch des Archivs zu Würzburg war nicht ganz umsonst. Dieses Archiv, welches bereits in der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts von dem um die Geschichte Franken's wohl verdienten Lorenz Fries mit sachkundiger Hand geordnet und mit werthvollen Registranden versehen ist¹⁾, enthält die Reichstagsakten des ehemaligen Hochstifts Würzburg, von denen mir acht, die Jahre 1521—1532 betreffende Bände vorgelegen haben. Es fand sich in ihnen — von anderen Einzelheiten abgesehen — eine Handschrift des Wormser Entwurfs. Zwei andere der Entwürfe von 1529 und 1530, welche Fries als vorhanden angezeigt hat, waren nicht mehr zu ermitteln.

Die in Würzburg aufbewahrten Reste ehemals Schweinfurter Reichstagsakten sind werthlos.

8. In dem Nürnberger Archive war zwar für die Geschichte der Carolina unmittelbar kein Material zu finden; immerhin wurden aber einige die Brandenburgische Halsgerichtsordnung betreffende nicht ganz unwichtige Notizen gesammelt.

Die übrigen von mir besuchten süddeutschen Archive:

9. das Königl. Württembergische Staatsarchiv zu Stuttgart;

10. das grossherzoglich Badische General-Landesarchiv zu Karlsruhe, sowie

¹⁾ Ueber ihn: Rockinger, Magister Lorenz Fries, in den Abhandl. der Bayer. Akademie der Wissenschaften. XI. 3. Abth. 147. München 1871.

11. das Stadtarchiv zu Strassburg im Elsass haben für meine Untersuchungen keine Ausbeute geliefert.

Dass in Stuttgart aus der in Betracht kommenden Zeit kaum Erhebliches zu finden sein werde, war, wenn man sich die damalige politische Lage des Herzogthums Würtemberg vergegenwärtigt, von vornherein anzunehmen. Von Reichstagsakten fanden sich dort nur wenige und unbedeutende Fragmente.

In dem Strassburger Archive kann man dagegen sich über die Dürftigkeit an Urkunden und Nachrichten aus der betreffenden Periode überhaupt nicht beklagen ¹⁾, ein grosses Hemmniss der Benutzung des Archivs liegt aber in der schon oben erwähnten Zerreissung der alten Akten, in Folge deren die einzelnen Stücke an den verschiedensten Stellen und unter den verschiedensten Rubriken gesucht werden müssen. Trotz sorgfältiger Nachforschungen und der Unterstützung durch das vortrefflich angelegte, regestenartige Repertorium hat sich von den Vorarbeiten zur Carolina hier keine Spur entdecken lassen.

In Karlsruhe endlich walten nicht nur die nämlichen Uebelstände wie in Strassburg ob, da man hier im Anfange des gegenwärtigen Jahrhunderts mit anderen französischen Einrichtungen auch die französische Archivorganisation eingeführt hat, sondern sie werden durch den Mangel geeigneter Repertorien noch viel empfindlicher gemacht. Unerachtet des bereitwilligsten Entgegenkommens seitens des Archiv-Vorstandes ²⁾ war an eine fruchtbringende Benutzung dieses Archivs nicht zu denken.

12. Das Königl. Haupt-Staatsarchiv zu Berlin bietet für die Reichsangelegenheiten der Jahre 1521 bis 1532 nur dürftiges Material, insbesondere fehlen bis auf unbedeutende Bruchstücke die Akten und Aufzeichnungen über die damaligen Reichstage. Indessen wurde dieser Mangel für mich einiger-

¹⁾ Ein reiches Material ist für die Bauernkriege in Strassburg vorhanden.

²⁾ Des Herrn Freiherrn Dr. Roth von Schreckenstein.

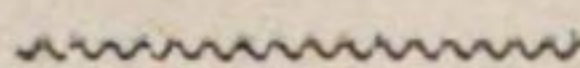
massen durch das Vorhandensein einer beachtenswerthen Handschrift des Entwurfs von 1530 aufgewogen.

13. Selbst das Provinzialarchiv zu Königsberg in Preussen, auf welches doch vermöge der Lage und geschichtlichen Vergangenheit dieser Provinz eigentlich nicht zu rechnen war, hat seinen Beitrag zur Geschichte der Carolina, und einen höchst bedeutsamen geliefert. Dieses Archiv besitzt nämlich die einzige Handschrift des neu aufgefundenen, zwischen dem Wormser und dem Speierer Entwurfe zu stellenden Zwischenprojekts zur Carolina aus den Jahren 1522 bis 1524. Diese Handschrift ist, da ein zweites Exemplar in keinem der von mir besuchten Archiven zu ermitteln gewesen, ein Unicum von ganz besonderem Werthe, und nimmt auch durch die eigenthümlichen Umstände, unter denen sie gerade nach Königsberg gekommen, unser Interesse in vorzüglichem Maasse in Anspruch.

14. Zum Schlusse ist noch des dem Kais. Kön. Haus-, Hof- und Staatsarchive zu Wien einverleibten ehemaligen Churmainzischen und Reichserzkanzlerischen Archives zu gedenken.¹⁾ Dasselbe ist zwar von mir persönlich nicht besucht, aber unter gütiger Vermittelung des Herrn Archivdirektors, Hofraths Ritter von Arneth für meine Zwecke durchgesehen²⁾, und die darin gefundenen Materialien, insbesondere die Handschriften der Entwürfe von 1521, 1529 und 1530 sind mir mit grösster Liberalität zur Einsicht vorgelegt und zur Verfügung gestellt worden.

¹⁾ Vergl. G. Wolf, Geschichte der k. k. Archive zu Wien. 1871. 97. 231 ff.

²⁾ Ich bin dafür sowie für manche sonstige Unterstützung Herrn Professor Dr. A. Tomaschek zu Wien zu ganz besonderem Danke verpflichtet.



Die Vorgeschichte der Carolina

vom Jahre 1495 bis zum Jahre 1521.

Die Geschichte der Abfassung der Carolina hat eigentlich mit dem Reichstage zu Worms vom Jahre 1521 zu beginnen, auf welchem der erste förmlich redigirte Entwurf dieser Halsgerichtsordnung zu Stande gekommen ist. Aber schon geraume Zeit vorher fanden beim Reiche Verhandlungen wegen Reformation der peinlichen Gerichte statt, die — wenn sie auch erweislich vor dem Jahre 1521 zu keinem Resultate geführt haben — doch wegen ihrer Bedeutung für die spätere Gestaltung des Werks hier nicht übergangen werden dürfen.

Die ersten Keime und Ansätze zu einer Reichsstrafgesetzgebung lassen sich bis auf den Anfang der Regierung Kaiser Maximilian's des ersten zurück verfolgen, und sie fallen somit in jene für die Umgestaltung des gesammten öffentlichen Rechts in Deutschland bedeutungsvolle Zeit, in der die Erkenntniss von der Unhaltbarkeit der politischen und Verfassungsverhältnisse, sowie die trostlose Zerrüttung der Rechtszustände im Reiche mit zwingender Gewalt Reformbestrebungen, und diesmal ernstlich gemeinte zur Wiederaufrichtung und Befestigung von Friede, Ordnung und Recht in's Leben riefen.

Die Anregung zu diesen Reformen ging auffallenderweise nicht von dem Reichsoberhaupte sondern von den Reichsständen aus. Der Kaiser ¹⁾, mit dessen Namen in der Geschichte die hervorragenden Gesetze und Einrichtungen jener Tage: der

¹⁾ Richtiger: der König; denn Maximilian führte den Kaisertitel erst seit 1508.

ewige Landfrieden, das Kammergericht u. a. verknüpft sind, verhielt sich dazu eher ablehnend als fördernd, gewährte das von den Ständen Verlangte oft nur widerwillig und suchte hinterher wo möglich selbst das mühsam Aufgebaute listig zu untergraben. Die Reichsstände sind es dagegen gewesen, welche unter der Leitung hervorragender Persönlichkeiten, wie des Erzbischofs Berthold von Mainz ¹⁾ die wichtigen Reformmassregeln zur Hand genommen, für die Ausarbeitung der Entwürfe Sorge getragen und für die praktische Durchführung derselben ihren Einfluss eingesetzt haben. Freilich dürfen wir uns auch die Stände nicht gerade als übereifrige, von dem Geiste und dem Ernste ihrer Aufgabe durchaus erfüllte Reformatoren denken. Vielfach flossen jene Bestrebungen weniger aus dem Drange Besseres zu schaffen, als aus eigennützigen Motiven; nur das wird meist betont, was den Ständen selbst zur Verstärkung ihrer Macht und ihres Einflusses dienlich, und nur zu oft erscheint die Sorge für das allgemeine Wohl in die Umhüllung partikulärer Interessen gekleidet; auch bleibt es lange wol bei blossen Worten und Wünschen, ohne dass die entsprechenden Thaten folgen, und es fehlt endlich nicht an schlagenden Beispielen, dass die Stände dem schwer Erungenen dann kleinlichen Geistes die materielle Unterstützung verkürzen oder ganz und gar entziehen ²⁾! Dennoch bleibt es wahr, dass an den auf der Gränzscheide zwischen Mittelalter und neuer Zeit in Deutschland geschaffenen Reformwerken, an jenen Wormser Ordnungen, auf welche man nachher immer und immer wieder zurückkam, der weitaus grössere Antheil den Reichsständen gebührt, und dass dieselben folgeweise einen mehr oder minder stark ausgeprägten ständischen Charakter an sich tragen. ³⁾

Im nächsten Zusammenhange hiermit stehen nun die gleichzeitig von Reichs wegen gemachten Versuche, Strafrecht

¹⁾ Ueber ihn: Rancke, Deutsche Geschichte I. 81.

²⁾ Die Geschichte des Kammergerichts und seiner Nöthe liefert die treffenden Illustrationen dazu.

³⁾ Darauf aufmerksam gemacht zu haben, ist Rancke's Verdienst.

und Strafverfahren in Deutschland umzugestalten und zu verbessern. Bekannt und von Anderen schon so ausreichend geschildert, dass es hier einer ausführlichen Wiederholung nicht bedarf, sind die Mängel und Unzuträglichkeiten der damaligen Strafrechtspflege.¹⁾ In ihnen, vornämlich in dem Verfall der mittelalterlichen Gerichtsverfassung, dem Fehlen einer starken Polizeigewalt, dem Versagen des ältern Beweisrechts und in der durch das Eindringen des römischen Rechts und des italienischen Prozesses noch gemehrten Noth und Verwirrung, sind die Ursachen zu suchen, wesshalb ein tief und in den weitesten Kreisen empfundenes Bedürfniss auch auf diesem Gebiete die Reform, und gegenüber der Zersplitterung der Territorialrechte das Einschreiten der Reichsgesetzgebung gebieterisch forderte. Mochten nun auch diese Motive mehr abstrakter Natur der Reichsgewalt damals nicht so klar wie uns vorschweben, so wirkten neben ihnen noch andere näher liegende und greifbarere Gründe. Denn täglich mehrten sich die Beschwerden über die mangelhafte Handhabung der peinlichen Gerichtsbarkeit, täglich wurden Klagen laut über willkürliche Verurtheilung Unschuldiger wie über bedenkliche Schlaffheit in der Verfolgung und Bestrafung wirklich Schuldiger. Vielleicht aber hätten diese Beschwerden trotz ihres Gewichts das Reich zu energischem Vorgehen aufzurütteln nicht vermocht, wenn nicht ein Organ vorhanden gewesen wäre, welches ihnen seinen Mund lieh — das kaiserliche und Reichskammergericht.

Das Kammergericht, — welches durch seine jüngste Neugestaltung aus einem ursprünglich kaiserlichen nunmehr ein vorzugsweise ständisches Institut geworden war oder wenigstens werden sollte — hatte vermöge seiner Verfassung und Stellung mehrfache Gelegenheit, sich mit peinlichen Sachen zu befassen. Denn es gebührte ihm nicht nur die Kognition in allen Friedensbruchsachen, sowie die Mitwirkung bei der Handhabung und Durchführung der soeben zu Worms beschlossenen Ordnungen,

¹⁾ Malblank, § 1—23. Geib, Lehrbuch des deutschen Strafrechts I. § 46. Wächter, Symbol. 6—8.

sondern es übte als höchstes Reichsgericht auch die Kontrolle über alle untern Gerichte, sei es die kaiserlichen, sei es die Territorialgerichte aus, und wurde für letztere selbstverständlich auch in Strafsachen die oberste Beschwerdeinstanz, bei welcher die Unterthanen wirksamen Schutz gegen die Willkür und die Ausschreitungen ihrer Obrigkeiten suchen und finden konnten.¹⁾ Den Reichsständen aber war das Kammergericht natürlich der sachverständige Berather in allen Rechtsangelegenheiten und in dieser Eigenschaft recht eigentlich berufen, Missbräuche und Mängel zur Anzeige zu bringen und die zu ihrer Abhülfe erforderlichen Maasregeln vorbereiten zu helfen. Gleich nach seiner Errichtung, schon im Jahre 1496 sehen wir das Kammergericht nach dieser Richtung hin thätig. Es übergab der damals zu Lindau tagenden Reichsversammlung, die sich die Untersuchung der Gebrechen im Reiche besonders angelegen sein liess, eine Reihe von Artikeln zur Verbesserung der Kammergerichtsordnung und wies bei dieser Gelegenheit auch auf den berührten wunden Fleck der Strafrechtspflege hin.²⁾ Täglich würden, so hiess es in dem betreffenden Schriftstücke, von Fürsten und anderen Obrigkeiten Viele unverschuldet — on recht vnd redlich vrsach — zum Tode verurteilt, und das Kammergericht, von den Verwandten der also Gerichteten um Gewährung Rechtens gedrängt, wisse nicht wie sich auf ihre Beschwerden zu verhalten und bäte daher um Bescheid und Belehrung.³⁾ Dabei ist es bezeichnend, dass das Kammergericht, während es bei den andern Beschwerdepunkten

¹⁾ Harpprecht, Staatsarchiv II. 80. 81. u. a. a. O.

²⁾ Die Verhandlungen bei Harpprecht II. 243—273.

³⁾ „Item so teglich wider Fürsten, Reichsstet vnd ander oberkeit in klagweis in einem gericht anbracht wird, das sy leute unverschuldet an Recht vnd redlich Ursach zum tode verurteilen vnd richten lassen haben sollen vnd durch die Fründt rechts wider dieselben begert, alsdann in eyner Supplication hibey gelegt sich auch begeben hat, ist bescheids not, wie es in demselben am Cammergericht gehalten werden sol.“ Müller, Reichstheatrum II. 78. 446. Harpprecht theilt diesen schon 1496 gestellten Antrag nicht mit. Der R. A. von 1498, nach welchem er gewöhnlich citirt wird, ist nur ein documentum referens.

zugleich seinen Rathschlag mittheilt, bei diesem sich auf die nackte Hervorhebung der Misstände beschränkt und selber rathlos den Ständen den geeigneten Weg der Abhülfe zu suchen überlässt. Zu Lindau kamen die Stände dazu freilich nicht mehr; auf dem folgenden Reichstage zu Freiburg aber im Jahre 1497—1498 wurden die Beschwerdepunkte des Kammergerichts zur Hand genommen und ernstlich erwogen.¹⁾ Der mit ihrer Berathung betraute Ausschuss, in dem zweifellos wiederum Berthold von Mainz die leitende Stimme geführt haben wird, erkannte ganz richtig, dass mit einer blossen Belehrung des Kammergerichts so wenig als mit einem Einschreiten gegen vereinzelte Missbräuche der Territorialgerichte etwas Rechtes gewonnen sei, dass vielmehr die Abhülfe nur von einer Radikalreform erwartet werden durfte. Und so taucht hier zum ersten Male der folgenwichtige Gedanke auf, die Verbesserung der Strafrechtspflege durch ein allgemeines Reichsgesetz

ein gemein reformation vnd ordnung, wie man in
criminalibus procedirn sol —

anzubahnen. Ein dahin gehender Vorschlag des Ausschusses erhielt die Billigung der Reichsversammlung.²⁾ Vorerst begnügte

¹⁾ Ueber die Verhandlungen zu Freiburg cf. Harpprecht II. 305—394.

²⁾ Harpprecht II. 347 und ff. „Auf Donnerstag, Freitag und Sonnabend nach Judica hat man gehandelt von der Kleidung eines jeden Stands; so man aber darauf nit endlich beschliessen mögen, ist davon gelassen vnd von nachfolgenden Artikeln geratschlagt.“

Es folgen nun die einzelnen Punkte wegen Verbesserung des Kammergerichts und darunter:

„Auf den artikel das viel zum tode on recht vnd unverschuldet verurteilt werden, wird not sein, deshalb ein gemein reformation vnd ordnung in dem Reiche vorzunemen wie man in criminalibus procedirn sol.“

Dass dies zunächst der Vorschlag des Ausschusses gewesen, ergibt sich aus der fernern urkundlichen Notiz bei Harpprecht II. 358:

„Sexta post Crucis — sind auf den tag die artikel des Cammergerichts betreffendt, so hievor durch einen Ausschuss bewogen vnd ratschlagt worden, durch die Versammlung angenommen.“

man sich allerdings mit dieser allgemeinen Anregung, ohne in die nähere Ausführung einzugehen; diese sollte bis zum nächsten Reichstage verschoben bleiben, damit jeder Stand in der Zwischenzeit die Sache weiter erwägen und demnächst seinen Rathschlag behufs endlicher Beschlussfassung einbringen könne. In dieser wohl auch dem Kaiser genehm scheinenden Gestalt ging der Beschluss des Reichstags in den Freiburger Reichsabschied über.¹⁾

Immerhin war damit wenigstens soviel erreicht, dass die Angelegenheit nicht mehr mit Stillschweigen übergangen werden durfte. Sie erscheint denn auch sofort wieder auf der Tagesordnung des folgenden im Jahre 1500 zu Augsburg gehaltenen Reichstags. Gerade damals lagen nun die Verhältnisse der Förderung der ständischen Interessen und Bestrebungen besonders günstig. Was Maximilian noch fünf Jahre früher zu Worms den Ständen verweigerte: die Errichtung eines die königliche Macht wesentlich einschränkenden Reichsregiments, das musste er ihnen jetzt unter dem Drucke äusserer politischer Ereignisse zugestehen.²⁾ Von dem neuen Reichsorgane hoffte man aber eine straffere Handhabung der Regierungsgewalt und die promptere und energischere Erledigung der Reichsgeschäfte, als es bisher unter der Mitwirkung des schwerfälligen und äusserst komplizirten Apparates der Reichsversammlungen zu geschehen pflegte. Ihm übertrug man daher nicht nur die wichtigsten Regierungs- und Gesetzgebungsbefugnisse, sondern auch die selbstständige Durchführung der angebahnten Reformen im Reiche.³⁾ Speziell die Strafgesetzgebung

¹⁾ R. A. 1498 § 34. Auf den artikel das viele zum tode one recht vnd unverschuldet verurtheilt worden, also lautend: Item so teglich wider Fürsten u. s. w. (wie in Note 3 p. 18.) — wirdet es not sein, deshalb ein gemein reformation vnd ordnung fürzunehmen wie man in criminalibus procedirn sol, vnd sol ein yeder hiezwischen nechster versammlung daheym davon ratschlagen und seinen ratschlag auf die nechste versammlung bringen davon entlich zue beschliessen. N. S. II. 46.

²⁾ Ranke I. 93.

³⁾ Regim. Ord. v. 1500 (R. A. 1500 art 36.) — das alle die ordnung und artikel so auf vergangenen reichstagen auf die jarliche ver-

betreffend, ging der Beschluss des Augsburger Reichstages dahin: das Regiment solle mit Rath und Hülfe des Kammergerichts

nach erkundigung der land gewonheit vnd gebrauch die zu Freiburg in Aussicht genommene „reformation vnd ordnung“ ausarbeiten und — so nahe glaubte man sich schon dem Ziele — Jedermann zur Nachachtung allenthalben im Reiche als Gesetz verkünden lassen.¹⁾ Ein wichtiges Neue brachte dieser Beschluss. War bisher die Reform des Strafrechts nur als ein Postulat im Allgemeinen aufgestellt worden, so wurde jetzt der für die Ausführung einzuschlagende Weg klar vorgezeichnet und das bei der Behandlung zu Grunde zu legende Prinzip deutlich ausgesprochen. Denn einerseits gewährte die Heranziehung des Kammergerichts und seiner romanistisch geschulten Mitglieder die genügende Garantie der Berücksichtigung des römischen Rechts und der gemeinrechtlichen Doktrin, und andererseits wurde auch dem einheimischen Territorialrechte — den Landesgewohnheiten und Gebräuchen — die gebührende Beachtung nicht versagt.²⁾ Die Verschmelzung romanischer und germanischer Rechtselemente, die uns demnächst in so glücklicher Lösung die Bambergensis und später die Carolina vorführen, sie findet sich im Prinzip bereits in dem Augsburger Abschiede von 1500 anerkannt.

sammlung gesetzt gewesen sein, nun hinfüro in allermassen auf den verordnet reichsregiment stehen sollen — also dass nun hinfüro das regiment alles und ein yedes darin zu handeln zu thun und zu lassen haben soll, das die jarliche versamblung zu thun gehabt oder haben solt. N. S. II. 82.

¹⁾ R. A. 1500 tit. XIII. Auf den artickel das viel zum tod vnrecht vnd vnverschuldt verurteilt werden etc. ist allhie beschlossen, das des reichs verordnet Regiment sampt dem Cammergericht sich nach erkundung der land gewonheit vnd gebrauch ein ziemlich reformation vnd ordnung fürnemen machen vnd allenthalben ausschreiben vnd verkunden sollen danach sich männiglich in solchen fellen hinfüro mög und soll wissen zu halten. N. S. II. 70.

²⁾ Auch bei andern Fragen ward die Bedeutung des nationalen Rechts nicht unterschätzt, so z. B. in der Kontroverse über das Erbrecht der Geschwisterkinder. Harpprecht II. 126. 133. 341.

Zunächst verblieb es aber auch dieses Mal bei der blossen Theorie. Denn die neuen Augsburger Einrichtungen erwiesen sich keineswegs als lebensfähig. Kaum gegründet, zerfielen sie auch schon wieder und der Versuch, den Schwerpunkt der Reichsregierung in einen ständischen Ausschuss zu verlegen, scheiterte an dem um so schärfer hervorgerufenen Widerstande des in seiner Machtstellung bedrohten Kaisers, der, „hatte er auch nicht die Kraft bleibende Ordnungen im Reiche zu erschaffen, doch mächtig genug war, die angefangenen nicht recht begründeten zu zerstören.“¹⁾ Reichsregiment und Kammergericht sehen wir bald in voller Auflösung ohne die erhofften Reformen auch nur um einen Schritt gefördert zu haben und auch die eben noch lebhaft angegriffene Verbesserung der Strafgesetzgebung geräth während der Wirren der nächsten Jahre gänzlich in's Stocken. Weder auf dem Reichstage zu Köln von 1505²⁾ noch auf einer der folgenden bis zum Jahre 1517 abgehaltenen Reichsversammlungen ist von ihr weiter die Rede,³⁾ obschon unerhörte Laster und Missethaten als gäng und gäbe im Reiche bitter beklagt wurden und die Mängel und Missbräuche bei den peinlichen Gerichten lauter und mahnender zur Abhülfe drängten.⁴⁾ Nach wie vor ward zwar

¹⁾ Rancke I. 98.

²⁾ Das von Goldast erfundene, von Kress und Andern geglaubte Märchen, dass auf dem Reichstage zu Köln der Entwurf einer H. G. O. vorgelegt worden, bedarf weiter keiner Widerlegung. Vgl. Wächter, Symbol. 14—24.

³⁾ Es sind die Reichstage zu Costnitz, 1507, Worms, 1509, Augsburg, 1510, Trier und Köln, 1512. Während der Jahre 1512 bis 1517 fand ein Reichstag nicht statt.

⁴⁾ Vergl. R. A. 1512 tit. IV. § 6. — Vnd aber im Reiche jetzt etwas hoch beschwerliche vnerliche vnd vnerhorte That vnd Mishandlung einbrechen, also dass einer den andern heimlich fahet, verblendt, hinwegfüret, zu zeiten für sich selbst in seinem gefengnus heimlich enthält zu zeiten andern verkauft — etlich heimlich mordbrennen — etlich fursetzlich bösslich vnd wider recht todschlagen vnd ermorden, und sonst dergleichen übelthaten begangen werden, deren doch die Thäter, obwol offtmals ein öffentlich gerücht vnd geschrei davon ist vnd erschallet mit blossen verneinen nit geständig sein wollen —. N. S. II. 142.

auf den Reichstagen in gewohnter Weise über allerlei Gebrechen, über Handhabung von Frieden und Recht und stracke Exekution im Reiche viel hin und her geredet, die Verbesserung des Kammergerichts bildete wie vordem ein stehendes Lieblingsthema der Klagen und Verhandlungen;¹⁾ so nahe es aber lag, gerade hiebei wieder auf die Reform des Strafverfahrens zurückzukommen, so wenig geschah solches, und die Freiburger und Augsburger Beschlüsse schienen bei Kaiser und Ständen gänzlich in Vergessenheit gerathen zu sein. Auch das auf dem Reichstage zu Trier von 1512 zur Ergänzung der Landfriedensordnung eingeführte eigentümliche Purgationsverfahren, wonach beim Kammergerichte Verdächtige zur Ablehnung des Verdachts zur Leistung des Reinigungseides angehalten werden durften,²⁾ ist doch nur als ein sehr beschränkter augenblicklicher Nothbehelf, keineswegs aber als ein Versuch einer Einlösung jener früher gemachten Versprechungen anzusehen. Wie fern der Gedanke an eine umfassende in die Territorialrechte eingreifende Reichsgesetzgebung gelegen, ergibt der dabei ausdrücklich beigefügte Vorbehalt: „wir wollen aber hiermit aller obrigkeit vnentzogen so des macht haben wider die so in malefitzhendeln verdacht sein, dass dieselb obrigkeit möge handeln wie an jedem ort herkommen vnd recht ist.“³⁾

Inzwischen stieg die Verwirrung im Reiche zu einer bis dahin kaum gekannten Höhe. In allen Schichten der Bevölkerung zeigte sich eine bedenkliche Gährung; vieler Orten brachen Unruhen und offene Empörungen aus und gegenüber der wieder eingerissenen Willkür, Fehde und rohen Gewalt erwies sich der Landfrieden als durchaus machtlos.⁴⁾ Unter solchen Verhält-

¹⁾ Harpprecht II. 441 u. ff. III. 237.

²⁾ R. A. 1512 tit. IV. § 6—11. Die Bestimmungen sind im Wesentlichen im Landfrieden von 1521 tit. VII. § 3—11 wiederholt. N. S. II. 142. 197.

³⁾ R. A. 1512. l. c. § 11.

⁴⁾ „Das zweite, das ist der Unfried — also vnd dermassen eingewurzelt vud gebreitet, dass der strassen zu wasser vud zu land beynah

nissen trat im Sommer des Jahres 1517 in Abwesenheit des Kaisers zn Mainz ein neuer Reichstag zusammen.

Dass in dieser allgemeinen Noth Etwas geschehen müsse, leuchtete den Ständen klar ein, nur vermochten sie so wenig als die Regierung des Kaisers ein durchschlagendes Heilmittel anzugeben. Zwar bestellten sie zur Untersuchung der Mängel und Uebel im Reiche einen Ausschuss, der als die Hauptquellen derselben die Gebrechlichkeit des Rechts und des Landfriedens bezeichnete und dies in einer Reihe von Punkten näher nachwies¹⁾; und auch die Stände selbst wandten sich in einer auf Grund dieses Berichts gefertigten und die schweren Uebel unverhüllt schildernden Denkschrift an den Kaiser, in welcher sie unter Vorlegung von zwanzig Beschwerdeartikeln ihn mit beweglichen und patriotischen Worten beschworen, im Andenken an den einstigen Glanz des Reiches seinem jetzigen tiefen Verfall zu steuern²⁾ — allein von praktisch realisirbaren Vorschlägen, wie Recht, Friede und Ordnung hergestellt werden könne, findet sich darin äusserst Weniges, und der ganze libellus gravaminum schliesst mit der ziemlich matten Bitte, der Kaiser möge einige seiner Rätthe zu einer Besprechung mit den ständischen Deputirten abordnen. Und selbst das kam nicht

nyndert im heil. röm. reich sicher sein, auch weder das haupt noch der glieder macht geleit oder anders geachtet noch angesehen wird, die unterthanen — nicht geschirmt noch bei recht vnd dem jren bleiben mögen oder behalten werden, wittwen und waisen verlassen, der ackerman an seinem bau vnd arbeit, der kauf- vnd gewerbman an jren handtierung, der fürsten vnd ander botschafter auch die so die strassen brauchen, pilgrim vnd andere an jren fürhaben vnd guten wercken verhindert“ etc. Aus dem in Note 1. p. 24 erwähnten Ausschussberichte bei Harpprecht III. 359.

¹⁾ Der Ausschussbericht bei Harpprecht III. 355—365.

²⁾ Die Denkschrift Aller Stände Schreiben an kais. Mat. des Camergerichtsordnung, verbesserung des Justizwesens, landfridens vnd policey betreffend, ist datirt: Mentz vff Freitag nach petri in vinculis anno XVII. Sie stimmt im Wesentlichen mit dem Ausschussberichte, nur sind die 17 Artikel des letzteren hier zu 20 erweitert worden. Vergl. Harpprecht III. 365—372.

zur Ausführung, da bald darauf der Reichstag ohne weitere Verhandlung und ohne Resultat auseinanderging.

Indessen blieb der hier gegebene Anstoss nicht ohne alle Wirkung. Maximilian, der damals die bevorstehende Wahl eines Nachfolgers zur Kaiserwürde auf seinen Enkel Karl von Spanien zu lenken bemüht war, hatte aus diesem Grunde ein dringendes Interesse, sich des guten Willens der Stände zu versichern und so weit es anging ihnen gefügig zu zeigen. Und so war er selbst es, der für den im folgenden Jahre 1518 nach Augsburg berufenen Reichstag die Mainzer Beschwerdeartikel unter die Proponenda aufnehmen und die zehn wesentlichsten derselben den Ständen zur Berathung zugehen liess.¹⁾

Unter diesen zehn Artikeln der kaiserlichen Vorlage, von denen die fünf ersten sich auf die Verbesserung von Recht und Gericht, die übrigen fünf auf den Landfrieden und die Polizei bezogen, interessirt uns vornehmlich der dritte, welcher von der Besetzung der niedern Gerichte und der mangelhaften Handhabung der Strafjustiz handelte und dem fünfzehnten Artikel der Mainzer Beschwerdeschrift entsprach. Er lautete in der letzteren wie folgt:

zum funffzehenden so befinden wir vil vnwesens widerwertigkeit vnd ungehorsam bei den vnterthanen so sich im reich und teutscher nation ereignet auch aus dem wurzelt, das die ampter nit alle wohl noch fridlich versehen, die gerechtigkeit auch an nydern gerichtten mangel hat vnd sunderlich das vbel vnd missthat wie sich gepurt nit oder gar wenig gestrafft wurde

¹⁾ Dass die Sache in der That vom Kaiser in die Hand genommen sei, ergibt sich aus den bei Harpprecht III. 380. 381 mitgetheilten Aktenstücken: „Churfürsten, Fürsten und andere Stend — haben auf anderweit beger Röm. Kais. Mt. unseres allergnedigsten Herren — die artickel auf dem Reichstag zu Meintz ausgangen wider für handt genommen“ — —. Vergleiche ferner den Eingang des Rathschlags der Stände bei Harpprecht III. 383: Als Röm. Kais. Mt. Churfürsten, Fürsten und andere Stend des Reichs so itzo alhie versammelt — zehn artickel zu beratschlagen vbergeben lassen — haben die stende — dieselben artickel — besichtigt etc.

das mancherhant bewegung macht vnd zu vnthaten vrsach gibt.¹⁾

Ist hierin auch nicht der früheren Beschlüsse und Pläne zur Reform des Strafverfahrens gedacht worden, so war tatsächlich doch damit die Wiederaufnahme derselben angebahnt.

Es kam nun darauf an, wie sich die Stände und die kaiserliche Regierung mit einander benehmen, und ob sie sich zu einträchtigen Beschlüssen über die Mainzer Beschwerdepunkte vereinigen würden. Nach Allem, was wir von den Verhandlungen wissen,²⁾ haben nicht gemeinsame Konferenzen stattgefunden, sondern die Stände und die kaiserlichen Räte beriethen jede für sich und erstatteten demgemäss auch besondere Gutachten. Von Beiden sind sie uns erhalten, machen aber einen durchaus verschiedenen Eindruck. Der Stände Rathschlag bewegt sich grösstentheils in allgemeinen Klagen, Wünschen und Redensarten, kommt aber trotz der vielen Worte eigentlich nicht zu praktischen Ergebnissen.³⁾ Speziell zu dem erwähnten dritten (fünfzehnten) Artikel ging ihr Vorschlag

¹⁾ Im Gutachten des Mainzer Ausschusses war dieser Artikel der vierzehnte und lautete etwas abweichend in dem folgenden Passus — „die gerechtigkeit auch an nidern gericht gestimmt vnd besonderlich das vbel auch missethaten wie sich solche wohl gepürt gantz nicht oder gar wenig vnd mehr an der nahrung dan am Leibe gestraft werden.“

²⁾ Die Verhandlungen bei Harpprecht III. 380—405. Anfänglich verzögerte sich die Sache durch die geringe Zahl der anwesenden Stände. Vergl. das dilatorische Bedenken d. d. Montag nach Kiliani 1518. l. c. 381.

³⁾ Das Gutachten führt die Ueberschrift:

Der Stende Ratschlag das Camergericht und des Ordnung betreffend vff Egidi ao d. 18 gelesen.

Von den darin begutachteten zehn Artikel betreffen: art. 1 u. 2 (= art. 7 u. 8 der Mainzer Denkschrift) die Exekution; art. 3 (= art. 15 der M. D) die Strafjustiz; art. 4 (= art. 16) Kompetenzirrunge zwischen weltlichen und geistlichen Gerichten, sowie die Westfälischen und das Rottweiler Gericht; art. 5 (= art. 17) die lässige Vollstreckung der Acht. Die fünf folgenden Artikel beziehen sich nicht auf das Justizwesen.

dahin, ein gemeines Reichsgesetz über die Besetzung der Gerichte mit

„redlichen, fridsamen, geschickten und verstendigen personen“

zu erlassen und ihnen einzuschärfen, nur nach Recht und Billigkeit zu urtheilen, das Unrecht nach Gebühr zu strafen und Missethaten nicht ungeahndet hingehen zu lassen.¹⁾

Ganz anders das Gutachten der kaiserlichen Räthe. Ersichtlich aus der sachverständigen Feder erfahrener Juristen geflossen, erörtert dasselbe die einzelnen angebrachten Beschwerden wesentlich von praktischen Gesichtspunkten aus, weist theilweise die geeigneten Mittel zu ihrer Abhülfe aus den bereits geltenden Gesetzen, theilweise aus den früher gepflogenen Reformverhandlungen nach und formulirt in klarer und bündiger Sprache unter 53 Nummern die entsprechenden neuen ohne besondere Schwierigkeiten durchführbaren Verbesserungsvorschläge.²⁾ Zwei derselben, die Art. 29 und 39 erregen unsere

¹⁾ Vff den driten artickel meldet vil unwesens widerwertigkeit vnd vngheorsame bei den vnterthanen etc. (wie oben in art. 15) — — ist der Churfürsten fürsten und andere stend gut beduncken: dieweil solchs wie angezeigt offenbar vor augen, das zuvorkummung desselbigen kais. Mt. ein gemein gesetz geordnet het, das nun hinfür Churf. fürstn und alle andern Stend und obrigkeiten allenthalben jre fürstenthumb, herrschafft, landgepiete, gerichte vnd empter mit redlichen, fridsamen, geschickten und verstendigen personen, sovil möglich versehen besetzen vnd zu gescheen verschaffen wolten, dj jederzeit sonderlichs vnd vleissigs auffsehens haben vnd jres vermögens daran sein solten, damit einem yden die billicheit vnd was recht gedey und widerfare, nymet vergewelticht, das vnrecht nach gebur gestrafft, auch das vbel, missethaten, frevel, todschleg, verleumung vnd dergleichen nit so leichtlich hingelassen, sonder bei einer yden obrigkeit und gepiet dapffer vnd ernstliche straff wie sich dan gepurt vnd recht were darin fürgenommen und gegen den thetere vnverhindert volzogen — — wurden. Harpprecht III. 386. 387.

²⁾ Ratschlag derer kaiserl. Räthen das Camergericht betreff. Harpprecht III. 391—402. Von den 53 Artikeln beziehen sich: art. 1—16 auf die Besetzung des Kammergerichts; art. 17—28 auf den Prozess; art. 29 das Strafverfahren; art. 30 die Westfälischen Gerichte; art. 31—37 Exekution und Acht; art 38, 39 die Kammerge-

besondere Aufmerksamkeit. In Art. 39 wird zum ersten Male die Idee einer Konsolidation aller das Kammergericht und dessen Verfahren betreffenden Satzungen und Ordnungen angeregt — ein Plan, der freilich erst lange Jahre danach zur Ausführung gelangen sollte¹⁾; in Art. 29 aber das Gutachten über den fünfzehnten Beschwerdeartikel der Mainzer Denkschrift erstattet. Abweichend von den Ständen stellen die kaiserlichen Räte sich dabei auf einen allgemeinen Standpunkt, indem sie wieder an die bisher unausgeführt gebliebenen Beschlüsse des Augsburger Reichstags von 1500 anknüpfen. Den Kern des Uebels erblicken sie weniger in der mangelhaften Besetzung der Gerichte als vielmehr in den schon öfters gerügten, durch ungebührliche Anwendung der Tortur und andere Missbräuche des Inquisitionsprozesses veranlassten widerrechtlichen und willkürlichen Verurtheilungen. Deshalb und da, — wie ausdrücklich konstatirt wird — das Rechtsmittel der Appellation in peinlichen Sachen versagt werde, bedürfe es einer durchgreifenden Reform des Strafverfahrens und namentlich des sofortigen Erlasses der schon achtzehn Jahre früher verheissenen „gemein Reformation vnd Ordnung.“

„Item so deglichs — heisst es an der betreffenden Stelle des Rathschlags — wider Fürsten, Reichstett vnd andere obrigkeit in clagsweiss anpracht wurdet, wie sie die leut on recht oder redlich vrsachn vom leben zum tod verurteilen und richten lassen, wie dan das die ordnung alhie zu Augspurg vf dem Reichstag ao. XV

richtsordnung; art. 40—52 wiederholen eine Reihe in früheren Abschieden beschlossener aber bisher nicht befolgter Bestimmungen; art. 53 endlich betrifft den Unterhalt des Kammergerichts.

¹⁾ Harpprecht l. c. 400. So were auch not vnd gut das Kay. Mt. vnd die Stend des Reichs etlich geschickt verstendig personen verordnet vnd den bevelch geben, alle artickel des kais. Camergericht antreffen vs den vorgemelten des Reichs vfgerichtten ordnungen vnd abschide vszuziehen zu rubriciren vnd drucken zu lassen, damit vil irrung vnd seumnus, so bei dem gemeinen manne aus vnwissenheit derselben erwachse furkomen und sich menniglich hinfuro dest bass danach zu richten het.

gehalten anzeigt, vnter anderm dass in solchem ein zimlich Reformation vnd ordnung furgenommen — solt werden — das aber vntzher nit bescheen, darumb ist für gantz nottürftig nutz vnd gut angesehen, dass solche Reformation vnd ordnung vf disem Reichstag beschlossen vnd im heiligen Reich allenthalben publicirt verkunt vnd bei grossen poenen zu halten geboten, damit das cristlich plut mit vnmenschlicher marter vnd peynigung nit also vnschuldiglich vergossen vnd mit eignem willen vnd gewalt on recht vnd redlich vrsach on eroffnet jrer verhandlungen auch on genugsam verleymung vnd vber das dieselben beschuldigte jren vrsprung von erbaren fromen leuten haben, vom leben zum tod pracht, dieweil doch in solche peinliche hendle wie in burgerlichen Sachen kein appellation will zugelassen werden, vnd dass in alweg in solcher ordnung fürsehen, welcher dieselben vberfahren und nit halten wurden, alsdan der kais. fiscal wider denselben vf sein verschulden am kais. Camergericht mit recht procedirn sol.¹⁾

Das Gutachten der kaiserlichen Rätthe, welches demnächst den Reichsständen zur weiteren Erwägung übergeben ward, fand bei diesen die gebührende Anerkennung; und indem sie zu seinen Gunsten willig auf ihren eigenen Rathschlag verzichteten, gaben sie in allen Hauptpunkten den Anträgen jener ihre volle Zustimmung.²⁾ Dies gehah insbesondere auch hinsichtlich der Art. 29 und 39. Dem Vorschlage der Rätthe konform sollte nicht nur die Kammergerichtsordnung neu revidirt und zusammengestellt, sondern auch die „ordnung der

¹⁾ Harpprecht III. 397. Bemerkenswerth ist die Hervorhebung der Missbräuche des Untersuchungsverfahrens.

²⁾ Das Aktenstück, in welchem die Erklärung der Stände enthalten, führt die Aufschrift:

Der Churf. Für. vnd andere Stend des Reichs gutbeduncken auf Rö. Kais. Mt. unsers allergn. Herrn gestellt vnd vbergeben artickel das kais. Camergericht belangend. Harpprecht III. 402—405.

peinlichen Sachen“ noch auf dem gegenwärtigen Reichstage abgefasst, endlich beschlossen und publicirt werden, und nur darin ging der Beschluss der Stände über den Antrag der Rätthe hinaus, dass sie, was allerdings nahe lag, die Förderung der beiden grossen Werke zusammen denselben Händen anvertraut und die Ausarbeitung des Strafgesetzes der zur Revision des Kammergerichts zu ernennenden Kommission übertragen wissen wollten.¹⁾

So war denn das zur Herbeiführung gedeihlicher Resultate erforderliche Einverständniss zwischen Kaiser und Reichsversammlung erreicht, und man schien endlich auf dem Boden der praktischen Verwirklichung der so lange geplanten Reformen angelangt zu sein. Allein auch dieses Mal sollte das mit so vieler Mühe Beschlossene nicht zur That werden. Die Stände selbst waren es, welche durch kleinliche Geltendmachung ihrer partikulären Interessen und durch nutzlose Zänkereien²⁾ das Zustandekommen des definitiven Reichsschlusses verhinderten und dem im Herzen eigentlich jeder Neuerung abholden Kaiser den willkommenen Vorwand boten, den Reichstag wiederum resultatlos heimzuschicken und die fernere Berathung über die vorgeschlagenen Reformen auf eine demnächst wegen der Türkenhülfe in Kürze zu berufende neue Versammlung zu verschieben.³⁾ In den veröffentlichten Reichsabschied ging nur

¹⁾ „Der 29 artickel placet, vnd das die kais. Mt. sampt den stenden yetzt alhie auf diesem reichstag darzu verordnen wölltn sollich ordnung zu verfassn vnd aufzurichtn, dass auch dieselb auf gegenwurtigen Reichstag entlich beschlossn vnd publiciret werd,

der 39 artickel placet, vnd das denselben verordnetn auch bevelch geben werd, die Ordnung der peinlichen sachen halbn laut des vorgemeldeten 29 artickels aufzurichtn, dieweil auch sollichs etwaz musam sein wirdt, das alsdann denselbn verordnetn jrer arbeit auch ergötzlichkeit widerfare.“

²⁾ Namentlich über den Unterhalt des Kammergerichts und etwaige Exemtionen davon.

³⁾ Vergl. die kaiserliche Erklärung bei Harpprecht III. 424 -- „deshalben will Kais. Mt. dieselben haendel bis auf den nechsten reichstag, so der Türckenhülff halben in kürtz gehalten werden muss ansteen vnd ruwen lassen.“

die beliebte Vertagungsklausel über.¹⁾ Kaiser Maximilian kam aber nicht mehr dazu, auch nur diese Zusage zu erfüllen; er starb bereits am 12. Januar 1519, und der nächste Reichstag trat erst unter seinem Nachfolger zusammen.

¹⁾ R. A. 1518. § 6. N. S. II. 171.

Der Reichstag zu Worms 1521.

Voll Hoffnungen und Erwartungen sah die Nation dem neuerwählten Kaiser Karl dem Fünften entgegen. Die Erbschaft, die er übernommen, mächtig und reich wie sie war, war doch zugleich auch mit ernstestn Verpflichtungen belastet. Vieles Wichtige und Nothwendige, was unter Maximilian's schwankendem Regimente theils ungeordnet gelassen, theils in's Ungewisse hinausgeschoben worden war, harrete nunmehr der endlichen Regelung, und die besten Kräfte Deutschlands erwarteten von dem jugendlichen Reichsoberhaupte, dass er mit thatkräftiger Hand die Wirrnisse lösen, ein festes Gefüge sicherer Ordnung im Reiche aufrichten, dass er ein Schöpfer oder Vollender der längst verhiessenen Reformen sein werde. Mit Spannung waren Aller Augen auf ihn gerichtet, als er im Januar des Jahres 1521 zu Worms seinen ersten Reichstag eröffnete. Bot seine Persönlichkeit die Gewähr dafür, dass die auf ihn gesetzten Hoffnungen unter seiner Herrschaft in Erfüllung gehen würden?

Karl war unzweifelhaft ein grosser Diplomat, ein kühner und gewandter Politiker, aber — was er hätte sein müssen — ein grosser Gesetzgeber und Reformator, das ist er nie gewesen, wenigstens für Deutschland nicht.¹⁾ Fremd der Nation, der er seine erhabene Würde verdankte, nicht einmal ihrer

¹⁾ Für die Niederlande vergl. Del Marmol, de l'influence du règne de Charles-Quint sur la legislation — de la Belgique. 1838.

Sprache mächtig, stand er dem geistigen Leben derselben fern und es fehlte ihm durchaus das Verständniss für ihre Bedürfnisse und Interessen. Niemals hat er aus eigenem Antriebe, in bewusster Erkenntniss der leitenden Ziele, sei es auch nur durch glückliche Benutzung der Kräfte anderer die grossen Reformwercke, nach denen die Nation sich sehnte gefördert; und der persönliche Einfluss und Antheil, den er an den legislativen Aufgaben seiner Tage genommen, ist auf Null anzuschlagen. Jede Seite seiner umfangreichen und bedeutsamen Korrespondenz beweist es,¹⁾ — von Deutschland interessirte ihn nur die religiöse Frage, die Niederwerfung widerspenstiger Stände und die Bewilligung von Mitteln für seine auswärtigen Unternehmungen. Was waren ihm neben den letzteren, neben seinen weltumspannenden Herrschaftsplänen Kammergericht, Landfriede, Polizei- und andere Ordnungen. Und selbst an dem grossen Reichsgesetze, das Mit- und Nachwelt auf seinen Namen getauft hat, — was ist an der Carolina sein eigen zu nennen, ausser diesem Namen? Keine Spur davon, dass er sich persönlich für das Zustandekommen dieses Werks interessirt, dass er je durch irgend einen Akt nachhaltig für die Förderung desselben eingetreten, dass er als geistiger Schöpfer auch nur eines Gedankens darin anzusehen wäre.

Auch unter den Räthen, welche Karl beim Antritt und im Verlauf seiner Regierung umgaben, fand sich keine Persönlichkeit, die durch hervorragende Begabung die Seele grosser gesetzgeberischer Pläne hätte werden können. Von den Spaniern und Niederländern, die in des Kaisers Gunst und Vertrauen am höchsten standen, kann überhaupt nicht die Rede sein. Und die deutschen Räte, denen die Leitung der Reichsgeschäfte zufiel, waren zwar noch von Maximilians Schule her in der Routine aller gewöhnlichen Vorkommnisse erprobt, auch allenfalls zu dem kleinen Kriege der Intriguen und Reibungen mit den Ständen geschickt; schöpferische Kraft, weiter Blick, grossartige allgemeine Anschauungen gingen ihnen aber ab. Keiner unter ihnen: nicht der Kardinal von Salzburg

¹⁾ Lanz, Korrespondenz des Kaisers Carl V.

nicht Lamparter, nicht der vielgeschickte Hannart,¹⁾ noch später Varnbüler oder Balthasar Waltkirch²⁾ — haben bei den gesetzgeberischen Arbeiten jener Zeit erweislich eine nennenswerthe Rolle gespielt.

War also für die Förderung der Reformbestrebungen auf den Kaiser nicht zu rechnen, so musste wiederum wie unter Maximilian ihr Schwerpunkt in die Reichsstände fallen. Wieder ging auch unter Karls Regierung die Initiative zu den wichtigen Reichsordnungen von den Ständen aus, fiel ihnen fast ausschliesslich die Vorbereitung derselben zu; und wenn trotz mannichfacher Hemmnisse schliesslich doch noch etwas halbwege Brauchbares zu Tage kam, so hatte man es hauptsächlich jenen zu verdanken.

Vergegenwärtigen wir uns die bedeutendsten in den Reichsversammlungen wirkenden Kräfte, so waren es eigentlich nur die beiden Kollegien der Kurfürsten und Fürsten, die einen entscheidenden Einfluss auf die Geschäfte übten und in allen Fragen von Bedeutung den Ausschlag gaben. Die „ander Stend,“ wie in dem damaligen offiziellen Staatsstile die sonst auf dem Reichstage Erscheinenden hiessen, spielten neben jenen nur eine untergeordnete Rolle; sie erscheinen mehr als Geduldete, als Petenten und Supplikanten denn als gleich berechnete Mitrather. Dies galt insbesondere auch von den Reichsstädten. Zwar musste mit ihnen als einer Macht im Reiche gerechnet werden, und sie hatten in den letzten Zeiten sich eine Art faktischer Anerkennung in so weit zu erzwingen gewusst, dass man sie bei wichtigeren Berathungen nicht ganz umgehen durfte; immer aber blieb ihre Zuziehung nur Sache der Gunst und der politischen Klugheit und die von ihnen gemachten Versuche, die volle Theilnahme an den Reichsverhandlungen als ein Recht zu beanspruchen, sind wiederholt als

¹⁾ Hannart ist mehrfach als kaiserlicher Orator auf den Reichstagen aufgetreten.

²⁾ Später Bischof von Costnitz. Er wird bereits neben Lamparter unter den vom Kaiser zum Reichsregimente ernannten Räten erwähnt Mainzer Akten des Wiener Archivs, 1521 fol. 172.

unbegründete Präensionen zurückgewiesen.¹⁾ Diese Sonder- oder Zwitterstellung, mehr aber noch die Besorgniss vor Uebergriffen der mächtig wachsenden Territorialherrschaften und vor Vermehrung der Lasten liessen die Städte im Allgemeinen jede Neuerung im Reiche mit Misstrauen aufnehmen und bewirkten, dass die in ihnen vorhandenen tüchtigen Elemente, statt den legislativen Reformen zu Gute zu kommen, sich ihrer Durchführung vielfach feindselig oder doch hemmend entgegensetzten.²⁾

Wenn so in der Vereinigung der Reichsfürsten die geistige Werkstatt der gesetzgeberischen Arbeiten jener Zeit zu suchen ist, so fehlte es hier nicht an geeigneten und der Aufgabe gewachsenen Kräften. Nicht nur standen den Fürsten erfahrene und zuverlässige Rätthe zur Seite, denen, wenn nicht die Schöpfung des Ganzen doch das technische Detail der Ausführung überlassen werden konnte; auch unter ihnen selbst waren nicht wenige, die mit hervorragender Begabung und Thatkraft ausgerüstet und von sittlichem Ernste durchdrungen, jenen Arbeiten stetige Aufmerksamkeit und Theilnahme schenkten,

¹⁾ Die Frage wegen der rechtlichen Stellung der Städte auf den Reichstagen ist noch keineswegs zur Genüge aufgeklärt. Seit 1489 werden sie zwar gewöhnlich zu den Berathungen zugezogen und bilden neben den Kurfürsten und Fürsten unter sich eine Art Kollegium; aber es fehlte jede feste Organisation. Vergl. Ranke, Geschichte I. 60. Man legte nur Gewicht darauf, dass die Städte sich nicht abgesondert hielten, und dass sie den Reichsbeschlüssen ausdrücklich beitraten. Förstemann, Urkundenbuch II. 620. 640 u. a. In dem 1521 errichteten Reichsregimente wurden den Städten zwei ständige Beisitzer gewährt. Reg. O. 1521 § 19. Der auf dem Reichstage von 1524 von den Städten gestellte Antrag, sie als vollberechtigten dritten Stand anzuerkennen, wurde auf das Entschiedenste von Kurfürsten und Fürsten abgelehnt. Man berief sich darauf, dass sie von Alters her niemals zur Reichsversammlung zugelassen, dass erst seit Kurfürst Berthold's (von Mainz) Zeiten einigen Städten die Berufung mit Auswahl gewährt sei, und lehnte die Supplik ab. — Aehnliche Vorgänge wiederholten sich noch öfters.

²⁾ Namentlich gab das Verlangen der städtischen Abgeordneten, immer erst die Zustimmung ihrer Machthaber einzuholen (das s. g. hinder sich ziehen) zu ärgerlichen Verzögerungen Anlass.

ja es nicht verschmähten, auch im Einzelnen selbst mit Hand anzulegen. Wir finden sie gleichmässig auf beiden Seiten der grossen Religionsspaltung, die das Reich leider in zwei feindliche Lager schied. Den Sachsenfürsten: Friedrich und Johann, den Brandenburgern: Casimir und Georg auf der einen Seite, standen nicht minder ebenbürtig Georg von Sachsen, Wilhelm von Bayern, Joachim von Brandenburg gegenüber; und auf dem neutralen Gebiete der beiden Theile gleich sehr erwünschten Reformen ward ihnen vielfach Gelegenheit zu friedlichem Zusammenwirken und Meinungsaustausch unerachtet der in Glaubenssachen vorhandenen schroffen Gegensätze.

Wenn dennoch aber im Ganzen so wenig Fruchtbringendes geleistet und das zu Stande Kommende oft erst nach jahrelangen Geburtswehen zur Welt gebracht wurde, so lag dies einestheils an den dauernden politischen und religiösen Wirren, die fort und fort den ruhigen Gang der Arbeiten unterbrachen und die Kräfte von ihnen abzogen, andernteils aber an der trostlosen Schwerfälligkeit des auf den Reichstagen eingehaltenen Geschäftsganges. Man behandelte die Sache eben als einen nach allen Regeln der Kunst und der Chikane so recht zu verschleppenden *processus ordinarius*; ziel- und planlos zogen sich die Berathungen durch einen Wust schwülstiger hin- und hergewechselter Staatsschriften, mit dilatorischen und anderen Bedenken, ausweichenden Responsionen, Repliken, Dupliken u. s. w. und unfruchtbaren Rathschlägen hin,¹⁾ und gewöhnlich verstand es eine Partei noch im letzten Augenblicke den Abschluss der Sache durch ein vorgeschobenes scheinbar schwerer als das allgemeine Wohl wiegendes Sonderinteresse auf ein paar Jahre aufzuhalten. Nimmt man dazu die lähmende Passivität der Reichsregierung, den Mangel an Theilnahme und Anregung aus mitten der Nation und, was zwar nebensächlich, doch aber auch in's Gewicht fiel, die Ueberwucherung des Schreibewerks, — da von Allem für Alle zeitraubende Abschriften

¹⁾ Der Blick in die ersten besten Reichstagsakten bestätigt das Gesagte.

gefertigt werden mussten — so ist es nicht zu verwundern, dass die dringendsten Gesetze durchschnittlich ein Menschenalter brauchten, ehe sie durch die zahlreichen und gefahrdrohenden Klippen in den Hafen des Gelingens einliefen. Bezeichnend ist endlich noch die Ideenarmuth, an welcher die Gesetzgebung dieser Epoche leidet. Man nehme die verschiedenen Redaktionen des Landfriedens, der Polizei- und anderer Ordnungen — immer stösst man wiederholt auf dieselbe Gedankenreihe, die nämlichen Phrasen und die gleiche ebenso unerquickliche als unästhetische Fassung. Wenn die Carolina hievon eine Ausnahme macht und sich durch Originalität des Inhalts und Reinheit der Form vor ihren Schwestergesetzen vortheilhaft auszeichnet, so verdankt sie dies in erster Linie den Vorzügen ihres genialen Vorbildes der Bambergensis, und daneben dem Umstande, dass auch in den spätern Stadien ihrer Redaktion ganz besonders begabte Persönlichkeiten mitgewirkt haben.

Nach dieser Skizze der allgemeinen Verhältnisse trete ich jetzt in die Reichsverhandlungen selbst ein.

Die kaiserliche Proposition, welche zu Anfang des Reichstags zu Worms 1521 den Ständen zugegangen war, berührte nur in unbestimmten Aeusserungen die Misstände im Reiche und gab der Hoffnung auf deren Abstellung zwar im Allgemeinen Ausdruck, ohne jedoch mit festen greifbaren Plänen hervortreten.¹⁾ Die kaiserliche Regierung überliess die Initiative dazu den Ständen, und diese griffen allerdings sofort

¹⁾ In der kaiserl. Proposition d. d. Montags nach Convers. Pauli (28. Jan. 1521) heisst es nur: „vnd in Sonderheit wie im' heiligen Reich austreglich recht und fried, gut ordnung und policey, desgleichen Execution vnd handhabung desselben aufgericht vnd gemacht, — darzu alle beswerungen vnd sonderlich die Strassrauberei, die jrer Mjt. ganz widerwertig vnd vnleidlich ist, allenthalben im h. R. abgestellt.“ (Acta 1521 Dresd. Archiv f. 7. Mainz. Acta f. 5.)

mit Eifer die Sache an.¹⁾ Nachdem so lange Nichts geschehen war auch nur die mässigsten Anforderungen und die dringendsten Bedürfnisse der Nation zu befriedigen, sollte nun wie auf einen Schlag das Versäumte nachgeholt und wie auf Zauberwort das ganze Füllhorn der Reformgaben mit Regiment, Kammergericht, Landfrieden, Polizei und was sonst noch der Ordnung harrete, ausgeschüttet werden. Wohl hätte schon die schwer zu bewältigende Menge des in Angriff genommenen Stoffs den besonnenen Beobachter stutzig machen und die Gefahr theilweisen Misslingens nahe legen können, indessen kamen derartige Bedenken den Betheiligten nicht, sie gingen frischen Muthes und regen Eifers an die Arbeit und suchten nach besten Kräften die ihnen gestellten Aufgaben der Lösung entgegenzuführen. Auch von den Reichsfürsten nahmen mehrere an den Ausschusssitzungen Theil, in denen die verschiedenen Ordnungen berathen wurden.²⁾

In dem Reformprogramme fehlten dieses Mal die peinlichen Gerichte nicht. Auch zu Worms waren mit den Klagen über die Willkürlichkeiten und Unordnungen bei den Westfälischen Gerichten und beim Hofgerichte zu Rottweil die bekannten Beschwerden über die Mängel und Missbräuche der Strafrechtspflege überhaupt von verschiedenen Seiten laut geworden, und die Berathung des Landfriedens gab wiederum Gelegenheit, der unerhörten und beschwerlichen Thaten und Misshandlungen zu gedenken, gegen welche bisher vergeblich der Rechtsschutz angerufen worden war.³⁾ Man erinnerte sich

¹⁾ Schon am Tage nach Verlesung der Proposition konstituirten die Stände aus ihrer Mitte einen grossen Ausschuss für die zu berathenden Gegenstände. Mainzer R.-Akten f. 1: „Als dan alle stend widerumb auf dem rathuss erschienen vnd vmb grosse vnd meng der geschefft einen ausschuss gemacht, der alle handlung beratschlagen vnd in ratschlag fassen vnd den gemeinen Stend fürhalten solte.“

²⁾ Kurfürst Friedrich von Sachsen schreibt unter dem 25. März 21 — es komen vil tag, das wir des tags VIII, IX stunden auf dem hause handeln. Förstemann, Neues Urkundenbuch 12.

³⁾ Landfrieden 1521. VII. § 8. Harpprecht V. 174. Ausführliche Berichte in den Reichstagsakten z. B. Mainz f. 176—212.

nun, dass schon letzthin zu Augsburg die Nothwendigkeit gesetzgeberischen Vorgehens in der bündigsten Weise anerkannt worden, und dass es eigentlich nur der Wiederaufnahme und Ausführung des dort Beschlossenen bedürfe. Der nächste Anstoss dazu scheint von dem mit dem Kammergericht beschäftigten Ausschusse ausgegangen zu sein. Denn dieser machte in einem der Reichsversammlung unter dem 26. Februar 1521 übergebenen Rathschlage neben andern Vorschlägen zur Verbesserung der Kammergerichtsordnung und des Justizwesens, auch den 1518 zu Augsburg bezüglich des Strafverfahrens gefassten Beschluss sich zu eigen, und stellte auch seinerseits den Antrag auf sofortigen Erlass der dort vorgesehenen Reformation und Ordnung der peinlichen Sachen.¹⁾ Für das weitere Schicksal war die Behandlung entscheidend, die die Stände diesem Antrage angedeihen liessen. Zu Augsburg hatte man noch geglaubt beide Werke vereint einer und derselben Kommission anvertrauen zu können, jetzt zu Worms drängte sich dagegen die richtige Ueberzeugung auf, dass die Schöpfung so bedeutender Reformgesetze auch für jedes derselben ungetheilte Kräfte erheische; und so wurde die Vorbereitung und Ausarbeitung der peinlichen Gerichtsordnung nicht dem schon für das Kammergericht bestehenden sondern einem für diesen Zweck besonders verordneten Ausschusse übertragen.²⁾

¹⁾ Rathschlag Camergerichtsordnung betreffend, prolatum Worms vffm Rathauss Dinstags nach Reminiscere anno XXI mo. Zwischen dem Entwurfe zu Art. XXIX und XXX der Kammergerichtsordnung von 1521 steht hier der Passus: „Als auch teglich clagweiss anbracht wurdet, wie zu zeiten die leut on recht oder redlich vrsach vom leben zum tod geurteilt und gericht werden alsdan diss die ordnung auf dem Reichstag zu Augspurg anno XV gehalten anzeigt, vnder anderm dass zu solchem ein zimlich reformation vnd ordnung fürgenommen — — — das aber vntzher nit bescheen, darumb ist fur gantz notturftig nutz vnd gut angesehen, dass solche Reformation auf diesem Reichstag beschlossen“ u. s. w. wörtlich wie in dem oben S. 29 mitgetheilten Rathschlag der kaiserlichen Rätthe v. 1518. Mainz. Akten f. 147, 148. Bamb. Akten f. 54.

²⁾ Es ergiebt sich dies aus der Vorrede zu dem Projekt der Carolina von 1529: „— vnd derhalben auf vnserm jungst gehaltenen

Wer von den Ständen in diesem Ausschusse vertreten gewesen, aus wie viel Personen er bestanden, wer darin die Leitung geführt, — auf diese und ähnliche Fragen müssen wir leider die Antwort schuldig bleiben; nur so viel lässt sich als sicher annehmen, dass dieser Ausschuss zum Unterschiede von dem die Ständerversammlung repräsentirenden und aus ihren Mitgliedern zusammengesetzten grossen Ausschusse ein s. g. kleiner Ausschuss, d. h. eine zur Behandlung technischer Fragen gebildete Subkommission sachverständiger rechtsgelehrter Räte gewesen sei.¹⁾ Mit Bestimmtheit ist ferner wenigstens die Vertretung von Kurmainz darin nachzuweisen; denn das in den Mainzer Reichstagsakten zu Wien aufgefundene Konzept des ersten Entwurfes hat ersichtlich bei den Ausschussberathungen vorgelegen und lässt die Korrekturen der kurmainzischen Räte deutlich erkennen. Von der Konstituierung dieses Ausschusses an datirt eigentlich die Entstehung der Carolina als eines selbstständigen Werks. Wenn bis dahin die Strafrechtsreform stets in Verbindung und gewissermassen als Anhängsel zu der des Kammergerichts aufgetreten und behandelt worden war, so trennen sich von jetzt ab beider Wege. Die peinliche oder die Halsgerichtsordnung, wie man alsbald das jüngere Gesetz zu nennen pflegte, verfolgte zu selbstständigem Wachstume gediehen, nunmehr ihre eigene Bahn, ohne mit der älteren Genossin, an deren Hand sie zuerst eingeführt worden, sich weiter dauernd zu berühren.

Die Aufgabe, die dem Ausschusse für die peinliche Gerichtsordnung zufiel, war doch eine wesentlich andere als bei den übrigen gleichzeitig berathenen Gesetzen. Bei diesen

Reichstag zu Wormbs durch einen statlich dazu verordneten ausschuss gemelter ordnung halben ein schriftlicher begriff durch gedachten ausschus — an vns bracht.“ Zöpfl 113.

¹⁾ Die von Kress benutzte Nürnberger Handschrift des Wormser Entwurfs hatte die Ueberschrift: „Ratschlag des verordneten kleinen vnd grössern ausschusses von den Reichstenden auf dem gehaltenen Reichstage zu Worms trium regum in dem 1521 jar die H. G. O. betreffendt.“ Kress, Comment. 1. Die Bildung solcher geringerer Ausschüsse neben und aus den grössern kommt auch sonst vielfach vor.

handelte es sich meist um Verbesserung oder Fortbildung schon bestehender Ordnungen, um Anknüpfung an seit Längerem bearbeitete Vorlagen und Entwürfe; hier dagegen stand man auf einem von der Reichsgesetzgebung noch gar nicht angebauten Felde, vor einer Arbeit, zu der nicht einmal die untersten Grundlagen gegeben waren. Es sollte geschaffen werden eine gemeine Reichsordnung für das Strafverfahren, aber dem Ausschusse lag weder ein Entwurf einer solchen vor noch waren Plan, Inhalt und Umfang des Werks näher präzisirt.¹⁾ Vor allem musste man sich daher über den einzuschlagenden Weg schlüssig machen.

Wie bei einer ähnlichen Gelegenheit in unseren Tagen, so boten sich auch damals zwei Möglichkeiten dar. Man konnte entweder den Weg einer völlig selbstständigen Neuschöpfung wählen, oder sich möglichst an ein bereits vorhandenes, den Bedürfnissen entsprechendes Vorbild anzulehnen suchen. Die letztere Alternative setzte natürlich voraus, dass ein solches Vorbild überhaupt zu finden sei. War dies der Fall, dann musste dem Ausschusse auch dieser Weg als der allein praktikable erscheinen, um bei Vermeidung der unabsehbaren Schwierigkeiten des andern, das Werk in kürzester Frist, wo möglich noch auf dem nämlichen Reichstage zu vollenden. Wo aber das entsprechende Muster hernehmen? Zwar für die Kammergerichtsordnung hatte man in dem Verfahren der Rota Romana den brauchbaren Anhalt finden können²⁾, bei der peinlichen Gerichtsordnung aber, die vor Allem den

¹⁾ Dass in der That ein Entwurf nicht vorgelegen, ergibt sich aus der S. 39 Anm. 1 mitgetheilten Stelle und aus dem Eingange des Wormser Projekts.

²⁾ Schon in der s. g. Terminsordnung vom Jahre 1508 (N. S. II. 123) wird fortwährend auf den stilus zu Rom und die decisiones Rotae Romanae verwiesen. Dasselbe geschieht in dem zu Worms ausgearbeiteten in den Reichstagsakten handschriftlich überlieferten und bei Harpprecht V. 162—174 abgedruckten: „begrief eines schleunigen rechtlichen process am Camergericht aus dem römischen process gezogen.“ An einer Stelle wird hier sogar der Gebrauch der französischen Parlamente herangezogen.

Territorialgerichten gemeinsame Normen des Strafverfahrens liefern sollte, verbot es sich von selbst, an die bloße Kopie einer durchaus fremdländischen Arbeit zu denken. Wenn die Reichsgesetzgebung auch einen Haupttheil ihres Materials der damaligen gemeinrechtlichen Lehre zu entnehmen hatte, so eigneten sich doch weder die Quellen des gemeinen Rechts an sich, noch die ihre praktische Anwendung vermittelnden Schriften der Italiener zur unmittelbaren Nachahmung und Uebertragung auf Deutschland. Nur auf deutschem Boden, unter den deutschen Territorialgesetzgebungen, welche sich eine ähnliche Aufgabe wie das Reich gestellt und mit Erfolg bereits gelöst hatten, durfte man das entsprechende Vorbild zu finden hoffen.

In der Zeit, da in Sachen der Reform des Strafrechts das Reich über die ersten Anfänge noch nicht hinausgekommen war, hatte auf dem nämlichen Gebiete die deutsche Partikulargesetzgebung schon einige erfreuliche Erfolge aufzuweisen. War es einerseits das Eindringen des Römischen Rechts und die durch den Zusammenstoß fremder und einheimischer Rechtsanschauungen bewirkte Gährung und Umwälzung, welche die Landesobrigkeiten zu gesteigerter legislativer Thätigkeit antrieb, so legten ihnen andererseits die in den untern Schichten des Reiches nicht minder schwer als an dessen Spitze empfundenen Misstände der Strafrechtspflege ebenso dringend die Pflicht zur Abhülfe nahe. So entstanden, unabhängig von dem Vorgehen der Reichsgewalt und während man noch der zweifelhaften Erfüllung ihrer Zusagen wartete, einige gesetzgeberische Arbeiten, die im engern Kreise das versuchten, was jene für das Ganze erstrebte, und die als Vorboten einer neuen Richtung auch jener die Wege ebneten.¹⁾ Es liegt auf der Hand, warum derartigen Versuchen der Boden im Süden Deutschlands günstiger als im Norden sein musste. Denn während dort der durch das Eindringen der fremden Rechte erzeugte Konflikt schon zu hellen Flammen entbrannt war, hielt der Norden noch mit einer gewissen Zähigkeit an den altüberlieferten Satzungen fest, und die noch nicht abgestorbene Schöffenverfassung bildete

¹⁾ Vergl. Hälschner, Geschichte § 6—8.

hier einen wenigstens vorerst haltbaren Damm gegen die von Süden kommenden Neuerungen. Dem letztern ausschliesslich gehören die Halsgerichts- und ähnlichen Ordnungen an, welche für das Strafrecht die Rezeption des gemeinen Rechts in Deutschland vermitteln und dem romanisch-italienischen Prozessverfahren mit seinen eigenthümlichen Formen, Beweisregeln u. a. m. Aufnahme verschaffen halfen.

Manche derselben, wie die Wormser Reformation und die Tyroler Malefizordnung vermochten schon wegen der Dürftigkeit ihres Inhalts und der Ungelenkheit ihrer Fassung eine über die Gränzen ihrer unmittelbaren Geltung hinausgehende Bedeutung nicht zu erlangen; einer von ihnen aber, welche die übrigen ebenso sehr an Reichhaltigkeit des Stoffes wie durch Selbstständigkeit der Behandlung und Vollendung der Form weit überragte — der Halsgerichtsordnung für das Bisthum Bamberg — ward es beschieden, den nachhaltigsten Einfluss auf die Geschieke und die weitere Gestaltung des deutschen Strafrechts auszuüben. In ihr war — woran sich das Reich nun schon seit einem Vierteljahrhundert abgemüht hatte — die Herstellung einer deutschen Strafgesetzgebung gelungen, welche mit dem überall zu Grunde gelegten gemeinen Rechte die lebensfähigen Elemente des einheimisch-deutschen in eine glückliche harmonische Verbindung brachte, und indem sie zugleich den Niederschlag allgemein anzuerkennender Rechtsüberzeugungen ausdrückte, sich zur Bedeutung eines aus einem Gusse geschaffenen wahrhaft nationalen Werks erhob. Seit geraumer Zeit als Gesetz nicht nur in den eigenen Landen auf's günstigste wirksam, sondern auch mit demselben Erfolge in den benachbarten fränkisch-brandenburgischen Gebieten eingeführt ¹⁾, aber auch bald nach ihrem Er-

¹⁾ Gleich im ersten Jahre nach ihrem Erscheinen wurden von Johann Schöffler zu Mainz drei Abdrücke veranstaltet und auf dem Titel der bedeutungsvolle Zusatz beigefügt:

„allen stetten, communen, regimenten, amptleuten, vogten, verwesern, schultheyssen, schöffen und richtern dinlich, fürderlich vnd behülfflich darnach zu handeln vnd recht zu sprechen, gantz gleichförmig aus gemeinen geschriebenen rechten — daraus auch dis büchlein

scheinen durch zahlreiche Drucke über ganz Deutschland bis zum äussersten Norden hin verbreitet und allgemein bekannt und populär geworden — erschien die Bambergensis wie keine andere ähnliche Rechtsquelle durch Anlage und Ansehen befähigt, dem allgemeinen Bedürfnisse einer zeitgemässen Strafgesetzgebung zu genügen, und in den verschiedensten Landestheilen sei es direkt als Gesetz, sei es aushülfswise als Rechtsbuch praktische Anwendung zu finden.¹⁾ Ja sie war — so möchte man sagen — von vornherein in so auffallender Weise zum Vorbild einer künftigen Reichsgesetzgebung prädestinirt, dass die Vermuthung, es sei bereits bei ihrer Abfassung dieser weitergehende Zweck in's Auge gefasst worden, nicht jeglichen Halts entbehrt,²⁾ und dass jedenfalls der Gedanke sie bei der Ausarbeitung einer Halsgerichtsordnung für das Reich zu Grunde zu legen, sich eigentlich von selber darbot.

Indem der Wormser Ausschuss in der That diesen für die Geschichte unseres Strafrechts bedeutungsvollen Beschluss fasste, vereinfachte er eben so sehr seine Arbeit, als er damit zugleich die feste Grundlage und die sichere Bürgschaft für das schliessliche Gelingen derselben gewann. Es kam jetzt nur noch darauf an, das ursprünglich für ein beschränktes Gebiet bestimmt gewesene Gesetz seiner partikulären Eigenthümlichkeiten zu entkleiden und es aus der Sphäre der Territorialgesetzgebung durch angemessene Ummodelung auf die

gezogen vnd fleissig gemeinem nutz zu gut gesammelt vnd verordnet ist.“

Vergl. Rosshirt, N. Archiv IX. 244. Ueber eine 1510 zu Rostock in niederdeutschem Dialekt erschienene Ausgabe der Bamberg. Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen II. 241. Anm. 22.

¹⁾ Beläge über die Anwendung der Bamberg. bei Hälshner, Geschichte 108. Abegg, Versuch einer Gesch. der Strafgesetzgeb. der Brandenb.-Preuss. Lande 14. Sicherlich hat auch Tenglers Laienspiegel mit zur Verbreitung der Bamberg. beigetragen. Vgl. Stinzing, Geschichte der populären Literatur, 411 ff.

²⁾ Diese interessante Frage muss einer besonderen Untersuchung vorbehalten bleiben. Daran ist freilich nicht zu denken, dass die Bamberg. selbst ein Reichsprojekt gewesen sei. (Vergl. Plitt, Repert. II. 19—71.

Höhe des Reichsrechts zu erheben. Dies gelang in verhältnissmässig kurzer Zeit. Nachdem im Anschlusse an die Bambergensis von dem Ausschusse zunächst ein vorläufiges Konzept entworfen worden, wurde dieses in wiederholten Berathungen revidirt und amendirt; und bereits am 21. April 1521 war der Ausschuss im Stande das erste festgestellte Projekt der Halsgerichtsordnung:

den fargeschlagenen begrief die peinlichen gericht betreffend

— wie er es selbst bezeichnete — den Ständen zur weiteren Veranlassung zu übergeben.¹⁾

Wahrscheinlich ging die Vorlage zuvörderst von dem kleinen Ausschuss an den grossen und erst von diesem, nachdem er sich mit dem Elaborate jenes durchweg einverstanden erklärt, an die Stände selbst.²⁾ Die nächsten Schritte zur Vollendung des Werks wären nun gewesen: Verhandlungen über die Prüfung und Annahme des Entwurfs innerhalb der Reichsversammlung, demnächst Vereinbarungen, um die Zustimmung des Kaisers zu erlangen und dann endlich die Verkündung der also festgestellten Ordnung als Reichsgesetz. Allein so glatt sollten sich die Sachen nicht abwickeln. Weder die Stände noch die kaiserlichen Räthe zeigten Neigung, den Entwurf einer ernstlichen und sachlichen Prüfung zu unterziehen. Denn Alles drängte bereits auf den Schluss des Reichstags hin; und wie gewöhnlich beschränkte man sich um ihn zu beschleunigen, auf das unumgänglich Dringendste und liess alles übrige lieber unfertig zurück. Schon Ende April berichteten die Frankfurter Gesandten, dass wohl nur

¹⁾ Das Datum des 21. April ergibt sich aus dem in mehreren Handschriften des Wormser Projekts sich findenden Vermerke: „Sonntag Jubilate.“

²⁾ Die Mitwirkung des grossen Ausschusses ist aus S. 40 Anm. 1 zu entnehmen; dass aber der Entwurf an die Stände gelangt, wird in dem R.-A. 1521 § 17 sowie in der Vorrede zu dem Speierer Projekte ausdrücklich gesagt; auch sprechen dafür die in den Besitz einzelner Stände gelangten Abschriften.

der geringste Theil der Reichsgeschäfte erledigt werden würde; und diese Voraussage traf auch zu.¹⁾ Zwar gelang es nach vielfachen Hin- und Herberathungen schliesslich das Einverständniss der Stände unter sich und mit dem Kaiser wenigstens über das Regiment, das Kammergericht und den Landfrieden zu erzielen²⁾; die übrigen Reformprojekte dagegen, wie die Münz-, Polizei- und Halsgerichtsordnung mussten vorläufig unvollendet liegen bleiben. Doch sollte die auf sie verwandte Mühe wenigstens nicht völlig nutzlos vergeudet, ihr endgültiger Abschluss nicht in ganz ungewisse Ferne gerückt sein. Das soeben errichtete Reichsregiment war gleich seinem Vorläufer aus dem Jahre 1500 dazu berufen an des Kaisers statt und als permanenter Ausschuss der Reichsversammlung zugleich in Vertretung der Stände die oberste Regierung zu führen und für die Handhabung von Friede und Recht im Reiche Sorge zu tragen.³⁾ Diesem Regimente konnte ohne Bedenken die weitere Prüfung und Vollendung der begonnenen Reformarbeiten übertragen werden; man ging aber, eingedenk früherer Vorgänge noch einen Schritt weiter, und ermächtigte dasselbe ausdrücklich, die von ihm berathenen Entwürfe demnächst selbstständig im Namen von Kaiser und Reich und insbesondere ohne weitere Mitwirkung des Reichstags als Reichsgesetze mit voller verbindlicher Kraft zu verkünden. In

¹⁾ Philipp Fürstenberger und Blasius Holzhausen an den Rath zu Frankfurt unter dem 30. April 1521. „— Es ist vil dings vorhanden genomen, besorgen aber doch, man wol sich dennoch anders in der sach schicken oder vil lenger hie verharren. Das weniger theil wird kaum vssgericht, das ist das Camergericht vnd Regimentsordnung, wie man in peinlichen sachen procedirn sol, item der münzt halben vnd auch wie gute policey vnd recht vff gericht mocht werden.“ (Frankf. R.-Akten 1521. II. f. 40.)

²⁾ Die Kammergerichtsordnung kam Dinstag nach Lätare d. h. 12. März zum Vortrag, die Regimentsordnung am 10. April. Von ersterer schrieb der vorerwähnte Fürstenberger: „Man sitzt täglich vber die Reformation des Camergerichts aber das ist wie ein wild thier, jederman kennt seine stärke, niemand weis, wie man es angreifen sol.“

³⁾ Ueber das Reichsregiment: Wyneken, die Reg.-Ordnung von 1521 in Forschungen zur deutschen Geschichte. VIII. 563 u. ff.

den zu Worms unter dem 26. Mai 1521 vom Kaiser und von den Ständen feierlich vollzogenen Reichsabschied ward demgemäss für die peinliche Gerichtsordnung (und entsprechend auch für Münze und Polizei) die Bestimmung aufgenommen:

— darzu so befehlen wir hiermit vnsern stathalter vnd räthen (— d. h. eben dem Regimente —) dass sie die peinlich gerichtsortnung wie die allhie mit rath der stenden in ein form und begriff gestellt, fur handen nemen, weiter nach notturfft ermessen vnd erwegen vnd fürter an vnser stat dem rechten vnd billigkeit gemess im h. Reich aufrichten vnd sich der zu halten allenthalben im reich verschaffen und verfügen.¹⁾

¹⁾ R.-A. v. 1521. § 17. N. S. II. 206. Wegen der Münz- und Polizeiordnung ebenda § 29.

Der erste Entwurf der Halsgerichts- Ordnung.

Der erste Entwurf der Carolina, der Wormser vom Jahre 1521 ist bereits durch Kress bekannt geworden, der in seinem Commentare zur C. C. C. aus einer Handschrift des Nürnberger Archives Mittheilungen über ihn gemacht hat.¹⁾ Da diese Handschrift nicht wieder aufzufinden gewesen ²⁾, so war man lange Zeit auf diese ebenso unvollständigen als vielfach ungenauen Kress'schen Auszüge und Notizen beschränkt. Erst Zöpfl gelang es im Jahre 1841 die Existenz einer fernerer Handschrift des Wormser Projekts in dem fürstlich Schwarzenbergischen Archive zu Schwarzenberg zu ermitteln, und er veranstaltete auch in seiner bekannten Ausgabe der P. G. O. und deren Quellen den ersten vollständigen Abdruck davon.³⁾ Seitdem hat Schletter noch eine zweite Handschrift in dem k. Sächsischen Hauptstaatsarchive zu Dresden aufgefunden und über sie in seiner Schrift zur Textkritik der Carolina berichtet.⁴⁾ Während so bisher die handschriftliche Existenz des Wormser

¹⁾ Kress, Comment. in C. C. C. Präf. § XXVII.

²⁾ Reinh. Schmidt, Peinl. Ger.-Ordn. XV. Auch meine Nachforschungen nach dem Verbleibe der Handschrift in Nürnberg sind vergeblich gewesen.

³⁾ Zöpfl, die Peinl. Gerichtsordnung u. s. w. Heidelberg 1842. VII. VIII. u. 109—208.

⁴⁾ Schletter a. g. O. 8.

Projekts gewissermassen nur auf zwei Augen stand, ist es mir geglückt in verschiedenen Archiven sechs neue Exemplare desselben ausfindig zu machen, und damit die Gesamtzahl der bekannten und zugänglichen Handschriften auf acht zu bringen.

Von diesen Handschriften ist die Schwarzenbergische die einzige, die ich zu besichtigen nicht Gelegenheit gehabt und derentwegen ich daher auf die Mittheilungen bei Zöpfl verweisen muss ¹⁾, die übrigen sieben, welche ich selbst gesehen und untersucht habe, sind sämmtlich Papierhandschriften in Folio aus der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts und finden sich entweder noch gegenwärtig in den entsprechenden Reichstagsakten oder sind wenigstens ursprünglich Theile derselben gewesen. Ihre Entstehung fällt, wenn nicht schon auf den Reichstag zu Worms, so doch nicht lange Zeit darnach, und sie tragen eben desshalb durchweg einen authentischen Charakter an sich. Mit einer unten zu erwähnenden Ausnahme haben sie keine Artikelzahlen, stimmen aber in der Folgeordnung der einzelnen Artikel unter einander überein. Ich gebe im Folgenden eine kurze Beschreibung der einzelnen Handschriften.

1. Handschrift des königl. sächs. Hauptstaatsarchivs zu Dresden ²⁾: 107 unfolierte Blätter in einem Separatpappbande neuerer Zeit. Sie führt die Aufschrift:

Peinlich Gerichtsordnung
darunter den bei Z. fehlenden Vermerk:

Sonntag Jubilate,
hierauf wie bei Z. die fernere Ueberschrift: Churfürsten, Fürsten
vnd anderer stend furgeschlagener begrieff die peinlichen gericht betreffend. ³⁾

¹⁾ Ich werde sie im folgenden mit Z. citiren.

²⁾ Es ist die von Schletter aufgefundene.

³⁾ Die aus der Nürnberger Handschrift bei Kress mitgetheilte Ueberschrift: „Ratschlag des verordneten kleinen vnd grössern ausschusses von den reichsstenden auf dem gehalten reichstag zu Worms trium regum in dem 1521 jare die halsgerichtsordnung betreffend“ — findet sich auffallenderweise in keiner andern Handschrift.

Es folgen dann Vorrede und Text in sauberer Kanzleischrift; den Schluss bildet die auch bei Z. sich findende Note wegen der etwa aufzunehmenden Bilder.¹⁾ In einigen Einzelheiten weicht der Text dieser Handschrift von dem Zöpfl'schen ab, ist aber, wie der Vergleich beider ergiebt, entschieden korrekter als jener. Ich werde diese Handschrift mit D. bezeichnen.

2. Handschrift des Stadtarchivs zu Frankfurt a. Main in den Reichstagsakten (Vol. XXXIV) pro 1521 Fol. 393—520; stimmt im Wesentlichen mit D. überein; ein besonderer Titel fehlt. Der Vermerk: Sonntag Jubilate anni XXI, die Ueberschrift: Churfürsten, Fürsten etc. und die Schlussnote finden sich auch hier. Ich bezeichne sie mit F.

3. Handschrift des k. bayer. Archivs zu Würzburg in der ehemalg hochstiftlichen Reichsaktensammlung Band 8 befindlich. Der Lederband ist:

Reichshandlung zu Worms MDXXI, zu Nürnberg MDXXII überschrieben, und als zweites Stück hinter einem Abdrucke der Wahlkapitulation Karl's V. findet sich der Wormser Entwurf auf Fol. 34—80. Der Vermerk: Sonntag Jubilate fehlt hier, im Uebrigen stimmt die Handschrift mit D. und F. überein. Auf der ersten Seite findet sich am Rande von etwas späterer Hand die Notiz:

dise halssgerichts- oder peinliche gerichtordnung ist
ao. 1532 zu Regensburg beschlossen, publicirt vnd im
truck ausgegangen, wie sie dan bei der Cantzley vorhanden.

Diese Handschrift wird mit Wü. bezeichnet werden.

4. Handschrift des kön. bayer. Hauptstaatsarchivs zu München Sie findet sich in den No. 157/2 signirten, die Reichstagsverhandlungen der Jahre 1527 und 1529 enthaltenden Bande der bayerischen Akten-Serie und zwar auf Fol. 81—180. Die Ueberschrift lautet hier ohne den Datumvermerk:

¹⁾ „Nota zu bedenken ob man des gemeinen mans willen etlich figuren wie in der Bambergischen H. G. O. geschehn jn dise ordnung auch stellen wölle.“

Ordnung der peinlichen
gericht

Churfürsten, Fürsten etc.

Die Handschrift ist von verschiedenen Schreibern ziemlich schlecht geschrieben, zeichnet sich vor andern aber dadurch aus, dass die bei der Redaktion von Speier beschlossenen Abänderungen des Entwurfs hier durch Textkorrekturen, Zusätze, Einschaltungen oder Ausstreichungen u. s. w. kenntlich gemacht und so der Text des Wormser Projekts unmittelbar in den des Speierer übergeführt wird. Im Uebrigen bietet die Handschrift keine Besonderheiten dar. (M. 1.)

5. Dasselbe Archiv besitzt noch eine zweite Handschrift des Wormser Entwurfs in dem zur churpfälzischen Aktenreihe gehörigen den Reichstag zu Speier von 1529 betreffenden Lederbande No. 103/1. Dieser Band hat auf dem Deckel die Aufschrift:

Reichshandlung zu Speyer
anno XVc XXIX

und enthält u. a. auf Fol. 100—170 den Speierer Entwurf; unmittelbar hinter demselben, Fol. 171—232 folgt das Wormser Projekt in einer leserlichen Abschrift. Fol. 171 dient nur als Titelblatt mit dem Titel „Halsgericht“, worüber von anderer Hand:

ein alter begrieff

gesetzt ist; Fol. 172 beginnt der Entwurf selbst mit der bekannten Ueberschrift: Churfürsten, Fürsten etc., jedoch ohne Datirung. Der Text weicht in einigen unwesentlichen Punkten von D. und F. ab. Offenbar ist diese Abschrift erst gelegentlich der Berathungen zu Speier gefertigt und zu diesen Akten genommen worden. Ich bezeichne sie mit P.

6. Handschrift des k. bayerischen allgemeinen Reichsarchivs zu München, in einem zu den Regensburger Akten gehörigen, einen Bruchtheil der Verhandlungen von 1521 enthaltenden losen Fascikel. Der Wormser Entwurf findet sich hier in einer recht guten und korrekten Abschrift auf 117 Blättern. Die Ueberschrift hat den Vermerk:

Sonntag Jubilate an. XXo (sic !)

und der Text stimmt im Ganzen mit D. und F. überein. Die Handschrift wird mit R. bezeichnet werden.

7. Endlich ist noch eine Handschrift des Wormser Entwurfs in dem k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchive zu Wien, und zwar in den ehemaligen Chur-Mainzer Reichsakten aufgefunden worden. Sie steht in dem mit XIII signirten, „Reichshandlung zu Worms anni 1521“ bezeichneten, 475 foliirte Blätter starken Aktenbände zwischen einem Anschlage für das Reichsregiment und dem Entwurfe der Polizeiordnung, und nimmt darin die Fol. 303—375 ein. Fol. 303 ist Titelblatt mit der Rubrik:

Ordnung der peinlichen gericht.

Der Text beginnt auf Fol. 304 mit der gewöhnlichen Ueberschrift, aber ohne Datumvermerk. Fol. 361—372 sind verheftet, sie müssen unmittelbar hinter 322 stehen.

Diese Handschrift, welche ich mit W. bezeichne, ist nun in mehr als einer Hinsicht bemerkenswerth. Zunächst ist sie die einzige, in welcher sich am Rande Artikelzahlen, bald lateinische, bald arabische finden; jedoch ist die Zählung nur bis Art. 140 fortgesetzt, wobei die Vorrede wie in der Bamberg. als die beiden ersten Artikel gerechnet ist, und in den Citaten sind durchweg die Zahlen der Artikel unausgefüllt gelassen. Was sodann den Text selbst betrifft, so zeigt derselbe zahlreiche Korrekturen, Zusätze, Durchstreichungen und ähnliche Veränderungen, und seine ursprüngliche Fassung weicht, wie eine Vergleichung mit den übrigen Handschriften ergiebt, von dem sonst bekannten Texte des Wormser Projekts in vielen Punkten ab. Doch haben wir es nicht etwa mit einem von diesem verschiedenen selbstständigen neuen Projekte zu thun, sondern es liegt offenbar hier nur eine dem definitiven Abschlusse voraufgehende Redaktionsform, nämlich das zunächst ausgearbeitete und zur Berathung gestellte vorläufige erste Konzept der Halsgerichtsordnung vor. Dieses Wormser Konzept, wie wir es zum Unterschiede von dem Wormser Entwurfe nennen wollen, steht in Fassung, Inhalt und Umfang der Bamberg. bedeutend näher als der Entwurf; dass es aber wirklich zu Worms und nicht etwa früher entstanden, ist von

allen inneren Gründen abgesehen schon aus der an einer Stelle aufgenommenen Erwähnung des Wormser Reichstags klar zu ersehen.¹⁾ Das vorläufige Konzept wurde demnächst im Ausschusse einer weiteren Revision und Ueberarbeitung unterzogen, als deren Resultat der Wormser Entwurf in seiner endgültigen Gestalt hervorgegangen ist, und auf eben diese Revision beziehen sich die in unserer Handschrift vorkommenden Korrekturen und Aenderungen. Werden sie mit dem ursprünglichen Grundtexte zu einem Ganzen kombinirt, so erhält man alsdann genau die in den übrigen Handschriften überlieferte Redaktion des Entwurfs. Die Korrekturen, welche nicht von dem Schreiber des Konzepts herrühren und vielfach eine gewisse Flüchtigkeit verrathen, sind, wie als sicher anzunehmen ist, von den im Ausschusse betheiligt gewesenen Chur-Mainzischen Räthen bewirkt worden; unser Konzept wird wohl aber das von ihnen benutzte Handexemplar gewesen sein, in welches sie die beschlossenen Verbesserungen und Aenderungen wie es scheint sofort bei der Berathung selbst eingetragen haben. Ob die für die einzelnen Stände genommenen Abschriften des Wormser Entwurfs nach diesem Exemplare gefertigt, ob ihm also gegenüber den übrigen Handschriften der Charakter des Originals beizulegen, lässt sich mit voller Sicherheit nicht entscheiden; so ganz unwahrscheinlich ist es nicht, wenn man erwägt, dass der Regel nach die Urschriften der den Ständen mitgetheilten Reichsverhandlungen in der Kanzlei des Churerzkanzlers aufbewahrt zu werden pflegten, und dass in den Mainzer Akten ausser jenem korrigirten Konzepte sich nicht noch eine förmliche Abschrift des Wormser Entwurfs vorgefunden hat. Wie dem aber auch sei, die Handschrift W. gehört jedenfalls mit zu den interessantesten und wichtigsten der ganzen Reihe.

Die in den verschiedenen uns zu Gebote stehenden Handschriften sich findenden Textvarianten bieten nur zum kleinern Theile wirkliche Verschiedenheiten, die meisten

¹⁾ Nämlich Proj. a. 124 (Zöpl 112) die Gotteslästerung betreffend: — „vnd sunderlich nach inhalt unser kayserlichen ordnung auff dem Reichstag zu Wormbs jn dem ein vnd zwanzigsten jare aufgericht.“

derselben stellen sich als Inkorrektheiten oder Missverständnisse der Abschreiber heraus. In dieser Beziehung sind die Handschriften nicht alle von gleichem Werthe. Den korrektesten und zuverlässigsten Text liefern ausser W. die Handschriften D. F. R. und auf sie muss in allen kritischen Fragen recurriert werden. Die übrigen sind weniger zuverlässig; zu den schlechtesten gehört aber die von Zöpfl herausgegebene Schwarzenbergische Handschrift. Sie wimmelt von zum Theil sinnentstellenden Fehlern, und lässt einzelne Worte ja ganze Zeilen aus. So lange man nur diese eine Handschrift kannte, mochte man diese Flüchtigkeiten wohl den Redaktoren zur Last legen, gegenwärtig kann dieser Vorwurf nicht mehr aufrecht erhalten bleiben; jene Fehler sind nunmehr einzig und allein den Abschreibern anzurechnen, soweit für sie nicht theilweise auch der Herausgeber verantwortlich wäre, dessen Mangel an kritischer Sorgfalt noch bei einer anderen Gelegenheit zur Sprache kommen wird.¹⁾

Die gewöhnlich aufgestellte Behauptung, der Wormser Entwurf der Halsgerichtsordnung sei nichts weiter als eine Kopie der Bambergensis,²⁾ bringt die Arbeit und das Verdienst

¹⁾ Ich will schon hier einige eklatante Fehler des Zöpfl'schen Textes hervorheben. Zöpfl liest:

Proj. a. 12: geuerlicheyt peinigung	statt	geuerlicher p.
„ a. 14: in fin: peinlicher straf	„	p. frag.
„ ebenso in a. 37.		
„ a. 37. in fin: sonst Weiber	„	sonst weiter.
„ a. 40: hantirung oder gutt	„	h. oder gult.
„ a. 42: verpeglicher weis	„	verberglicher weis.
„ a. 87: am strick	„	im stock.
„ a. 127: vberk. geistlicher werck	„	vberk. fleischlicher werck.
„ a. 130: durch vrteyllung	„	durch vierteilung.
„ a. 153: der geclagten straff	„	d. g. streich.

Die Artikel 76b und 174 sind in Z. lückenhaft, während in allen übrigen Handschriften der vollständige Text zu finden.

²⁾ Geib, Lehrbuch I. 263. Köstlin, Geschichte, 203 u. a.

seiner Verfasser doch gar zu gering in Anschlag. Es bedarf nur eines oberflächlichen Blicks in die uns jetzt zugänglich gewordene Wiener Handschrift, um zu erkennen, dass die Mitglieder des Redaktionsausschusses Etwas mehr als blosse Abschreiberdienste geleistet, dass sie in die von ihnen benutzte Vorlage manches Neue hineingearbeitet haben, und dass das Produkt ihrer Thätigkeit, wenn es auch seinen Ursprung nicht verleugnen kann, immerhin nicht gänzlich des Charakters einer selbstständigen Leistung entbehrt.

Allerdings musste der Entschluss der Redaktoren, kein neues Werk zu schaffen, sondern sich an ein bewährt befundenes Vorbild anzulehnen für die Gestaltung des künftigen Reichsgesetzes entscheidend sein; denn von vorn herein war damit die Anlage desselben sowie die Behandlung des Stoffes im Grossen und Ganzen gegeben und die Aufgabe der Redaktoren eine wesentlich beschränkte geworden. Doch haben sie keineswegs auf die volle Freiheit sachlicher Prüfung Verzicht leisten wollen, und es kam ihnen nicht in den Sinn, die Bamberg. wie es fünf Jahre früher bei Einführung der Brandenburgischen H. G. O. geschehen,¹⁾ einfach unverändert unter einem andern Titel zum Reichsgesetze zu erheben. Dem hätten sich von vornherein schwer wiegende Bedenken entgegengestellt. Denn die Bamberg. enthielt neben Vielem, was allerdings allgemein und prinzipiell gehalten war, doch auch eine nicht geringe Zahl von Bestimmungen, die ganz speziell auf das Bambergische Territorium und dessen lokale Verhältnisse zugeschnitten, durchaus nicht ohne Weiteres in das Reichsgesetz aufgenommen werden konnten. Mussten daher die dieser Kategorie angehörigen Theile der Bambergensis ausgeschieden oder doch erheblich umgestaltet werden, so fehlte es in ihr auch nicht an solchen Normen, deren Zweckmässigkeit am Orte ihrer ursprünglichen Geltung selbst in Zweifel gezogen, und die deshalb dort bereits

¹⁾ Die Brandenburgensis ward bekanntlich im Jahre 1516 eingeführt. Materielle Abweichungen von der Bambergensis finden sich nur in Art. 182 und 258.

aufgehoben oder modifizirt worden waren;¹⁾ sodann blieben noch einige augenfällige Fehler der Bambergensis zu verbessern, und endlich durften die Redaktoren sich die Mühe nicht ersparen, die in der Bambergensis bewusst oder unbewusst vorkommenden Abweichungen von dem gemeinen Rechte mit Rücksicht auf deren Beibehaltung im Reichsgesetze einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen.

Das waren im Allgemeinen die Gesichtspunkte, von denen sich die Redaktoren bei ihrer Arbeit haben leiten lassen.

Das Ergebniss der Wormser Berathung liegt, wie wir jetzt wissen, in zwei verschiedenen Redaktionsformen vor: in dem ersten vorläufigen Konzepte des Entwurfs und in dem demnächst endgültig festgestellten Wormser Projekte selbst. Jenes ist, wie aus gewissen Eigenthümlichkeiten und wiederkehrenden Fehlern zu schliessen, wol das Werk eines einzigen Verfassers, wie dies ja auch der Natur der Sache und dem Zwecke der Vorlage entsprach. Ueber die Persönlichkeit dieses Verfassers fehlt uns jedoch jede Andeutung; die Möglichkeit dabei an Joh. v. Schwarzenberg zu denken, wird später erwogen werden. An der weiteren Revision und schliesslichen Redaktion des Projekts haben dagegen zweifelsohne mehrere Redaktoren Theil genommen, und in sofern ist dasselbe als das Produkt einer kollegialischen Berathung anzusehen.

Beide Formen des Wormser Entwurfs, das Konzept wie das Projekt tragen unverkennbar den Stempel ihrer Abstammung und der nahen Verwandtschaft mit der Bambergensis an sich; nur dass, wie schon anderwärts bemerkt wurde, beim Konzepte die Uebereinstimmung mit der Mutterquelle noch stärker hervortritt wie bei dem etwas jüngeren Projekte. Die allgemeine Struktur, das System des Werks und die Gruppierung des Stoffs sind daher unverändert beibehalten. Wie in der Bambergensis steht auch in jenen Beiden eine Vorrede an der Spitze, welche über Veranlassung und Zweck des Gesetzes

¹⁾ Man denke an die durch das Korrektorium zur Bambergensis bekannt gewordenen Veränderungen.

Aufschluss giebt;¹⁾ es folgen dann der prozessualische Theil mit genau den nämlichen Unterabschnitten wie dort, und hierauf der durch die gleiche Zwischenvorrede eingeleitete materielle;²⁾ den Schluss des Ganzen macht auch hier ein ziemlich planlos aus prozessualischen und materiellen Bestimmungen gemischter dritter Theil. Auch die Reihenfolge so wie die Rubriken der einzelnen Artikel sind, wenige Ausnahmen abgerechnet, die nämlichen geblieben, und eine nicht geringe Zahl derselben ist wörtlich oder fast wörtlich gleichlautend aus der Bambergensis herübergenommen. Weggelassen aus derselben sind das Register und die an einzelnen Stellen in den Text eingeschalteten Bibelcitate und Reime sammt den dazu gehörigen Bildern; doch beweist die am Schlusse des Entwurfs stehende Notiz:

„Nota zu bedenken, ob man vmb des gemeinen manns willen etliche figuren wie in der Bambergischen halsgerichtsordnung geschehen in diese ordnung auch stellen wolle“,

dass die Redaktoren die Verwerthung dieses populären Hilfsmittels für das Reichsgesetz nicht gänzlich von der Hand gewiesen haben.

Unerachtet dieser Uebereinstimmung mit der Bambergensis dürfen andererseits die charakteristischen Verschiedenheiten zwischen dem Entwurfe und derselben nicht übersehen werden. Zunächst fällt sofort ein erheblicher Unterschied in dem äussern Umfange beider in die Augen. Während die Bambergensis 278 (eigentlich 284) Artikel zählt,³⁾ enthält das Konzept deren nur 247 und im Projekte ist diese Zahl sogar auf 236 herabgesunken.⁴⁾ Es sind nämlich:

¹⁾ Art. 1 der Vorrede giebt eine Paraphrase des aus dem frühern bekannten Rathschlags vom Jahre 1518; art. 2 schliesst sich der Bambergensis an.

²⁾ Die Zwischenvorrede, Bamb. 125 = Proj. 110.

³⁾ Wenn man nämlich die mit gleichen Zahlen versehenen Doppelartikel (a. 72, 76, 221 u. 258) und die aus Versehen unnumerirt gebliebenen (124a und 264a) mit berücksichtigt. Vergl. die Tabelle bei Zöpfl, P. G. O. XVI und im Anhang.

⁴⁾ Die Zöpfl'sche Ausgabe zählt nur 224 Artikel; die Numeration ist aber nicht korrekt, da einige Artikel nicht mit besondern Ziffern

1. die Artikel 4, 9, 13, 25, 114—116, 130, 132, 133, 135, 168, 221c, 229, 230, 240, 242—249, 250—264, 270—272, 275—278 der Bambergensis von vorn herein weggelassen und weder in das Konzept noch in das Wormser Projekt aufgenommen; einige andere Artikel derselben aber, nämlich:

art. 35, 231—238, 239, 241, 273 und 274

haben zwar anfänglich im Konzepte eine Stelle gefunden, sind jedoch später bei der schliesslichen Redaktion aus dem Projekte wieder ausgemerzt worden. Der Fortfall einiger dieser Artikel z. B. von art. 25 und 274 erklärt sich daraus, dass sie lediglich schon an andern Stellen Gesagtes wiederholen;¹⁾ andere wie z. B. art. 130 über die Ketzerei und art. 132 über des *crimen majestatis* sind gestrichen, weil die Redaktoren diese Gegenstände absichtlich mit Stillschweigen haben übergehen wollen; bei den meisten aber ist der Wegfall desshalb erfolgt, weil ihr besser durch partikuläre oder lokale Satzungen zu regelnder Inhalt zur Aufnahme in das Reichsgesetz ungeeignet erschien. Auf diese Erwägung lässt sich u. a. die Streichung der detaillirten Bestimmungen der Bambergensis über das Kostenwesen (art. 250—257) und über die Verpflichtung und Belohnung des Nachrichters (art. 4 und 258—264), sowie ferner die Weglassung der von der Mordacht handelnden art. 229 u. ff. zurückführen.

2. Hinzukommen sind in dem Entwurfe nur drei neue Artikel:

Proj. 22 über Anzeigen aus Wahrsagung,

Proj. 155 über das Verfahren bei der Leichenschau,

und Proj. 224 über die Nichtigkeitsklage beim Kammergericht; denn Proj. 212. wegen der Kosten und Proj. 223 wegen des Rathsuchens bei der Obrigkeit kann man nicht als neue Artikel

versehen sind. Vergl. art. 13, 34, 75, 76, 211. In den Handschriften fehlen bekanntlich die Artikelzahlen überhaupt. Da indessen diese Ausgabe die allein zugängliche ist, so werde ich im folgenden stets nach ihr citiren.

¹⁾ Vergl. Bamb. 25 mit Bamb. 12, und Bamb. 274 mit Bamb. 78.

rechnen, da sie zwar in völlig veränderter Redaktion, doch aber an Stelle entsprechender Bestimmungen der Bambergensis getreten sind.¹⁾ Uebrigens finden sich Proj. 155 und 224 bereits im Konzepte; art. 22 ist der einzige, welcher erst bei der Schlussredaktion eingeschoben ist.

Auch die Fassung des Entwurfs bietet manche Abweichungen von der Bambergensis dar; doch hatte auch hierin das Konzept seinem Vorbilde die grössere Treue bewahrt. Selbstverständlich mussten schon in ihm überall da, wo specifisch Bambergische Einrichtungen erwähnt oder auf die dortigen Verhältnisse berechnete Ausdrücke gebraucht waren, dem Charakter der neuen Ordnung gemäss allgemeinere Bezeichnungen an deren Stelle treten. Daher die nothwendig gewordene Veränderung der Eides- und Urteilsformeln²⁾, sowie die Substitution der im Reiche geläufigen Kreuzermünzen für die in der Bambergensis mehrmals erwähnten „pfennige.“³⁾ Aus dem gleichen Grunde spricht das Konzept stets nur vom „richter“ ohne nähere Bezeichnung, wo die Bambergensis sich Wendungen, wie:

vnser amptmann, castner vnd richter
oder ähnlicher bedient,⁴⁾ und vom Rath der obrigkeit, wo jene auf den Rath

¹⁾ Nämlich Proj. 212 an Stelle von Bamb. 256, 257 und Proj. 223 an die von Bamb. 276, 277.

²⁾ Vergl. Bamb. 5, 7, 8, 219 u. ff. mit Proj. 2, 4, 5, 200 u. ff.

³⁾ Die Bambergensis erwähnt von Münzen: den Gulden, a. 183, 262; den halben Gulden, art. 264; den „ort eins Guldein“ d. h. den Viertelsgulden, a. 259, 260, 263; ferner Pfennige a. 24: „acht alt pfennig“; a. 255, 256: „funffzehen pfennig“; a. 88, 254: „dreyssig pfenning“. Der Bamberger Gulden wurde zu 21 Groschen à 12 Pfennige gerechnet; der Kreuzer süddeutscher Währung galt = $3\frac{1}{2}$ Pfennig. Wenn daher in Proj. 78 30 Pfennig = 8 Kreuzer, und in Proj. 212 15 Pfennig = 4 Kreuzer angenommen sind, so ist dies nicht ganz genau, die Bruchtheile sind weggelassen. Vergl. Münzordnung von 1524 § 29, 30, 40. N. S. II. 266.

⁴⁾ In Proj. 19. 112. ist wol nur aus Versehen „amptleut“ stehen geblieben. Auch der Ausdruck: „Panrichter“ ist meist in richter verwandelt.

vnser Rete oder: vnser weltlichen Hoffrete
verweist.¹⁾ Grössere Freiheit hat man sich bei der Umarbeitung des Konzepts erlaubt, und im Projekte begegnet uns zuweilen eine bis dahin nicht gebräuchlich gewesene Terminologie. So haben z. B. die Redaktoren das im Konzepte aus der Bambergensis festgehaltenen:

halsgericht, und halsgerichtsordnung
konstant in: peinlich gericht und peinlich gerichtsortnung verwandelt, letzteres gewöhnlich noch mit dem Zusatze

„vnser vnd des Heiligen Reichs“,
ähnlich wie sie auch wo die „gemein kayserlichen rechte“ erwähnt werden, regelmässig ein emphatisches

„vnser vnd vnser vorfarn“
eingeschaltet haben.²⁾ Anderweite Fassungsänderungen beruhen auf einer der damaligen Gesetzessprache eigenthümlichen Liebhaberei für die Häufung verschiedener Synonyma zur Bezeichnung eines und desselben Begriffs. Ihr scheinen auch die Redaktoren des Projekts mit besonderer Vorliebe selbst auf Kosten der Präzision gehuldigt zu haben; denn es finden sich darin nicht wenige Stellen, in denen zwei oder mehr Worte angewendet sind, wo die Bambergensis und ebenso das Konzept dasselbe mit einem einzigen ausgedrückt haben.³⁾ In einigen Fällen mag dabei neben dem individuellen Geschmack der Redaktoren

¹⁾ Das Konzept hatte in a. 186, 187, 194 — „rath vnser Rete“ stehen gelassen; dies ist demnächst im Proj. geändert worden; ebenso ist in ihm der „Rath der Obrigkeit“ an einigen Stellen (z. B. art. 156, 172, 175) dem dort beibehaltenen: „rath der verstendigen“ substituirt worden.

²⁾ Z. B. Proj. 110, 111, 112, 123, 124 u. a. m.

³⁾ Ich lasse hier einige Beispiele folgen. Man vergleiche:
Bamb. 10: es sei dan zuvor redlich anzeigung —
mit Proj. 6: „ „ „ „ „ anzeigung vnd vermutung;
Bamb. 38: wo aber der sager sein versagung —
mit Proj. 32: „ „ „ „ sein besagung oder dargeben;
Bamb. 18. 178: — einen notdorfftigen bestalt — getan
mit Proj. 13. 159: — ein notdurfftige Caucion, bestand vnd
sicherung — getan;

wol auch die Rücksicht auf die Verschiedenheit des Sprachgebrauchs in den verschiedenen Gegenden des Reichs und die desshalb wünschenswerthe Erleichterung des allgemeinen Verständnisses mitgewirkt haben.

Unter den von dem Entwurfe gebrachten materiellen Neuerungen sind einige, als deren Quelle das s. g. Correctorium zur Bambergensis nachgewiesen werden kann. Nach den Untersuchungen von Geib darf als bekannt vorausgesetzt werden, dass uns unter diesem Namen eine handschriftliche Sammlung von bambergischen Verordnungen und Rechtssprüchen überliefert ist, welche die Halsgerichtsordnung in einzelnen Punkten ergänzen, erläutern oder abändern.¹⁾ Die Sammlung, deren einzelne Theile den Jahren 1507 bis 1515 angehören, ist bald nach diesem letztgedachten Zeitpunkte als solche entstanden und von vornherein für den praktischen Gebrauch derart mit der Bambergensis in äussere Verbindung gebracht, dass sie handschriftlich sei es dem Texte derselben in den Druckausgaben nachgetragen, sei es zusätzlich darin an den betreffenden Orten eingeschaltet wurde; wenigstens wird dies durch den Inhalt des Correctorii selbst sowie durch die Beschaffenheit einzelner Exemplare der Bambergensis sehr glaubhaft gemacht.²⁾ Auf die Bedeutung dieser Sammlung als eines

Bamb. 98: — öffentlich in stock zu setzen.

mit Proj. 87: — öffentlich im stock, branger oder halseissen zu stellen.

Die Zahl dieser Beispiele liesse sich leicht vermehren.

¹⁾ N. Archiv. 1844, 233 ff. und 1845, 105 ff. Der erste, der auf das Correctorium aufmerksam gemacht hat, war Hohbach in dem eben citirten Aufsätze des Archivs vom Jahre 1844.

²⁾ Es sind namentlich zwei Stellen des Correctorii, die dafür sprechen; einmal die N. Archiv 1844, 235 mitgetheilte: „dieselbig erclerung oder pesserung, so oft die gescheen, sollen jn die nachvolgenden vnbeschrieben pletter verzeichnet — werden“; und sodann der Schluss der l. c. 262, 263 abgedruckten bischöflichen Verordnung vom Jahre 1515 ad art. 202 der Bamb.: — „des in vrkunt haben wir diese erclerung an vnser halsgerichts ordnungschreiben auch allenthalben jn unsere halsgericht schriftlich verkunden lassen —“. In

wichtigen Hilfsmittels für das Verständniss der Carolina hat Geib hingewiesen, seine Darstellung bedarf indessen einiger Ergänzung und Berichtigung.

Dass das Correctorium bei der Redaktion des Wormser Entwurfes und zwar schon dem Verfasser des ersten Konzepts vorgelegen habe und von ihm benutzt worden sei, ist nicht zu bezweifeln; doch beschränkt sich diese Benützung nur auf die folgenden wenigen, übrigens auch in den spätern Stadien der Redaktion nicht vermehrten Stellen.

1. Bamb. 44 hatte beim Kindesmorde als eine auf „beständige richtige erfahrung“ gegründete, schlechthin zutreffende Anzeige des Geborenhabens das Vorhandensein von Milch in den Brüsten der Verdächtigen aufgestellt, und desshalb in solchem Falle ohne Weiteres die Anwendung der Tortur gestattet.¹⁾ Allein unmittelbar nach dem Erlasse des Gesetzes wurde man durch „die gelerten der ertznei“ eines Bessern belehrt und auf die Trüglichkeit jenes Indiziums aufmerksam gemacht, da es „aus etlichen natürlichen vsachen muglich ist — das ein junkfrau oder weibspild, die nie kein kindt getragen, etlicher gestalt milch in jren prüsten haben mag.“

Aus diesem Grunde erging noch in dem nämlichen Jahre 1507 eine demnächst dem Correctorio einverleibte „besserung und erclerung“ des art. 44, worin in allen Zweifelsfällen vor Verhängung der Tortur eine Untersuchung der verdächtigen Person durch Aerzte oder Hebeammen angeordnet ward.²⁾

dem Bamberger Archive habe ich eine Ausgabe der Bambergensis vom Jahre 1538 gefunden, in welcher auf durchschossenen Blättern die einzelnen Stücke des Correctorii zu den betreffenden Artikeln verzeichnet sind. Der Schreiber dieser Ergänzungen ist übrigens, wie ich mich durch den Augenschein überzeugt habe, derselbe, der auch die bei Geib, N. Archiv 1845, 126 erwähnte Handschrift des Correctorii geschrieben hat.

¹⁾ Bamb. 44: — „die muss von nodt wegen (d. h. nothwendigerweise) ein kindlein gehabt haben vnd sol peinlich gefragt werden.“

²⁾ N. Arch. 1844, 244; 1845, 136; wo die Stelle vollständig mitgetheilt ist.

Genau dasselbe besagt nun der an Stelle des gedachten art. 44 der Bambergensis getretene art. 37 des Wormser Projekts, und das für diese Aenderung hinzugefügte Motiv:

„nachdem aber etlich leibarzt sagen, das aus etlichen naturlichen vrsachen etwa eine, die kein kindt getragen, milch in jren brusten haben mag“,

ist sogar wörtlich dem eben mitgetheilten Passus des Correctorii entnommen.¹⁾

2. Die Bambergensis kannte, abgesehen von dem bei der Mordacht üblichen Leibzeichennehmen (B. 229), wobei jedoch von der Zuziehung von Sachverständigen keine Rede war, eine förmliche ärztliche Besichtigung der Leiche eines Erschlagenen behufs Feststellung des objektiven Thatbestandes und Ermittlung der Todesursache nicht. Da sich aber gar bald das Bedürfniss nach derartigen Vorschriften schon wegen der Anwendung der Todesstrafe herausstellte, so wurde bereits im Jahre 1508 eine ebenfalls in die Sammlung des Correctorii aufgenommene

„erclerung wie vnd warumb eins entleibten wunden vor der begrebtus sollen besichtigt, beschrieben und ermessen werden“

erlassen, und darin mit grosser Genauigkeit das bei dieser Leichenschau zu beobachtende Verfahren regulirt. Insbesondere hatten die zugezogenen Wundärzte:

„alle wunden, streich, stich, schuss oder wurff mit vleis zu besichtigen und vermerken“

und sollten

„vff ir pflicht ansagen, welche wunden, streich, stich, würff oder schuss ires versteens oder versehens des entleibten tods vrsach gewest sein mogen.“²⁾

Diese „Erklerung“ ist nun, wie der Augenschein lehrt, die Quelle, aus welcher die Redaktoren des Wormser Entwurfs den neu hinzu gekommenen art. 155:

¹⁾ Proj. 37 spricht daher auch nicht mehr von: „bestendiger erfahrung“ sondern nur von einer „starken vermutung“.

²⁾ N. Archiv. 1844, 267; 1845, 138.

von besichtigung eines entleibten vor der begrebnus mit ganz analogen Vorschriften geschöpft haben.

3. Bamb. 202 gestattete sich solcher Personen, von denen etwa künftige Gefährdungen oder Beschädigungen zu besorgen waren, im Interesse der öffentlichen Sicherheit durch Haft auf Lebenszeit — ewige gefengknus — zu entledigen.¹⁾ Eine spätere bischöfliche Verordnung vom Jahre 1515 (sie bildet das jüngste Stück in der Sammlung des Correctorium) modifizierte dies dahin, dass im Hinblick auf den durch solche Gefangenen verursachten grossen Kostenaufwand und auf die Gefahr sei es des Entspringens, sei es widerrechtlicher Repressalien, fortan nach richterlichem Ermessen

solche verwurkliche persone ewiglich in einem kerker oder aber mit verplendung jres gesichts bestraft werden durften.²⁾ Die gleiche Alternative:

in ein ewiges gefengknus oder die augen ausgestochen —

hatte auf Grund dieser Verordnung anfänglich auch der Wormser Entwurf in dem entsprechenden art. 183 recipirt; es verblieb jedoch dabei nicht, weil die Redaktoren im Laufe der Berathung sowohl an der in dem Gesetze sonst nicht vorkommenden Strafe des Augenausstechens als auch an dem ihnen zu hart erscheinenden ewigen Gefängnisse Anstoss nahmen. Erstere wurde daher nach einigem Schwanken gänzlich fallen gelassen,³⁾ letzteres, wenn auch nicht dem Namen

¹⁾ Bamb. 221: „damit landt vnd lewt vor jme sicher sein mögen.“ Man nannte solche Personen bezeichnend: „sorgliche oder schedliche.“

²⁾ Abgedruckt: N. Archiv, 1844. 262; 1845. 141—143.

³⁾ In der Handschrift W. sind die Worte: „oder die augen ausgestochen“ — gestrichen; es findet sich am Rande aber die Bemerkung: No. zu bedenken anstat der ewigen gefengknus die augen ausgestochen gesetzt werden mag.

Diese ist demnächst durchstrichen und dafür der in Note 1 S. 65 erwähnte Zusatz angenommen. Die Strafe des Augenausstechens ist in der Bambergensis nirgend verhängt; dass sie nicht ganz unge-

so doch der Sache nach durch den gewiss zu billigenden Zusatz beseitigt, dass mit Bestellung einer angemessenen Kautio die Haft unter allen Umständen abgewendet oder aufgehoben werden solle.¹⁾ Damit war das ewige Gefängniss in eine temporäre Sicherheits- oder Präventionshaft verwandelt und jene Bezeichnung hätte eigentlich hier und an einigen andern Stellen schon damals als bedeutungslos fortfallen müssen.

Eine weitere Benutzung des Correctorium's über diese drei Stellen hinaus ist nicht nachzuweisen. So weit sein Inhalt aus Bambergischen Präjudikaten und Einzelentscheidungen bestand, war eine Berücksichtigung desselben in dem Reichsgesetze überhaupt nicht erforderlich; die darin aber sonst noch vorkommenden gesetzgeberischen Novellen zur Bamberg. betrafen meist solche Artikel, welche im Entwurfe bereits weggelassen waren und eigneten sich aus diesem Grunde nicht zur Aufnahme. —

Schliesslich ist noch einiger eigenthümlicher Abweichungen von der Bambergensis zu gedenken, mit denen es eine besondere Bewandniss hat. Bekanntlich besitzen wir von der Bambergensis neben der bei ihrem Erscheinen publizirten offiziellen und authentischen Ausgabe, der editio princeps vom Jahre 1507²⁾ noch eine Anzahl nicht offizieller, von dem bekannten Johann Schöffer zu Mainz veranstalteter Abdrücke, welche jedoch einen nicht durchweg korrekten Text liefern.³⁾ Es

bräuchlich gewesen, ergiebt die gelegentliche Erwähnung derselben in Bamb. 262. In der Carolina findet sie sich nur in art. 159 angedroht, ist hier aber erst in die spätern Entwürfe hineingebracht.

¹⁾ Proj. 183: — „oder alsslang bis die notturftig Caucion, sicherung vnd bestand für vnrechtlich thetlich handlung thut“.

²⁾ „Gedruckt zu Bamberg durch Hans Pfeyll — vnd in sölchem druck vollendet am Sambstag nach sandt Veits tag nach Cristi unsers lieben herren gepurt funffzehenhundert vnd im sibenden jare.“ — Bamb. 278. Interessante Notizen über diese Ausgabe bei Rosshirt, Geschichte und System I. 235.

³⁾ Ueber dieselben: Spangenberg im N. Archiv VII. 452; Rosshirt, ebend. IX. 244.

versteht sich von selbst, dass für die vorliegende Untersuchung und insbesondere zur Vergleichung mit dem Wormser Entwurfe in erster Linie die editio princeps benutzt werden musste. Hier zeigte sich aber die auffällige Erscheinung, dass der Entwurf in seinen beiden Gestalten eine Reihe vom Texte jener abweichender und zwar fehlerhafter Varianten darbot, bei denen die Annahme blosser Schreibversehen oder Flüchtigkeiten bei der Redaktion überhaupt ausgeschlossen blieb oder doch in hohem Grade unwahrscheinlich war. Diese Fehler mussten vielmehr anderswoher stammen. Zur näheren Feststellung beschloss ich auch noch den nicht offiziellen Text der Bamberg. heranzuziehen und wählte dazu zwei der ältesten Schöfferschen Ausgaben: die vom Jahre 1508, vff Simonis vnd Jude und die vom Jahre 1510, vff Laurencii,¹⁾ letztere vornämlich desshalb, weil soweit bekannt die nächstfolgende erst im Jahre 1531 erschienen ist. Die sorgfältige Vergleichung dieser beiden Ausgaben mit der editio princeps einer- und dem Wormser Entwurfe andererseits hat nun das allerdings überraschende Resultat ergeben,

dass die meisten derjenigen Varianten und Fehler, in denen die Ausgaben von 1508 und 1510 von der editio princeps abweichen, sich genau übereinstimmend auch in den beiden Redaktionen des Wormser Entwurfs wiederfinden;

und da dieses merkwürdige Zusammentreffen nicht etwa blos in einem oder dem andern Falle, da es sich ungefähr in vier-

¹⁾ Im Jahre 1508 erschienen bei Johann Schöffler zu Mainz von der Bambergensis drei verschiedene Ausgaben; 1) vff Mittfasten; 2) vff Bartholomei; 3) vff Simonis vnd Jude. Letztere Ausgabe hat übrigens schon den längern Titel mit dem Satze: allen Stetten, Communen u. s. w. In soweit ist Reinhold Schmidts Bemerkung in der Vorrede zu seiner Ausgabe ungenau. Die Ausgabe von 1510 ist bei S. F. v. Böhmer im Anhang zu den Meditationes in C. C. C. abgedruckt.

zig bis fünfzig Fällen wiederholt,¹⁾ so bleibt dafür nur eine Erklärung möglich,

dass der Wormser Entwurf nicht aus dem Originaltexte der editio princeps der Bam-

¹⁾ Ich hebe hier folgende Beispiele heraus:

Bamb. Editio princeps.	Bamb. Edit. 1508 u. 1510.	Project.
a. 8. verwaren und so es nodt thut verlesen.	— vnd so es not thut vberlesen	a. 5. — vnd so es not thut vberlesen.
a. 11. so auch des gefangen — — herschaft oder freunde	so auch des gefangen — — herschaftt oder fremde etc.	a. 8. So auch des gefangen — — herschaftt oder fremde beistennnd.*)
a. 21. — von wegen Fürsten, geistlicher lewt, einer gemeinde	— von wegen Fürsten, geistlicher leut oder gemein	a. 15. genau so wie edit. 1508 u. 1510.
a. 57. in f. — sol aufgeschrieben werden	sol angeschrieben werden	art. 47. sol angeschrieben werden.
a. 60. — solch name hin gethan, verkaufft, vergeben oder verborgen habe	solch nam hin gethan oder verkaufft, vergeben oder verborgen habe	a. 49 solch nam hingethan oder verkaufft etc.
a. 103. Her richter, A der anleger.	Her der Richter, A der anleger	a. 91. Her der Richter etc.
a. 135. — schmehschriff	schmehgeschriff	a. 116. — schmehgeschriff.
a. 146. — auch ferner an jrem leyb straffen	auch ferner am leyb straffen	a. 127. auch ferner am leyb straffen.
a. 172. — dann was arglistiglich und mit willen geschieht	dan das arglistiglich etc.	a. 152. dan das arglistiglich etc.
a. 150. nahend bey vierzehnen jaren	nahent vierzehnen jaren	a. 171 nahent vierzehnen jaren
a. 194. — nach gewonheit yedes ort etc.	nach gewonheit yedes landts	a. 175. nach gewonheit jedes landts

*) Hier wird also der sinnlose Text zu korrigiren versucht.

bergensis sondern aus einer der vorge-
dachten sekundären Schöfferschen Aus-
gaben hervorgangen sei, und dass eben aus
ihr sich jene fehlerhaften Eigenthümlich-
keiten desselben herschreiben.

Wie dies geschehen konnte, ist leicht begreiflich. Denn während die Originalausgabe der Bambergensis nur in einer beschränkten Zahl von Exemplaren erschienen war¹⁾ und ausserhalb Bamberg's wol nur den Wenigsten zugänglich sein mochte, erfreuten sich die Schöfferschen Abdrücke, an deren Korrektheit zu zweifeln damals keinem beikam, der weitesten Verbreitung und standen im allgemeinen Gebrauche. Wir dürfen uns daher nicht wundern, dass auch der Verfasser des Wormser Konzepts sich bei seiner Arbeit einer solchen ihm gerade zur Hand gewesenen Ausgabe in gutem Glauben an ihre Authentizität bedient und aus ihr die fehlerhaften Stellen in seine Vorlage mit übernommen hat. Dass demnächst bei der spätern Revision im Ausschusse sogar sinnentstellende Fehler unbeanstandet geblieben sind, ist freilich eine Nachlässigkeit, deren Vorwurf den Redaktoren nicht erspart werden kann.

Vor den übrigen Schöfferschen Ausgaben der Bambergensis zeichnet sich die vom Jahre 1510 dadurch aus, dass sie ausser den jenen gemeinsamen noch einige besondere Fehler enthält, welche ihr allein eigenthümlich sind. Es finden sich in ihr nämlich mehrere Stellen, deren Text durch Auslassung einzelner Worte ja ganzer Zeilen total korrumpirt ist. Wenn uns nun — wie thatsächlich der Fall — die gleichen Textentstellungen in

²⁾ Vergl. die bei Rosshirt, Geschichte und System I. 235 aus den Bamberger Kämmererechnungen mitgetheilte Notiz:

„Item X gulden geben Meister Hannsen Pfeylen Buchdrucker für XL Halsgerichtsordnung, die mein gn. Her von ine hat nemen lassen, vber die XL Halsgerichtsordnung die er seiner Gnaden laut seines gedings vergebens gen Hof geben hat. Zalt Sontag Jacoby, retulit Hofmeister“.

unserm Entwurfe begegnen, so ist ohne Weiteres klar, dass sie aus derselben Quelle stammen müssen, und wir können ferner desshalb mir voller Bestimmtheit

die Schöffers'sche Ausgabe d. d. Mainz 1510 auf Laurencii als diejenige bezeichnen, welche ausschliesslich bei der Wormser Redaktion zum Grunde gelegt worden ist.

Zum Beweise gebe ich eine Uebersicht der betreffenden Stellen:

Edit. princ.

Edit. 1510.

Proj. 26. § 2.

Bamb. 32 § 2.

— ob die verdacht person an geferlichen orten vnd stetten auch zu geferlichen zeiten gesehen worden were, daraus man sie der that zu verdenken vrsach nemen mochte.	— ob die verdacht person an geferlichen orten zu verdenken vrsach nehmenmöcht.	— ob die verdacht person an geferlichen orten jne des zu verdenken vrsach geben möcht.¹⁾
--	---	--

Bamb. 62.

Proj. 51.

— man sol ine auch fragen aller vrsach vnd vmbstende als obstet vnd das mere was jne darzu bewegt auch womit vnd wie er die vergiftung gebraucht oder zu gebrauchen vorgehabt.	— man sol etc. bis zu gebrauchen vorgehabt.	— man soll — ob auch ob er des mer zu gebrauchen vorgehabt.
---	--	--

³⁾ In W. lautet die Stelle also:

ob die verdacht persone an geferlichen orten jne des zu verdenken Ursach nemen mocht;
anfänglich also wörtlich genau so wie in Edit. 1510.

Editio princeps. Editio 1510. Proj. 12 al. 1.
Bamb. 105 al. 1.

Wo er — deshalb Wo er — deshalb Wo er — deshalb
sölch vrsach fur- sölch vrsachen fur- solch vrsach fur-
bracht het, dardurch bracht hat, seinen bracht hette, seinen
er hoffet von peyn- fursprecher bitten fürsprechen bitten
licher sraff entschul- lassen. lassen.
digt zu werden, so
mag er seinen für-
sprecher bitten lassen.

Bamb. 176 in fin.

Proj. 157.

Auch sölle etlich Auch sölle fell zu Auch so fell zu
artickel nechst her- schulden komen, dar- schulden komen, soll
nach volgend dess- nach gehandelt wer- darnach gehandelt
halb angesehen, vnd den. werden.
so dieselben fell zu
schulden komen, dar-
nach gehandelt wer-
den.

Bamb. 228.

Proj. 211.

— der mag erstlich — der mag erstlich der mag erstlich bey
bey seinem Amptman bey seinem Amptman der obrigkeit vmb
oder Castner vmb oder Castner vmb erclerung ansuchen.
erclerung suchen, erclerung suchen, (Im Konzepte folgen
kann er doselbst auch kann er doselbst auch hierauf folgende, hin-
nit genugsam bericht nit genugsam bericht terher wieder aus-
finden, so soll er finden, so sol er gestrichene Worte:
desshalb vnsere Hoff- desshalb vnsere Hoff- „kan er doselbst
rete persönlich er- rete persönlich er- auch nit genugsam
suchen vnd sich dess- suchen vnd sich dess- bericht finden, so
halb seynes zweyfels halb.¹⁾ soll er desshalb die

¹⁾ Die Auslassung der letzten Zeile ist übrigens schon in der Ausgabe der Bamb. von 1508 erfolgt. Eigenthümlich ist die willkürliche Ergänzung, die Schöffler in seiner Ausgabe vom 20. Mai 1531 für gut befunden hat. Hier lautet nämlich die verstümmelte Stelle also:

„vnd sich deshalb jres Raths haltens etc.“

Editio princeps.

verstendig machen
lassen.

Proj. 211.

obrikeit persönlich
ersuchen und sich
desshalb.“

In allen fünf Fällen bedarf die Abstammung unseres Textes aus der Schöfferschen Ausgabe von 1510 keines weiteren Kommentars; übrigens beweisen die an einigen Stellen von den Redaktoren herrührenden unbedeutenden Aenderungen, dass sie bis zu einem gewissen Grade die Inkorrektheit ihres Textes gemerkt und selbst die freilich schüchternen Versuche der Remedur desselben gemacht haben. Eine wirkliche Verbesserung und Herstellung des richtigen Textes sollte erst bei einer späteren Gelegenheit erfolgen.

Die Untersuchung über das Verhältniss des Wormser Entwurfs zur Bambergensis lenkt unsere Blicke von selbst auf die hervorragende Persönlichkeit des Mannes, der, ist er auch nicht als alleiniger Schöpfer der Bambergensis anzusehen, doch auf ihre Geschieke den bedeutsamsten Einfluss geübt hat, und die Frage liegt daher nahe, ob Johann von Schwarzenberg ebenso auch an der Entstehung des nicht mit Unrecht die Tochter der Bambergensis genannten Reichsgesetzes thätigen Antheil genommen, ob er in sonderheit schon zu Worms dem neuen Werke gewissermassen an dessen Wiege und auf den ersten Lebensschritten seine sorgsame und sichere Hand geliehen habe. Vielleicht gelingt es nach dieser Richtung hin das vielfach noch in Dunkel gehüllte Lebensbild des trefflichen Mannes um einige Pinselstriche zu bereichern.

Eine Thatsache darf jedes Falls als sicher angenommen werden: die persönliche Anwesenheit Schwarzenberg's auf dem Reichstage zu Worms. Sein damaliger Landesherr, Bischof Georg von Bamberg, war bald nach Eröffnung des Reichstags daselbst eingetroffen und wie seine Unterschrift unter dem Reichsabschiede darthut, noch am Schlusse desselben zugegen

gewesen.¹⁾ Dass der Bischof ohne Begleitung seines langjährigen Berathers und bewährten Hofmeisters zu der wichtigen Reichsversammlung gezogen sei, ist an sich schon höchst unwahrscheinlich; es fehlt aber auch nicht an aktenmässigen Zeugnissen dafür, dass Schwarzenberg sich wirklich in seinem Gefolge befunden habe.²⁾ Man könnte nun geneigt sein hieraus und aus der Benutzung der Bambergensis sowie namentlich des Bambergischen Correctorii den Schluss zu ziehen, Schwarzenberg habe als Vertreter des Bischofs an den Ausschussberathungen über die Halsgerichtsordnung Antheil genommen und wol selbst die Anregung dazu gegeben, die Bambergensis dem künftigen Reichsgesetze zum Grunde zu legen. Allein so nahe diese Schlussfolgerung zu liegen scheint, kann ich sie doch nicht für begründet erachten; sie scheitert an der einen oben nachgewiesenen Thatsache, dass im Wormser Ausschusse nicht die authentische Ausgabe der Bambergensis, sondern der inkorrekte Schöffersche Abdruck derselben benutzt worden ist.

Ist es in der That denkbar, dass Schwarzenberg kein offizielles Exemplar seines eigenen Landesgesetzes zur Verfügung gestanden habe, dass gerade er sich eines nicht authentischen, inkorrekten Abdrucks ohne nähere Prüfung bedient und einen solchen selbst dem Ausschusse vorgelegt haben könnte? Ich halte das einfach für unmöglich. Schwarzenberg würde, falls

¹⁾ Friedrich von Sachsen schreibt seinem Bruder Johann unter dem 26. Januar 1521:

„Bamberg vnd wirzburg vorsyht man sich alle tage allhy“

und unter dem 28. Januar:

„heute sollen kômen pamberg, wirzburg.“

Jedesfalls war der Bischof am 6. Februar schon in Worms. Förstermann, Neues Urkundenb. I. No. 10, 11, 16.

²⁾ In den Churpfälzischen Akten des Münchener Archivs 104/2 findet sich fol. 93 von der Hand der pfälzischen Râthe folgender Vermerk:

„Dise nachbenannten personen sein vff disen ytzigen Reichstag allhie zu Wormbs:

Bischoue von Bamberg
Her Hans von Schwartzenberg.“

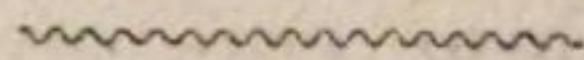
er im Ausschusse gesessen und wirklich ein echtes Exemplar seines Gesetzes nicht zur Hand gehabt hätte, sicherlich für die sofortige Beschaffung eines solchen aus dem leicht erreichbaren Bamberg Sorge getragen haben. Ich halte es aber ferner unter der gleichen Voraussetzung bei der von Schwarzenberg bei ähnlichen Gelegenheiten und namentlich bei der spätern Revision der H. G. O. selbst stets bewiesenen peinlichen Sorgfalt und Aufmerksamkeit für unmöglich, dass ihm die zahlreichen Mängel und sinnstörenden Fehler des im Ausschusse benutzten Abdrucks der Bambergensis hätten entgehen, und dass er sich bei einer so mangelhaften und unkritischen Revision des Textes hätte beruhigen sollen. Die, beinahe möchte man sagen, naive Uebernahme der korrumpirten Stellen aus der Schöfferschen Ausgabe ist nur erklärlich, wenn wir uns Schwarzenberg ohne alle persönliche Betheiligung an der Redaktion und ganz ausserhalb der Ausschussberathungen stehend denken.

Auffallend bleibt dabei freilich die Benutzung des Correctorii, das doch schwerlich über Bambergs Gränzen hinaus verbreitet gewesen sein kann. Hier bieten sich zwei Möglichkeiten der Erklärung dar: entweder hat der Verfasser des Konzepts die Nachträge in dem von ihm benutzten Exemplare der Bambergensis bereits vorgefunden, — was nach dem früher Bemerkten nicht ganz unwahrscheinlich, — oder aber das Ergänzungsmaterial des Correctorii ist ihm, nachdem der Beschluss, die Bambergensis für das Reichsgesetz zu verwerthen, gefasst worden war, durch Vermittelung Bambergs zugänglich gemacht. Und da liegt denn allerdings die Vermuthung nahe, dass Schwarzenberg es gewesen sei, der bei seinem Interesse für den Gang der Arbeit auch ohne selbst Mitglied des Ausschusses zu sein, sehr wohl dem Verfasser des Konzepts die betreffende Handschrift zur Verfügung gestellt habe. Hierbei möchte ich aber mit der Konjektur stehen bleiben, und jede Schlussfolgerung auf eine weitere persönliche Mitwirkung Schwarzenbergs entschieden von der Hand weisen.

Endlich ist auch darauf kein Gewicht zu legen, dass sich eine Handschrift des Wormser Projekts in dem Schwarzenber-

gischen Archive vorgefunden hat. Denn, selbst zugegeben, dass sie im Besitze unseres Schwarzenberg gewesen, so genügt doch zur ganz natürlichen Erklärung davon schon der Umstand, dass er bald nach dem Schlusse des Wormser Reichstags als Mitglied des Reichsregiments an die Spitze der Reichsregierung getreten und als solches die Abschriften der Reichsgesetzentwürfe behändigt erhalten musste.

Kurz, Alles in Allem erwogen, ist die Frage nach der persönlichen Theilnahme Schwarzenbergs an der Abfassung der Carolina in dem ersten Stadio der Redaktion meiner Uezeugung nach mit Nein zu beantworten.



Die Halsgerichtsordnung und das Reichsregiment 1522—1524.

Das Reichsregiment, welches nach den Beschlüssen zu Worms die Reichsangelegenheiten zu leiten berufen war, begann im Herbst des Jahres 1521 seine Thätigkeit.¹⁾ Seine Zusammensetzung bot ein ungefähres Bild der damaligen Reichsverfassung, indem einem jeden der verschiedenen Faktoren ein seiner politischen Bedeutung entsprechender Antheil an dem Centralorgane gewährt worden war. Dem Kaiser gebührte die Ernennung des Statthalters und einer Anzahl kaiserlicher Regimentsräthe; die Kurfürsten hatten, sei es in Person sei es durch ihre Stellvertreter Sitz und Stimme im Regimente; die geistlichen und weltlichen Fürsten alternirten durch Repräsentanten aus ihrer Mitte und waren ausserdem durch die von den Reichskreisen zu entsendenden Mitglieder vertreten selbst die Ritterschaft und die Reichsstädte waren nicht ganz leer ausgegangen, auch sie hatten einige Stellen im Reichsrath zu besetzen.²⁾

¹⁾ Ueber das Reichsregiment: Rancke, II. 27—99. Buchholz, Geschichte Ferdinand's II. Abschn. 1 und 2. Jörg, Deutschland in der Revolutionsperiode 1522—1526. Urkundliches Material bei Harpprecht, Staatsarchiv IV. und V. Förstemann, Neues Urkundenbuch 113—228.

²⁾ R. A. 1521 § 1—11. Regim.-Ordn. v. 1521. Das Regiment sollte darnach anfänglich aus dem Statthalter und 22 Mitgliedern bestehen, von denen mindestens 14 jedesmal anwesend sein mussten. Später setzte man das Quorum auf 10 Personen herab.

Aber gerade diese überkünstliche Zusammensetzung des Regiments trug die Keime seines Verfalls in sich. Scheinbar mit Befugnissen aller Art und äusseren Ehren reich ausgestattet, fehlte ihm doch in Wahrheit die reale Macht, sobald es darauf ankam, widerstrebende Gegner zu beugen und die politischen Verwickelungen mit starker Hand zum Wohle der Gesammtheit zu entwirren. Die grossen Reichsfürsten, von deren persönlicher Betheiligung man sich so Viel versprochen, zogen sich gar bald missmuthig von ihrer eigenen Schöpfung zurück und überliessen die Führung der Geschäfte meist einflusslosen und untergeordneten Beamten, die den von allen Seiten entgegenwirkenden Hemmnissen durchaus nicht gewachsen waren.¹⁾ So wurde das Regiment nicht, was es eigentlich hätte sein sollen: eine über den Parteien im Reiche und über den Ständen stehende kräftig herrschende und regierende Centralgewalt, sondern eine vielfach von ihnen abhängige und ihrem Einflusse Preis gegebene berathende und verwaltende Behörde, ein Organ, das zwar allenfalls in der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen Tüchtiges leisten mochte, da es ihm an technisch verständigen Kräften nicht fehlte, das aber wegen der mangelnden politischen Macht völlig ausser Stande war, dem Gesetze selbst energisch Geltung und Achtung zu verschaffen.

Diesem Regimente lag nun die Förderung und Vollendung der zu Worms unerledigt gebliebenen Reformprojekte und darunter auch die endgültige Feststellung der neu entworfenen Halsgerichtsordnung ob. Es sollte, wie es in dem Abschiede von 1521 hiess, den „furgeschlagenen Begriff“ derselben:

fur die Hand nemen, weiter nach notturfft ermessen und erwegen und fürter — dem rechten und Billigkeit gemess im heiligen Reich aufrichten.

¹⁾ Hans v. d. Planitz schreibt unter dem 20. Octob. 1523: „Es seind auch ezunder wenigk personen im regement vnd nicht vber VIII. Die Graffen, die prelaten vnd die von steten haben nymants hie. So ist nun icziger zeyt kein Churff. noch Furst hie, dan Herzog Hans v. Bayern als Stathaltersverweser.“ Förstemann, N. Urk. 119.

Sehen wir zu, wie das Regiment diese Aufgabe gelöst hat.

Gewiss muss es da als eine höchst glückliche und bedeutsame Fügung erscheinen, dass zur nämlichen Zeit gerade Johann von Schwarzenberg im Reichsregimente eine der einflussreichsten Rollen zu spielen berufen war. Bekannt ist, dass er in der Zeit vom Herbst 1521 bis zum Frühjahre 1524 dem Regimente als Mitglied angehört hat. In welcher Eigenschaft, ob als Vertreter Bamberg's, ob als Abgeordneter des Fränkischen Kreises oder etwa als kaiserlicher Rath, muss bei dem Mangel näherer Nachrichten unentschieden bleiben.¹⁾ Seine Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, sein edler stets auf Förderung des Besten der Nation gerichteter Sinn, seine erprobte Geschäftstüchtigkeit und Erfahrung erwarben ihm auch in dieser Stellung schnell das vollste Vertrauen, hohes Ansehen und überwiegenden Einfluss. In vielen wichtigen Fragen — ich erinnere nur an den Beschluss das Wormser Edikt gegen Luther zu sistiren — gab seine Stimme im Rathe den Ausschlag, und in der zweiten Hälfte des Jahres 1523 ward ihm sogar die Ehre zu Theil, als Vertreter des Statthalters zeitweilig an die Spitze der gesammten Reichsregierung zu treten.²⁾ Dass ein Mann von Schwarzenberg's Charakter und ganzer Vergangenheit den legislativen Arbeiten des Reichsregiments gegenüber kein müssiger Zuschauer geblieben sein, dass er an ihnen sich auch persönlich mit regem Interesse betheiligt haben werde, ist eigentlich ohne Weiteres anzunehmen; speziell für

¹⁾ Rancke, II. 39. Hermann, Schwarzenberg 62 ff. Ganz ungerecht, einseitig und parteiisch ist das Urtheil über Schwarzenberg bei Jörg, 17. 80.

²⁾ Herrmann, Schwarzenberg 67. Harpprecht, IV. (2.) 45. In Förstemann, N. Urkundenb. IV. Abschn. finden sich eine Menge Urkunden, in denen die Person unseres Schwarzenberg erwähnt wird. Vergl. die No. 6, 10, 12, 24, 36, 40, 55, 64. Es ergiebt sich aus ihnen, dass Kurfürst Friedrich von Sachsen grosse Stücke auf ihn gehalten, und dass sein Gesandter, v. d. Planitz sich in allen wichtigen Fragen mit ihm besprochen hat. Die No. 55 und 63 sind wegen der darin berührten Beziehungen zu dem Sohne Schwarzenberg's, Christoph v. S., der auf Seiten der streng katholischen Partei stand, von Interesse.

unsere H. G. O. werden aber weiter unten die dafür sprechenden Thatsachen nachgewiesen werden.

Ueber die Revision der H. G. O. im Reichsregimente waren bisher nur sehr dürftige Nachrichten bekannt;¹⁾ es ist mir gelungen, sie in manchen Punkten zu ergänzen und zu vervollständigen. Dass das Regiment sich mit der gedachten Aufgabe schon vor dem Jahre 1523 beschäftigt habe, ist ganz unwahrscheinlich, da andere und dringendere Angelegenheiten, wie die Ausführung des Landfriedens u. s. w. seine Thätigkeit vollauf in Anspruch nahmen. Erst auf dem in der Zeit vom 13. December 1522 bis 3. Februar 1523 zu Nürnberg abgehaltenen Reichstage ward die Halsgerichtsordnung und zwar von den Ständen selbst wieder zur Sprache gebracht.²⁾ Den nächsten Anlass dazu gab eine Beschwerdeschrift, welche die zu Schweinfurt versammelt gewesenen Fränkischen Ritter und Herrn wider Fürsten und Obrigkeiten dem Reiche zur Abhülfe übergeben hatten.³⁾ Sie enthielt neben andern Punkten auch einen besondern Abschnitt:

„Beschwerden wider der Fürsten Zent- oder Halsgericht“,

worin eine gewiss nicht übertriebene Schilderung der damaligen Zustände der Strafjustiz in Mittel- und Süddeutschland entworfen war. Zum Theil wurden hier die nämlichen Mängel gerügt, deren Beseitigung man eben von dem Reichsgesetze mit Recht erwarten durfte. Unter andern wird da geklagt über die Besetzung der Gerichte mit

¹⁾ Malblank, 182. Herrmann, 68—70.

²⁾ Es war dies der zweite unter dem Regimente abgehaltene Reichstag; der erste fiel in die Zeit vom 12. Febr. bis 1. Mai 1522; dieser zweite sollte schon am 1. September 1522 beginnen, er musste aber bis zum 13. Dezember verschoben werden. Harpprecht, IV. (2.) 39.

³⁾ Dieses für die Geschichte jener Tage wichtige Dokument ist sehr unkorrekt bei Goldast, Polit. Reichshandel, 978 gedruckt; ich habe die in den Weimarer Reichstagsakten pro 1522 Fol. 251 befindliche bessere Abschrift benutzt. Das Urtheil, welches Ulmann in seinem Franz v. Sickingen, 1872, 229 ff., über diese Denkschrift neuerdings gefällt hat, scheint mir nicht begründet zu sein.

„alten reisigen Knechten, oder sonst einfeltig schlechten der rechtlichen vbung unerfarne personen“,
 über das willkürliche Nehmen von Bussen und Belohnungen seitens der Richter und über misbräuchliche Zulassung des Reinigungseides.¹⁾ An vielen Orten — so hiess es weiter — halte man „etlich doricht Form eines gerichtlichen prozes der doch den gemeinen und kaiserlichen rechten auch der vernunfft zuwider sein“, —
 und verurteile auf blosses Bekenntniss in der Folter,
 „so man doch sonst vil underscheid nachfrag und erfahrung der vmbstend einer geschehenen bekentnus mit Fleis suchen sol.“²⁾

Diese von einem ganzen Stande ausgehende Kollektiv-Petition verfehlte nicht einen tiefen Eindruck auf die Reichsversammlung zu machen. Man durfte sie nicht einfach mit Stillschweigen abthun, man musste sie schon wegen der darin dem Regimente gemachten bitteren Vorwürfe der Parteilichkeit und Schwäche in Erwägung nehmen, und so hatte sie wenigstens das Gute im Gefolge, dass durch sie eine Reihe von beinahe in Vergessenheit gerathener. Fragen wegen Reform des Justizwesens aufs Neue angeregt wurden. Zwei darauf bezügliche Anträge gingen aus Mitten der Stände hervor. Der eine betraf die Verbesserung der Territorialgerichte überhaupt, und da er bisher nicht bekannt geworden, theile ich ihn aus den Reichsakten nachstehend mit:

„Nota, das der Fürsten land vnd hoff- und lehnsgericht jn andern Fellen auch reformirt und dermassen geordnet werden, das man schriftlich vnd zum fürderlichsten daran procedirn und handeln mag; vnd solch reformation vnd pflicht sol ein yeder Furst der Camergerichtsordnung gemess des Schleunigsten machen. Aus

¹⁾ — „lassen sie die morder vnd andere mishandler — als bald sie komen gleich als weren sie vnschuldig, sich mit dem eyd purgiren.“

²⁾ Es finden sich hierin so auffallende Anklänge an die Bambergensis, dass man bei dem Verfasser der Beschwerdeschrift die Bekanntschaft mit derselben voraussetzen muss.

der Mentzischen Hofgerichtsordnung wer gut solch formen zu suchen.¹⁾

Der zweite Antrag brachte die bisher nicht ausgeführte Revision der Halsgerichtsordnung in Erinnerung:

„Item das der Halsgerichtsordnung nit vergessen, sündere die bei dem kais. Regimente furdert werde, sampt jren mengeln so die darin funden sollen haben,“ —

und um dieser Erinnerung bei dem Regimente gebührenden Nachdruck zu verschaffen, beschloss man zugleich sie mit den übrigen noch zu erledigenden Reformartikeln auf die Tagesordnung des nächsten Reichstags zu setzen, in der sichern Erwartung, dass das Regiment bis dahin die ihm obliegenden Vorbereitungen abgeschlossen haben würde.²⁾

Obschon die Berufung des neuen Reichstags schon zum 13. Juli 1523 ausgeschrieben war, verzögerte sich doch sein Zusammentritt durch die mangelhafte Betheiligung der Stände nach wiederholten Vertagungen bis zum Anfange des nächstfolgenden Jahres.³⁾ Inzwischen war das Reichsregiment nicht müßig gewesen; es hatte es weder an Eifer noch an Arbeit fehlen lassen, und in der kurzen Frist und unter den schwie-

¹⁾ Frankfurter R.-Akten Vol. XXXVIII. Fol. 184 unter der Ueberschrift: „Reformation der gerichten in andern Fellen“ (d. h. ausserhalb des Kammergerichts). Das Schriftstück findet sich auch in den übrigen Reichstagsakten. Ueber die am Schlusse erwähnte Mainzische Hofgerichtsordnung von 1516, ein Werk des Kanzlers Johann Fürderer siehe Stobbe, Geschichte II. 410.

²⁾ Reichsabschied vom 2. Februar 1523; Harpprecht, IV. (2.) 170—193: — „So haben sich vnser Stathalter — samptlich eines tags vereinigt, nämlich auf Sanct Margarethentag schierist allhie gen Nürnberg, darauf ein jeder Churf. Fürst, Praelat — einen seiner dapffern geschickten Rätthe gewisslich daselbst zu Nürnberg haben sol, mit völligem gewalt neben vnd mit vnserm Stathalter zu vollziehung des aufgerichteten Zolls, Execution, — Halsgerichtsordnung — entlich zu ratschlagen.“

³⁾ Der Termin ward zunächst auf den 1. September, dann auf den 11. November verlegt, der Reichstag trat aber erst am 24. Januar 1524 zusammen. Harpprecht, IV. (2.) 196.

rigen Verhältnissen eines fortwährenden Kampfes um das eigene Dasein die projektirten Reformen so weit gefördert, dass ihrer Vorlage an die Stände Nichts weiter entgegen stand. So wurden nicht nur die schon zu Worms berathenen Ordnungen: die Polizei- und die Halsgerichtsordnung gründlich revidirt und fertig gestellt, sondern auch eine Reihe neuer wichtiger Gesetzentwürfe über Zölle, Monopolen, Münze u. a. vorbereitet,¹⁾ ja das Regiment trug sich noch mit weiter gehenden Plänen, indem es sogar eine umfassende Sammlung aller bis dahin ergangenen Reichsgesetze

„in ein gewiss eigentlich Compendium vnd form“ — veranstalten wollte.²⁾

Da das Regiment sich auf die Eröffnung des neuen Reichstags in der Mitte des Monats Juli 1523 gefasst machen musste, so kann die Revision der Halsgerichtsordnung durch dasselbe nur in der Zeit vom Schlusse des vorigen, d. h. von Anfang Februar bis dahin stattgefunden haben. Dies wird denn auch dadurch bestätigt, dass bei einer Anfang Juli zu Oberwesel von mehreren Kurfürsten und Regimentsräthen abgehaltenen vorläufigen Konferenz die Verweisung der — damals also sicherlich revidirten — Halsgerichtsordnung auf die unmittelbar bevorstehende Reichsversammlung zur Sprache kam: — und ist der artickel der Halsgericht belangend auch zu weiter berathschlagung auf solchen Reichstag Margarethe³⁾ geschoben, darmit darauf der pillicheit auch fürter gehandelt und geschlossen werden moge —⁴⁾

¹⁾ Ergiebt sich aus den Reichsakten und aus der bei Harpprecht IV. (2.) 200—205 mitgetheilten Proposition des Regiments.

²⁾ Harpprecht, l. c. 204. Münch. Archiv, Bayr. Akten 1524 (156/5): „Item das alle Reichsordnung formlich in ein puech gezogen wurden.“

³⁾ Margarethae = 13. Juli.

⁴⁾ Münchener St.-Archiv, Churpfälz. Akten 104/4. Der Beschluss trägt das Datum:

„Dinstag nach Visitat. Mariae anno XXIII.“
d. h. den 2. Juli. Ueber die Oberweseler Konferenz vergl. Ulmann, Franz v. Sickingen 278.

und dass sie demnächst vom Regimente selbst in dem von ihm unter dem 5. September erlassenen neuen Reichstagsausschreiben als eine für die ständische Berathung reife Vorlage angekündigt wurde.¹⁾ Wäre man streng nach dem Wormser Reichsabschiede verfahren, so hätte es allerdings einer solchen ständischen Mitwirkung überhaupt nicht bedurft; denn, wie wir uns erinnern, war darin dem Regimente die Befugniss ertheilt, die H. G. O. selbstständig festzustellen und zu publiziren und von einer Betheiligung der Stände nicht die Rede gewesen. Allein das Regiment nahm aus guten Gründen Anstand, sich jener Ermächtigung zu bedienen und auf eigene Hand das Gesetz ohne vorwissen der stend auszukunden (d. h. zu verkünden).

Denn einmal hatten ja die Stände selbst auf dem letzten Reichstage die Sache wieder in ihre Hände genommen und den Anstoss zu den weitem Verhandlungen gegeben, sodann aber fühlte das Regiment in seiner damaligen Lage und bei den stets heftiger auf seinen Sturz hinarbeitenden Angriffen sich seiner Verantwortlichkeit und Macht nicht sicher genug, um eine so wichtige Massregel, die überdiess bei Manchen auf Widerstand stossen konnte,²⁾ ohne Unterstützung der Stände einseitig durchzuführen. Es schien ihm in diesem Falle gerathener, alles Weitere den Beschlüssen des Reichstags vorzubehalten. Als daher der neue Reichstag zu Nürnberg am 14. Januar 1524 feierlichst in Gegenwart des Bruders des Kaisers eröffnet worden war,³⁾ stellte das Regiment in seiner Proposition sofort mit andern Vorlagen auch die revidirte Halsgerichtsordnung den Ständen zu weiterer Verfügung.

¹⁾ Das Ausschreiben bei Harpprecht, l. c. 196. Unter den Proponendis wird da erwähnt:

„Item die Halsgerichtsordnung, wie die in vnserm nechstgehalten reichstag zu worms begriffen —“.

²⁾ So hatten sich die Schwäbischen Städte auf einem im Juni 1523 zu Esslingen gehaltenen Tage gegen die neue Halsgerichtsordnung erklärt. N. Archiv, 1854, 439 ff.

³⁾ Als kaiserlicher Orator fungirte Hannart. Ueber die Verhandlungen Rancke, II. 91—99.

Vnd als auch in gemeltem jüngsten ausschreiben — so heisst es in der Proposition — die ordnung der halsgericht, wie die durch das Reich gehalten werden sol, auch angeregt, vnd aber vormals auf dem jüngsten reichstag zu Wormbs statlich davon geratschlagt vnd in verzeichnus gebracht, vnd doch damals dem Regiment weiter zu beratschlagen vnd zu beschliessen bevelcht worden, haben Stathalter vnd Regiment dem zeitlich folge gethan vnd sich doch on vorwissen der Stend dieselben auszukunden enthalten vnd wo die Stend das beschehen wollen, das steht zu jrem gefallen, wo auch vnderricht begehrt wurde, seind Stathalter vnd Regiment dasselbig zu thun auch erbütig.¹⁾

¹⁾ Harpprecht. l. c. 200. In den Reichsakten finden sich noch einige auf die H. G. O. bezügliche Notizen, die ich hier folgen lasse:

Münch. St.-Archiv, Bayr. Akten 1524 (156/5):

„Item die Halsgerichtsordnung im Reich ausgeen zu lassen, darinnen zuvor etlich zweifel müssen erledigt werden.“

„Verzeichnuss der schriefften auf den Reichstag gen Nürnberg hingefurt 1524

— Halsgerichtsordnung.“

Münch. St.-Archiv, Pfälz. Akten 1527 (103/3d):

„Vsszug der puncten, dy vom Regiment vbergeben worden — des halsgerichts halb ist vorauff dem Reichstag zu Wormbs ein begrieff gestellt, furter durch das Regiment ein ordnung verfasst, wy sie bey hands haben, sein erbutig forzulegen zu besichtigen.“

Ferner in denselben Akten:

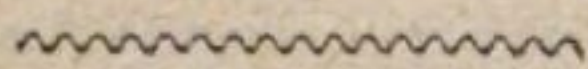
„Ratschlege und innerliche bedencken vnd vffzeichnus in des Reichs vnd andern Sachen zu Nürnberg vff den Reichstag Martini XVc XXIII (sic!) aber vff Donnerstag nach Erhardi (14 Januar) angefangen. — — — N. 5 des halsgerichts halben wy obstet, desgleichen der policey halben auch monopolien vnd andere sein vffgelegt, bei der ersten zum wenigsten (hier folgen unleserliche Worte) — erhalten werden.“

Alles von der Hand der churpfälzischen Rätho.

Die Verhandlungen zu Nürnberg nahmen im Ganzen aber einen unerfreulichen Verlauf. Gleich bei ihrem Beginne erwies die Stellung des Regiments sich als so tief erschüttert und die Opposition dagegen so erstarkt, dass an eine ruhige Berathung gesetzgeberischer Arbeiten nicht mehr zu denken war. Die politischen Fragen absorbirten ausschliesslich Kraft und Zeit der Betheiligten und das Hauptziel des Reichstags war nur den beschleunigten Sturz des vor Kurzem noch so sehr begehrten und jetzt in seinen leitenden Persönlichkeiten ebenso gründlich verhassten Reichsregiments durch möglichst heftige Angriffe auf dasselbe herbeizuführen. Unter solchen Umständen kam von den erwähnten Vorlagen nur das Wenigste zur Verhandlung, und von der Halsgerichtsordnung können wir mit Bestimmtheit behaupten, dass es in Betreff ihrer bei dem Anerbieten des Regiments, den revidirten Entwurf den Ständen zur Durchsicht und Prüfung vorzulegen verblieben ist. Weder haben sie von diesem Anerbieten Gebrauch gemacht, noch ist überhaupt der Entwurf in ihre Hände gelangt.¹⁾ Der bald nach Eröffnung des Reichstags erfolgte Fall des bisherigen Regiments und die Neubesetzung des an seine Stelle tretenden bewirkten eine so vollständige Umwälzung in der Leitung der Reichsgeschäfte, dass auch schon aus diesem Grunde die Erledigung der von jenem begonnenen Arbeiten zur Zeit unterbleiben musste. Am 18. April 1524 wurde der Reichstag geschlossen, und in dem Abschiede desselben der Halsgerichtsordnung mit keiner Silbe erwähnt.²⁾ Fast schien es, als ob die zu Worms so glücklich begonnene Reform der Strafgesetzgebung auf's Neue in ungewisse Zukunft verschoben sei.

¹⁾ In den Reichstagsakten findet sich nicht die mindeste Andeutung, dass die Stände in die Berathung des Entwurfs eingetreten seien. Dagegen spricht abgesehen von dem Schweigen des R.-Abschiedes von 1524 auch der Wortlaut der Vorrede zu dem Projekte von 1529.

²⁾ N. Samml. II. 252.



Der zweite Entwurf der Halsgerichts- Ordnung.

Wenn auch die von dem Reichsregimente vollzogene Revision der H. G. O. zunächst praktische Erfolge nicht gehabt hat, so würde doch der Besitz des als Repräsentanten dieses Redaktionsstadiums zu betrachtenden revidirten Entwurfs — ich will ihn nach dem Orte seiner Entstehung den Nürnberger nennen — für die Geschichte der Carolina von grossem Werthe sein. Bisher ist aber die Forschung nach diesem Entwurfe vergeblich gewesen; und die Hoffnung Handschriften desselben in Archiven zu finden war eine äusserst geringe, wenn man erwog, dass Abschriften von Reichsgesetzesentwürfen nur dann in den Besitz der Stände zu gelangen pflegten, wenn entweder eine förmliche Berathung derselben im Reichstage stattgehabt, oder wenn sie durch ausdrücklichen Reichsschluss ihnen zur Prüfung und Begutachtung überwiesen worden waren. Keines von Beiden traf bei dem Nürnberger Entwurfe zu; er war nur von dem Regimente, nicht aber auch von den Ständen berathen; er verschwand nach dem Nürnberger Reichstage zunächst von der Tagesordnung, und zur Vervielfältigung desselben lag daher keine Veranlassung vor. Gewiss hat es — in der Reichskanzlei — eine Originalhandschrift des Entwurfs gegeben; ob aber selbst nur die Regimentsräthe Kopien davon besessen haben, ist schon zweifelhaft, da für sie — abgesehen von einem etwaigen persönlichen Interesse

ein Bedürfniss dazu nicht vorhanden war. Sicherlich war daher schon zur Zeit seines Entstehens die Zahl der Handschriften eine sehr geringe, und es durfte kaum darauf gerechnet werden, dass von ihnen eine oder die andere die wechselvollen Schicksale derzeitiger Urkunden überdauern und sich bis auf unsere Tage erhalten würde. In der That sind auch alle von mir in den verschiedenen Archiven angestellten sorgfältigen Nachforschungen nach dem Vorhandensein des Nürnberger Entwurfs resultatlos ausgefallen; ein um so glücklicherer Zufall ist es daher zu nennen, dass die Existenz wenigstens eines Exemplars dieses Entwurfs und noch dazu an einem Orte festgestellt ist, wo man einen solchen Schatz am wenigsten hätte vermuthen sollen, nämlich in dem Provinzialarchiv zu Königsberg in Preussen.¹⁾

Die Königsberger Handschrift des Nürnberger Entwurfs bildet einen Bestandtheil eines mit B. 35 signirten Folio-bandes, welcher eine Sammlung das Herzogthum Preussen betreffender theils handschriftlicher theils gedruckter Rechtsaufzeichnungen und Staatsverträge aus der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts enthält.²⁾ Die meisten Stücke dieser

¹⁾ Steffenhagen hat diese Handschrift angezeigt, ohne aber ihren Werth und ihre Bedeutung zu erkennen. Zeitschr. f. Rechtsgesch. 1864. 186.

²⁾ Der Band enthält folgende Stücke:

1. den Krakauer Vertrag von 1525;
2. etlich ausgezogen artikel aus gemeiner landtsordnung von 1525;
3. dieselben noch einmal;
4. die Landesartickel von 1540;
5. den Befehl von 1543;
6. den Litthauischen Vertrag von 1528;
7. den Abschied und Rezess von Marienburg von 1529;
8. den Litthauischen Vertrag ad 6 noch einmal;
9. } zwei Exemplare des sog. Lehnprocesses;
10. }
11. die Halsgerichtsordnung.

Die Stücke ad. 1, 4, 5 sind gedruckt; die übrigen handschriftlich; zwischen Stück 8 und 9 finden sich einige leere Blätter.

Sammlung datiren aus den Jahren 1525 — 1529, das jüngste stammt aus dem Jahre 1543. Die Sammlung als solche kann daher erst nach diesem Jahre angelegt sein.

Als eilftes und letztes Stück unmittelbar hinter einer Doppelhandschrift des s. g. Lehnprozesses steht die Halsgerichtsordnung, welche, wie Papier und Schrift erkennen lassen, ursprünglich für sich bestanden hat und erst später dieser Sammlung einverleibt worden ist. Die Handschrift enthält 65 unfoliirte Blätter, sie ist von einer und derselben Hand in guter Kanzleischrift der ersten Hälfte des XVI. Jahrhunderts und mit Sorgfalt geschrieben. Fol. 1. bildet das Titelblatt und trägt den Titel:

Halsgerichtsordnung.

Auf Fol. 2 beginnt der Text mit der aus dem Wormser Projekte bekannten Ueberschrift:

Sonntag Jubilate

Churfursten, Fursten vnd audere stend furgeschlagener
begriff die peinlichen gericht betreffendt.

Am Rande des Textes stehen lateinische Artikelzahlen, von denen die beiden ersten auf die nicht besonders ausgeschiedene Vorrede treffen; von Art. 178 ab — mit Ausnahme bei Art. 193 und 209 — fehlen die Zahlen. Auch die im Texte vorkommenden Citate sind durchweg mit gleichen Ziffern ausgefüllt. Der Entwurf hat im Ganzen 227 (eigentlich nur 223)¹⁾ Artikel.

Art. 41 des Wormser Projekts ist hier (entsprechend den Art. 48, 49 der Bambergensis) in zwei getheilt, die die Ziffern 43, 44 führen; da indessen die beiden folgenden Artikel jeder mit der gleichen Zahl 45 bezeichnet sind und auch die spätere Zählung nicht weiter geändert worden ist, so liegt entweder ein Versehen des Abschreibers vor, oder man hat hinterher jene Scheidung wieder rückgängig gemacht. Die im Wormser Projekte sich findende Schlussnotiz wegen des Druckes

¹⁾ Die Artickel 218—222 der Zöpfl'schen Numeration haben nämlich in dem Entwurfe einen einzigen Artickel gebildet.

und der etwaigen Aufnahme von Bildern fehlt hier. Ueberhaupt endet die Handschrift ohne jeden förmlichen Abschluss.

Soviel über die äussere Beschaffenheit der Königsberger Handschrift; es ist nun der Beweis zu erbringen, dass sie in der That das bisher vergeblich gesuchte Nürnberger Projekt unserer Halsgerichtsordnung enthalte. Betrachtet man dieselbe genauer, so ergiebt sich, dass sie keinem der bisher bekannten Projekte, weder dem von Worms noch dem von Speier angehören kann, da sie im äussern Umfange wie im Texte gleichmässig von beiden abweicht. Wir haben es bei ihr also mit einem neuen Projekte zu thun. Denkbar wäre nun, dass dieses Projekt seine Stellung erst hinter dem von 1529, also zwischen diesem und der definitiven Redaktion der Carolina finden könnte; allein diese Vermuthung ist sofort von der Hand zu weisen, weil der Text keine der eigenthümlichen Neuerungen enthält, welche, wie aus dem neu aufgefundenen Augsburger Projekte zu ersehen, für die Redaktion nach 1529 entscheidend sind. Hält man ferner den Königsberger Text ebensowohl mit dem Wormser wie mit dem Speierer Entwurfe zusammen, so zeigt sich trotz der vorhandenen wesentlichen Verschiedenheit doch auch wieder eine nicht zu verkennende Uebereinstimmung mit dem einen wie mit dem andern, in so fern er bemerkenswerthe Eigenthümlichkeiten beider in sich vereinigt. Folgendes sind die charakteristischen Merkmale des neuen Entwurfs:

1. Uebereinstimmung mit dem Wormser Projekte: die gleiche Vorrede, die unveränderte Stellung von a. 34 b., die gleiche Fassung später geänderter Artikel; ¹⁾

2. Uebereinstimmung mit dem Speierer Projekte: die Zusammenziehung von a. 13 a. und b., die Weglassung von a. 76 b., 211. a—c., 223 und 224 aus dem ersten Entwurfe; die Aufnahme der neuen Artikel 68, 223—225 schon in der Fassung, wie sie uns später auch in dem Speierer Projekte begegnen; ²⁾

¹⁾ Z. B. Proj. 1, 8, 17, 22, 38 u. a. m.

²⁾ Die Citate hier wie später beziehen sich auf die Zöpfl'sche Ausgabe.

3. Abweichungen von dem Speierer Projekte: das Fehlen der diesem eigenthümlichen Vorrede sammt „Erclerung über das Rathsuchen“; das Fehlen des Schlussartikels 226, die Stellung des a. 34b, u. a. m.

Alles dies, sowie der Umstand, dass auch im Einzelnen der neue Entwurf sich bald der Redaktion von 1529 entschieden nähert, bald hinter ihr und mehr im Anschlusse an das Wormser Projekt zurückgeblieben ist, führt mit Nothwendigkeit zu dem Schlusse, dass

der in der Königsberger Handschrift enthaltene Entwurf der H. G. O. einem Zwischenstadio zwischen den beiden andern angehöre, und wenn auch später als das Wormser, doch jedes Falls früher als das Speierer Projekt entstanden sein muss.

Mit dieser Feststellung ist aber zugleich die Identität mit dem von dem Reichsregimente revidirten Nürnberger Entwurfe des Jahres 1523 dargethan; denn da aus der Zeit von 1521—1529 die Existenz nur dieser einen und keiner andern Zwischenredaktion bezeugt ist, und die Merkmale einer solchen bei dem neu aufgefundenen Entwurfe zutreffen, so kann dieser eben kein anderer sein, als der bisher vergeblich gesuchte.

Die Richtigkeit dieser Folgerung wird wesentlich bestärkt durch die Ermittlung der nähern Umstände, unter denen sich die besprochene Handschrift gerade nach Königsberg verirrt hat. Ich glaube nämlich nicht fehlzugehen, wenn ich diese auffallende Thatsache mit einer Episode aus dem Leben Schwarzenberg's in ursächliche Verbindung bringe.

Dass Schwarzenberg seit Langem mit dem Fränkisch-Brandenburgischen Fürstenhause in nahen freundschaftlichen Beziehungen gestanden hat, ist bekannt.¹⁾ Nach seinem Ausscheiden aus dem Reichsregimente war er in den Dienst der Markgrafen Casimir und Georg getreten; aber auch mit ihrem Bruder, dem Herzog Albrecht von Preussen hatte

¹⁾ Herrmann, Schwarzenberg 38. 74.

er intime Verbindungen geknüpft, und diese werden seit seiner entschiedenen Parteinahme für die Sache der Reformation sich wol noch fester gestaltet haben. In engen persönlichen Verkehr traten beide, als Schwarzenberg im Sommer 1526 als Gesandter Casimirs zur Vermählung Herzog Albrechts mit Dorothea von Dänemark nach Preussen geschickt wurde.¹⁾

Der Herzog wünschte sich die Hülfe und den Rath des in der Gesetzgebung, Verwaltung und Politik gleich sehr erfahrenen Mannes bei der Regelung der Verhältnisse seiner jüngst gegründeten weltlichen Herrschaft, in seinen schwierigen Beziehungen zur Krone Polen und bei der Durchführung der kirchlichen Neuerungen in seinem Lande für längere Zeit zu sichern und hatte deshalb von seinem Bruder einen einjährigen Urlaub für Schwarzenberg erbeten und erhalten ²⁾ Dieser verblieb nunmehr in der nächsten Umgebung Herzog Albrecht's, begleitete ihn auf seinen Reisen — z. B. an das polnische Hoflager, wo er auch im Interesse Casimir's diplomatische Geschäfte zu erledigen hatte ³⁾ — und verbrachte einen Theil des Winters von 1526 zu 1527 zu Königsberg, wo er an den

¹⁾ Die Hochzeit fand am 1. Juli 1526 statt. Das Kredenzschreiben Casimir's für Schwarzenberg dat. Onolzbach, Dinstag nach dem Sonntag nach Exaudi anno XXV = 15. Mai. (Königsberger Archiv.)

²⁾ Schreiben Casimir's d. d. Speyr, vincula Petri XXVI (1. August) im Königsberger Archive:

— „vnd wie wol wir jn diesen leuften gedachts unsers Raths Johanssen Herren zu Schwartzzenbergs bey uns hie aussen gantz nottdurftig sein, wie dann E. Liebden wissen, dass vns und andern fursten an redlichen geschickten leuten vil mangels erscheint, zusampt dem, das er auch für sich selbst hiraussen vil zu schaffen hat, jedoch wo er seins aigen geschefft halben darynnen bey E. L. bleyben mag, so wollen wir jne vnsern halben — E. L. zu freuntlichem Bruderlichem gefallen hiemit bewilligen, derselben E. L. ein jar lang dernegst zu dienen, wie er vnzweifel getreulichen thun wurdet.“

³⁾ Schreiben Casimirs an Schwarzenberg dat. Cadolzburg, Mittwoch nach Nativitat. Mariae anno XXVI (12. Sept.) und an Herzog Albrecht am Tage darauf. (Königsberger Archiv.)

Regierungsgeschäften persönlichen Antheil genommen hat.¹⁾ Die von Herrmann aufgestellte Behauptung, Schwarzenberg sei schon im Herbste 1526 nach seiner Heimath zurückgereist,²⁾ ist hiernach unrichtig, er hat sich vielmehr, wenn auch nicht ein volles Jahr, so doch, wie seine im Archive vorhandene Originalkorrespondenz erweist,³⁾ jedenfalls in der Zeit vom Juli 1526 bis zum Februar 1527 in Preussen aufgehalten.

Während seiner Anwesenheit in Königsberg hat nun Schwarzenberg für den Herzog sei es auf dessen Wunsch, sei es aus eigenem Antriebe verschiedene Schriften kirchlichen und politischen Inhalts, die er aus Deutschland mitgebracht hatte, durch die Herzogliche Kanzlei abschreiben lassen;⁴⁾ und unzweifelhaft ist dies auch mit dem in dem Königsberger Archive vorgefundenen Nürnberger Entwurf der H. G. O. geschehen. Dass Schwarzenberg sich im Besitze eines Exemplars desselben befunden, kann bei seiner hervorragenden Stellung im Reichsregimente und bei dem lebhaften Interesse, welches er gerade für dieses Gesetz fühlen musste, nicht auffallen. Zu welchem Zwecke er den Entwurf nach Preussen mitgenommen, darüber vermag ich freilich keine Auskunft zu geben, eben so wenig über die Gründe, die ihn bewogen, für Herzog Albrecht eine

¹⁾ Er hat z. B. an den Sitzungen des Hofgerichts Theil genommen; ich verdanke diese Nachricht der Mittheilung des Herrn Archivars Dr. Philippi zu Königsberg.

²⁾ Herrmann, Schwarzenberg 91; es ist daher auch unmöglich, dass Schwarzenberg an dem von Markgraf Casimir im October 1526 zu Ansbach abgehaltenen Landtage Theil genommen und auf demselben den Antrag auf Aufhebung der Nonnenklöster gestellt haben kann, wie Herrmann a. g. O. nach v. d. Lith, Erläuterung der Reformationshistorie aus dem Brandenb.-Onolzbachischen Archiv, annimmt.

³⁾ Im Königsberger Archive findet sich ein Originalbrief Schwarzenberg's an Herzog Albrecht, d. d. „Königsberg am Donnerstag post trium regum 1527“ (10. Januar). Der Inhalt hat kein besonderes Interesse; ferner ein Schreiben Markgraf Casimirs an seinen Bruder Herzog Albrecht, dat. „Prag, Sonntag nach Dorothea anno XXVII. 10. Februar), in welchem Schwarzenberg's Anwesenheit bei Albrecht bestätigt wird.

⁴⁾ Mittheilung des Herrn Dr. Philippi.

Abschrift desselben anfertigen zu lassen.¹⁾ Nur daran meine ich, wird bei dem auffallenden Zusammentreffen so vieler Umstände nicht gezweifelt werden können, dass kein anderer als Schwarzenberg das Original der Königsberger Handschrift hierher gebracht, und dass dieselbe auf sein Veranlassen und während seiner Anwesenheit zu Königsberg entstanden sei. Ist es doch gelungen, sogar den Schreiber unserer Handschrift in der Person eines herzoglichen Kanzelisten, Kaspar Knözl zu ermitteln, desselben, dessen sich Schwarzenberg damals erweislich auch zur Anfertigung noch anderer Kopien bedient hat.²⁾

Und so vermögen wir denn diese Untersuchung mit der Betrachtung zu schliessen, dass, wie die Entstehung des Nürnberger Entwurfs auf die bedeutsame Wirksamkeit Schwarzenbergs hinweist, so die Erhaltung der einzigen bis auf unsere Tage gekommenen Handschrift desselben, gleichfalls seiner Fürsorge zu verdanken ist.

Das Projekt von Speier als zweites Projekt der Carolina zu bezeichnen, hatte nur so lange einen Sinn, als das Vorhandensein eines zwischen ihm und dem Wormser stehenden unbekannt war. Jetzt, da der Nürnberger Entwurf uns vorliegt, gebührt diesem die Bezeichnung des zweiten, während das Speierer Projekt sich fortan mit der dritten Stelle begnügen muss.³⁾

¹⁾ Doch will ich daran erinnern, dass Herzog Albrecht, damals noch als Hochmeister des deutschen Ordens, auf dem Reichstage zu Nürnberg 1524 anwesend gewesen und lebhaft Partei für das Reichsregiment genommen hat.

²⁾ Durch Herrn Dr. Philippi ermittelt.

³⁾ Wenn auf der Weimarer Handschrift des Projekts von 1529 der Vermerk:

„dy ander gestalt halsgerichtsordnung“ steht, so steht derselbe dem im Texte oben Gesagten nicht entgegen; denn das Projekt von 1529 war in der That das zweite, welches an die Stände gelangt war.

Der Nürnberger Entwurf ist ein revidirter, hervorgegangen aus der von dem Reichsregimente veranstalteten Revision des Wormser. Sind wir auch über das dabei beobachtete Verfahren nicht näher unterrichtet, so dürfen wir doch nach anderweiten Vorgängen voraussetzen, dass der Entwurf auch dieses Mal zunächst in einem aus rechtsverständigen Räthen gebildeten Ausschusse durchberathen, und hierauf zur definitiven Feststellung und Annahme an das Plenum des Regiments gelangt sein werde.¹⁾ Wenigstens weisen auf eine mehrmalige Ueberarbeitung einige fehlerhafte Citate hin, in denen sich Spuren einer älteren, demnächst aufgegebenen Artikelzählung erkennen lassen;²⁾ in einem Falle wird sogar die Fassung des Wormser Entwurfs allegirt, obschon thatsächlich der wahrscheinlich später erst festgestellte Text des betreffenden Artikels im Entwurfe ganz anders lautet.³⁾

Wer von den Mitgliedern oder Räthen des Regiments an der Revision Theil genommen, ist uns ebensowenig überliefert; nur an Schwarzenbergs persönlicher Mitwirkung dabei und seinem sicherlich hervorragenden Einflusse ist aus den früher angeführten allgemeinen Gründen nicht zu zweifeln. Wahrscheinlich hat ihm die Leitung der Verhandlungen gebührt; irrig wäre es aber, ihn sich etwa als den alleinigen Revisor oder Redaktor des Entwurfs zu denken; denn die in

¹⁾ Dafür spricht die oben S. 83 mitgetheilte Proposition des Regiments auf dem Nürnberger Reichstage.

²⁾ So wird im Proj. 6 (8) art. 18 allegirt, während offenbar nur a. 21 nach der jetzigen Zählung gemeint sein kann; ebenso im Proj. 16 (18) a. 188 statt des richtigen a. 191. Zum Theil sind diese Fehler auch in das Speierer Projekt übergegangen.

³⁾ In Proj. 11 (13) wird nämlich völlig verkehrt: a. 46 — nach Zöpfl'scher Zählung 43 — citirt, wo offenbar a. 206 gemeint ist, das Citat aber lautet folgendermassen: — „als im XLVI^{ten} artikel anfahend Item so der verdacht heliger vngewonlicher vnd geferlicher weis bei den tettern gesehen worden,“ während in unserm Entwurfe der betreffende Artikel also anfängt: „Item so der verdacht heliger vngewonlicher und geferlicher weis, bei den er verraten zu haben in verdacht stet, gesehen worden“. Uebrigens hat auch hier das Speierer Projekt denselben Fehler mitübernommen.

diesen aufgenommenen zahlreichen neuen Zusätze rühren unverkennbar von mehreren Verfassern her, und wer sich nur einigermaßen mit Schwarzenbergs Schreibweise vertraut gemacht hat, wird kaum auf dem Gedanken kommen, Stellen wie die neuen a. 74, 75 über das Beweisverfahren, oder die von der Arbeit an den Richtstätten handelnden a. 223—225 seiner Feder zuzuschreiben. Ueberhaupt dürfte es weniger gelingen, diese oder jene Einzelheit in dem Entwurfe auf seine Person zurückzuführen, als vielmehr gewisse allgemeine Richtungen zu bezeichnen, in denen sein Einfluss sich geltend gemacht hat, und bei dieser Betrachtung stehe ich nicht an, namentlich zwei Punkte hervorzuheben, die unmittelbar mit Schwarzenbergs Persönlichkeit in Verbindung zu bringen sind. Der eine betrifft den hier zum ersten Male während der Redaktion der Carolina hervortretenden Einfluss der religiös-reformatorischen Tendenzen, wovon an einer anderen Stelle ausführlicher zu handeln;¹⁾ der andere Punkt bezieht sich auf eine bemerkenswerthe Benutzung der Bambergensis, deren hier zu gedenken ist.

Zu einem nochmaligen Zurückgehen auf die Bambergensis lag bei der Revision der Halsgerichtsordnung eigentlich keine Veranlassung vor, da Alles, was von ihrem Inhalte dem Reichsgesetze zu Gute kommen sollte, schon in dem Wormser Entwurfe Berücksichtigung gefunden hatte. Wenn Nichts desto weniger in Nürnberg die Bamberg. wieder zu Rathe gezogen wurde, so hat dies offenbar besondere Gründe gehabt und diese lagen allerdings in den früher ausführlich besprochenen und aus der Schöfferschen Ausgabe von 1510 stammenden Varianten und Fehlern des Entwurfs. Diese Fehler konnten bei genauer Durchsicht der Aufmerksamkeit nicht entgehen; sie fielen auf, und mit der Entdeckung ihres eigentlichen Ursprungs fand man auch sofort das zutreffende Mittel für ihre Beseitigung, indem man den Entwurf einer sorgfältigen Vergleichung mit dem authentischen Texte der Bamberg. unterzog. An der

¹⁾ Vgl. Herrmann, Schwarzenberg, 78—85, wo seine religiösen Anschauungen näher mitgetheilt werden.

Hand der editio princeps ward nun der Entwurf Artikel für Artikel kollationirt und überall da, wo derselbe unter dem Einflusse des fehlerhaften Schöfferschen Abdruckes von dem Texte des Originals sich entfernte, letzterer regelmässig ohne jede Aenderung wieder hergestellt. Nur an einigen korrumpirten Stellen hat der Revisor sich unbedeutende Abweichungen erlaubt.¹⁾

¹⁾ Ich lasse hier eine Zusammenstellung einiger Stellen in Anschluss an die oben S. 67 gegebenen folgen:

Bamb. edit. princ.	Project I.	Project II.
a. 8. — so es nodt thut verlesen	a. 5. — — vberlesen	— verlesen.
a. 11. — so auch des gefangen--Herrschaft oder freunde	a. 8. herrschaft oder frembde beistend	— herrschaft, freunde oder beistennd.
a. 57. — soll auffgeschrieben werden	a. 47. — sol angescriben werden	— sol aufgeschrieben werden
a. 60. solch nam hingethan, verkauft, vergeben oder verporgen hab.	a. 49. solch nam hingethan oder verkauft etc.	— solch nam hingetan, verkauft etc.
a. 172. — dan was arglistiglich	a. 152. dan das arglistiglich	— dan was arglistig.
a. 190. — nahent bey vierzehn jaren.	a. 171. nahent vierzehn jaren.	— nahent bey XIII jaren.

Man vergleiche ferner von den oben S. 69 mitgetheilten Stellen:

Bamb. ed. princ.	Project I.	Project II.
a. 62. — man sol jne auch fragen — — vnd das mere was jne dazu bewegt auch womit vnd wie er die vergiftung gebraucht oder zu gebrauchen vorgehabt.	a. 51. — auch ob er das mer zu gebrauchen vorgehabt.	— vnd das mher was jne dartzu bewegt auch womit vnd wie der die vergiftung gebraucht oder zu gebrauchen vorgehabt.
a. 105. — vrsach fürbracht hett, dadurch er hoffet von peinlicher straff entschuldigt zu werden, so	a. 93. — vrsach fürbracht hette, seinen Fürsprecher bitten lassen.	— vrsach fürbracht het, dadurch er hoffet von peinlicher straff entschuldigt zu

Die auf solche Weise durch Beseitigung charakteristischer Fehler hergestellte Uebereinstimmung zwischen dem revidirten Entwurfe und der Bambergensis in ihrer korrekten Gestalt ist zweifellos als ein specielles Verdienst Schwarzenbergs anzusehen. Erwägt man, dass vor allen Andern Er mit dem authentischen Texte der Bambergensis genau vertraut gewesen, ihm daher auch am ehesten jene Mängel in die Augen fallen mussten, dass es ferner ihm, wie sonst Keinem nahe lag, auf die sicherlich in seinen Händen befindliche offizielle Ausgabe des Gesetzes zu rekurriren, und dass diese Sorge auch für das scheinbar Unbedeutende und Minutiöse so recht zu dem Charakter des ganzen Mannes passt, so sind dies alles gewiss ausreichende Gründe, jene Durchsicht und Korrektur des Entwurfs, wenn nicht auf Schwarzenbergs eigenste Thätigkeit, so doch auf seine direkte Einwirkung zurückzuführen; und wie wir oben in der Heranziehung einer nicht-authentischen Ausgabe der Bambergensis bei der Wormser Redaktion ein gewichtiges ja entscheidendes Moment gegen die Theilnahme Schwarzenbergs daran erblicken mussten, so gestattet uns umgekehrt die jetzt bei der Nürnberger Revision erfolgte Benutzung der editio princeps gerade einen um so sicherern Schluss auf seine persönliche Mitwirkung dabei zu ziehen.

mag er seinen Fürsprechen bitten lassen.

a. 228. — der mag erstlich bei seinem amptman oder castner umberclerung suchen; kann er daselbst auch nicht genugsame bericht finden, so sol er desshalb unsere Hofrete persönlich ersuchen und sich desshalb seynes zweyfels verstendig machen lassen.

werden, so mag er durch seinen Fürsprechen bitten lassen.

a. 211. der mag erstlich bey der obrigkeit umb erclerung ansuchen.

— der mag erstlich vorgemelte seine oberkeit umb erclerung ansuchen, vnd wo aber dieselbig oberkeit das auch nit verstand hette, so sollen sie bei andern verstendigen Rath suchen.

Durch den aufgefundenen Text des Nürnberger Entwurfs sind wir nun in den Stand gesetzt, die Leistungen der Revisoren der H. G. O. im Einzelnen zu kontrolliren und die Aenderungen festzustellen, die das Werk unter ihren Händen erfahren hat. Im Vergleich zum Wormser Projekte muss in dieser Beziehung unser Urtheil entschieden zu Gunsten des revidirten Entwurfes ausfallen, der in der That als eine wesentliche Verbesserung jenes anzusehen ist. Wenn in dem Wormser Projekte, wie dies nicht anders sein konnte, Manches noch unfertig und lückenhaft erschien und die Arbeit an demselben den Charakter einer gewissen Flüchtigkeit nicht verläugnete, so ist der Nürnberger Entwurf wenigstens von diesen Vorwürfen frei zu sprechen. Die Verfasser desselben haben sich durchweg als gewiegte Juristen erwiesen, die ihrer legislatorischen Aufgabe, den Entwurf zum publicationsfähigen Gesetze zu erheben, völlig gewachsen waren. Sie haben die in ihrer Vorlage vorhandenen Fehler meist mit Erfolg verbessert, die Vorschriften im Einzelnen unter steter Berücksichtigung des gemeinen Rechts und der ihnen als Vertreter der gemeinrechtlichen Doctrin geltenden italienischen Kriminalisten einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und vielfach den Inhalt nach neuen Gesichtspunkten umgestaltet oder durch wichtige Zusätze ergänzt. Nur wenige Artikel sind von der Revision völlig unberührt geblieben; fast alle tragen die Spuren der bessernden oder feilenden Hand an sich, und bei einer nicht geringen Zahl sind Inhalt und Fassung so glücklich und befriedigend festgestellt worden, dass die spätere Redaction daran nichts mehr zu ändern fand und sie demgemäss in gleicher Gestalt in den Text des Gesetzes selbst übernommen hat. So bezeichnet denn der Nürnberger Entwurf einen bedeutenden Fortschritt in der Entwicklungsgeschichte der Carolina und wird fortan als ein wichtiges, ja unentbehrliches Hilfsmittel für ihre Textkritik und Interpretation in Betracht kommen. Als die wichtigsten materiellen Aenderungen in dem Entwurfe hebe ich hervor:

aus dem prozessualischen Theile

die Beseitigung einiger Zweifel und Lücken in der

Glüterbock, Entstehungsgeschichte der Carolina.

7 BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MÜNCHEN

Indizienlehre, ¹⁾ die Ergänzung und Umgestaltung des Zeugenbeweisverfahrens; ²⁾

aus dem strafrechtlichen Theile

die schärfere Präzisierung des dolus bei gewissen Verbrechen³⁾, sowie die prinzipiellen Neuerungen in Betreff des Thatbestands und der Bestrafung beim Ehebruch, bei der Befehdung, der Kinderaussetzung, dem Todtschlage, dem Kirchendiebstahle u. a.; ⁴⁾

endlich aus dem letzten Theile

die Ergänzung von Proj. 183 über die Sicherheitshaft, ⁵⁾ die Weglassung der a. 211, 223 und 224, betreffend die Mordacht, das Rathsuchen und die Beschwerde beim Kammergerichte, und die Aufnahme der drei neuen Schlussartikel über die Hülfeleistung der Handwerker zu den Arbeiten auf der Richtstatt.⁶⁾

Ein förmliches Publikations-Patent ist mit dem revidirten Entwurfe nicht vorgelegt worden; die Aufstellung eines solchen konnte füglich bis zur Annahme des Gesetzes durch die Stände vorbehalten bleiben, und in ihm hätte auch die im Entwurfe gestrichene Bestimmung über das Rathholen seine geeignete Stelle gefunden. ⁷⁾

¹⁾ Vergl. z. B. die Zusätze zu Proj. 33, 35, 36; ferner den Vorbehalt des Defensionalbeweises in Proj. 30, 34^a., und die Präzisierung der dem Angeschuldigten vorzulegenden Fragestücke in Proj. 49—53.

²⁾ Vergl. Proj. 72—75, und die Einschaltung von Proj. 68.

³⁾ So in Proj. 114 durch den Zusatz: fürsetzlich vnd freuenlich; ebenso in Proj. 133: geferlich, fürsetzlich vnd bosshafftig aufruren — macht.

⁴⁾ Proj. 126 (Ehebruch): Weglassung des alin. 2 aus Proj. I; Proj. 135 (Befehdung): Gestattung gewisser Fehden mit kaiserlicher Erlaubniss; Proj. 138 (Kindesaussetzung): Milderung der Strafe; Proj. 143 (Mord und Todtschlag): Bezeichnung des Todtschlags mit dem Worte: vnfürsetzlich u. s. w.

⁵⁾ Proj. I schwieg über die Kosten derselben; über sie wurden nun in Proj. II angemessene Bestimmungen getroffen.

⁶⁾ Proj. 223—225, schon in der Fassung des Speierer Entwurfs.

⁷⁾ Wie dies später in dem Speierer Projekte der Fall war. Mit dem Gesagten hängt noch folgende Eigentümlichkeit des Nürnberger

Von den zahlreichen zwischen dem Nürnberger und dem Wormser Entwürfe bestehenden redaktionellen Verschiedenheiten sind einige ebenso sehr sachlicher Art, insofern damit zugleich Aenderungen oder Modificationen des Sinnes verbunden sind, andere beruhen dagegen lediglich auf der beliebigen Wahl unter mehreren zur Verfügung stehenden gleichbedeutenden Ausdrücken; ¹⁾ zuweilen bethätigt sich aber auch hier die früher erwähnte Neigung für den Gebrauch mehrgliederiger tautologischer Wendungen, wobei ausser dem Streben nach grösserer Deutlichkeit oder Vollständigkeit, wol auch Willkür und Laune der Redaktoren mit bestimmend gewesen waren. ²⁾ Besondere Erwähnung verdient noch ein dem Entwurfe in Betreff des Zeitworts „mögen“ eigentümlicher Sprachgebrauch. Dasselbe kommt in der Bamberg. wie in dem Wormser Entwurfe in verschiedenen Bedeutungen vor, indem es nicht blos für unser mögen, sondern auch für können und sollen steht und an einigen Stellen sogar unbeschadet des Sinnes ganz gut entbehrt werden könnte. Der revidirte Entwurf hat sich nun im Allgemeinen von dieser Ungenauigkeit des Aus-

Entwurfs zusammen. Wo der erste Entwurf auf den Rath der Obrigkeit verwiesen hat, fügt jener noch den Rath der Rechtsverständigen hinzu, so dass in ihm die typische Formel also lautet:

„nach rath der obrigkeit vnd der rechtverstendigen“;
nur an einigen Stellen, z. B. a. 112. 118 hat man die Obrigkeit allein stehen lassen.

¹⁾ Beispiele: Proj. I. 40: so reissig oder fussknecht pfleglich bei den wirtten liegen, Proj. II: — — gewonlich bei den wirten liegen; Proj. I. 85: — vmb zimliche belonung abschriefft geben, Proj. II: vmb leidliche belonung etc.; Proj. I. 146: mit einem morderischen waffen, Proj. II: mit einem tödtlichen waffen; Proj. I. 156: vnd mag nit anderst gesein, Proj. II: vnd volget daraus.

²⁾ Z. B. Proj. I. 30: — hinter jme ligen lest, Proj. II: hinter jme ligen oder fallen lest; Proj. I. 32: — in sonder vheindschafft vnd widerwertigkeit, Proj. II: in sonder veindschafft unwillen oder widerw.; Proj. 109: mit vnwarheit bedecken zu helffen, Proj. II: mit vnwarheit bedecken vnd stercken zu helffen; Proj. I. 119: welcher — ein markstein verruckt oder verendert, Proj. II: — verrucket abhawet, abthut oder verendert u. s. w.

druckes frei zu halten gewusst. „Mögen“ ist der Regel nach in ihm nur da unverändert stehen gelassen, wo es seiner eigentlichen Wortbedeutung nach erheischt wurde; im Uebrigen ist es dagegen je nach Verschiedenheit der Fälle bald durch die Worte können oder sollen ersetzt, bald als ganz entbehrlich weggestrichen worden; und dabei hat es auch in der Carolina sein Bewenden behalten.¹⁾

Zum Schlusse bleibt noch die Frage zu erledigen, ob etwa auch bei dem Nürnberger Entwurfe ebenso wie bei dem Wormser eine Benutzung des Bambergischen Correctorii stattgefunden hat. Geib hat eine solche Benutzung an einer Stelle, in Proj. 114 vom Urfehdebuch zu finden geglaubt, indem er in dem Passus

„so aber einer ein vrphed mit sachen, darumb er das leben nit verwurckt het, fürsetzlich vnd freuenlich verbreche, der mag als ein meineydiger — — gestrafft werden,“

die jedenfalls erst nach der Wormser Redaktion und zwar, wie wir jetzt wissen, zu Nürnberg eingeschalteten Worte „fürsetzlich vnd freuenlich“ aus einem in das Correcto-

¹⁾ Beispiele: 1) Proj. I. 48: ob er antzeygen mögt, Proj. II: ob er antzeigen kont. Proj. I. 53: ob man solchs finden mog, Proj. II: ob man — finden kont. Proj. I. 179: solch vrsach alle zu ercleren mag durch dise ordnung —, Proj. II: kan durch dise ordnung. 2) Proj. II. 18: alle gerichtliche verkundung zuschicken moge, Proj. II: — zuschicken soll. Proj. I. 111: — gehandelt werden moge, Proj. II: gehandelt werden soll. Proj. I. 134: für recht landzwinger gehalten werden mogen, Proj. II: — gehalten werden sollen. 3) Proj. I. 44: zu der man sich der missetat vorsehen mag, Proj. II: zu der man sich der missetat vorsieht. Proj. II. 54: das zur erfahrung der warheit dinstlich sein moge, Proj. II: das — dinstlich ist. Proj. I. 66: von einem waren wissen sagen mochten, Proj. II: — von einem waren wissen sagten. Proj. I. 152: nemen möge, Proj. II: — neme, u. a. m. Aehnlich wie in den Fällen ad 3, wird auch das Wort sollen im Entwurfe häufig weggelassen. Z. B. Proj. I. 154: geurteilt werden soll, Proj. II: zu urteilen ist. Proj. I. 170: soll erkannt werden, Proj. II: ist zu erkennen. Proj. I. 170: — soll gestrafft werden, Proj. II: zu straffen u. s. w.

rium aufgenommenen Rechtsfalle aus dem Jahre 1511 herleiten will.¹⁾ In diesem Rechtsfalle handelte es sich um Jemand, der nach geschworener Urfehde auf öffentlichem Markte einen Andern „aus vnwillen vnd zorn“ verwundet, sich dann freiwillig zu rechtlichem Austrage erboten hatte und hierauf mit peinlicher Strafe verschont worden war.²⁾ Geib meint nun, dies sei geschehen, weil hier kein praemeditirter, sondern nur ein im Affekte begangener Urfehdebruch vorgelegen habe, und folgert weiter, dass der gleiche Rechtssatz durch den in Proj. 114 eingeschalteten Zusatz habe ausgedrückt werden sollen. Allein der Schluss der betreffenden Stelle der Correctorii:

„das obangezeigte that vnd dergleichen so einer als ob stet der obrigkeit vnd dem rechten gantzlich gehorsam vnd genüg sein wolle, nit als ein verbrecher einer gesworen vrphed peinlich zu straffen sei“

lässt deutlich ein ganz anderes Motiv der Freisprechung erkennen. Nicht in dem Affekte ist dasselbe zu finden, sondern in dem freiwilligen Anerbieten zu rechtlicher Genugthuung und friedlicher Sühne. So betrachtet, verschwindet aber jede Spur eines Zusammenhangs jener Entscheidung mit dem a. 114 unseres Entwurfs, und es muss daher überhaupt die Annahme einer Einwirkung des Correctorii auf den letztern als hinfällig verworfen werden.

¹⁾ Geib, N. Archiv 1845. 140. Natürlich hat Geib bei seiner Betrachtung das ihm allein bekannte Speierer Project im Auge gehabt.

²⁾ Die Stelle des Correctorii ist mitgetheilt von Hohbach im N. Archiv 1844. 247.

Die Zeit von 1524—1529. Reichstag zu Speier 1529. Der dritte Entwurf der Halsgerichtsordnung.

Nachdem der Versuch die Reform der Strafgesetzgebung zu Nürnberg zum Abschlusse zu bringen, fehlgeschlagen war, verlieren wir dieselbe während der folgenden fünf Jahre gänzlich aus dem Gesichte; erst auf dem Reichstage zu Speier 1529 taucht sie unter den Gegenständen der Reichsverhandlungen auf's Neue auf. Wir haben daher die Zeit von 1524 bis 1529 zu einer dritten Periode in der Redaktionsgeschichte der Carolina zusammenzufassen; und wie die beiden vorangehenden in den Entwürfen von Worms und Nürnberg, so hat diese Periode in dem Speierer Projekte ihren äusseren Abschluss gefunden.

Allerdings muss ich mich bei dieser Abgränzung auf Widerspruch gefasst machen; denn nach dem Vorgange Herrmanns wird gewöhnlich angenommen, dass bereits auf dem Reichstage zu Speier im Jahre 1526 die Verhandlungen über die Halsgerichtsordnung wieder aufgenommen seien, und dass also an dieser Stelle ein zwei verschiedene Redaktionsstadien scheidender Haltepunkt gemacht werden müsse.¹⁾ Diese An-

¹⁾ Herrman, Joh. v. Schwarz. 69—72; nach ihm u. a. Geib, Lehrbuch, I. 262.

nahme stützt sich auf eine von Buchholz in seiner Geschichte Ferdinand's des Ersten mitgetheilte urkundliche Notiz, nach welcher der vom Reichsregimente berathene Entwurf der H. G. O. auf jenem Reichstage den Ständen vorgelegt, von ihnen geprüft und darauf beschlossen sei, ihn wieder an das Regiment zurückzugeben, damit dieses ihn zur endgültigen Feststellung „noch weiter durch etlich der Rechte kundige Personen in einem halben Jahre etwa mit Büchern prüfen lasse“. ¹⁾ Wäre diese Nachricht verlässlich, so müsste natürlich auch die darauf gebaute Schlussfolgerung Herrmann's begründet sein. Indessen ist keines von Beiden der Fall. Was mir von vornherein die Buchholzische Notiz verdächtig machte war, dass sich von ihr in den Reichstagsakten von 1526 keine Spur entdecken liess, ²⁾ und dass ebenso auffällig der Reichsabschied jenes Jahres, der sich über die damaligen ständischen Berathungsgegenstände doch sonst ausführlich verbreitet, die H. G. O. mit völligem Stillschweigen übergangen hat. ³⁾ Der Gedanke eines Buchholz begegneten Irrthums lag daher nicht fern, und diese Vermuthung ist jetzt durch das Ergebniss der in dem Wiener Staatsarchive angestellten Recherchen zu voller Gewissheit erhoben worden. Hier, und zwar in den Mainzer Reichstagsakten pro 1529 hat sich das Original derjenigen Urkunde vorgefunden, welche von Buchholz benutzt worden, und aus der er in seiner angegebenen Notiz einen nichts weniger als korrekten Auszug gegeben hat. ⁴⁾ Diese Urkunde, ein weiter unten ausführlicher zu besprechendes Gutachten ständischer Kommissarien hat nun mit dem Reichstage von 1526 nicht das Mindeste zu thun; es bezieht sich vielmehr, wie schon sein Fundort anzeigt, auf die Speierer Reichsverhandlungen von

¹⁾ Buchholz, Urkundenbuch 7.

²⁾ Aus den Reichsakten ergibt sich, dass über Münze, Zölle, Monopolen u. a. gehandelt worden. Harpprecht IV. (2.) 61 giebt die Proposition für den Reichstag im Ganzen richtig wieder.

³⁾ N. Samml. II. 273.

⁴⁾ Mainzer R. Akten pro 1529 Fasc. VI. f. 262, 263. Vergl. unten S. 108.

1529, und Buchholz hat sich bei der Herausgabe seiner Kollektaneen offenbar einer leicht erklärlichen Verwechslung der beiden gleichnamigen Reichstage von 1526 und 1529 zu Schulden kommen lassen.

Hiernach und beim Mangel sonstiger Thatsachen und Beweise ist es als gewiss anzusehen, dass die Halsgerichtsordnung weder auf dem Reichstage von 1526 noch überhaupt auf einer der zwischen 1524 und 1529 abgehaltenen Reichsversammlungen zur Sprache gekommen oder vorgelegt worden ist; und die nächste Etappe in der Geschichte der Carolina ist und bleibt daher der Reichstag von Speier im Jahre 1529.

Der auf den 23. Februar 1529 nach Speier einberufene Reichstag war seit mehreren Jahren der erste wieder, der auf ordnungsmässige Weise zu Stande gekommen war und das Bild einer vollzähligen Versammlung der Reichsstände darbot.¹⁾ Zu seiner Rerufung hatten vornämlich zwei brennende Fragen Veranlassung gegeben: die Türkennoth, welche schleunige und energische Hülfe erheischte, und der zu drohender Schroffheit gesteigerte Zwiespalt des Glaubens, der mehr als je den offenen Bruch zwischen den feindlich sich gegenüberstehenden Parteien besorgen liess. Neben ihnen war in dem Ausschreiben nur ganz beiläufig und in den allgemeinen stereotypen Phrasen noch der „ander sachen“ gedacht, mit denen

„zur aufrichtung vnd erhaltung — friedens, rechtens, guter policey vnd wolfart im Reich“ —

sich der Reichstag zu beschäftigen haben würde²⁾. Auch die bei Eröffnung desselben am 15. März d. J. von Statthalter und Regiment im Namen des abwesenden Kaisers³⁾ den Ständen übergebene Proposition beschränkte sich auf die eben hervorgehobenen beiden Hauptpunkte und überging die sonst etwa

¹⁾ Von 1526—1529 war kein förmlicher Reichstag zu Stande gekommen.

¹⁾ Das Ausschreiben theilt Rancke, II. 104 Anm. 2 mit. Ich habe es u. a. in den Dresdener R. Akten pro 1529 (Vol. XLII) f. 211 gefunden; es ist datirt von ult. Novbr. 1528.

²⁾ Als Statthalter fungirte König Ferdinand.

auf die Tagesordnung zu setzenden Berathungsgegenstände mit Stillschweigen. Hier wie früher war es wiederum die Sache der Stände, für die seit einiger Zeit in's Stocken gerathenen legislativen Reformen die Initiative zu ergreifen.

Wie gewöhnlich hatten sich die Reichsstände beim Beginne ihrer Verhandlungen behufs Prüfung der kaiserlichen Vorlage zu einem grösseren Ausschusse konstituiert ¹⁾, und in diesem wurden bei Erwägung der allgemeinen Reichslage auf's Neue die öfters berührten Gebrechen der Rechtspflege und Verwaltung und die dringende Nothwendigkeit ihrer Abhülfe zur Sprache gebracht. Man erinnerte sich dabei der früheren Beschlüsse, nach welchen das Reichsregiment die ihm aufgetragenen Gesetze schon längst entworfen und vorgelegt haben müsste, und beschloss, da es bisher dieser seiner Verpflichtung nur zum kleinsten Theile nachgekommen und die wichtigsten Arbeiten, wie Polizei, Münze, Kammergerichts- und Halsgerichtsordnung noch immer im Rückstande seien, nunmehr die darüber vorhandenen Vorarbeiten und Entwürfe von dem Regimente einzufordern und zur Beschleunigung der Sache die weitere Prüfung und Berichterstattung besonders aus Mitten der Stände zu bestellenden Spezialkommissionen rechtsgelehrter Räthe zu übertragen. In diesem Sinne erging unter dem 4. April 1529 als Erwiderung auf die Proposition der kaiserlichen Regierung ein Schreiben an sie, aus welchem folgender Passus unseren Gegenstand betrifft: ²⁾

¹⁾ Aus einem in den Nördlinger Akten des Münchener Reichsarchivs von mir aufgefundenen Berichte des Bürgermeisters Jacob Wiedemann an den Rath zu Nördlingen ist zu ersehen, dass in dem Ausschusse gesessen haben: der Kurfürst von Sachsen, Herzog Ludwig von Bayern, Markgraf Philipp von Baden, die Erzbischöfe von Trier, Salzburg, der Bischof von Augsburg, der Abt von Weingarten, Bernhard v. Sickingen, Jacob Sturm von Strassburg, Christoph Kress von Nürnberg.

²⁾ Das Schreiben findet sich in mehreren R.-Akten, z. B. Weim. Archiv, E. F. 34. Fol. 262; München, Staatsarchiv Vol. 157/2 F. 35, Vol. 103/1 F. 33. Es führt das Datum: „Verlesen Sonntag Quasimodogeniti anno XXIX“ und die Ueberschrift; „Antwort der

„Es haben auch Churf. fursten vnd verordnete des ausschusses fur gut angesehen, dieweil auf vorgehalten Reichstagen vnd in derselben abschied Statthaltern vnd Regiment befolhen etlicher puncte halber, als nemlich das Halsgericht vnd Camergerichtsordnung, pollicey, monopolien, müntz vnd dergleichen zu ratschlagen vnd derhalben begrieff zu stellen, so haben Churf. fursten vnd verordnete des ausschuss zu furderung der sachen fur gut angesehen dieselbigen von jnen zu fordern vnd dass neben dem ausschuss noch eyner oder mer ausschuss von gelerten Rechtsverstendigen gemacht, die darüber sessen das alles besichtigten vnd fürter gemeinen stenden davon relation theten. Dieselbigen begrieff sein zum teil durch das Regiment geliebert, wo die ausschuss verordnet soll jnen dieselbe behendigt werden,¹⁾ domit eins mit dem andern zugehe vnd Churf. fursten vnd stend nicht lang vergeblich auffgehalten werden.“

Dieser Beschluss traf das Reichsregiment nicht unvorbereitet. Waren auch die jüngstverflossenen Jahre mit ihren äussern und innern Wirren einer fruchtbringenden gesetzgeberischen Thätigkeit wenig günstig gewesen, so hatte doch das seit den Ereignissen von 1524 neu besetzte Regiment auch diese Seite seiner Aufgabe keineswegs vernachlässigt, und wenn auch nicht völlig neue Gesetzeswerke zu schaffen vermocht, doch wenigstens die von seinen Vorgängern begonnenen und entworfenen nach Kräften gefördert. Schon die eigenthümlichen Umstände, unter denen es seine jetzige Stellung eingenommen, und das dadurch gegen das frühere Regiment wachgerufene Misstrauen verboten ihm, sich die vorgefundenen Arbeiten desselben ohne Weiteres zu eigen zu machen und

Churf. Fursten vnd andre verordnete zum ausschuss auf kgl. wurde zu Hungern vnd Behaim — vnd stathalters — vbergeben Instruction.“

¹⁾ geliebert = geliefert. Die Stelle scheint aber beim Abschreiben korrumpirt zu sein; der Sinn ist indessen ganz klar.

legten ihm die Pflicht selbstständiger Prüfung und Kritik besonders nahe. Gleich andern Gesetzen war nun auch die Halsgerichtsordnung von diesem Personenwechsel an der Spitze der Reichsregierung nicht unbetroffen geblieben, auch sie hatte unter den Händen des neuen Regiments nicht unwichtige Veränderungen erfahren; und als jetzt auf dem Reichstage zu Speier die Wiederaufnahme ihrer Berathung Seitens der Stände beschlossen wurde, war das Regiment bereits in der Lage, ihnen statt des ursprünglich übernommenen Nürnberger Entwurfes eine neue Bearbeitung dieses Gesetzes vorzulegen. Sie war das Ergebniss einer auf seine Veranlassung in der Zwischenzeit ausgeführten nochmaligen Revision, die neben einer Reihe sachlicher Neuerungen auch die Ausarbeitung des bisher vermissten förmlichen Publicationspatents im Gefolge hatte; und dieser so zum zweiten Male revidirte, nunmehr den Ständen zur Prüfung übergebene neue Entwurf fällt durchaus mit der unter dem Namen des Speierer Projekts anderweit bekannten Redaktionsform der H. G. O. zusammen. Da nun in dem Publicationspatente desselben des Reichstages von 1529 ausdrücklich Erwähnung geschehen, so wird kaum bezweifelt werden dürfen, dass jene Revision eben im Hinblick auf den Reichstag zu Speier angeordnet und jedes Falls nicht lange vor seinem Zusammentritt vollendet worden sei.

Ueber den weiteren Verlauf, den die Sache zu Speier genommen, geben uns zwei in dem Wiener Staatsarchive neu aufgefundene interessante Schriftstücke den erwünschten Aufschluss. Beide gehören den Mainzer Reichsakten pro 1529 an und stehen unter sich im engsten Zusammenhange.¹⁾ Das eine enthält den von den verordneten Räthen dem grossen Ausschusse erstatteten Bericht über die Halsgerichtsordnung — es ist die Quelle, aus welcher Buchholz seine früher erwähnte, irrthümlich in das Jahr 1526 gesetzte Notiz geschöpft hat — das andere gibt die von dem Ausschusse auf diesen Bericht gefassten Beschlüsse wieder. Ich theile zunächst den ersten hier in extenso mit.

¹⁾ Mainzer Reichsakten Fasc. VI. F. 262 263, unmittelbar hinter der Handschrift des Speierer Projekts.

„Die Halssgerichtsordnung betreffend.“

„Zum andern betreffend die Halssgerichtsordnung Geben E. C. f. vnd f. g. gnaden vnnnd gunst Die verordente Rethen vndertheniglich zuerkennen, das sie diesselb Ordnung fur das erst haben an die hant genommen, sie angefangen zu lesen, vnnnd zuermessen gemits willens und meynung, die durchaus dermassen mit vleis zuersehen, vnnnd so vil Jnen möglich E. C. f. v. f. g. g. vnd gunst beschehenem beuelh vndertheniglich zugeleben. Als sie aber ein articul oder achtzehen ongeuerlich gelesen, haben sie allerley mangel, so sich villeicht jm abschreyben zugetragen, auch darjn sunst anders befunden, derhalb Jnen weithers berichts vonn noten gewest; vnnnd dieweil one das zuuolnfarn nit für fruchtbar angesehen worden, so ist obberurte Ordnung dem kayserlichen Regiment widderumb etlich tag durchaus zubesichtigen vnnnd bericht zethun vberantwort.

„Nhu ist war vnnnd meniglichem onuerborgem, das dise sach die ordnung eins menschen Ere, leyb, leben vnnnd gut belangend, gross, dapffer vnnnd mechtig ist, vnd die notturfft vor got vnnnd der welt erfordert dieselb ewige vnnnd fur vnnnd fur wherende ordnung dermass mit tapfferm zeitigem rath vnnnd auff besichtigung der bucher vnd vff andere erfahrung auffzurichten, damit meniglichem allenthalben gescheh, was pillich vnd recht sei.

„So ist auch war das die gedacht ordnung etwas gross ist, vnd vmb die IIc vnd XXIII articul ongeuerlich jn sich helt, vnnnd noch an vil orten guts einsehns erhaischt, welchs aber jn weniger zeit nit fruchtbarlich bescheen mag; vnnnd dieweyl dann jn derselben ordnung vnder anderm auch gemelt wirt, ongeuerlich der meynung, das gemeinlich alle des Reychs vnderthan sich derselben ordnung als den rechten gemess halten, vnnnd darnach vrteln sollen,

„So können dem allemnach die verordenten Rethen in mangel jrer bucher, vnnnd in solcher geringen zeit ires erachtens nach grosse der sachen E. C. f. f. g. g. vnd gunst beuelh auch jrem selbs gewissen nit statlich vnnnd

fruchtbarlich wie sich geburt genugthun, als sie doch mit höchstem ongespartem vleyss zethun schuldig vnd begirig sein.

„Zeigen aber E. C. f. f. g. g. vnd gunst vndertheniger meynung doch vff derselben E. C. f. g. vnd gunst wohlgefallen vnd verbesserung an: Es bedunkt sie gut sein, das E. C. f. g. g. vnd gunst etlich der recht vnnd sunst der sachen geubt erfarn vnd verstendige gnediglich verordnet vnnd eynem yeden aus Jnen der Ordnung, wie sie durch das Regiment vberantwort abschrift hetten zustellen lassen, mit beuelh das nach diesem Reichstag ein yeder in seiner behawsung dieselb ordnung sampt den buchern jn einem halben Jahre oder wie lang es f. g. vnd gunst gefallen wirt, besichtigen, ermessen, ire gutbeduncken bei Jnen aufzeichnen, vnd zu ausgang solcher zeit in einer gelegenen benenten malstat zusammen kommen, vonn der sachen notturfftiglich ratschlagen, vnd auf alle articul sich einer meynung entschliessen solten, vnnd das further was also beschlossen in die Mentzische Cantzley vberantwort wurde, solichs kayserlichem Regiment publiciren vnd aussgeen zu lassen anzusaigen, oder auff kunfftigen Reichstag E. C. f. f. g. g. vnd gunst furzuhalten vff derselben weythern rath vnnd wolgefallen solch ordnung auffzurichten vnd zupubliciren; das haben E. C. f. f. g. g. vnd gunst die verordente Rethen nach vndertheniger getrewer meynung nit wollen verhalten.“

Nach diesem Berichte ist die von dem Reichsregimente vorgelegte Halsgerichtsordnung mit einigen andern Entwürfen ¹⁾ von dem grossen Ausschusse seinem früheren Beschlusse gemäss einer aus rechtsgelehrten Räten der Stände gebildeten Subkommission überwiesen worden. Kaum aber hatte diese Kom-

¹⁾ Es waren die Bedenken des Regiments wegen Beschleunigung des Kammergerichtsprocesses (vergl. Harpprecht V. 209) und die Constitution wegen Succession der Geschwisterkinder.

mission ihre Thätigkeit begonnen, als auch schon Schwierigkeiten auftauchten, welche gleich am Anfange zu einem Abbruche der Verhandlungen geführt haben. Die ernannten Räthe waren sich nicht nur der einschneidenden Bedeutung des neuen Gesetzes vollbewusst, sondern auch von der Grösse und Wichtigkeit ihrer Aufgabe tief durchdrungen; je ernster sie aber diese erfassten, um so stärker musste sich ihnen die Ueberzeugung aufdrängen, dass sie derselben unter den gegebenen Verhältnissen und bei der Kürze der ihnen zugemessenen Zeit, in dem Drange der vielen sonstigen Reichsgeschäfte nicht gerecht werden würden. Besonders fühlbar machte sich dabei der Mangel an Büchern und literarischen Hilfsmitteln, für deren rechtzeitige Herbeischaffung durchaus nicht Sorge getragen war, ohne die aber, wollte man sich nicht dem Vorwurfe der Leichtfertigkeit aussetzen, an eine gründliche Prüfung des Entwurfs nicht herangetreten werden konnte. Da sich nun überdem schon bei der Lesung der ersten Artikel in dem den Räthen übergebenen Texte Inkorrektheiten und Redaktionsfehler herausgestellt hatten, ¹⁾ zu deren Beseitigung eine nochmalige Superrevision durch das Regiment selbst geboten erschien, so benutzten die Räthe die durch die Rückgabe des Entwurfes an dasselbe verursachte unfreiwillige Unterbrechung dazu, den Ständen ihre sachlichen Bedenken gegen die weitere Fortführung ihrer Arbeit freimüthigst vorzutragen und zugleich einen andern richtigern Weg zur Erledigung der Sache zu bezeichnen.

Ihres Dafürhaltens liess sich eine dem Umfange und der Wichtigkeit des Gesetzes entsprechend sorgfältige Prüfung mit Erfolg nur ausserhalb des Reichstages erwarten und desshalb ging ihr Vorschlag dahin, dass die damit zu betrauenden Revisoren zunächst ein Jeder für sich in ungestörter häuslicher Ruhe und Musse etwa in Frist eines halben Jahres den Entwurf bearbeiten, dann aber zur Berathung der einzelnen Monita

¹⁾ Dass dies in der That der Fall gewesen, ergibt sich aus der Mainzer Handschrift des Speierer Projekts.

und Anträge in gemeinsamen Konferenzen an einem festzusetzenden Orte zusammentreten sollten. Das also einhellig Beschlossene sei dann der Mainzer Reichskanzlei zu übergeben, die es ihrerseits dem Reichsregimente oder dem nächsten Reichstage zur weiteren Veranlassung vorzulegen habe.

Als dieser Bericht etwa um die Mitte des Monats April in die Hände des grossen Ausschusses gelangte, war dieser nicht mehr in der Lage, selbst wenn er es gewollt hätte, die Berathung der Halsgerichtsordnung noch auf dem gegenwärtigen Reichstage durchzusetzen; denn schon hatten in Folge des jähen Abbruchs der Religionsverhandlungen einflussreiche Mitglieder die Reichsversammlung unter Protest verlassen und der förmliche Schluss derselben war in kürzester Frist zu gewärtigen. Unter solchen Umständen blieb daher dem Ausschusse kaum eine andere Wahl als wiederum die Vertagung der Sache bei den Ständen zu beantragen.

Was aber sollte mit dem inzwischen von dem Reichsregimente zurückgekommenen Entwurfe der Halsgerichtsordnung geschehen? Dass ein so wichtiges Gesetz eine wiederholte und reifliche Prüfung erheische und nicht voreilig überstürzt werden dürfe, war so gut die Meinung des Ausschusses wie seiner kommittirten Räthe; in Bezug auf das einzuschlagende Verfahren aber gelangte der Ausschuss doch zu einem wesentlich von den Vorschlägen jener abweichenden Ergebnisse. Bisher hatte nämlich bei den Verhandlungen über die H. G. O. eine unmittelbar berathende oder beschliessende Theilnahme der Stände als solcher nicht statt gehabt; die drei vorhandenen Entwürfe waren so gut wie ohne ihre Mitwirkung zu Stande gekommen, die beiden letzten, wie wir wissen, sogar ausschliesslich das Werk der kaiserlichen Regierung gewesen. Die Meinung der Stände aber darüber zu hören und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre spezifisch-partikularen Interessen und Anschauungen zur Geltung zu bringen, erschien jetzt dem Ausschusse um so billiger, als auch auf dem Gebiete des Strafrechts

„die gebreuch vnd herkomen an viln orten vngleich“
waren, und gerade diese zahlreichen Territorialrechte durch die

Einführung der neuen Reichsordnung am Empfindlichsten betroffen werden mussten. Zum ersten Male tritt hier also die **Rücksichtnahme** auf den **Particularismus** deutlich in den Vordergrund und seinem Einflusse sind vornämlich die Beschlüsse zuzuschreiben, die wegen der weiteren Behandlung der Halsgerichtsordnung im Ausschusse wie im Reichstage gefasst wurden.

Worauf es ankam, war zunächst den Ständen die Möglichkeit zu gewähren, sich über ihre Wünsche und Bedenken hinsichtlich des Gesetzes schlüssig zu machen; sodann aber den Meinungsaustausch und eine Vereinbarung unter ihnen und mit der Reichsregierung zu vermitteln. Ersteres geschah, indem ihnen Abschrift von dem Entwurfe zu nehmen verstattet ward, letzteres suchte der Ausschuss dadurch zu erreichen, dass er in richtiger Erkenntniss von der Erfolglosigkeit der Verhandlungen mit allen einzelnen Ständen, das Werk der Einigung in die Hände einer beschränkten Vertretung derselben legte. Das Mittel zu einer solchen Repräsentation fand er aber in der bereits bestehenden und recht eigentlich zur Wahrnehmung der lokalen Interessen berufenen Kreisverfassung.¹⁾ Jeder der sechs Reichskreise sollte aus seiner Mitte — vermuthlich nach vorgängiger Besprechung auf der Kreisversammlung — je zwei sach- und rechtsverständige Deputirte abordnen, damit diese im Namen der betheiligten Stände sich in gemeinsamen Berathungen mit dem Reichsregimente über die Halsgerichtsordnung im Einzelnen wie im Ganzen endgültig verständigten. Als Ort dieser Konferenzen wurde Speier, der zeitige Sitz der Reichsregierung, als Zeit ihrer Zusammenkunft der Tag *Mariae Purificationis* des folgenden Jahres, d. h. der 2. Februar 1530 in Aussicht genommen.

¹⁾ Ueber die Reichskreise: Regim. Ordnung v. 1500 § 5—11. N. Samml. II. 58; R.-Absch. v. Cöln, 1512 § 11 12; N. Samml. II. 138; Reg. Ord. v. 1521 § 20—26; N. Samml. II. 175; Erklärung des Landfriedens v. 1522 tit. II. N. S. II, 231. — Neben der ursprünglichen Eintheilung in sechs Kreise, gab es seit 1512 auch noch eine in zehn Kreise, aber nur für die Zwecke des Landfriedens.

„So vill die Halsgerichtsordnung antrifft“ — berichtete der grosse Ausschuss den Ständen ¹⁾ — „wirdet aus bericht der verordenten befunden, ²⁾ das diese sach vnd ordnung eins menschen Ere, leib, leben vnd gut belangt vnd darumb gross dapffer vnd wichtig, auch der artickel vil seyn vnd ewiglich besteen sol, darzu die gebreuch vnd herkomen an viln ortn vngleich, ³⁾ das darumb damit nit zueylen sonnder auf besichtigung der bucher vnd auf andere erfahrung aufzurichten, das aber in weniger zeit nit bescheen mag,

„Demnach haben Churf. fursten vnd verordente zum ausschuss fur gute angesehen, das dieselbige ordnung durch alle Stende abgeschrieben ein yeder dieselbe bey sich selbs seyner notturfft besichtigen, ermessen, vnd das ein yeder kreiss auf vnserer frawentag Purificacionis zwene geschickte, gelerte oder verstendige zu dem Regimente alher gen Speyr verordnen sol, sich sampt andern krayssen vnd dem Regiment solcher Halsgerichtsordnung nach gelegenheyt zu vergleichen.“ ⁴⁾

¹⁾ Mainz. Akten des Wiener Archivs Fasc. VI. f. 263. Der Bericht hat die Ueberschrift:

„Hat der gross ausschuss gehört, was die verordneten rethe zu der Halsgerichts- vnd Camergerichtsordnung, item der succession halber beratschlagt.“

Die beiden letzten Punkte sind vorangestellt, dann folgt zum Schluss das Gutachten wegen der H. G. O.

²⁾ Hier folgte nachstehender durchstrichene Passus:

„das allerlei mangel so sich vielleicht im abschreiben zuge- tragen, auch sonst darin anders befunden,“

die Stelle hatte, nachdem der Entwurf vom Regimente dem Ausschusse wieder zurückgegeben war, keinen Sinn mehr.

³⁾ Der Passus: „darzu — vngleich“ ist am Rande zugeschrieben.

⁴⁾ Ueber die Zeit dieses Berichtes giebt ein Schreiben des Bürgermeisters Jacob Wiedeman an den Rath zu Nördlingen Aufschluss; — er schreibt unter dem 20. April 1529:

„des reichs ausschuss handelt von wegen der monopolien auch der münz vnd halsgericht halb —“.

(Münch. Reichsarchiv, Nördlinger Akten.)

Es hatte keine Schwierigkeit, die Reichsversammlung vor ihrem Auseinandergehen zur Annahme dieser Vorschläge des Ausschusses zu bestimmen, vnd da sie auch die Billigung der kaiserlichen Rätthe und des Reichsregiments erhielten, so wurden sie unverändert in den am 22. April 1529 vollzogenen Reichsabschied aufgenommen vnd als Reichsschluss zur allgemeinen Nachachtung publizirt.¹⁾ Die Hoffnung, auf diesem Wege das Werk der Strafrechtsreform zum endlichen Abschlusse gebracht zu haben, sollte freilich zunächst noch nicht in Erfüllung gehen.

Hätten alle Stände, wie es der Reichsabschied bestimmte, von dem Speierer Entwurfe der Halsgerichtsordnung Abschrift genommen, so würde derselbe aller Wahrscheinlichkeit nach uns in einer viel grösseren Anzahl von Exemplaren erhalten sein, als es thatsächlich der Fall ist. Allein nur Wenige sind der dort gegebenen Anweisung nachgekommen, die meisten mögen wol die Mühe und Kosten der Abschriftnahme gescheut

¹⁾ R.-A. 1529 § 32: Item als die kays. Regierung vermög eines articuls im Abschied des gehalten Reichstags zu Worms die peinlich Halsgerichtsordnung wie die der Zeit in eine form gestellt etc. besichtiget vnd Vns jetzo allhie vberlieffert: haben wir ermessen vnd bedacht, dass diese Sach vnd Ordnung des menschen ehr, leib, leben vnd gut belanget vnd grosses tapferes vnd wichtiges Ratschlags wol von nöthen vnd insonder dieweil der artikul etwan viel, item die gebrauch vnd herkomen an vilen orten vngleich, darzu das es ein ewige beständige Constitution vnd Satzung sein sol vnd darum damit nit zu eylen sonder mit guter vorbetrachtung genugsamer erfahrung vnd zeitigem rath furzunehmén seind, Demnach haben Wir auch Churf. fursten vnd stend fur notturfftig angesehen, dass ein jeglicher Stand desselben begrieffs Abschrift neme, die der notturfft besichtigen vnd ermessen, vnd das ein jeglicher der sechs Kreiss auf vnser Frauen tag Purificationis schierst zwo geschickte, gelerte verstendige oder erfarme Personen mit ihrem ratschlag vnd gutdüncken alhero gen Speyer zu der kay. Regierung schicken vnd verordnen sol, sich samptlich mit der Regierung solcher Halsgerichtsordnung nach Gelegenheit vnterstehen zu vergleichen vnd furter zu publicirn. — N. Samml. II. 300.

haben,¹⁾ und so erklärt sich, warum die Zahl der auf uns gekommenen Handschriften des Entwurfs eine so verhältnissmässig kleine ist. Bis vor Kurzem waren überhaupt nur deren zwei bekannt; die eine, dem Weimarer Archive angehörig, ist die bereits von Kress benutzte und demnächst von Zöpfl herausgegebene; die andere hat Schletter vor einigen Jahren in dem Dresdener Staatsarchive ermittelt. Zu diesen beiden kommen nun noch fünf neue, die ich selbst in verschiedenen Archiven aufgefunden habe, so dass die Gesamtzahl der bekannten Handschriften des Speierer Entwurfs sich gegenwärtig auf sieben beläuft. Wie die des Wormser Projekts sind auch sie sämtlich Papierhandschriften und bilden entweder noch jetzt Theile der betreffenden Reichsakten oder haben wenigstens früher erweislich denselben angehört. Da

¹⁾ In dieser Beziehung ist ein in den Frankfurter Akten pro 1529 Fol. 95 befindliches Schreiben von Interesse, welches ich hier folgen lasse. Es ist adressirt:

„Dem ersamen etc. Philipsen Fürsteuberger, Scheffen zu Frankfurt, meinem gebietenden Herrn“

und lautet wie folgt:

„Ersamer etc. — Uff Ew. schreiben geb ich euch zu vernemen, das ich zunechst gehalten reichstag mit dem Meintzischen Canzler geredt, die halsgerichts- vnd müntzordnung lassen drucken; der mir geantwurt, dieweil dieselb ordnung allein den stenden zu beratschlagen angeben, sei nit von nodt, die in druck lassen vssgeen. Also ist sie durch der stende schreiber beschrieben, aber nit gedruckt, vnd ist meiner achtung hoch von nötten aus redlichen bewegenden vrsachen das sy ein yeder standt hett, vff das man so weiter davon reden mit verfassten radschlag begegen möcht. Es sein aber an die CLX pletter*) also das sy jn der eill nit wol fürderlich in bewegung meiner geschafft zuschreiben sei. Wo aber Ew. Ersamkeit gefellig die zu haben, will ich daran sein, das sy mit der zeit abgeschrieben werde.

Dat. Spier donnerstags nach Urbani anno XXIXo. (27. Mai 1529.)

Diether Drawell,
Stadtschreiber zu Spier.“

*) Diese Zahl ist offenbar übertrieben, oder statt Blätter sind Seiten gemeint.

sie hiernach für den offiziellen Gebrauch der Reichsstände abgeschrieben sind, so müssen sie wenn nicht schon auf dem Reichstage zu Speier selbst, so doch unmittelbar darauf entstanden sein. Einige von ihnen sind bei der im folgenden Jahre zu Augsburg stattgehabten Berathung benutzt worden und zeichnen sich diese von den übrigen dadurch aus, dass sie neben dem Texte des Speierer Projekts auch die hier beschlossenen Zusätze oder Aenderungen mehr oder minder vollständig enthalten. Die Würdigung dieser Aenderungen muss einer späteren Stelle vorbehalten bleiben. — Die hier in Betracht kommenden Handschriften sind die folgenden:

1. Handschrift des Grossherz. sächsischen Gesammtarchivs zu Weimar (We. 1.), dieselbe, welche durch die Zöpfl'sche Ausgabe bekannt geworden ist. Ursprünglich ein Bestandtheil der chursächsischen Reichsakten von 1529,¹⁾ bildet sie jetzt ein für sich bestehendes Volumen, Reg. E. fol. 34 No. 7 signirt. Sie umfasst 88 früher unfolirt gewesene, jetzt mit den neuerdings beigefügten Ziffern 263—349 bezeichnete Blätter und ist von mehreren Schreibern, die ersichtlich zu gleicher Zeit mit der Anfertigung der Abschrift beschäftigt waren, geschrieben.²⁾ Auf dem Vorstossblatte befindet sich der Titel:

Kaiser Karls V. pein-
liche Halsgerichts-
ordnung³⁾
anno
1529;

auf dem ersten Blatte lautet die Ueberschrift

¹⁾ Noch Reinh. Schmidt hat sie als solchen benutzt. Vorrede zu seiner Ausgabe der P. G. O. XIII. — Zöpfl, P. G. O. VIII.

²⁾ Es sind vier verschiedene Hände zu erkennen, die erste bis a. 97; dann die zweite von a. 98—149 incl.; die dritte von da bis a. 168 und für den Rest die vierte; letztere ist zum Theil recht flüchtig geschrieben.

³⁾ Man beachte die auffällige Tautologie: „peinliche Halsgerichtsordnung“.

Kaiser Carls des funfften gemeine
Reichsordnung der peinlichen
gerichte halber
1529,

worauf unter der Bezeichnung „Vorrede“ das mit den Worten
Wir Carl von gots gnaden erwelter Romischer
kaiser u. s. w.

beginnende Publicationspatent, und demnächst die
Erclerung, bey welcher obrigkeit rath
gesucht werden sol

folgen; hieran schliesst sich dann ohne weitem Zwischenraum
der Text des Entwurfs selbst an. Er besteht aus 226 Artikeln
— wobei Vorrede und Erklärung nicht mitgezählt sind; theils
arabische theils lateinische Ziffern bezeichnen die einzelnen
Artikel am Rande; bei a. 115—142 fehlen sie indessen gänzlich.
Die Citate im Texte sind regelmässig nicht in Zahlen
sondern in Buchstaben ausgeschrieben. Am untern Rande der
ersten Seite steht ein Vermerk:

dy ander gestalt Halsgerichtsordnung,
welcher von der Hand des chursächsischen Vice-Kanzlers
Christian Baier herrührt und mit den Beweis für den
offiziellen Charakter dieses Exemplars liefert.

Unmittelbar hinter a. 17 (Fol. 270) hat der Schreiber aus
Versehen noch einmal ein Stück von a. 14., den ganzen a. 15
und die Ueberschrift zu a. 16 abgeschrieben, dies Alles dem-
nächst durchstrichen und dann statt mit a. 18 fortzufahren,
die a. 21—23 sogleich folgen lassen, so dass nunmehr eine ver-
kehrte Reihe der Artikel entstanden ist. Die Randnotiz
„verte duo folia“ bei art. 17 macht das Versehen als solches
erkennbar. Auf Fol. 299v findet sich nur die Ueberschrift zu a.
98, sonst ist die Seite leer gelassen. Ein Vermerk des
Schreibers:

in disem spacio ist nichts ausgelassen sonder volget
hernach: Item nach vorlesung —

giebt dafür die Erklärung; offenbar brach das Pensum dieses
Schreibers gerade mit jener Ueberschrift ab und das des andern

begann mit dem Texte des a. 98, der sich in der That von der Hand eines zweiten auf Fol. 300 findet.

Die Weimarer Handschrift gehört zu denen, die, wie bemerkt, bei den Berathungen zu Augsburg im Jahre 1530 vorgelegen haben; zahlreiche Textkorrekturen, Zusätze, Randbemerkungen und sonstige Glossen beziehen sich auf diese spätere Redaktion.

Leider ist der Zöpfl'sche Abdruck weder völlig korrekt noch mit der erforderlichen kritischen Umsicht veranstaltet. Zöpfl hat nicht nur hie und da die Augsburger Veränderungen in den ursprünglichen Text des Speierer Entwurfs eingemischt,¹⁾ sondern an mehreren Stellen denselben sogar dadurch korrumpirt, dass er die Handschrift nicht richtig zu lesen verstanden und Fehler hineingebracht hat, die ihr durchaus fremd sind.²⁾ Seine Ausgabe ist daher nicht überall verlässlich.

2. Handschrift des königl. bayerischen Staatsarchivs zu München (Pa.) in dem

Reichshandlung zu Speyer

anno XXc XXIX

überschriebenen Bande 103/1 der pfälzischen Reichsakten-Serie. Der Entwurf findet sich hier unmittelbar vor der oben S. 51 erwähnten Handschrift P. des Wormser Projekts auf Fol. 100—170. Er ist von einer und derselben Hand und im

¹⁾ Z. B. in a. 1 die Worte: „vnd gerichtsschreibern“; in a. 86: „VII oder acht“; in a. 105: „vnd andingung“.

²⁾ Aus der grossen Zahl dieser Fehler hebe ich folgende heraus:

bei Zöpfl:	in We. 1.
a. 12. vnd der clager angeben	— vnd des clagers angeben
a. 19. — wie das ein jeder — nemen oder erkennen kan	— — nennen oder erkennen k.
a. 31. gesagt ist.	— gesetzt ist.
a. 32. ist noch der nachfolgenden ding	— ist noth der n. d.
a. 49. oder sunsten vorbracht — vorgraben	— oder sunsten vmbracht — vorgeben
a. 90. verhindern vnd vor- kennen	— verhindern vnd vorkeren.
a. 108. zu der lib guts	— zu der lieb gots u. s. w.

Ganzen korrekt geschrieben; ein Titel fehlt; ¹⁾ Ueberschrift, Vorrede, Erklärung wie bei Zöpfl; arabische Artikelzahlen, die Citate im Text meist mit römischen Ziffern.

3. Der dem nämlichen Archive angehörende Aktenband 157/2 der bayerischen Reichsakten pro 1527/29 enthält zwei auf den Speierer Entwurf bezügliche Handschriften. Die eine ist das oben S. 51 erwähnte Exemplar des Wormser Projekts M.1, welches durch entsprechende Veränderungen und Zusätze hinterher zugleich in ein solches des Speierer Entwurfs verwandelt worden ist. Die Ueberführung in die letztere Redaktionsform, die wol nur zur Ersparung der Kosten einer besonderen Abschrift geschehen, hat man sich in der Weise zu denken, dass die Wormser Handschrift mit einem fertig vorliegenden Exemplare des Speierer Projekts verglichen und nach Massgabe desselben vollständig durchkorrigirt ist, wobei wegzulassende Worte oder Zeilen unterstrichen, fortfallende Artikel mit „nihil“ als solche bezeichnet, Textänderungen und neue Zusätze aber bald als Korrekturen, bald als Randvermerke, bald auf besonders ein- oder übergeklebten Zetteln eingeschaltet wurden. Zwar beginnen diese Aenderungen erst mit a. 4., so dass insbesondere das Publikationspatent und die Erklärung des Speierer Projekts hier fehlen, doch deuten noch vorhandene Siegelspuren auf der ersten Seite darauf hin, dass das Fehlende auf einem übergeklebten, inzwischen aber verloren gegangenen Blatte gestanden habe. Artikelzahlen fehlen; bei a. 34b, der, wie in den anderen Speierer Handschriften als a. 27 seine Stelle gefunden hat, steht der Vermerk: „diser artickel ist in der neu speirischen ordnung nit begriffen“; a. 72—76, 193—197 incl. finden sich in neuer Fassung auf besonders eingelegten Blättern, ebenso der Schluss des Speierer Textes von art. 212—226, der mit den Worten: „Ende der Halsgerichtsordnung“ endet.

Unmittelbar an diese Handschrift schliesst sich auf Fol. 182—241 desselben Bandes eine zweite, die in flüchtiger und inkorrektur Schrift den vollständigen Text des Speierer Ent-

¹⁾ Das Wort: „halsgericht“ ist später herüberschrieben.

wurfs wiedergiebt. Sie ist — wie sich aus einer Vergleichung mit der voranstehenden ergibt¹⁾ — nichts anderes als eine getreue Kopie der letzteren in ihrer veränderten Gestalt und verhält sich zu ihr etwa wie eine Reinschrift zu einem Brouillon. Ich bezeichne diese Handschrift mit M.2.

4. Handschrift des kön. sächsischen Hauptstaatsarchivs zu Dresden (Dr. 1.). Diese von Schletter aufgefundene Handschrift des Speierer Entwurfs²⁾ befindet sich in dem mit der alten Signatur G. 57 bezeichneten Separatfoliobande, auf dessen äusserem Deckel der Titel:

Halsgerichts- vnd Müntz-
ordnung
MDXXX II

steht. Hinterher sind dann die Worte „vnd Müntz“ sowie die Zahl II. ausgestrichen. Die Handschrift besteht aus 77 unfoliirten Blättern und ist im Ganzen gut und korrekt von zwei verschiedenen Schreibern geschrieben (die eine Hand geht bis a. 77, die andere von da bis zu Ende). Der Text beginnt ohne die anderweit vorkommende Ueberschrift sofort mit der Vorrede und „Erclerung“, worauf wie in den andern Handschriften die 226 Artikel mit arabischen Randziffern folgen. Hinterher ist jedoch die Zählung mehrfach verändert worden.

Auf dem letzten Blatte des Bandes unmittelbar hinter der H. G. O. stehen noch die Worte

neue müntzordnung.

Da aber von dieser nichts weiter folgt, muss man den Plan, auch dieses Gesetz hier abschreiben zu lassen, wieder aufgeben haben.

Wie die Weimarer ist auch die Dresdener Handschrift bei den Berathungen zu Augsburg benutzt und durch mannichfache Textkorrekturen verändert worden. Einige die a. 1—13

¹⁾ Die Uebereinstimmung beider erstreckt sich bis auf offenkundige Fehler.

²⁾ Schletter, zur Textkritik der Carolina, 8 ff.

betreffende Zusätze sind auf einem zwischen Fol. 4 und 5 eingelegten Bogen vermerkt worden. Hierüber sowie über ein im Dresdener Archiv vorhandenes Duplikat der Handschrift Dr. 1. in der Augsburger Redaktion, weiter unten.

5. Unter der Ueberschrift:

Particularverlauf des Reichs-
tags zu Augspurg anno
1530

besitzt das Kön. Staatsarchiv zu Berlin ein sonst ziemlich werthloses Konvolut von Schriftstücken, Reg. 10. A. 1, auf dessen Titelblatt sich der Vermerk

Adest Abschrift peinlicher
Halsgerichtsordenunge

findet. Diese Beilage jenes Aktenfascikels ist noch in einem mit der gleichen Signatur versehenen Foliobande vorhanden. Die Handschrift enthielt ursprünglich den Text des Speierer Projekts, ist aber hinterher ähnlich wie es mit Dr.1 und We.1 geschehen, durch Korrekturen, Zusätze u. s. w. umgestaltet und liefert in ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit — Grundtext und spätere Veränderungen zusammengekommen — ein vollständiges Exemplar des Augsburger Entwurfs von 1530. Da indessen die frühere Redaktion bis auf wenige verstümmelte Stellen auch jetzt noch überall erkennbar geblieben ist, so gebührt dieser Handschrift auch eine Stelle unter denen des Speierer Projekts. Sie besteht aus 84 foliirten Blättern, deren Bogenlagen am untern Rande mit den Buchstaben A.—J. bezeichnet sind. Fol. 1 hat den erst später zugefügten Titel:

Keyserlicher Mjt. vnser allgntn
Herrn peinliche Halsgerichts-
ordenunge 1530;

Fol. 2 beginnt ohne weitere Ueberschrift mit der unverändert gebliebenen Vorrede des Speierer Projekts. Dahinter sind — wie die erkennbaren Randspuren ergeben — 4 Blätter ausgeschnitten und an deren Stelle 4 andere lose eingelegt. Auf ihnen steht zuvörderst die bekannte „Erclerung“;¹⁾ dann der

¹⁾ Hinter der „Erclerung“ folgt nachstehender Vermerk:

Text der 12 ersten Artikel der H. G. O. jedoch nicht in der Fassung des Speierer sondern in der wesentlich abweichenden des Augsburger Entwurfs. Da der Schluss des a. 12 und die Ueberschrift von a. 13 auf der Einlage keinen Platz mehr fanden, so sind sie auf einem dazu gelegten Zettel geschrieben. Auch Fol. 12 und 20 sind erst hinterher an Stelle zweier mit dem früheren Texte ausgeschnittener Blätter eingheftet, und ebenso finden sich auf einem hinter a. 226 eingeschalteten Bogen die der Augsburger Redaktion eigenthümlichen Schlusszusätze zu dem Entwurfe. Ich bezeichne diese Handschrift mit Be.

6. Der Spur einer inzwischen verloren gegangenen Handschrift bin ich in dem Archive zu Würzburg begegnet. In Vol. XIII der Reichstagsakten pro 1529 steht nämlich auf dem Vorstossblatte folgende Notiz:

„Es ist noch ein nebenbuch dises Reichsdags vorhanden bey den Reichshandlungen jn der Canzley vnder einem Tittel: Peinlich vnd halsgerichtsordnung vnd zale XI. XII. darynnen des kay. Regiment Radschlag vnd gutbeduncken der halsgerichtsordnung halb verleibt ist, fol. 1 usq. 96 vnd zu Speier vff gehaltenen Reichstag ao. 1529 verlesen.¹⁾“

Sorgfältiger Recherchen unerachtet hat sich jedoch dieses Exemplar des Entwurfs nicht wieder auffinden lassen.

„Hier nachuolgt Churfursten, fursten vnd andere Stende furgeschlagener begrieff die peinlichen gerichte belangende — bekanntlich die Ueberschrift des Proj. I.

¹⁾ Am Schlusse des in demselben Bande befindlichen Abdruckes des Speierer Abschiedes steht von derselben Hand, von welcher die obige Notiz herrührt, noch Folgendes:

„ Nach beschluss vorigen abschieds sind die halss- vnd muntzordnung, so durch das kayserlich Regiment verfasst abzuschreiben gelesen (soll wol heissen: geboten) worden; die weil aber dismals jn beden obgemelten ordenungen nichts beradschlagt, sint dieselben nit hiebei sonder in ein sonder buch zusammen gepunden wurden, damit man sich deshalb vff kunfftig Radschlag geprauchen moge.“

7. Die letzte zugleich aber auch wichtigste Handschrift des Speierer Entwurfs ist die des k. k. Haus- Hof- und Staatsarchivs zu Wien (Wn.1). Sie gehört zu Fasc. VI der Mainzer Reichsakten pro 1529, bildet aber gegenwärtig ein loses Konvolut von 77 (mit Fol. 184—261 foliirten) Blättern, und ist von der Hand mehrerer Schreiber, anfänglich mit Sorgfalt und einer gewissen Eleganz, gegen das Ende jedoch stellenweise ziemlich flüchtig geschrieben. Unmittelbar auf die Handschrift des Entwurfs folgen in demselben Konvolute f. 262—263 die früher mitgetheilten Berichte der Räthe und des grossen Ausschusses zu Speier.

Fol. 184 ist Titelblatt mit dem Titel:

Halsgerichtsordnung.

Fol. 185 giebt die bekannte Ueberschrift:

Keiser Karl des funfften u. s. w.

ohne Jahreszahl und hierauf die Vorrede nebst angehängter Erklärung; von Fol. 188v ab beginnt der Gesetzestext selbst in 226 Artikeln.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich nun, dass unsere Handschrift einige Veränderungen erfahren hat, die nicht wie bei andern auf eine spätere Bearbeitung, sondern gerade umgekehrt auf ein vorangehendes Redaktionsstadium hinweisen. Abgesehen nämlich von der Verbesserung einiger bloss redactioneller Fehler ist die jetzige dem Speierer Entwurfe konforme Artikelzählung nicht die ursprüngliche gewesen, sondern nach den noch deutlich erkennbaren Spuren an die Stelle einer frühern abweichenden getreten.¹⁾ Denn während gegenwärtig Vorrede und Erklärung nicht mitzählen, und der eigentliche Text mit art. 1 beginnt, hatten jene früher die Ziffern 1 und 2 und was jetzt art. 1 ist, war damals art. 3 und so fort. Da ferner a. 218—222 der jetzigen Zählung in der ältern Redaktion nur für einen einzigen Artikel gerechnet wurden, a. 226 aber, wie gleich erwähnt werden soll, überhaupt noch gar nicht vorhanden war, so ergiebt sich, dass die

¹⁾ Fast überall sind die ausradirten oder korrigirten Zahlen noch sichtbar.

Handschrift in ihrer frühern Gestalt nicht wie jetzt 226 sondern nur 223 Artikel enthalten und daher in soweit noch mit dem Nürnberger Entwurfe übereingestimmt haben muss.¹⁾ Dass aber in der That der bekannte Schlussartikel 226 nicht von vornherein einen Bestandtheil des Textes gebildet, dass er vielmehr erst hinterher hinzugekommen ist, lehrt der Augenschein auf den ersten Blick, und das Gleiche gilt von dem Absatze 2 des art. 126²⁾ und dem mit den Worten:

„doch souer die richter nit vermerkten“ etc.

beginnenden Schlusssatze des a. 8. Alle diese Stellen rühren von einer und derselben Hand, jedoch nicht von der eines blossen Abschreibers her und sind ersichtlich in den bereits abgeschlossenen Text bei einer spätern Gelegenheit ex post nachgetragen worden. Zum Schlusse verdient noch eine eigenthümliche Abweichung in der Vorrede unserer Handschrift Beachtung. In allen übrigen findet sich hier folgender auf den Speierer Reichstag bezügliche Passus:

— vnd nachmals auf disem vnserm Reichstag so in vnser vnd des heiligen Reichs stadt hieher gein Speier des Sonntags Reminiscere in der vhasten dises nachgeschriebenen 29ten Jares angesetzt vnd gehalten, —

in Wn.1. lautete die Stelle dagegen ohne jede Erwähnung von Speier anfänglich ganz anders:

— vnd damals auf disen vnsern Reichstag Martini nach Christi vnseres lieben herren geburdt funffzehenhundert im newn vnd zwentzigsten Jaren gehalten,³⁾

¹⁾ An einigen Stellen haben sich noch Citate der älteren Zählung erhalten, deren Verbesserung übersehen worden ist. So citiren Proj. 114: a. 185 statt 183; Proj. 198: a. 98 statt 96; Proj. 206: a. 115 statt 113 u. a. m.

²⁾ „Item das es auch in gleicher weis in dem fal so ein eeweib jren man oder die person damit er den eebruch volnbracht hette, beclagen wil, gehalten werden sol“—; eine wichtige Neuerung in Behandlung des Ehebruchs.

³⁾ Für die Zeit der Entstehung des Entwurfs ist diese Notiz von Wichtigkeit.

und die obige Fassung ist erst von fremder Hand am Rande hinzugeschrieben.

Erinnern wir uns nun, dass die Urschriften der von der Reichsregierung den Ständen vorgelegten Schriftstücke aus der Mainzer Kanzlei auszugehen und bei ihr aufbewahrt zu werden pflegten, dass ferner die zu Speier zur Begutachtung der H. G. O. kommittirten ständischen Räthe ausdrücklich deren Redaktion als mangelhaft, zugleich aber die Zahl der Artikel genau auf 223 angegeben haben, dass endlich der Entwurf von ihnen nochmals dem Reichsregimente zur Aenderung zurückgegeben und von diesem sodann zum zweiten Male an die Stände gebracht worden ist, so unterliegt es meiner Ueberzeugung nach keinem Zweifel, dass wir gerade in unserer Mainzer Handschrift das den Räthen wie dem Ausschusse zu Speier vorgelegene Originalexemplar des Entwurfs vor uns haben, und dass die hervorgehobenen spätern Aenderungen daran von dem Reichsregimente eben bei jener nachträglichen Superrevision beschlossen sein müssen. Rücksichtlich des bekanntlich die Appellation in criminalibus ausschliessenden a. 226 lässt sich der Beweis dafür aus den gleichzeitigen Verhandlungen über die Kammergerichtsreform noch besonders erbringen.¹⁾

¹⁾ Unter den von dem Kammergerichte den Ständen zur Entscheidung vorgelegten Dubia und Bedenken war u. a. auch das folgende aufgestellt:

„Item ob peinlich sachen wie vnd welche am kays. Cammergerich angenommen solen werden“.

Das Reichsregiment äusserte sich darüber zu Speier:

„Vnd ist nach solchem artickel auch bedacht, so fern die halssgerichtsordnung vndem Regiment verfasst beschlossen vnd in das Reich verkündigt würde; das in disem artickel weiter fursehung zu thun unnothdürfftig vnd vberflüssig sei“.

Die Bedenken und das Gutachten des Regiments finden sich in verschiedenen Reichsakten; Harpprecht hat sie in seinem Staatsarchiv, V. 209 u. ff. mitgetheilt.

Demnach haben wir bei dem Speierer Projekte eigentlich zwei einander sehr nahe stehende aber doch zu sondernde Redaktionsformen zu unterscheiden. Die eine ältere, hervorgegangen aus der Uebearbeitung des Nürnberger Projekts wird nur durch die Handschrift Wn.1 mit Weglassung ihrer spätern Nachträge vergegenwärtigt; die andere jüngere und bisher als die einzige Speierer Textform bekannte ist uns in Wn.1 in ihrer jetzigen Gestalt und in den übrigen Handschriften dieses Entwurfs überliefert. Bis auf die wenigen vorerwähnten Verschiedenheiten stimmen sonst beide durchweg mit einander überein.

Ist nun Wn.1 in der That dasjenige Exemplar des Entwurfs, welches von dem Reichsregimente zu Speier den Ständen übergeben worden, so haben wir in ihm zugleich das alleinige und schon darum werthvolle Stammoriginal gefunden, nach welchem dem Reichsabschiede von 1529 gemäss für die Stände die Abschriften des Speierer Entwurfs gefertigt sind, und aus dem daher direkt oder indirekt alle vorhandenen Handschriften desselben hergeleitet werden müssen. Für die Handschriften Be., Dr.1 und Pa. hat das auch bei der vollkommenen Uebereinstimmung, die zwischen ihnen und mit Wn.1 herrscht keine Schwierigkeit; ob aber die gleiche Abstammung auch für M.1, M.2 und We.1 anzunehmen, könnte auf den ersten Anschein, da alle drei oder, — weil M.2 nur Kopie von M.1 — richtiger die beiden Handschriften in charakteristischen und ihnen gemeinsamen Fehlern und Varianten von Wn.1 und der andern Gruppe abweichen, bezweifelt werden. Allein näher zugehört, stellt sich heraus, dass die meisten dieser eigenthümlichen Abweichungen auf Irrthümern des Gehörs beruhen, die aller Wahrscheinlichkeit nach aus blossen Missverständnissen beim Nachschreiben nach dem Diktate entstanden sind.¹⁾ Ist nun auch weder anzu-

¹⁾ Z. B.: Proj. 35 We.1. M.1: wirdet solcher verdacht mer gestellt, statt: gesterckt.

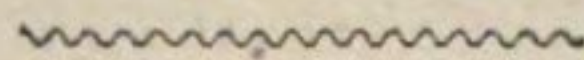
Proj. 54 proöm: — bekantnuss vss merk der geschicht, statt: die aus marter geschicht.

nehmen, dass eine der beiden Handschriften aus der andern, noch dass sie unmittelbar aus Wn.1 hervorgegangen sind, so schwindet doch jedes Bedenken, wenn man sich die nahe liegende Möglichkeit vergegenwärtigt, dass beiden, M.1 wie We.1 als gemeinsame Quelle eine aus Wn.1 abgeleitete Handschrift zum Grunde liege, die nach dem Diktate gefertigt, bereits bei ihrer Entstehung mit den vorher gerügten Fehlern behaftet gewesen war.

Proj. 105: vielleicht geferden, statt: dy leut gef.

Proj. 151: entpfindlich, statt: empfenglich.

Proj. 155: beteydigt, statt: beeydigt.



Der Reichstag zu Augsburg 1530.

Wer mitten in den Zeitereignissen stehend die Lage der Dinge in Deutschland um das Jahr 1530 überschaute, mochte nicht ohne Grund eine tiefe Verschlimmerung gegen früher beklagen und mit schwerer Besorgniss in die scheinbar nur Unheil weissagende Zukunft blicken. Wie waren doch so gar nicht die Hoffnungen auf eine gedeihliche Entwicklung, auf Befestigung von Frieden, Recht und Ordnung im Reiche in Erfüllung gegangen, die man zehn Jahre zuvor beim Regierungsantritte des Kaisers gehegt; wie wenig von den Reformen in's Leben getreten, zu denen man damals einen so freudigen Anlauf genommen! Statt dessen überall Bedrängniss von aussen und im Innern, gesteigert durch die auf dem jüngsten Reichstage klar hervorgetretene Spaltung der Stände in zwei zum Streite gerüstete Parteien, die zum verhängnissvollsten Religions- und Bürgerkriege zu entflammen nur ein Funke ausreichend schien. Dazu ein seit Jahren dem Reiche und der Nation entfremdeter Kaiser und an seiner Statt eine schwankende, parteiische, sich mühsam zwischen den zahlreichen Klippen im Fahrwasser haltende Reichsregierung!

Und doch werden wir mit freierem historischem Rückblicke in einem andern Sinne jene Zeit eine grosse nennen

¹⁾ Ueber den Reichstag zu Augsburg: Förstemann, Urkundenbuch zur Geschichte des Reichstags zu Augsburg im Jahre 1530. Halle 1835. 2 Bände.

müssen; denn inmitten jener Miseren war zugleich die erstaunliche Bewegung und Befreiung der Geister, welche wir die Reformation nennen, zu einer alle Kreise — Volk und Fürsten, Weltliche wie Geistliche, Gelehrte wie Ungelehrte fortreissenden nationalen That geworden; und wie nach einem schweren aber reinigenden Gewittersturme durchwehte die ganze Nation ein frischer sittlicher und tief-religiöser Hauch, der selbst den erbittertsten Gegnern Anerkennung abzwang.

Eine solche kampfes- und aufregungsreiche Zeit war freilich wenig geeignet für die ruhig ernste Erfüllung gesetzgeberischer Aufgaben; doch konnte das in ihr Geschaffene sich nicht gänzlich der Einwirkung des herrschenden Geistes entziehen; und so ist es auch für die Carolina von eminenter Bedeutung geworden, dass ihre Schöpfung mit jenen ausserordentlichen Ereignissen zusammenfiel, und dass zum Theil dieselben Männer, welche im Kampfe um die Freiheit des Gewissens und des Glaubens mit edelster Begeisterung ihre besten Kräfte einsetzten, auch der Reform der Strafgesetzgebung nicht fern geblieben und an der Lösung dieser Frage mitgewirkt haben. Der Reichstag vom Jahre 1530, auf dem zum ersten Male das neue Glaubensbekenntniss ohne Scheu öffentlich vor Kaiser und Reich und damit vor der ganzen Welt abgelegt wurde, er ist auch für das Zustandekommen unserer Carolina von entscheidender Bedeutung gewesen.

Die Berufung des Reichstags nach Augsburg war dieses Mal vom Kaiser selbst ausgegangen, der, nachdem er soeben Italien beruhigt und von dem gedemüthigten Papste die Kaiserkrone entgegengenommen hatte, nunmehr durch sein persönliches Auftreten die Ordnung der deutschen Dinge in die Hand zu nehmen gedachte. Nicht etwa, als ob ihm die Förderung des wahren Wohles der deutschen Nation durch Abstellung so vieler schwer empfundener Misstände, und die Versöhnung der zerrissenen Gemüther durch weise Mässigung ernstlich am Herzen gelegen hätten. Ihm schwebten wie früher so auch jetzt nur zwei Hauptziele seiner deutschen Politik vor: die Abwehr des übermächtig andringenden osmanischen Erb-

feindes und die allenfalls mit Gewalt zu erzwingende Niederwerfung der weiter um sich greifenden, ihm tief verhassten ketzerischen Lehre. Mochte aber auch dem Kaiser der Gedanke an die friedliche Erfüllung gesetzgeberischer Aufgaben ferne gelegen haben, seine deutschen Rätthe wenigstens vermochten sich nicht der Einsicht zu verschliessen, dass selbst bei den ihm bestgesinnten Ständen und seinen bewährtesten Anhängern auf die reichliche Unterstützung für den einen und auf eine energische Mitwirkung zur Erreichung des andern Zwecks nur dann zu rechnen sei, wenn die kräftige und ernstgemeinte Durchführung der längst verheissenen und allseitig begehrten Reformen als Preis und Gegenleistung geboten würde. Wir haben daher in diesem Falle keinen Grund, an der Aufrichtigkeit und dem guten Willen der Reichsregierung zu zweifeln, wenn sie nunmehr neben den Fragen der Zeit auch die Erledigung der fort und fort vertagten, für die innere Wohlfahrt des Reichs doch so nothwendigen Gesetze mit auf die Tagesordnung des kommenden Reichstages setzte.¹⁾

Die Eröffnung des Reichstags, die nach dem Ausschreiben schon am 8. April 1530 hätte erfolgen sollen, verzögerte sich durch die Abwesenheit des Kaisers noch bis zum 20. Juni.²⁾ Mehrere Wochen vorher waren aber schon Fürsten und Stände des Reichs und deren Botschafter in nicht geringer Zahl in Augsburg eingetroffen, um in Gemeinschaft mit den dort weilenden Mitgliedern der Reichsregierung noch vor dem förmlichen Zusammentritt des Reichstags in freien Vorbesprechungen eine Reihe von wichtigen Angelegenheiten für die künftige

¹⁾ Reichstagsausschreiben d. d. Bologna, 21. Januar 1530 am Schlusse:

„vnd beschlieslich also gute einigkeit vnd frid auch sunst gute muntz, policey vnd wolfart des Heiligen Reichs allenthalben — zu beschliessen zumachen, aufzurichten vnd zu vnderhalten.“

²⁾ Karl V. traf am 15. Juni in Augsburg ein; am 20. Juni fand die feierliche Eröffnung des Reichstages durch den Vortrag des Pfalzgrafen Friedrich in Gegenwart des Kaisers statt. Förstemann, I. 257, 295.

Berathung vorzubereiten.¹⁾ Selten mochte ein Reichstag eine so ansehnliche Versammlung von Fürsten, Staatsmännern und Gelehrten vereinigt gesehen haben, wie der jetzt zu Augsburg tagende. Denn von der Wichtigkeit der bevorstehenden Verhandlungen durchdrungen hatten die Stände dafür gesorgt, ihre besten Kräfte als Rathgeber mitzubringen oder als Vertreter zu entsenden. Katholischer und protestantischerseits waren hervorragende Theologen zugegen, bereit, die höchsten Probleme der Religion aus der Schrift und den Vätern zu entscheiden, und gewiegte Politiker wie bewährte Rechtsgelehrte standen dem Kaiser und den Ständen als Berather zur Seite, alle auftauchenden technischen Schwierigkeiten zu ebenen und bei allen Fragen der Gesetzgebung hülfsreiche Hand zu reichen.²⁾ Zum Theil waren es dieselben Männer, deren Namen mit der Geschichte der Reformation auf's innigste verknüpft sind, ein Gregor Brück, ein Christian Baier, ein Sebastian Heller u. a., die nun, während sie einerseits mit Glaubens-treue den welthistorischen Kampf um die Glaubensreinigung verfechten halfen, daneben zugleich, allerdings weniger offenkundig und mehr in der Stille in friedlichem Wetteifer mit ihren Gegnern an dem Zustandekommen jener grossen Reformwerke der Gesetzgebung zusammenwirkten. Freilich sprechen für diese Seite ihrer Thätigkeit nicht so laute Zeugnisse wie für jene. Denn die geschäftige Vielschreiberei, die heutzutage mit Hülfe von Stenographie, Druck und andern Vervielfältigungsmitteln dem Gange der Gesetzgebungsmaschine auf Schritt

¹⁾ Kurfürst Johann v. Sachsen traf bereits Anfangs Mai in Augsburg ein. Förstemann, I. 162 u. ff.

²⁾ In einem Bedenken der chursächsischen Räthe vom 12. März 1530 heisst es mit Bezug auf den bevorstehenden Reichstag:

„Es wirdet auch bedacht, das vnser gtr herr ain statliche anzahl Rete mit sich neme aus vrsachen, das derselben ausserhalb der hauptsachn des ausgeschriebn Reichstags vnder funfen nit zu der beisachen teglich müssen gebraucht werden, als nemlich münch, Pollicey, halsgericht, gemein Supplication — — vnd dergleichen mer zufellig sachen“. — Försteman I. 13. (Weimar. Archiv. Reg. E. f. 37 No. 1.)

und Tritt nachzugehen verstattet und für die Entstehungsgeschichte jedes einzelnen Gesetzes ein überreiches Material in voluminösen Bänden aufzuhäufen im Stande ist, war damals noch nicht üblich. In den derzeitigen Akten finden wir Nichts von ausführlichen Motiven, weitläufigen Kommissionsberichten, vollständigen Sitzungsprotokollen oder Aehnlichem; genug, wenn das in mündlichen Besprechungen Vereinbarte demnächst formlos in einer oder der andern Textkorrektur oder Randnotiz zu Papier gebracht und über den Fortgang der Arbeit und die dabei gefassten Beschlüsse allenfalls gelegentliche Mittheilungen gegeben werden. Wir müssen es daher der Gunst des Zufalls besonders danken, dass er uns über die Verhandlungen zu Augsburg und speciell über die damalige Redaktion der Halsgerichtsordnung etwas reichlichere Nachrichten wie gewöhnlich erhalten und uns dadurch Einblicke in das Detail derselben gewährt hat, die in früheren Stadien schon die Dürftigkeit des Materials versagte.

Der auf dem letzten Reichstage gefasste Beschluss die H. G. O. durch Kommissarien der Reichskreise begutachten und auf diesem Wege mit dem Reichsregimente vereinbaren zu lassen, war durch die Ungunst der Zeiten gar nicht zur Ausführung gekommen; keiner der Kreise hatte daran gedacht, ihm Folge zu leisten; überdem war inzwischen der ursprüngliche Termin der Zusammenkunft durch die Berufung des neuen Reichstags überholt worden.¹⁾ Wenn nun auch das kaiserliche Ausschreiben der H. G. O. nicht besonders gedachte, so war doch das Reichsregiment von vornherein entschlossen, dieses Mal die Reform des Strafrechts nicht zurückzulassen; und um seinerseits alles zu thun, der Sache Fortgang zu geben, stellte es bei Zufertigung des Reichstagsausschreibens und unter Bezugnahme auf den frühern Beschluss an alle Stände das

¹⁾ Der Termin war bekanntlich der 2. Februar gewesen. R.-A. 1530 § 97:

„dieweil aber auf bestimpte zeit niemand von den kreyssen erschienen vnd solchem recess kein folge geschehen ist“
u. s. w.

dringende Ersuchen, nachträglich mit ihm über die Halsgerichts- und die Münzordnung in Berathung zu treten und desshalb so zeitig wie möglich Vertreter nach Augsburg abzuordnen.¹⁾ Obschon nun diese Aufforderung bei den Ständen beifällige Aufnahme gefunden zu haben scheint, — wie denn z. B. Kurfürst Johann von Sachsen sich sofort bereitwilligst dafür erklärte²⁾ — so hatte sie doch wegen des verspäteten Ein-

¹⁾ Schreiben der Regiments-Kanzlei vom 20. Februar 1530:

„Vnd so auch auf jungst gehaltenem Reichstag durch die Stend des Reichs beschlossen worden, das gedachte Regierung sampt etlichen der zugeordneten Chur vnd fürsten auch andrer Stend potschaffter, in disen zweyen puncten, nemlich die Muntz vnd Halssgerichtsordnung betreffendt handlung vnd beschluss nach vermog vnd inhalt des jungsten Speirischen Reichs-abschids furgenomen werden solt, aber bisher nichts entlichs beschlossen werden mogen, deshalb ein kay. Regierung fur gut acht vnd den obangetzeigten Stend, denen dazu verordnet gepurt, in ir bedencken stelt, das dieselben in diesen obangetzaigten zweien puncten dest zeitlicher jre gesandten zu gedachter Regierung senden vnd nach vermog obgemelts Speirischen Reichsabschid hierin zu handeln mit gewalt vnd beuelh abfertigen.

Dat. Speier XX Februarii anno im XXX.“

(München, Staatsarchiv, Bayr. Akten No. 157/4.)

²⁾ Schreiben des Kurfürsten Johann an einen seiner Rätthe v. 16. März 1530:

„Nachdem vns auch neben demselben kay. Ausschreiben ain Zetl, welche im Namen kay. Mt Stathalter vnd Regiment — geschriben, vberantwort worden, das wir vnser Ret der zwaien art. halber das halsgericht vnd münecz belangend souil zeitlicher gegen Augspurg abfertigen wolten, damit von denselben beiden art. gehandelt wurd. Nu weren wir dasselbig zu thun wol geneigt. So erfolgt doch der verzug vnd ver hinderung daraus, das vns das kay. ausschreiben fast langsam zukomen. Darumb wollet vnser entschuldigung in solchem gegen dem Regiment wie jr zu thun wist, furwenden. Wir sein aber nicht weniger gneigt dy vnsern nochmals der obberuhrten beiden art. halben dohin gegen Augspurg abzufertigen.“

(Weimarer Archiv, Reg. E. f. 37 No. 1, abgedruckt bei Förstermann, I. 53.)

treffens der meisten Stände keinen praktischen Erfolg, wir finden vielmehr bald darauf die Halsgerichtsordnung in den Händen eines zu Augsburg ausschliesslich aus Mitten der Stände ernannten Ausschusses, an dessen Zusammensetzung die Reichsregierung als solche keinen Antheil gehabt hat.

Ueber die ersten Verhandlungen in diesem Ausschusse liefert uns ein in dem Weimarer Archive ermittelter Bericht nicht uninteressante Nachrichten. Er findet sich in einem zu den Reichstagsakten von 1530 gehörigen Fascikel und ist vermuthlich, wenn nicht von dem Chursächsischen Kanzler Christ. Baier selbst, so doch in dessen Auftrage abgefasst worden.¹⁾ Unsern Gegenstand betrifft zuvörderst eine Notiz auf fol. 38 dieser Akten, welche folgendermassen lautet:

Vnd ist dem ausschus welcher verordnet ist gewesen zu der halsgerichtsordnung durch meinen gnedigsten herrn als den Ertzmarschall angesagt vff's Haus vmb zwei hora zu kommen, davon auch von der müntz vnd andern zu rheden, was mittlerweile den Stenden eintheils eingefallen were.

Auf f. 34 b folgt dann eine Mittheilung über die Münzfrage,²⁾ und darauf das nachstehende Verzeichniss der

„Personen des Ausschuss vnd
wie sie gesessen.

¹⁾ Es ist der Fascikel: Reg. E. f. 40 b, welcher auf dem Deckel die Aufschrift führt:

Register zu augspurg angefangen
Sonntag Cantate anno XXX.

Litera scripta manet
vox audita perdit.

Im Innern steht die Ueberschrift:

Register aller Handlung so zu vff vnd von dem Reichstag zu Augsburg anno dom. 1530 Churfürsten zu Sachsen Herzog Johansen vnserm gnedigsten herrn von wegen gots wort begegnet vnd sich sunst auf die obb. zeit zugetragen hat.

²⁾ „Ausschuss ist verordnet zu der Müntz vnd
Halsgerichtsordnung.

Erstlich ist von der Müntz gehandelt worden vnd von dem merertail für gut angesehen etc.“

„Erstlich alle Churfursten verordneten, doch allweg das von wegen eins jglichen Churfursten vnd fursten ein stab ist gehalten worden. Von wegen der andern fursten seint zum ausschus verordnet:

Bamberg, Würzburg, Aichstet, Stat Koln und stat Nüremberg von wegen der weltlichen auf der rechten sait; auf der lincken saiten Herzog Jorg von Sachsen, Markgraf Jorg zu Brandenburg, Landgraf zu Hessen vnd d' grauen geschickten.“

Der hiernächst beginnende Bericht schildert die Vorgänge in der ersten Ausschusssitzung und ist wegen der darin vorkommenden sächsischen Protestation von besonderer Wichtigkeit. Er lautet wie folgt:

„Freitag in der Pfingstwochen¹⁾ hat man angefangen jn dem ausschus von der halsgerichtsordnung zu reden vnd ist fur gut angesehen, das ain artikel oder Rubrik nach der andern wurde furgenommen also was ein jglicher von wegen seins Herrn jn dem vmblesen fur gebrechlichkeit hatte, ane weitere frage anzuzeigen. Aber von wegen vns. gnedigsten und gnedigen Herrn von Sachsen ist furgewendt, das jren Chur- vnd f. Gn. nit gelegen sein woll sich in die gestalt ordnung einzulassen, vnd zuvorderst in den artickeln, die sich nit dem Sechsischen Rechten verglichen, dieweill darjnnen in ordinatoriis et descissoriis²⁾ ein ander Recht in peinlichen sachen verleibt, Zudem das die gulden Bulle den Churf. zu Sachsen damit befreyt auch andere Chur- vnd fursten vnd ander vmbliegende landt darein gehorig, die sich des Sächsischen Rechten in jren sachen erhalten. So war dasselbig recht beschrieben vnd von den vorigen kaisern privilegirt vnd (mer) denn 700 jharen jn gebrauch gehalten, vnd wenn

¹⁾ Den 10. Juni.

²⁾ Soll also wol bedeuten: im Prozessverfahren wie in dem materiellen Rechte..

gleich etwas solt angenommen werden, so mochte man es bei der landschaft nicht erhalten, wie dan zuvor solchs in d' Volge der einckeln were ausharren (?) worden,¹⁾ darumb von nothen sein wolt, das es jm Eingang verwahrt wurd, damit Sechsischem Rechten in sonderlichen ausgetruckten fellen durch die gemein Reichsordnung nichts wurde genommen, dieweil der Sachsen-spiegel auch in eczlichen sachen vorsehung thut als nemlich von der gewher, wergelt, buss vnd davon in der Reichsordnung kein erwenung beschee.

„Als aber die andern solch protestacion angehört, haben sie von jrer Herrn freihait gewonhait auch statuten auch geredt, vnd sonderlich P f a l z jn dem ein bedencken gehabt, das pfalz mehr befreit sein solt dan andere, welchs doch der Sechsischen Meynung nit gewest, das sie mit jrer protestacion ein pracht vnd eminenz, sonder allein die hohe notturfft suchen müssen.

„Vnd ob wol die andern zum teil die gewonhait der zendtgericht haben fürgezogen, als Mainz vnd Würzburg, so ist jnen doch solchs verlegt, dieweil die Sechsischen de jure scripto municipali per longos annos approbato geredt hatten, Darumb es kein gleichhait von der gewonhait ad scriptum jus zu argumentiren. Denn obwol mein gned. Herr der Churf. zu Sachsen auch Zendgericht jm landt zu Franckenhet, vnd sunst vil misbreuch hetten, vnd aus vnuerstand die gericht vbel bestellt, so solt nit vngut sein diese^e halsgerichtsordnung jm heiligen Reich auffzurichten salvo jure Saxonum.

„Vnd hat des Churf. zu Brandenburg verordneter mit dem Sechsischen gleich gestimbt, allein das er

¹⁾ Die Stelle ist korrumpirt, was gemeint, ist jedoch ohne Weiteres klar.

wolt, das neben dem Sechsischen das Brandenburger Recht auch ausgezogen wurde, Dieweil sich dasselbig sunst fast allenthalben mit dem Sechsischen vergleiche“.

So weit der sächsische Bericht. Wir entnehmen ihm, dass die zu Augsburg versammelten Stände noch vor der Eröffnung des Reichstags und wahrscheinlich in Folge der von der Reichsregierung gegebenen Anregung, die auf dem letzten Reichstage zurückgelegten Entwürfe der Münz- und Halsgerichtsordnung wieder zur Hand genommen und beide einem und demselben Ausschusse zur weitem Prüfung und Begutachtung überwiesen haben. Ausnahmsweise erfahren wir auch über die Zusammensetzung dieses Ausschusses etwas Näheres. Es waren in ihm die verschiedenen Ständegruppen durch im Ganzen fünfzehn Stimmen vertreten. Sechs davon gehörten den Kurfürsten, welche sämmtlich zur Theilnahme berufen waren; ¹⁾ eine gleiche Anzahl fiel auf die Reichsfürsten, deren geistliche und weltliche Seite durch je drei Mitglieder repräsentirt wurde; ²⁾ aber auch „die ander Stend“ sollten bei der grossen Wichtigkeit der Gegenstände der Berathung nicht leer ausgehen, und demgemäss waren nicht nur den Reichsstädten zwei — durch Köln und Nürnberg geführte — Stimmen sondern eine sogar den Reichsgrafen zugebilligt worden. Dass das Uebergewicht im Ausschusse der katholischen Partei zufiel, lag in der Natur der Verhältnisse, ohne dass gerade an eine Bevorzugung derselben gedacht zu werden braucht. Selbstverständlich sassen weder die Kurfürsten noch die andern berufenen Fürsten persönlich im Ausschusse, ihre sowie der übrigen

¹⁾ Sie hatten nur 6 Stimmen, weil bekanntlich die Böhmisches Stimme thatsächlich nicht ausgeübt wurde. Die Reichsabschiede jener Zeit unterscheiden sorgfältig die 6 Churfürsten und die Stimme des Hauses Oesterreich. Vergl. Vitriarius Illustr. IV. 1. § 91.

²⁾ Nämlich die geistlichen Fürsten: durch die Bischöfe von Bamberg, Würzburg und Eichstedt, die weltlichen, durch den Herzog von Sachsen, den Markgrafen von Brandenburg und den Landgrafen von Hessen.

Stände Stimmen wurden vielmehr, da es sich hier wesentlich um Erledigung technisch-juridischer Fragen handelte, ausschliesslich von den rechtskundigen Kanzlern oder Räthen derselben geführt. Mit Sicherheit ist die Theilnahme der Kanzler der beiden sächsischen Linien, des Christian Baier für Chursachsen und des Simon Pistoris für das Herzogthum aktenmässig beglaubigt.¹⁾ Uebrigens war ein Wechsel in den stimmführenden Persönlichkeiten während des Laufs der Verhandlungen nicht ausgeschlossen und hat, wie sich später zeigen wird, auch thatsächlich stattgefunden. Dass im Ausschusse die Mehrheit der Stimmen den Ausschlag gab, entsprach der bisherigen Uebung.

Auch nach der Eröffnung des Reichstags blieb der Ausschuss unverändert bestehen; seine Ernennung und Zusammensetzung sowie seine Beschlüsse sind hinterher stillschweigend von der Reichsversammlung gutgeheissen worden.

Der Ausschuss, welchen dem Herkommen gemäss der Kurfürst von Sachsen als Erzmarschall des Reichs zusammenzurufen hatte, beschäftigte sich zunächst mit der Münzreform; erst nach dieser kam die Halsgerichtsordnung an die Reihe. Die erste Sitzung, in welcher von ihr gehandelt wurde, fand Freitag den 10. Juni 1530, wenige Tage vor dem feierlichen Einzuge des Kaisers in Augsburg statt.²⁾ Man legte in ihr den in den Händen der Ausschussmitglieder befindlichen jüngsten Speierer Entwurf zum Grunde und beschloss, bei Verlesung jedes einzelnen Artickels die etwaigen Monita oder Verbesserungsvorschläge entgegenzunehmen und darüber zu diskutieren.

¹⁾ Es ist anzunehmen, dass ausser den im Texte erwähnten auch folgende Personen im Ausschusse gesessen haben:

für Chur-Mainz, Kanzler Casp. v. Westhausen;
für Chur-Köln, Kanzler Bernh. v. Hagen;
für Chur-Pfalz, Hofmeister Ludw. v. Fleckenstein;
für Georg v. Brandenburg, Kanzler Sebastian Heller
oder Georg Vogler.

²⁾ Der Einzug erfolgte am 15. Juni. Förstemann, I. 257.

Gleich in dieser ersten Sitzung war es, dass bei Besprechung der Vorrede des Gesetzes Chursachsen mit seiner bekannten Protestation wegen Erhaltung seines Territorialrechts hervortrat, dem noch andere Stände mit ähnlichen Ansprüchen sich anschlossen. Nach lebhafter Erörterung, von der uns der sächsische Bericht ein anschauliches Bild entworfen hat, einigte man sich vorläufig dahin, die Vorrede sammt den Protestationen bis auf spätere Zeit zurückzulegen und in die Berathung der Gesetzesartickel selbst einzutreten. Zwar lässt uns dabei und bei den weitem Verhandlungen der bisher benutzte Bericht im Stiche, doch sind wir im Stande, aus anderweiten Redaktionsnotizen wenigstens den allgemeinen Hergang der Sache mit Sicherheit zu kombiniren.

Die Revision der Halsgerichtsordnung ist danach ohne besondere Schwierigkeiten und in verhältnissmässig kurzer Zeit von statten gegangen; denn schon gegen Ende des Monats Juli konnte der Ausschuss, nachdem er den Entwurf in mehreren successiven Lesungen sorgfältig durchberathen, amendirt und den umgearbeiteten Text desselben in einer formellen Schlussredaktion endgültig festgestellt hatte, seine Thätigkeit für beendet ansehen und den Ständen die Frucht derselben übergeben.¹⁾ In einem Punkte war er allerdings hinter seiner Aufgabe zurückgeblieben; er hatte in Betreff der Protestationen auch jetzt eine Verständigung nicht herbeizuführen vermocht und daher ihre Erledigung sowie die Formulirung der beanstandeten Vorrede den Ständen selbst überlassen müssen; auf der andern Seite war er aber darin über den ursprünglichen Plan hinausgegangen, dass er im Interesse möglicher Voll-

¹⁾ Schreiben der Frankfurter Gesandten Philipp Fürstenberger und Berthold v. Rhyn an den Frankfurter Rath vom 22. Juli:

„Es ist auch eyn halsgerichtsordnung verfasst, die sol nun von allen Stenden, ob die annemlich sey, erwogen werden“ u. s. w.

Der Rest des Schreibens wird an anderer Stelle noch mitzutheilen sein.

ständigkeit der neuen Strafgesetzgebung noch einige damit in entfernterem Zusammenhang stehende und in den Abschieden hie und da zerstreute reichsgesetzliche Satzungen, wie über Gotteslästerung, Westphälische Gerichte u. a. mit der Halsgerichtsordnung zu einem Ganzen zu verbinden und als deren Anhang auf's Neue zu publiciren gedachte.¹⁾ Gut gemeint, wie ein solcher Vorschlag war, entbehrte er jedoch schon darum jeder Möglichkeit des praktischen Erfolges, weil — was merkwürdig genug dem Ausschusse ganz entgangen zu sein scheint — die meisten der erwähnten Materien bereits in der gleichzeitig ausgearbeiteten und noch auf dem gegenwärtigen Reichstage zum Gesetze erhobenen Reichspolizeiordnung ihre entsprechende Stelle und Behandlung gefunden hatten,²⁾ zu einer nochmaligen Konsolidation derselben mithin keine Veranlassung vorlag.

An der Reichsversammlung war es jetzt, in Sachen der Halsgerichtsordnung das letzte Wort zu sprechen. Gelang es ihr, die von dem Ausschusse offen gelassene Frage zur Befriedigung der protestirenden Stände zu lösen, dann stand, da ihrerseits eine nochmalige sachliche Prüfung des eben erst revidirten Entwurfs eben so wenig zu gewärtigen als an der

¹⁾ In den Handschriften des Augsburger Projekts findet sich folgender Nachtrag:

„Item zuletzt der ordnung sol angehengt werden weiland keiser Maximilians constitucion betreffendt die gotslesterer auf dem Reichstag zu augspurg aufgericht.

„Item dergleichen mug daran gedruckt werden alle die ordnung, so in den abschieden erfunden werden, betreffendt die petler ziegeuner zutrincken vnd westphälische gericht“.

²⁾ R. P. O. 1530. tit. I.—VIII. XXXIV. XXXV. Der Bericht des Ausschusses über die Polizeiordnung wurde am 4. September erstattet; sie selbst unter dem 19. November 1530 publicirt. Jener — den Weimarer Reichsakten Reg. E. fol. 37 No. 2 entnommen — ist bei Förstemann, II. 336—377 abgedruckt. Aus dem im Texte Mitgetheilten ergibt sich übrigens, dass zwischen den beiden Ausschüssen für die Polizei und für die H. G. O. kaum Beziehungen obgewaltet haben können.

Zustimmung des Kaisers zu zweifeln war, dem endlichen Abschlusse des grossen Reformwerks nichts mehr entgegen, und es konnte zur unverzüglichen Verkündung desselben geschritten werden. Allein die früher von dem Ausschusse vergeblich gesuchte Ausgleichsformel ward auch von den Ständen nicht gefunden, und noch einmal musste das Zustandekommen der Halsgerichtsordnung einen unerwünschten Aufschub erfahren. Ueber ihre letzten Schicksale zu Augsburg findet sich in einem Nachtrage zu dem chursächsischen Exemplare des Entwurfs folgende interessante Notiz:

„Son n a b e n t s n a c h J a c o b y ¹⁾ h a t P f a l z - g r a f L u d w i g s C h u r f u r s t e n a m R e i n e t c . g e s c h i c k t e r ²⁾ a l l h i e v o r C h u r f u r s t e n , F u r s t e n v n d S t e n d e n d e s R e i c h s v o n w e g e n d i e s e r H a l s - g e r i c h t s o r d n u n g w i e S a c h s e n v n d B r a n d e n b u r g p r o p t e r J u s S a x o n i c . g e t h a n , a u c h p r o t e s t i r t v n d i s t d i e s e s a c h b i s a u f d e n n e c h s t k u n f f t i g e n R e i c h s t a g v e r s c h o b e n w o r d e n . A c t . A u g s p u r g d i e v t s . a n n o d o m . 1 . 5 . 3 0 .

„No. Derwegen mitler zeit zu beratslagen in welchen artickeln die ordenung anzunehmen.

„So seint derselbigen ordnung drei nach einander gestalt worden.

Ex commiss. domini
Cancellarii C. B. D.“

Nach dieser, wie man sieht, im Auftrage des sächsischen Kanzlers Christian Baier ³⁾ aufgenommenen offiziellen Registratur über die Vorgänge im Reichstage ist die für die Halsgerichtsordnung entscheidende Sitzung am 30. Juli abgehalten und in ihr, nachdem Churpfalz seinen Protest

¹⁾ D. h. den 30. Juli.

²⁾ Hofmeister Ludwig von Fleckenstein.

³⁾ Die drei Buchstaben C. B. D. bedeuten nämlich „Christiani Baier Doctoris.“

gegen das Gesetz feierlichst wiederholt, der Beschluss auf Vertagung der Sache bis zum nächsten Reichstage gefasst worden. Wie die Dinge einmal lagen, bei dem Widerspruche dreier der mächtigsten Fürsten des Reichs, der weder einfach ignoriert, noch per majora überstimmt werden durfte, bei dem allseitigen Wunsche durch einhelligen Beschluss das Werk zu Stande gebracht zu sehen, blieb im Grunde der Reichsversammlung kaum eine andere Wahl als für jetzt die Verhandlungen abubrechen. Zwar sind in der Zwischenzeit bis zum förmlichen Schlusse des Reichstages noch später zu erwähnende Versuche gemacht worden, eine Verständigung herbeizuführen; allein sie haben eben so wenig wie die vorausgehenden einen günstigen Erfolg gehabt; und als kurz vor dem Auseinandergehen der Stände die chursächsischen Räte ihrem inzwischen heimgereisten Landesherrn von den schliesslichen Ergebnissen der Berathungen Bericht abstatteten, mussten sie sich in Betreff der Halsgerichtsordnung auf die aphoristische Bemerkung beschränken:

aber die Halsgerichtsordnung wirdet dissmals nit fürgegengig¹.)

Der am 19. November 1530 erlassene Reichsabschied hatte nur die bereits feststehende Vertagung zu sanktioniren. Nach Erwähnung des fehlgeschlagenen Speierer Versuchs und der gegenwärtig wiederholten Revision der Halsgerichtsordnung bestimmte § 97:

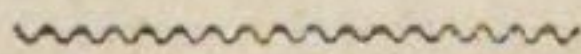
dass ein yeder stand von der jetzigen corrigirten ordnung abschrift nemen vnd sich darauff entlich entschliessen, was darin nach art herkomen vnd gebrauch zu thun oder fürzunemen sey, also das ein yeder stand auf nechstkunfftigen Reichstag sein

¹) Schreiben der Räte d. d. Augsburg 4. November 1530 be Förstemann, II. 802—808. Kurfürst Johann hatte den Reichstag schon Ende September verlassen. Vergl. ebenda 452. 611.

entlich gemüth vnd meinung in solchem eröffnen damit man sich desshalb eines einhelligen beschluss, wie es damit gehalten werden sol, vereinen vnd vergleichen möge.¹⁾

Es sollte dies die letzte die Vollendung des Werks hinauschiebende Dilation sein!

¹⁾ N. S. II. 321.



Der vierte Entwurf der Halsgerichts- Ordnung.

Dass auf dem Reichstage zu Augsburg ein neuer Entwurf — der vierte in der Reihe der Projekte der Carolina — entstanden sei, musste schon nach der Fassung des Reichsabschieds von 1530 als gewiss angenommen werden,¹⁾ wenn gleich der Text desselben so wenig wie der des Nürnberger Projekts bekannt gewesen war. Jetzt, nachdem es mir geglückt, mehrere Handschriften dieses Augsburger Entwurfs aufzufinden, ist auch diese Lücke in der Redaktionsgeschichte unseres Gesetzes ausgefüllt und zugleich, da die Carolina unmittelbar aus jenem Entwurfe hervorgegangen, ein wichtiges Hilfsmittel für ihre Textkritik und Auslegung zugänglich geworden.

Die von mir ermittelten Handschriften — fünf an der Zahl — stimmen in allen Hauptpunkten unter einander überein und zeigen denselben allgemeinen Charakter wie die übrigen Entwürfe. Es sind die folgenden:

1. Handschrift des Gesamtarchiv zu Weimar (We. 2.) Sie bildet gegenwärtig ein loses Fascikel, — Reg. E. fol. 37 b Nr. 4 — von acht am untern Rande mit den Buchstaben A—H

¹⁾ R.-A. 1530 § 97. — „ist dieselbig gestelte nottel — in ein bessere ordnung gestellt“. Vergl. auch den offiziellen Titel der Carolina.

bezeichneten Bogenlagen, welche 85 unfolierte Blätter enthalten. Heftspuren lassen erkennen, dass die Handschrift dereinst Bestandtheil von Akten gewesen sei. Sie ist von einem Schreiber und im Ganzen korrekt geschrieben.

Das äussere Titelblatt führt die Aufschrift:

Halsgerichtsordnung
(1530) (Augsburg)

darunter — und zwar von der Hand des Kanzlers Baier — folgenden auf die sächsische Protestation bezüglichen Vermerk:

Zum dryttenmal gestalt.

Von wegen der Chur vnd fursten zu Sachsen ist protestirt worden in der ordnung nicht anders zu gehelen, dan das es dem sechsischen Rechten an den enden da es in peynlichen sachen anders statuirt unabbrüchlich sey. Ist verschoben biss vff den nechsten Reychsdagk.

Im Innern beginnt ohne weitere Ueberschrift der Gesetzestext mit art. 1 „von Richtern vrteylen vnd gerichtspersonen“; Vorrede und Erklärung des Speierer Projekts fehlen, was für die Augsburger Textform charakteristisch ist. Der Text besteht nur aus 219 mit arabischen Randzahlen versehenen Artikeln, die sowohl in ihrer Reihenfolge als auch in der wortgetreuen Fassung bis auf ein Paar ganz untergeordnete redaktionelle Verschiedenheiten bereits vollständig mit dem gedruckten Texte der Carolina übereinstimmen¹⁾

Die a. 8, 66, 98, 100, 107, 162, 188 und 226 des Speierer Projekts sind gänzlich fortgefallen;

zwischen art. 2 und 3 desselben Projekts hat ein Stellentausch stattgefunden;

dagegen sind die a. 218 und 219 der neuen, mit der Carolina korrespondirenden Zählung hinzugekommen.

In a. 219 fehlen in dem Satze:

welche aber nit oberhofe hetten u. s. w.

die Schlussworte

¹⁾ Die Vorrede der Carolina fehlt jedoch.

sollen in obgemelten fall bey jrer oberkeit die dasselbig
peinlich gericht furnemlich an all mittel zu pannen
vnd zu hegen macht hat, rat suchen,

statt ihrer findet sich am Rande der entsprechenden Stelle das
Wort „Zettel“, das auf eine mit dem gleichen Vermerke und
der Zahl 219 bezeichnete dabei liegende lose Einlage verweist,
auf welcher der ausgelassene Passus nebst einer aufklärenden
Redaktionsnotiz verzeichnet ist.¹⁾

Unmittelbar auf a. 219 und ohne äusserlich von dem
Texte des Gesetzes geschieden zu sein, folgen zwei Schluss-
zusätze, von denen der erste sich auf die Weglassung des
a. 226 des Speierer Projekts bezieht,²⁾ der zweite aber die
früher mitgetheilten Vorschläge wegen der mit der H. G. O.
zu verbindenden Reichsgesetze enthält.

Getrennt von der vorangehenden Handschrift des Entwurfs
steht endlich auf einem besonderen Blatte die früher erwähnte
Registratur wegen des Reichstagsbeschlusses vom 30. Juli 1530

2. Handschrift des k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchivs
zu Wien (Wn.2), aufgefunden in dem Sammelbande Miscell.

¹⁾ Der Zettelvermerk lautet wie folgt.

Erstlich ist der art. an disem ort also bedacht vnd diese wort
zugesetzt worden: „Sollen in obgemeltem fall (etc. wie im Texte) —
rat suchen.“ Aber nachuolgends als der zweiffel der appellacion
halben furgelassen vnd das es nicht schicklich were, wo die appellacion
zugelassen, das der Rat von der obrigkeit daran doch applirt, gesucht
werden solt, so hat der ausschuss fur gut angesehen, das die obge-
melte worte aus der ordnung gelassen werden.

²⁾ „Zuletzt ist gestanden ein art. dis inhalts, das hinfurder in
peinlichen sachen von vrtailen so vermuge diser ordnung gefellet, nit
solt applirt werden, vnd aber der ausschuss befund, das in etzlichen
orten die appellacion von den endvrtailen auch in peinlichen sachen
werd gestattet, welches gemainen Rechten nit vngemes, und hinwiderumb
auch befunden, das an ezlichen orten nach herbrachtem gebrauch vnd
gewonhaiten kain appelacion zugelassen wurdet, So haben die verord-
neten des ausschuss für gut angesehen disen artickel der appellacion
ausser ordnung zu lassen, damit dem gemainen rechten nach herbrachter
gewonhait nichts werd genommen.“

F. 35. Sie bildet ein loses Konvolut von 67 Blättern ohne Titel und Ueberschrift, ist ersichtlich in grosser Eile flüchtig geschrieben und stimmt bis auf wenige unerhebliche Varianten mit We.2 überein. Der Zusatz zu art. 219 steht auf einem besondern Zettel. Auf den Entwurf folgen auch hier die beiden ad. 1 erwähnten Nachträge.

3. Handschrift des k. bayerischen Archivs zu Bamberg (Br.). Sie findet sich auf f. 9—95v des zur ehemaligen Brandenburgischen Registratur gehörigen den Reichstag zu Augsburg betreffenden Aktenbandes Nr. 15.¹⁾ Fol. 9 hat den Titel Halsgerichtsordnung; fol. 10 die Speierer Vorrede, jedoch nur fragmentarisch; ²⁾ fol. 11 ist leer gelassen; von fol. 12 ab folgt der Text des Entwurfs ohne weitere Ueberschrift mit den Nachträgen und dem zu art. 219 gehörigen Zettel.

4. Der zur bischöflich Bambergischen Aktenserie gehörige Band Nr. 20 desselben Archivs enthält ebenfalls eine Handschrift unseres Entwurfs.³⁾ Sie führt den Titel:

Halsgerichtsordnung vff dem Reichstag zu Augsburg
gelesen anno 1530.

und unterscheidet sich von den bisher genannten dadurch, dass Vorrede und Erklärung des Speierer Projekt hier vollständig beibehalten sind und hinter ihnen sich noch die aus dem Wormser Projekte stammende Ueberschrift

¹⁾ Er hat die Aufschrift:

Registratur vnd ausschreiben in weltlichen sachen
aufm Reichstag zu Augspurg
anno XXX.

Der Halsgerichtsordnung voran geht ein Rathschlag wegen der Türkenhülfe. Hinter ihr steht ein Rathschlag „vber des Reichs Muncz.“

²⁾ Die Vorrede bricht mit den Worten:

„Speier vff den Sontag Reminiscere in der fasten“

ab.

³⁾ Der Band führt den Titel:

Handlung vff gehaltenem Reichstag
zu Augspurg
anno 1530.

Churfürsten, fürsten vnd andrer Stende furgeschlager begrieff etc.

findet. Die Handschrift bricht übrigens mitten in a. 214 bei den Worten „niemand nichts schuldig“ ab. (Ba.)

5. Zwei fernere Handschriften, deren Vorhandensein in den bayrischen Reichsakten des Münchener und des Würzburger Archives bezeugt ist, haben sich sorgfältiger Nachforschungen unerachtet nicht mehr auffinden lassen.¹⁾

6. Auch die bei Besprechung des Speierer Entwurfs beschriebene Berliner Handschrift B. e. gehört hierher, da sie, wie früher erwähnt, bei den Redaktionsverhandlungen zu Augsburg benutzt und durch Einschaltung der dabei beschlossenen Aenderungen und Zusätze, durch Streichung der weggelassenen Artikel und Stellen, sowie durch eine veränderte Artikelzählung²⁾ durchweg aus einem Exemplar des Speierer Projekts in ein solches des Augsburger verwandelt worden ist. Wie schon a. a. O. bemerkt, finden sich die art. 1—12 in ihrer neuen Fassung, ebenso wie die am Schlusse hinzugekommenen

¹⁾ In den bayr. Reichsakten des Münchener Staatsarchivs Reg. 157/5 pro 1530—1540 findet sich f. 105 folgende Notiz:

„Zu dem Reichstag gen Regensburg a. 1532 ist durch mich A. K. hinabgeschickt:

Erstlich ein gedruckt puech, darin die Reichsordnung vnd all abschied des Reichs, — —

halsgerichtsordnung, ist darnach druckt.“

Damit kann nur der Augsburger Entwurf gemeint sein.

Vol. XV der Würzburger Reichsakten pro 1530, 1532 hat auf dem Titelblatte den Vermerk:

„No. Es ist auch ein ander nebenbuch dises reichstags vorhanden bei den andern Reichshandlungen in der Cantzley vnder einem Titel Peinlich vnd halsgerichtsordnung vnd zale XI. vnd XII. darinnen ein Radschlag vnd besserung vff die halsgerichtsordnung zu Augsburg anno 1530 begriffen sampt andern fol. 97 bis ins 200 plat.“

Wegen einer ähnlichen Notiz bezüglich des Speierer Projekts s. oben S. 122.

²⁾ Die alten Artikelzahlen sind theils ausgestrichen, theils ausradirt, aber noch erkennbar.

art. 218 und 219 nebst den bekannten Nachträgen auf besondern Blättern und Bogen eingeschaltet. Dabei ist aus einem Versehen der Zettelvermerk zu a. 219 hier dem Texte selbst einverleibt worden.

Die Korrekturen und Zusätze in Be. sind nicht alle von der nämlichen Hand geschrieben, sie stammen vielmehr nach den Schriftzügen zu urtheilen, von zwei verschiedenen Personen her. Den Einen derselben, dessen in den verschiedenen Theilen des Entwurfs anzutreffende Noten eher die Hand eines Gelehrten als die eines gewöhnlichen Kanzelisten verrathen, hätten wir schon aus diesem Grunde, und da auch gewisse redaktionelle Vermerke auf seine persönliche Theilnahme an den Ausschussberathungen hindeuten, unter den zu Augsburg anwesend gewesenen Räthen des Kurfürsten Joachim von Brandenburg zu suchen. Da indessen die Mangelhaftigkeit des zur Handschriftenvergleichung zu Gebote stehenden Materials den Namen dieses Revisors zu ermitteln nicht verstattet, so müssen wir uns damit begnügen, ihn der Kürze halber mit der Ziffer I. zu bezeichnen. Die auf diesen Revisor I. nicht zurückzuführenden Aenderungen und insbesondere auch die auf den eingelegten Bogen zu Anfang und am Schlusse der Handschrift stehenden Zusätze sind fast ausnahmslos von einem Zweiten geschrieben, dessen Schriftzüge so entschieden den kanzleimässigen Ductus der damaligen Zeit an sich tragen, dass wir in ihm allerdings nur einen Abschreiber und nichts mehr vermuthen dürfen. Dass er als solcher — er mag hier zum Unterschiede von I., II. genannt werden — gleich jenem Sitz und Stimme im Ausschusse gehabt, ist undenkbar, eher sprechen die ermittelten Umstände dafür, dass die von ihm herrührenden Korrekturen und Zusätze entweder nach dem Diktate oder aber nach einem anderweit bereits fertig vorliegenden Konzepte geschrieben seien.

Einige Stellen finden sich in Be. die sowohl Korrekturen von der Hand des I., wie auch zugleich von der des II. aufweisen.¹⁾ Da aber, wie der Augenschein lehrt, Schreiber II.

¹⁾ Z. B. in art. 71, 91, 112, 114 u. a.

die Verbesserungen des Revisor I. bereits vor Augen gehabt haben muss, und gegentheils keine der von dem Erstern verbesserten Stellen hinterher noch von diesem korrigirt worden, so folgt daraus mit Sicherheit, dass die Korrekturen des I. älteren Dati sind und einer frühern Lesung des Entwurfs angehört haben müssen, als die von II. herstammenden.¹⁾

Bei aller Uebereinstimmung, welche zwischen Be. und den andern Handschriften des Augsburger Entwurfs herrscht, sind übrigens doch einige bemerkenswerthe Abweichungen davon nicht zu übersehen. So haben art. 2 und 3 hier ihre ursprüngliche Stellung noch nicht vertauscht, so ist in Be. in dem Schlusssatze des a. 136:

„wie vor vom mordt gesetzt“,

das in den andern Handschriften als ebenso überflüssig wie unrichtig gestrichene Wörtchen „vor“ noch stehen geblieben; und das im Texte des Augsburger Entwurfs sich findende Einschiesel in a. 178:

„in solchen kirchenrauben“ etc.

fehlt hier noch.

Diese und andere allerdings weniger erhebliche Varianten rechtfertigen die Annahme, dass der Entwurf noch nach dem Abschlusse der Textform Be. einer nachträglichen Durchsicht unterzogen worden, und dass erst bei dieser Schlussrevision jene der offiziellen Textrecension angehörigen Abänderungen entstanden sind.

7. Be. bildet den Uebergang zu den beiden Handschriften des Speierer Projekts Dr.1 und We.1, welche gleich ihr den Augsburger Redaktoren als Handexemplare gedient und daher ebenfalls die von ihnen beschlossenen Aenderungen enthalten. Beide geben indessen nicht den vollständigen Text des neuen

¹⁾ Dafür spricht u. a. auch der Umstand, dass die Verweisungen auf das Rathsuchen

„an enden vnd orten, wie zu end diser ordnung angezeygt“ — durchweg von der Hand des II. hinzugefügt sind, desselben, von dem auch, wie schon bemerkt, der Zusatz des a. 219, auf den sie sich beziehen, herrührt.

Entwurfs sondern die ihm angehörigen Neuerungen nur theilweise wieder, indem sie — beide freilich nicht in gleichem Grade — in der Entwicklung zwischen der Redaktion von Speier und der von Augsburg mitten inne stehen geblieben sind. Bevor indessen dies im Einzelnen nachgewiesen werden kann, ist noch einer fernerer Handschrift zu gedenken, die mit Dr.1 in nächster Verbindung steht und gleichzeitig mit ihr in dem Dresdener Archive aufgefunden worden ist.¹⁾ Sie bildet einen besonderen Band von 79 unfoliirten Blättern mit der Deckelaufschrift:

Peinlich Halsgerichtsordnung
zu Augspurgk beschlossen
anno XXX,

hat im Innern den Titel:

Halsgericht zu Augspurgek
beschlossen im XXX,

beginnt mit der vollständigen Vorrede und Erklärung des Speierer Projekts und endet mit art. 226 desselben. Artikelzahlen fehlen.

Wie nun Schletter bereits aus dem Vorhandensein gewisser auffallender Fehler überzeugend dargethan hat,²⁾ ist diese Handschrift — Dr.2 — nichts anderes als eine wortgetreue Kopie von Dr.1, oder richtiger gesagt eine nach Dr.1 mit genauer Berücksichtigung aller darin vorgenommenen textuellen Aenderungen gefertigte Reinschrift; sie hat daher keine selbstständige Bedeutung, sondern kann nur als ein immerhin werthvolles Duplikat von Dr.1 in Betracht kommen. Wenn aber Schletter in diesen beiden Dresdener Handschriften den Augsburger Entwurf der H. G. O. gefunden zu haben vermeinte, so befand er hierin sich in einem Irrthum, der freilich um so leichter verzeihlich erscheint, als ihm damals der inzwischen entdeckte wahre Text desselben noch nicht bekannt

¹⁾ von Schletter. Vergl. dessen Textkritik, 12.

²⁾ Schletter, l. c. Es sind nämlich in Dr.1 einzelne Worte durch Tintenflecke verlöscht, die der Schreiber von Dr.2 als wirklich gestrichen angesehen und deshalb in seiner Abschrift fortgelassen hat.

gewesen. Gegenwärtig lehrt eine auch nur oberflächliche Vergleichung mit ihm, dass wir in der durch die Handschriften Dr.1 und Dr.2 repräsentirten Textform — wir wollen sie kurzweg die *Dresdener* nennen — keineswegs den Augsburger Entwurf in letzter und vollständiger Gestalt, sondern eine nach Umfang und Inhalt davon abweichende Redaktion vor uns haben. Sie unterscheidet sich nämlich von jenem schon darin, dass in ihr:

die Speierer Vorrede und Erklärung unverändert beibehalten,
 nur art. 66, 98—100, 107, 162, nicht aber auch art. 8, 188 und 226 gestrichen,
 die neuen Schlussartikel 218 und 219 nebst Anhang noch nicht aufgenommen und
 art. 2 und 3 noch an ihrer alten Stelle belassen sind.¹⁾

Wenn endlich die dem Augsburger Entwurfe eigenthümliche Artikelzählung hier noch nicht anerkannt worden,²⁾ und auch sonst der *Dresdener* Text, obschon er in manchen Punkten über den Entwurf vom Jahre 1529 hinausgeht, doch zugleich in anderen erheblich hinter dem von 1530 zurückgeblieben ist,³⁾ so ergiebt sich aus alle Dem zur Genüge, dass derselbe als eine zwischen beiden in der Mitte stehende *Zwischenredaktion* zu betrachten, welche zwar aus den Berathungen zu Augsburg hervorgegangen, jedesfalls aber vor dem endlichen Abschlusse derselben entstanden sein muss.

Wie dies bei Be. der Fall, so lässt sich auch für Dr.1 aus der äussern Beschaffenheit der darin vorkommenden Aenderungen und Zusätze eine zweifache Bearbeitung wahrnehmen. Ein Theil dieser Korrekturen rührt von dem früher schon erwähnten Kanzler des Herzogs Georg von Sachsen, Dr. Simon

¹⁾ Wenigstens in Dr.2; in Dr.1 sind die Zahlen korrigirt.

²⁾ Allerdings sind die Artikelzahlen in Dr.1 mehrfach geändert, die neue Zählung aber noch nicht definitiv festgestellt.

³⁾ Das Gesagte wird durch eine grosse Zahl von Stellen bestätigt.

Pistoris her, dessen originelle und in zahlreichen Aktenstücken jener Zeit uns erhaltene Handschrift unverkennbar in Dr 1 wiederzufinden ist.¹⁾ Seine Anwesenheit auf dem Reichstage ist anderweit bezeugt; er hat daher zweifelsohne als Vertreter des Herzogs im Revisionsausschusse gesessen und als solcher die darin gefassten Beschlüsse noch während der Verhandlungen in das von ihm benutzte Exemplar des Entwurfs verzeichnet. Das Gleiche muss auch von dem Schreiber oder Verfasser der übrigen Korrekturen in Dr.1 gelten, unter dem wir uns nach dem Typus seiner Schriftzüge ebenfalls eines der rechtsgelehrten Mitglieder des Ausschusses zu denken haben. Wer von den sächsischen Räthen es aber gewesen, habe ich eingehender Recherchen unerachtet nicht zu ermitteln vermocht.²⁾ Wäre es gestattet auf die Aehnlichkeit einer Namensunterschrift allein eine Konjektur zu bauen, so könnte man an Georg von Kommerstedt zu denken versucht sein, von dem wir wissen, dass er als Rath im Dienste des Herzogs gestanden, ihn zu den Reichstagen begleitet und öfters dort vertreten hat.³⁾ Doch will ich diese blossse Vermuthung nicht weiter ausspinnen und desshalb vorerst den zweiten unbekannten sächsischen Revisor einfach mit X bezeichnen. Mit grösserer Sicherheit lässt sich das beiderseitige Verhältniss zwischen Simon Pistoris und X feststellen. Dass sie gleichzeitig und neben einander an der Revision der H. G. O. gearbeitet haben sollten, ist schon desshalb nicht anzunehmen, weil auch in Dr.1 sich mehrere Stellen finden, welche die Korrekturen beider an sich tragen. Der überzeugende Beweis für ihre successive Redaktionsthätigkeit wird aber aus einer

¹⁾ Simon Pistoris, geb. 1489, gest. 1562 war während der Jahre 1523—1548 mit Unterbrechungen Kanzler des Herzogthums Sachsen. Er ist der Vater der beiden bekannten Juristen Modestin und Hartmann Pistoris.

²⁾ Mit Bestimmtheit lässt sich nur behaupten, dass gewisse Persönlichkeiten wie Hans von Schönberg, Pflug, Spiegel u. a. m. es nicht gewesen sein können.

³⁾ Z. B. auf dem Reichstage von 1532.

genauern Zusammenstellung der Handschrift Dr.1 mit Be. gewonnen. Sie ergibt nämlich,

dass einerseits die Korrekturen des Pistoris in Dr.1 mit solchen des Brandenburgischen Revisors I. in Be. zusammenfallen, und andererseits, dass die in Dr.1 von X herrührenden Aenderungen sich in Be. grösstentheils unter den von der Hand des II. geschriebenen wiederfinden lassen.¹⁾

Dieser zwischen Pistoris und I., sowie zwischen X. und II. (genauer gesagt: dem Verfasser der von II. geschriebenen Vermerke) bestehende auffallende Parallelismus, der aus einer rein zufälligen Koïnzidenz nicht erklärt werden kann, weist mit Nothwendigkeit auf das Bestehen einer gleichzeitigen und gemeinsamen Wirksamkeit der korrespondirenden Paare hin und gestattet den sichern Schluss, dass die beiderseitig harmonirenden Korrekturen im Entwurfe auch in einer und derselben Phase der Redaktion entstanden seien. Da nun, wie ermittelt, die Korrekturen des II. jüngern Dati sind, wie die des Revisors I., so muss dasselbe nicht minder für die von X. herstammenden im Verhältniss zu denen des Pistoris zutreffen; und wir gelangen somit zu dem schliesslichen nicht ganz uninteressanten Ergebnisse:

Die Zwischenredaktion des s. g. Dresdener Textes stellt sich als das Produkt jedesfalls zweier Lesungen des Entwurfs dar, von denen die erste durch die auf Pistoris und I. zurückzuführenden, die zweite durch die X. und II. gemeinsamen Aenderungen gekennzeichnet wird.

Dass aber in der That der Dresdener Text einen auch äusserlich markirten Abschluss in den Revisionsarbeiten gebildet,

¹⁾ So sind von Pistoris und I. korrigirt: a. 14, 15, 41, 49, 67, 87 u. a., von X. und II.: a. 1—12, 29, 32, 35, 73, 93, 118, 119 u. a. m. Die Harmonie zwischen den beiden Paaren trifft jedoch nicht durchweg zu, weil Be. in manchen Beziehungen über Dr. 1 hinausgeht.

dass es im Laufe derselben einen Zeitpunkt gegeben habe, in welchem dieselben vorläufig wenigstens als beendet und der Entwurf in der Gestalt der Handschrift Dr.1 als festgestellt angenommen worden, kann nach Allem kaum bezweifelt werden; denn nur so lässt es sich erklären, — wozu doch sonst keine ersichtliche Veranlassung vorgelegen hätte, — dass von dieser Textform eine offenbar für den offiziellen Gebrauch bestimmte sorgfältige Reinschrift (Dr. 2), noch dazu unter dem Titel:

Halsgericht zu Augspurgk beschlossen

gefertigt werden konnte. Hinterher sind dann die Verhandlungen über den Entwurf wieder aufgenommen und in diesem Stadio, in einer dritten und darauf folgenden Schlusslesung diejenigen Aenderungen beschlossen worden, durch welche sich der definitive Text des Augsburger Entwurfs von der Zwischenform Dr.1 2 unterscheidet.

Es bleibt noch die Weimarer Handschrift We.1 in ihrem Verhältnisse zum Augsburger Projekte zu betrachten. Auch sie zeigt die sichtbaren Spuren ihrer Benutzung im Revisionsausschusse und gibt uns sogar vermöge der Reichhaltigkeit derselben ein noch lebendigeres Bild davon als die beiden andern. Denn während in Be. und Dr.1 fast ausschliesslich nur die wirklich beschlossenen Aenderungen verzeichnet sind, treffen wir in We.1 daneben auch auf solche Vermerke, in denen die Redaktoren unter dem unmittelbaren Eindrucke der Diskussion oder zum Zwecke ihrer Vorbereitung dazu auch rein subjective Bedenken, Monita und Vorschläge sowie Anderes, was auf ihre An- oder Absichten Streiflicher zu werfen geeignet ist, zu Papier gebracht haben. Und damit dem Ernste auch der

¹⁾ Es darf indessen nicht verschwiegen werden, dass sich in Dr.1 einige Andeutungen der Schlussredaktion finden. Auffälligerweise sind an zwei Stellen die Citate nach der Zählung des Augsburger Entwurfs hineinkorrigirt, und in a. 118 und a. 153 wird auf das Rathsuchen gemäss des Schlussartikels 219 verwiesen, obschon dieser selbst bekanntlich in Dr.1 noch fehlt. In der Sache selbst wird dadurch an dem im Texte Angeführten Nichts geändert.

Scherz nicht fehle, fällt unser Blick auch wol auf Kritzeleien und ähnliche der Eingebung momentaner Laune entsprungene Spielereien der Feder.¹⁾ Es wird uns somit Gelegenheit gegeben, die Redaktoren gewissermassen an der Werkstatt ihres Schaffens selbst zu belauschen.

Die Art der Entstehung dieser Noten, die flüchtig, wie es der Augenblick mit sich brachte, bald in lateinischer bald in deutscher Sprache, bald in extenso bald nur in Zeichen hingeworfen sind, erschwert in hohem Grade ihr Verständniss. Zwar die wirklichen Textänderungen sind meist ohne besondere Schwierigkeit zu lesen gewesen, von den sonstigen Noten haben aber nicht wenige bei der Unleserlichkeit ihrer Schrift und wegen der bisweilen willkürlich gewählten Abbreviaturen jedem Versuch der Entzifferung widerstanden und werden stets wohl unauflösliche Räthsel bleiben. Bei andern ist mir nach fort und fort wiederholten, öfters schon ärgerlich aufgegebenen Angriffen die Lösung schliesslich doch noch, zum Theil durch glückliches Errathen gelungen und für ihre Richtigkeit kann ich die Gewähr übernehmen.

Der aus We.1 in Verbindung mit den daran vorgenommenen Aenderungen zu konstruirende Text stimmt mit keiner der andern Formen genau überein. Am weitesten steht er gegen die Schlussredaktion des Augsburger Entwurfs zurück, in manchen Beziehungen nähert er sich dem Dresdener Texte, ohne ihn jedoch vollständig zu erreichen²⁾ Da sich in We.1 aber zugleich einzelne Korrekturen finden, die, wie die Streichung des a. 226 u. a. bereits über jene hinausgehen und in ein späteres Redaktionsstadium hinübertreten,³⁾ so bleibt zur Er-

¹⁾ Zöpfl, P. G. O. XII.

²⁾ Gestrichen sind in We.1 wie in Dr.1 die a. 66, 98—100, 107 und 162, stehen geblieben dagegen Vorrede und Erklärung, a. 8 und 188. Von den Schlussartikeln des Augsburger Entwurfs findet sich hier keine Spur; auch von den materiellen Abänderungen in Dr.1 fehlen viele entweder gänzlich oder sind wenigstens noch nicht in ihrer dortigen Fassung aufgenommen.

³⁾ Der mehrmals geänderte a. 93 (91) findet sich in seiner letzten Redaktion auf einem eingelegten besonderen Zettel; auch die am

klärung dieser Eigenthümlichkeiten nur die Annahme, dass die Handschrift We.1 nicht nur vor der Feststellung des Dresdener Textes sondern auch bei den darauf folgenden Lesungen benutzt, beide Male jedoch aus nicht mehr zu ermittelnden Gründen nur unvollständig durchkorrigirt worden sei. Wie man sich auch die Sache denken mag, in keinem Falle wäre es statthaft, in We.1 einen gleich Dr.1 auch nur vorläufig zum Abschlusse gediehenen besonderen Zwischenentwurf unseres Gesetzes zu erblicken.

Sehen wir von Verbesserung einzelner nur durch Flüchtigkeiten beim Abschreiben in die Handschrift hineingebrachter Fehler ab, die als solche hier von keinem weitem Interesse sind¹⁾, so fallen uns unter den auf die eigentliche Textrecension bezüglichen Vermerken in We.1 zunächst eine Anzahl solcher auf, die offenbar als festbeschlossene Aenderungen noch nicht anzusehen sind. An ihrer unfertigen Fassung leicht erkennbar, enthalten sie meist nur eine skizzenhafte Andeutung des gesetzgeberischen Gedankens und verrathen schon durch ihre Form, dass sie über das Stadium vorläufiger Erwägungen, Propositionen oder Entwürfe nicht hinausgekommen sind.²⁾ Zum Theil hat man sie überhaupt nicht weiter berücksichtigt sondern einfach fallen gelassen, zum Theil haben sie erst bei den spätern Berathungen ihre feste Formulirung gefunden. Einzelne Vermerke geben uns über die bei den Diskussionen zur Sprache gekommenen speciellen Bedenken und Zweifel Aufschluss, während in Randglossen wie

Schlusse des art. 74 stehende Notiz:

„addatur in fin. ut in originali“

deutet auf den erst später beschlossenen Zusatz hin.

¹⁾ Sie rühren zum Theil schon von den Abschreibern selbst her, zum Theil sind sie allerdings erst bei der Augsburger Revision bewirkt worden. Zöpfl hätte nicht nöthig gehabt, einige dieser Verbesserungen in seiner Ausgabe durch Kursivschrift auszuzeichnen.

²⁾ Solche Entwürfe und Vorschläge zu Aenderungen finden sich u. a. bei a. 32, 39, 40, 67, 90, 127 u. a. m.

³⁾ So wird zu art. 66 die Frage aufgeworfen:

„an mulier potest testificare,“

„cogitandum, zu bedencken, sol bedacht werden“
und ähnlichen sich die Unschlüssigkeit der Redaktoren abspiegelt,¹⁾ wie andererseits durch ein hinzugefügtes

„maneant, bene stat“ etc.

die Zurückweisung nicht näher bezeichneter Einwürfe ausgedrückt wird. Bei mehreren Artikeln lässt sich aus der Fülle und dem Durcheinander der dazu gehörigen Glossen noch heute die Lebhaftigkeit der um sie geführten Meinungskämpfe deutlich abnehmen.

Andere Vermerke in We.1 haben mehr theoretische Bedeutung. Dahin gehören ausser einer Reihe von Marginalien, in denen der Inhalt einzelner Artikel oder Sätze durch entsprechende technische Stichworte kurz angegeben ist²⁾, vornehmlich die an verschiedenen Stellen der Handschrift zerstreuten Citate von Rechtsquellen oder Rechtsbüchern. So wichtig es nun auch wäre, auf Grund derartiger unmittelbarer Zeugnisse die Autoritäten kennen zu lernen, denen die Redaktoren zu Augsburg gefolgt sind, so ist in dieser Beziehung doch die Ausbeute nur eine spärliche zu nennen. Denn abgesehen von ein Paar Verweisungen auf das Jus Saxonicum,

zu art. 129 (Nothzucht):

„quid si non est viripotens“.

¹⁾ Z. B. bei art. 30, 70, 74, 127, 163. Ueber einem Zusatze zu art. 117 steht der Vermerk:

ist nicht beschlossen,

und bei art. 28:

cogitandum an recto ordine sit positus.

²⁾ Ich gebe hier einige Beispiele solcher Marginalien, die bald in lateinischer bald in deutscher Sprache vorkommen:

Zu art. 32: beichtveter zuordnen;

„ 56: in odium mendacii propter variationem;

„ 63: de semiplena probatione;

„ 117: de falsa moneta;

„ 120: de termino moto;

„ 138: expositio;

„ 155: von leypzeichen; u. a. m.

womit offenbar der Sachsenspiegel gemeint ist,¹⁾ haben sich nur einige Citate aus dem Corpus juris civilis enträtheln lassen. Die Citirmethode ist die damals allgemein übliche. Die Allegate dienen aber dazu, theils die Uebereinstimmung der neuen Ordnung mit dem gemeinen Rechte zu bekräftigen,²⁾ theils den Widerspruch gewisser Sätze damit zu konstatiren,³⁾ theils auch die Unanwendbarkeit einzelner ausdrücklich als obsolet bezeichneter Stellen hervorzuheben.⁴⁾ Jedesfalls ist aus diesen Citaten so viel ersichtlich, dass die sächsischen Mitglieder des Ausschusses in der gemeinrechtlichen Doktrin nicht unbewandert gewesen und sich bei der Revision der H. G. O. der steten Fühlung damit wohl bewusst geblieben sind.

Einen eigenthümlich abweichenden Charakter zeigt eine Anzahl meist lateinischer Randglossen, welche nur bei den ersten sechzehn Artikeln des Entwurfs angetroffen werden und als deren Verfasser der mit der Geschichte der Reformation rühmlichst verflochtene chursächsische Kanzler Dr. Gregor Brück ermittelt worden ist.⁵⁾ Allerdings sind von diesen

¹⁾ Bei a. 144, 146 findet sich der Randvermerk:

„Contra jus Saxon. Wher muss er gelden“,
der sich auf die Sachsenbusse bezieht und mit der sächsischen Protestation in Verbindung steht.

²⁾ So wenn bei art. 93: L. divus (= L. 1 § 17 D. de quaest. 48. 18), und bei art. 120:

L. Jubemus C. prob. (= L. 24 D. de probat. 4. 19), ferner bei art. 154: L. si in rixa (= L. 17 C. ad leg. Cornel. 48. 8) citirt sind.

³⁾ Z. B. bei art. 93:

L. 1 confess. contradixit;
bei art. 113:
L. 1 ff. de sicar. contradixit
(= L. 1 D. ad leg. Cornel. 48. 8.).

⁴⁾ Z. B. bei art. 70:

L. is qui cum telo est abolita
(L 7 C. ad leg. Corn. 9. 16.).

⁵⁾ Gregor Heinse, nach seinem Geburtsorte Brück, auch Pontanus genannt, geb. 1483, gest. 1537. Chursächsischer Kanzler von 1520—1548.

der Mehrzahl nach unleserlichen Noten nur Bruchstücke zu entziffern gewesen, doch reicht dies Wenige schon hin, um festzustellen, dass wir es in ihnen weder mit wirklich beschlossenen Textänderungen noch auch mit den vorerwähnten im Ausschusse angeregten Vorschlägen und Entwürfen zu solchen zu thun haben, dass sie vielmehr lediglich persönliche Bedenken und allerhand kritische Bemerkungen Brück's enthalten, zu welchen ihm Lektüre und Studium des Entwurfs gelegentlich Veranlassung gegeben haben mochten. Sie können daher eben dieses ihres subjektiven Ursprungs wegen in keine nähere Beziehung zu den Ausschussverhandlungen gebracht werden.¹⁾ Wie bemerkt, brechen diese Noten mit dem art. 16 plötzlich ab, ohne in den weitem Theilen des Entwurfs wiederzukehren. Da wir nun auch der Handschrift Brück's ausschliesslich nur in ihnen, nicht aber in irgend einem der sonstigen Vermerke in We.1 begegnen, so drängt sich von selbst der wohlbegründete Zweifel auf, ob Brück überhaupt an den Ausschussberathungen über die Halsgerichtsordnung Theil genommen habe. Und dies ist um so sicherer zu verneinen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Brück's Kräfte auf dem Reichstage zu Augsburg durch seine ununterbrochene Mitwirkung bei den Verhandlungen über die Religionsspaltung und durch die ihm besonders obliegende Verfechtung der protestantischen Interessen nach einer ganz andern Richtung so vollauf in Anspruch genommen waren, dass ihm schwerlich Zeit geblieben sein wird, sich daneben noch umfangreichen gesetzgeberischen Arbeiten zu widmen.²⁾

Wenn sonach Brück in dem Ausschusse für die H. G. O. nicht gesessen hat, so kann als Vertreter der chursächsischen

¹⁾ Insbesondere sind aus ihnen, soweit ersichtlich, die spätern wichtigen Zusätze zu den a. 1—12 nicht hervorgegangen.

²⁾ Ueber Brück's Thätigkeit auf dem Reichstage vergl. Förstemann, a. a. O. Er war Mitglied der verschiedenen Religionsausschüsse und Verfasser mehrerer seitens der protestantischen Stände vorgetragener Bedenken, sowie der Vorrede zum deutschen Texte des Augsburger Bekenntnisses. Förstemann, I. 460.

Stimme darin in erster Linie kein Anderer als sein nicht minder bewährter Kollege, der zweite chursächsische Kanzler Dr. Christian Baier fungirt haben,¹⁾ und für seine persönliche Betheiligung legt allerdings die Handschrift We.1 ein vollgültiges Zeugniß ab. Von seiner Hand nämlich stammen nicht nur weitaus die meisten sachlichen Korrekturen, Textänderungen, bloss angedeutete und entworfene Vorschläge, sondern auch ein grosser Theil der Noten sonstigen Inhalts in We.1 her, und ebenso sind die früher mitgetheilten Registraturen auf dem Titel wie auf dem Schlussblatte des sächsischen Exemplars des Augsburger Projekts (We.2), jene von Baier selbst, diese wenigstens in seinem speziellen Auftrag vermerkt worden.¹⁾ Uebrigens kann nicht bezweifelt werden, dass neben oder nach Baier auch noch andere sächsische Räte an der Bearbeitung der H. G. O. Theil genommen haben, nur fehlt uns auch hier jeder Anhalt, deren Persönlichkeiten näher festzustellen.

Nach Allem, was ermittelt worden, scheint nun gerade Baier eine besonders einflussreiche und hervorragende Stellung im Ausschusse eingenommen zu haben. Wenn sich nur in dem von ihm benutzten Redaktionsexemplare und nur von seiner Hand theils angenommene theils abgelehnte Vorschläge und Entwürfe zu Verbesserungen vorfinden, darunter auch solche, die Baier ersichtlich selbst mehrmals umredigirt hat,³⁾ so liegt die Annahme sehr nahe, ihn auch als den Urheber derselben anzusehen und ihm das geistige Eigenthum daran zuzuschreiben. Welches Interesse hätte ihn sonst veranlassen können, die etwa von Andern zur Sprache gebrachten noch gar

¹⁾ Christian Baier wird der jüngere Kanzler genannt, während Brück zum Unterschiede von ihm „der alt Canzler“ heisst.

²⁾ Die Registratur auf dem Titelblatte bezieht sich bekanntlich auf die sächsische Protestation, die am Schlusse auf die Reichstags-sitzung vom 30. Juli. Vergl. oben S. 141, 145.

³⁾ Es beweisen dies die Zusätze in We.1 zu art. 32, 67, 126 u. a. m.

nicht beschlossenen, ja sogar die vertagten und abgelehnten Aenderungen zu registriren; während Alles das ganz natürlich erscheint, so bald die Vorschläge dazu von ihm selbst angeregt, formulirt, verfochten und theilweise wenigstens durchgesetzt waren.

Aber noch in anderer Beziehung zeichnet B a i e r sich vor den übrigen uns sonst bekannt gewordenen Redaktoren aus.

Bei ihnen ist, wie wir wissen, im Laufe der Verhandlungen ein Wechsel, eine Ablösung eingetreten, dergestalt, dass die verschiedenen Lesungen zum Theil unter Mitwirkung verschiedener Persönlichkeiten stattgefunden haben. Bei Baier verhält sich die Sache dagegen anders. Seine Korrekturen korrespondiren eben sowohl mit denen des Pistoris und des I., wie auch mit solchen des X. und des II.; und da überdem nicht wenige seiner Verbesserungsvorschläge sich unter den von X. und II. aufgenommenen Textänderungen wiederfinden, so ist es klar, dass Baier unerachtet des Wechsels in den Personen anderer Mitglieder des Ausschusses seinerseits während eines mehrere Lesungen umfassenden Zeitraums demselben angehört haben muss. Ob freilich bis zur Beendigung der Revision ist fraglich, wahrscheinlicher sogar, dass er bereits früher ausgeschieden, weil andernfalls die später beschlossenen wichtigen Zusätze in We.1 nicht gänzlich fehlen würden.¹⁾

Endlich kommt noch folgender Umstand in Betracht. Die schliessliche Fassung des art. 93 (91) vom Widerruf des Bekenntnisses am letzten Rechtstage, welche den Redaktoren besondere Schwierigkeiten bereitet hat, findet sich in We.1 auf einem unzweideutig von der Hand des Simon Pistoris geschriebenen Zettel eingelegt. Wie ist dieser Zettel in unsere Handschrift hineingekommen? Ich vermag dies mir nur so zu

¹⁾ Namentlich die Ergänzungen zu art. 1, 6, 12 und 13, die in Dr.1 bereits aufgenommen sind.

erklären, dass Pistoris selbst es gewesen, der die von ihm zur Beseitigung einer Meinungsdivergenz entworfene Formel seinem chursächsischen Kollegen zur Prüfung mitgetheilt, und dass dieser sie sodann, nachdem sie seine und des Ausschusses Billigung erfahren, seinem Redaktionsexemplare einverleibt hat.¹⁾

Und nun lassen wir unbefangen die Thatfachen für sich selbst sprechen. Wir finden Baier in dem Ausschusse als den Vertreter des eben so sehr durch Rang und Einfluss wie durch hohes persönliches Ansehen hervorragenden sächsischen Kurfürsten, und wir finden ihn darin nicht bloß vorübergehend sondern unerachtet des Wechsels anderer Mitglieder längere Zeit hindurch thätig. Wir stossen auf zahlreiche Spuren seiner persönlichen Wirksamkeit: Verbesserungsvorschläge gehen von ihm aus oder werden seiner Prüfung unterworfen, Beschlüsse des Ausschusses von ihm recessirt, sein Redaktionsemplar liefert uns ein reichhaltigeres Material an Nachrichten als die übrigen und auch solche, die auf die formelle Geschäftsleitung Bezug haben; nehmen wir endlich noch hinzu, dass von den übrigen Ausschussmitgliedern an Tüchtigkeit und Erfahrung nur wenige sich mit Baier messen konnten, keiner ihn übertraf — so rechtfertigen, meine ich, alle diese Umstände zusammengenommen mit einer in historischen Fragen der Gewissheit annähernden hohen Wahrscheinlichkeit den Schluss, dass Baier im Ausschusse etwas mehr als einfaches Mitglied gewesen, dass wir mit einem Worte, ihn als denjenigen zu betrachten haben, dem zeitweilig wenigstens darin der Vorsitz und die Leitung gebührt habe.

Und so hätte denn die mühsame und wenig erquickliche Durchforschung der Handschriften doch noch einen nicht erwarteten positiven Gewinn für die Geschichte der Carolina

¹⁾ Aus Dr.1 und Be. ist zu ersehen, dass a. 93 zu verschiedenen Malen verändert worden ist. Die von Pistoris vorgeschlagene Formel ist in Dr.1 theilweise schon angedeutet.

abgeworfen. Auch ohne Berichte und Protokolle sind wir nunmehr in der Lage, uns von den Ausschussverhandlungen ein ziemlich klares Bild zu entwerfen. Wir haben es nicht mehr mit namenlosen, schattenhaften Gestalten zu thun, wir sehen bestimmte historische Persönlichkeiten in ihrer vollen Individualität vor uns, wir vermögen die Pfade ihres geistigen Wirkens nachzugehen, ihre Bedenken und Zweifel nachzuwägen, ihr Geschick oder Ungeschick bei der Arbeit im Einzelnen zu kontrolliren, und wir gelangen zu dem Gesamturteil, dass das Werk der Strafrechtsreform auch zu Augsburg nicht unwürdigen Händen anvertraut gewesen, dass die dortigen Redaktoren ihre Aufgabe mit Ernst und Pflichttreue erfasst und es ihrerseits an redlicher Mühe nicht haben fehlen lassen, es der bestmöglichen Vollendung entgegenzuführen. Zwar ein Schwarzenberg war nicht unter ihnen; wer hätte aber auch den zu ersetzen vermocht! Indessen ist doch auch Christian Baier seinem Vorbilde getreulich nachgefolgt und hat das Seinige dazu gethan, die Schöpfung und das Vermächtniss des grossen Mannes der Hauptsache nach unverfälscht, im Einzelnen sogar verbessert der Nachwelt zu überliefern. Bedeutungsvoll ist es dabei, dass beide Männer: Schwarzenberg wie Baier in der Reformationsbewegung unter den Besten ihrer Zeit voranstanden; und auch darin scheint mir ein beachtenswerthes Moment zu liegen, dass die Nachfolge in der Leitung der Redaktion während einer besonders wichtigen Periode gerade einem sächsischen Juristen zufiel. Denn sicherlich hat die Carolina, ursprünglich ein Erzeugniss spezifisch süddeutschen Geistes, sich erst durch die innige Berührung mit den norddeutschen Rechtsanschauungen zu einem wahrhaft national deutschen Werke zu erheben vermocht, und ist erst durch Abstreifung ihres partikulären Ursprungs befähigt worden, gemeines Recht für das ganze deutsche Reich zu werden.

Versuchen wir zum Schlusse eine Uebersicht über den Verlauf der Augsburger Redaktion in ihren einzelnen Stadien zu geben, wie solche sich ungefähr aus der Kombination der verschiedenen handschriftlichen Korrekturen entnehmen lässt.

Erste Lesung.

Anbringung der Protestationen.

Beschlossene Textänderungen in den Artikeln ¹⁾

14, 15, 41, 67, 73, 87, 113, 114, 117, 127, 143, 157, 164 u. a. ²⁾

Aussetzung der Beschlussfassung bei den Artikeln

58, 70, 74, 93, 126, 163. ³⁾

Streichung der art. 66, 98, 99, 100.

Zweite Lesung.

Annahme weiterer Verbesserungen in den Artikeln

32, 35, 39, 40, 56, 58, 117, 143. ⁴⁾

Erledigung der vorbehaltenen Aenderung der Artikel

70, 73, 74, 93, 126. ⁴⁾

Streichung der Schlussätze in art. 23, 32, 163, sowie des art. 107.

Schliesslich: Aufnahme der neu beschlossenen Zusätze zu Artikel 1, 6, 12, 13.

Feststellung der Zwischenform Dr.1. 2.

Dritte Lesung.

Nochmalige Amendirung bereits früher geänderter Artikel

z. B. 13, 117, 143, 175, 163 u. a.

Neubeschlossene Aenderungen in Art.

17, 21, 44, 77, 84, 86, 209, 215.

Streichung der Vorrede nebst Erklärung, der art. 8, 188 und 226.

¹⁾ Die Artikelzählung immer nach dem Speierer Projekt und zwar in der Zöpfl'schen Ausgabe.

²⁾ Korrekturen des Pistoris und I. in Dr.1. Be.

³⁾ Ergiebt sich aus Notizen Baier's in We.1.

⁴⁾ Korrekturen des X. und II. in Dr.1. Be.

Aufnahme der beiden Schlussartikel (218, 219) sowie
Aenderung aller auf das Rathsuchen bezüglichen
Klauseln.

Feststellung der neuen Artikelzählung.¹⁾

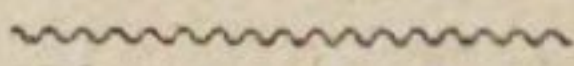
Vierte und Schlusslesung.

Umstellung von art. 2 und 3.

Nachträgliche Verbesserung einiger Redaktionsfehler nebst
unbedeutenden Textänderungen.

Definitive Feststellung des Entwurfs.

¹⁾ Der dritten Lesung entspricht die Handschrift B e.



Der Reichstag zu Regensburg 1532. Abschluss der Carolina.

Der Augsburger Entwurf der Halsgerichtsordnung ist auch deren letzter geblieben; nicht volle zwei Jahre darnach, auf dem Reichstage zu Regensburg 1532 gedieh das lange geplante Werk endlich zur Vollendung. Ueber diesen letzten Akt seiner Redaktionsgeschichte ist im Grunde nicht viel zu sagen. Die tiefgehende leidenschaftliche Erregung, welche auf dem vorigen Reichstage die Gemüther beherrscht hatte, war auf dem jetzigen einer versöhnlicheren Stimmung gewichen, die, wie sie im Allgemeinen auf die Erledigung der Reichsgeschäfte vortheilhaft einwirkte, insbesondere die legislativen Arbeiten in einem ruhigeren Tempo ihren ungestörten Fortgang nehmen liess.¹⁾

Nach den letzten Beschlüssen verstand sich auch ohne eine erneute Anregung die Wiederaufnahme der zu Augsburg abgebrochenen Verhandlungen über die Halsgerichtsordnung von selbst.²⁾ In Betreff ihrer kam es jetzt vor Allem darauf an,

¹⁾ Ueber die allgemeine politische Lage, vergl. Rancke, Geschichte III. 293 ff.

²⁾ Die Eröffnungsbotschaft des Kaisers an die Stände: „Röm. kays. Mjt. erstlich schriftlich furtrag den stenden gethan am Mitwoch nach Misericordia Domini XXXII“ (17 April) erwähnt der H. G. O. nicht. Sie spricht nur die Erwartung aus, dass die Stände „alles das-jhene was zu gemeinem frid, recht, guter policey vnd in ander weg zu

die Protestationen einzelner Stände, — den Stein des Anstosses, an welchem ihr Zustandekommen das letzte Mal gescheitert war, — aus dem Wege zu räumen und damit zugleich die unentschieden gelassene Frage nach der Stellung der Partikularrechte zur neuen Ordnung zum Austrag zu bringen. Ob die früher geltend gemachten Verwahrungen auch zu Regensburg förmlich wiederholt worden, wissen wir nicht; dass man sie aber als zu Recht bestehend erachtete, ist schon deshalb nicht zu bezweifeln, weil sonst die Bemühungen, eine Ausgleichungsformel zu finden nicht auch hier eifrigst fortgesetzt worden wären. Bei dem allseitig vorhandenen guten Willen, die Sache zu Ende zu bringen, hatten sie dieses Mal einen günstigeren Erfolg. Man entwarf vermuthlich wiederum mit Hülfe eines sachverständigen Ausschusses an Stelle der beanstandeten Vorrede eine neue, und einigte sich darüber, am Schlusse derselben den als salvatorische Klausel bekannten Vorbehalt wegen Erhaltung gewisser Territorialrechte aufzunehmen, der die Bedenken der protestirenden Stände in jeder Beziehung beschwichtigte und bei allen einhellige Annahme fand. Mit der Feststellung dieser Notel — wie der Entwurf der demnächst wörtlich in die Carolina übergegangenen Vorrede genannt wurde¹⁾ — war eigentlich die Hauptsache erreicht und das Zustandekommen des Gesetzes ausser Frage gestellt. Was noch zu thun blieb, konnte weiter keine Schwierigkeiten bereiten. Allerdings wäre nach dem Reichsabschiede von 1530 eine nochmalige sachliche Prüfung des Entwurfs nicht ausgeschlossen gewesen, allein verständigerweise wurde sie von keiner Seite beantragt. Da man vielmehr

wolfart des heil. Reichs dienen vnd fruchtbar sein muge — furnemen beratschlagen“ etc. würden. Bamb. Reichsakten pro 1532 Nr. 5. 6. Bayr. Reichsakten Nr. 157/7 f. 1.

¹⁾ Sie findet sich in verschiedenen Reichsakten als Beilage des unten mitgetheilten ständischen Berichts vom 15. Juli. Sie beginnt mit den Worten: „Wir Carl der funfft etc. bekennen öffentlich, nachdem etc.“ und stimmt wörtlich mit der der Carolina vorangedruckten Vorrede überein. Wir glauben sie deshalb hier nicht vollständig mittheilen zu dürfen.

von vornherein darauf zu verzichten und den Entwurf, so wie er nach den Berathungen von Augsburg vorlag, zum Gesetze zu erheben entschlossen war, so bedurfte es nur noch einer rein formellen Durchsicht desselben, um ihm die für den Abdruck unerlässliche Korrektheit zu verleihen. Diese letzte Revision, der der Entwurf auf dem Reichstage zu Regensburg unterzogen ward, beschränkte sich daher auch nur auf Verbesserung weniger bis dahin übersehener Redaktionsfehler und Inkorrektheiten,¹⁾ im Uebrigen ward der Augsburger Entwurf durchweg unverändert belassen und stimmt — von einigen Schreib- oder Druck-Varianten abgesehen — so vollkommen mit dem gedruckten offiziellen Texte der Carolina überein, dass eben wegen dieser Identität die Verhandlungen auf den beiden Reichstagen zu Augsburg und zu Regensburg als eine einzige zusammenhängende Redaktion angesehen, und die Feststellung mit Fug schon auf den Reichstag von 1530 zurückverlegt werden konnte.²⁾

Nachdem so unter den Ständen die erwünschte Einigung erzielt worden war, fehlte zu dem definitiven Abschlusse der Sache Nichts als die Genehmigung des Kaisers. Sie zu erlangen

1) Von dem Augsburger Entwurfe unterscheidet sich die Carolina nur in folgenden Punkten:

1. durch die neue Vorrede,

2. durch Aufnahme der Klausel

„oder sunst an enden vnd orten wie zu endt diser vnser ordnung angetzeygt“

in art. 7, wo sie aus Versehen weggelassen war,

3. durch Einschaltung der in den früheren Redaktionen fehlenden Worte: „die straff“ in dem Schlusssatze des art. 137 „vmb grösser forcht willen die straff meren“,

4. durch Einschaltung des Zettelvermerks in den Text des art. 219,

5. durch Weglassung der überflüssig gewordenen beiden Schlussnachträge zum Augsburger Entwurfe.

2) Daher der offizielle Titel der Carolina:

Peinlich gerichtssordnung

— auff den Reichstagen zu Augspurgk vnd Regenspurgk inn jaren dreissig vnd zwei vnd dreissig gehalten, auffgericht vnd beschlossen.

wandten sich die Stände unter dem 22. Juni 1532 an ihn mit der Anzeige, dass ihre Arbeit hinsichtlich der H. G. O. beendet sei, und mit der Bitte, er möge nunmehr auf Grund der überreichten neuen Vorrede die Publikation und den Druck des Gesetzes veranlassen.

„Nachdem auch die Hals- oder peinliche gerichtsordnung —

beginnt ihr Schreiben —

vff jüngst gehalten Reichstag zu Augsburg fur hand genomen, mit zeitigem Ratslag in noch bessere ordnung gestellt, vnd aber aus treffenlichen vrsachen, die weil die gebrauch der landschafft vngleich“ u. s. w. (wörtlich wie in dem Reichsabschiede von Augsburg), dann heisst es in dem Bericht wie folgt weiter:

„Inhalt desselbigen augspurgischen Abschieds haben Churfürsten, fürsten vnd Stennd die sachen ferner beratslagt, vnd erwegen vnd achten aus allerley hand vrsachen gut vnd nutz sein, die gedachte halssgerichtsordnung mit der Vorrede inhalt beyverwarter Notel durch Ew. kay. Mjt. als das haupt vnd Romischer Kayser in das Reich publicirt vnd verkundt werde, darumb auch die Stende, das solchs also von Ew. kay. Mjt. wegen verfügt werde vnterthenigst bitten.“¹⁾

¹⁾ Reichsakten zu Dresden, Vol. XLVI. f. 46. München, No. 157/7 f. 208. Bamberg, No. 5, 6 f. 246v. Aus der Notiz in den letztern

„Lectum Sambstags nach St. Veitstag“

ergiebt sich das Datum des 22. Juni; abgefasst muss der Bericht schon am 15. Juni gewesen sein; denn in den Münchener Akten steht dabei:

„Was die Stende von kay. Mt. auf den 15 ms. junii begert.“

Unter dem 11. Juni schrieb Fürstenberger an den Frankfurter Rath:

„Man sol auch die halsgerichtsordnung im Reich publiciren vnd die zu halten erinnerung thun, doch eyner yeden obrigkeit an ihren wol herbrachten preuch vnd gewonheiten vnvorgreifflich.“ (Frankf. Akten, 1532 Fol. 86.)

Er muss also schon die salvatorische Klausel vor Augen gehabt haben.

Der Bescheid des Kaiser liess nicht lange auf sich warten; zugleich mit der Antwort auf einige sonstige Anträge wurde er am 5. Juli den Ständen eröffnet und lautete, wie sich von selbst versteht, durchweg zustimmend.

„Kayserlicher Mayestät vnser allergenedigister Herr haben etlich vbergebene schrifft gemainer Reichs-Stendt genediglich vernumen, darauf Ir Mt. vnderschiedlich antwurd geben, wie hernach volgt, vnd Erstlich ¹⁾ — —

„Aber sovil die Halsgerichtsordnung belangt vnd publicirung derselbigen mit sambt der Vorredt, wie die durch die Stende gesetzt ist, lassen Ir kay. Mt. sollichs alles Ir gnediglich gefallen vnd wollen Ir kay. Mt. darauf sollich Halsgerichtsordnung wie gebeten publiciren lassen“. ²⁾

Nunmehr war allen zum Zustandekommen eines Reichsgesetzes nothwendigen Erfordernissen Genüge geschehen. Da es nicht üblich war, umfangreiche Gesetze den Reichsabschieden einzuverleiben, von der Halsgerichtsordnung überdem ein besonderer Abdruck veranstaltet werden sollte, so begnügte man sich damit, nur die Publicationsformel unter theilweise wörtlicher Benutzung der Vorrede und mit Wiederholung der salvatorischen Klausel in den Regensburger Abschied aufzunehmen. ³⁾

¹⁾ Es folgen hier die Bescheide über wucherliche Kontrakte, Juden, geistliche Beschwerung etc.

²⁾ Münchener Akten Nr. 157/7 f. 38. Mainzer Akten des Wiener Archivs, Fasc. IX.

³⁾ R.-A. 1532. IV. N. S. II. 360. Der hier nachfolgend mitgetheilte Wortlaut ist der in den Mainzer Akten l. c. sich findenden Handschrift entnommen:

„Nachdem auch die Hals oder peinlich gerichtts ordnung auff jungst gehaltenem Reichs Tag zu Augspurg fur hand genomen, mit zeittigem Ratschlag in noch pesser ordnung gestellt, aber dieweil die gebrauch der lanndtschafft vngeleich auch diess ein werkh vnd sach ist, so des Menschen seel, ehr, leib, leben vnd guett betrifft, darumb guetts Ratschlags vnd Erfahrung wol von nötten, deshalben auss treffenlichen vrsachen, Wir auch Churfursten, Fursten vnd Stend, vns auf obgemelltem

Mit der Vollziehung desselben am 27. Juli 1532 erreichte die Abfassung der Halsgerichtsordnung ihr Ende; fortan war die Erhebung derselben zum Reichsgesetze zur That geworden.

Reichstag vereinigt und verglichen, das ein yeder stand von der corrigirten ordnung abschrift nemen, sich darauff entlich entschliessen, was darein nach art, herkhommen vnd gebrauch zuthuen oder vorzunemen sey, Also das ein yeder Standt auff disem Reichstag sein gemuet vnd Mainung in solicher eroffnen, damit man sich deshalben eines einhelligen beschluss, wie es damit gehalten werden sol, vereinigen vnd vergleichen moge. „Demnach haben wir auch Churfursten fursten vnd stend noch verrer beratschlagung vnd bewegung der sachen gott dem Allmechtigen zw Ehr vnd lob auch zw furdrung gemaines nutzes fur guett vnd nutz angesehen, das gedacht Halsgerichtsordnung in druckh geben vnd in das Reich publiciert vnd verkundt werde, damit alle und yede vnnser vnd des Reichs vnderthanen sich hinfurter in peinlichen sachen jn bedenken der gröss vnd ferlichait derselben yetzangetzaigter ordnung dem gemeinen Rechten pillichait vnd löblichen hergebrachten gebrauch gemess halten mogen, wie ein yedlicher vnzweiffel fur sich selbs zuthuen genaigt vnd deshalben von dem allmechtigen belonnung zuempfahren verhofft; Doch wollen wir durch obgemellte ordenung Churfursten, fursten vnd Stenden an jren allten wollhergebrachten, rechtmessigen vnd pillichen gebreuchen nichts benomen haben.

~~~~~



## Die Protestationen und die salvatorische Klausel.

Das Verhältniss der Reichsgesetzgebung zu den Territorialrechten — „den sondern sätzen, ordnungen, gewonheiten vnd gebreuchen“ — wie sie im Gegensatze zu jener genannt wurden,<sup>1)</sup> war zur Zeit der Abfassung der Carolina weder ein ganz klares noch ein einfaches. Mochte auch das Römische Recht fast überall im Reiche schon damals als subsidiär geltendes gemeines Recht anerkannt worden sein, mochte sogar nicht selten die ihm sklavisch gezollte Verehrung zu einer unmotivirten Zurücksetzung der ihm ohne Bedenken aufgeopferten einheimischen Rechtsanschauungen führen,<sup>2)</sup> — die von Kaiser vnd Reich ausgehenden Gesetze, obschon der Theorie nach sie mit Vorliebe als Fortsetzungen der ehemaligen Kaiserkonstitutionen bezeichnet zu werden pflegten, hatten sich nicht im Entferntesten eines ähnlichen Entgegenkommens zu erfreuen. Je mehr aber die Reichsgewalt an Kraft und Vertrauen einbüsste vnd vor der kräftig aufstrebenden Landeshoheit zerbröckelte, je weniger sie sich der Gentüfung der nationalen Bedürfnisse gewachsen zeigte, um so entschiedener trat bei den einzelnen Ständen die Abneigung hervor, sich überhaupt ihren Satzungen unterzuordnen. Im Hinblicke auf die Schwäche

---

<sup>1)</sup> Vergl. z. B. R.-A. 1529 § 31. N. S. II. 299.

<sup>2)</sup> Stobbe, Geschichte der Rechtsquellen, II. 110 ff.



der Reichsgewalt und gewissermassen durch sie provocirt, fiel es ihnen nicht besonders schwer, sich ihrer Einwirkung entweder durch verklausulirte Vorbehalte oder auch dadurch zu entziehen, dass die mit noch so energischen Worten verfügte Ausführung hinterher getrost unterlassen oder gar direkt vereitelt wurde. Dem todten Bleigewichte der auseinandergehenden und widerstrebenden Sonderinteressen vermochten auf die Dauer auch die besten Pläne und die tüchtigsten Kräfte im Reiche nicht die Waage zu halten.

Da in der Reichsverfassung von damals weder ein Satz wie „Reichsrecht geht vor Landesrecht“ noch überhaupt ein allgemeines Princip über das beiderseitige Verhältniss derselben eine Stelle gefunden hatte, so gestaltete sich im Einzelnen die Sache sehr verschieden.

In vielen Fällen überging die Reichsgesetzgebung die angedeutete Frage völlig mit Stillschweigen und begnügte sich mit den im üblichen Kanzleistil abgefassten Schluss- und Executivklauseln der Abschiede, worin Kaiser und Stände einander wechselseitig die unverbrüchliche Haltung und stracke getreue Vollziehung der verabschiedeten Satzungen zusagten, allenfalls auch diese Zusagen noch durch scheinbar strenge, in Wahrheit aber ziemlich harmlose und nichtssagende Pönal-drohungen zu verstärken für nöthig erachteten. Das hiess denn freilich alles Weitere in den guten oder bösen Willen der paciscirenden Theile stellen!

In andern Fällen liess die Reichsgesetzgebung von vorn herein den Territorialrechten einen gewissen Spielraum, indem sie sich darauf beschränkte, einige allgemein lautende Sätze oder Postulate aufzustellen, deren nähere Ausführung innerhalb des gesteckten Rahmens dann ausdrücklich der Landesgesetzgebung überwiesen wurde. Es geschah dies z. B. in der Reichspolizeiordnung von 1530, welche allen Obrigkeiten binnen bestimmter Frist in ihren Gebieten „statlich ordnung vnd satzung“ über Hochzeits-, Kindtaufs-, Begräbnisskosten, über Tage- und Gesindelohn, Taxen der Gastwirthe und Anderes aufzurichten aufgab, und schliesslich den mit Regalien vom Kaiser



besonders gefreiten Obrigkeiten die Ermächtigung ertheilte, die Reichsordnung

„nach eines yeden lands gelegenheit einzuziehen, zu ringern vnd zu mässigen, aber in keinen weg zu erhöhen oder zu meren.“<sup>1)</sup>

Zuweilen dünkte selbst dies dem Partikularismus noch nicht genug; er verlangte dem Reichsgesetze gegenüber die volle, uneingeschränkte Anerkennung abweichender oder gar widersprechender Territorialgewohnheiten, und wusste es durchzusetzen, dass zu Gunsten bestehender und künftiger Sonderrechte ein Vorbehalt wie der folgende:

„es sol auch dise ordnung — allen Stenden vnd vntertanen an jren freiheiten, rechten alt herkomen und guter gewonheit vnschädlich, vnnachteilig vnd vnabbrüchlich sein“,

die sogenannte *salvatorische Klausel* aufgenommen wurde.<sup>2)</sup>

Weit seltener gelang es, den Reichssatzungen die Geltung absolut verbindlicher Rechtsnormen zu verschaffen und das Fortbestehen aller und jeder abweichender Partikularrechte unbedingt auszuschliessen. Es geschah dies dann durch die

---

<sup>1)</sup> R. P. O. tit. XXIII. XXIV. XXV. § 4. 5. XXXI. XXXIX § 2. — N. S. II. 340—345.

Der im Texte angeführte Passus bezieht sich keineswegs, wie aus der Stellung desselben in tit. XXXIX gefolgert werden könnte, nur auf diesen und die darin getroffenen Bestimmuugen über die Handwerker, sondern auf den Inhalt der ganzen Polizeiordnung. Dass man die Stelle so verstanden wissen wollte, ergibt sich u. a. aus einem Schreiben der chursächsischen Räte d. d. 4. November 1530 an den Kurfürsten, worin es heisst:

„Die Pollice y hat auch jren beschied mit dem anhangenden artigkel, das ayner jeden obrigkait furbehalten ist, nach gebrauch, vbung vnd gelegenheit der Syten des lands dorjnnen anderung, messigung vnd einziehung zu thun vnd furzunemen, aber nichts zu erhoeen.“ Weimar. Akten Reg. E. f. 37. No. 3. f. 204. Förstemann, II. 806.

<sup>2)</sup> Z. B. R. A. 1512. § 20. N. S. II. 145. K. G. O. tit. XXXIII. § 22. *ibid.* 194. R. P. O. 1530 tit. IV. § 1. *ibid.* 335.



der salvatorischen entgegengesetzte s. g. derogatorische Klausel, wonach kraft kaiserlicher Machtvollkommenheit und von Reichs wegen

„alle vnd jede statuta sonder satzungen, gewonheit gebreuch, herkomen vnd freihait, wo die an einigen orten diser vnser kays. satzung zuwider erfunden — cassirt, aufgehoben vnd abgethan“

sein sollten.<sup>1)</sup> Wie kategorisch indessen dieselbe auch lauten mochte, — häufig genug blieb in der Praxis dennoch Alles beim Alten, und Richter vnd Urteiler fuhren trotzdem fort, die hergebrachten vnd liebgewordenen Gewohnheiten nach wie vor anzuwenden. Ein Beispiel dafür liefern die reichsgesetzlichen Vorschriften über das Repräsentationsrecht in der Erbfolge der Geschwisterkinder und die damit zusammenhängende Frage der Theilung in capita oder in stirpes. Unerachtet mehrmaliger Republikation vermochten sie nur sehr langsam den zähen Widerstand entgegenstehender, zwar für nichtig erklärter, in Wirklichkeit aber im Volke noch fortlebender nationaler Rechtsanschauungen zu überwinden, und sind erst in viel

---

<sup>1)</sup> R.-A. 1529 § 31. N. S. II. 299. R. A. 1498 § 37, ib. 46. K. G. O. 1500 XIX:

„der gewonheit, so an etlichen orten darwider sein mögten vnangesehen, dann wir auch dieselbe gewonheiten als der Mildigkeit, Rechten vnd Billigkeit widerwärtig vnd vngemess — abthun vnd vernichtigen, allen vnd jeden Richtern vnd gerichten ernstlich gebietend, hinfuro nicht mehr nach solcher gewonheit sondern nach des Heil. Reichs geschriebenen Rechten in solchen fellen zu vrtheilen vnd zu richten.“ N. S. II. 71.

R. A. 1521 § 18. ibid. 206: „damit dise artickel mit angehengter Derogation — nochmals verkündet werden.“

Edict. 27. November 1521:

„welche gewonheit — wir — hiermit abthun derogirn vnd vernichtigen.“ — N. S. II. 211.

Ueber die salvatorische und die derogatorische Klausel: Vitriar. illustr. III. 1147—1149. Eichhorn, Rechtsgeschichte IV. 274. 292. Stobbe, Geschichte II. 185—187.



späterer Zeit in Deutschland als gemeines Recht anerkannt worden.<sup>1)</sup>

Was speciell die Strafgesetzgebung anlangt, so verstand es sich ganz von selbst, dass die Bambergensis innerhalb ihres Gebietes die Geltung eines absoluten Gesetzes beansprucht und überhaupt partikuläre Besonderheiten nur so weit geduldet hatte, als sie selbst solche zuzulassen für gut befunden. In dieser Beziehung braucht nur darauf aufmerksam gemacht zu werden, dass, wenn sie auch in einer Anzahl von Stellen die Statthaftigkeit des besondern Herkommens und der guten Gewohnheiten etlicher Gegenden oder Gerichte ausdrücklich anerkannt,<sup>2)</sup> sie doch zugleich nicht minder die strikte Handhabung ihrer eigenen Vorschriften wiederholt und nachdrücklichst eingeschärft, und ausserdem gewisse partikuläre Missbräuche als solche bezeichnet hat, die unter keinen Umständen

„vnangesehn ob sie lang oder kurtz herkomen“

ferner zu dulden seien.<sup>3)</sup> In der Bambergensis war hiernach dem Partikularrechte nur ein beschränkter Wirkungskreis und nur innerhalb der von dem Gesetze selbst gesteckten Grenzen zugestanden. Dass aber auch die für das Reich aufzurichtende

„gemein Reformation wie in criminalibus zu procedirn sei“

den ursprünglichen Intentionen gemäss als ein in erster Linie und vor allen Territorialrechten geltendes gemeines Reichsgesetz projektirt worden, und seine Annahme, Befolgung oder Aenderung im Ganzen wie im Einzelnen keineswegs in das Belieben der Stände gestellt werden sollte, kann nach dem aus der Vorgeschichte Mitgetheilten ebenso wenig bezweifelt werden,<sup>4)</sup> wie, dass der nämliche Standpunkt auch bei der Ausarbeitung der beiden ersten Entwürfe der H. G. O. der

---

<sup>1)</sup> R. A. 1521 § 20. 1529 § 31. N. S. II. 206. 299. Stobbe, Geschichte II. 204.

<sup>2)</sup> Z. B. Bamb. 93, 95, 98, 125, 193, 229, 264, 276.

<sup>3)</sup> Bamb. 121. 182, 273.

<sup>4)</sup> S. oben S. 19 ff. Der R. A. 1500 tit. XIII. steht dem nicht entgegen.



massgebende geblieben sei. Denn nicht nur spricht dafür die formelle und materielle Reception der Bambergensis, sondern vor Allem der Umstand, dass weder in der Vorrede des Wormser noch in der des Nürnberger Projekts des Verhältnisses der künftigen Reichsgesetzgebung zu den zahlreichen und äusserst verschiedenen Territorialrechten auch nur mit einer Silbe gedacht worden ist.<sup>1)</sup> Man wollte es eben bei dem von der Bambergensis geschaffenen Rechtszustande belassen und glaubte allgemeiner Vorschriften darüber um so eher entrathen zu können, als der Inhalt des Gesetzes selbst im Einzelnen die ausreichend scheinenden Direktiven gewährte. Wie in der Bambergensis finden wir daher auch in den gedachten Entwürfen neben Verweisungen auf jeden Orts gute Gewohnheit und Herkommen, Stellen, in denen abweichende Lokalrechte ausdrücklich gemissbilligt und auch ohne die emphatische Derogationsklausel für abgeschafft erklärt werden.<sup>2)</sup>

Der dritte Entwurf der H. G. O., der Speierer, unterscheidet sich von seinen beiden Vorgängern schon äusserlich dadurch, dass in ihm an Stelle der dort nur die allgemeine Motivirung des Gesetzes enthaltenden Vorrede ein förmliches auf den Namen des Kaisers abgefasstes Publikations-Patent getreten ist, in welchem nun zum ersten Male der Versuch gemacht worden, für das Verhältniss des Reichsgesetzes zum Landesrechte eine feste Formel aufzustellen. Diese findet sich gegen Ende des Patents in folgender Fassung:

„Vnd dieweil in dieser ordnung etlich ding allein den vnverstendigen zu guter vnterrichtung gesetzt sein, ist nemlich zu vermerken, in welchen artickeln gefunden wird, das es also beschehen moge (vnd mag),<sup>3)</sup> das in denselben fellen nymandt ver-

<sup>1)</sup> In beiden Vorreden ist nur gesagt, dass die Ordnung „den kay. Rechten und guter gewonheit nach bestendig sein mocht.“

<sup>2)</sup> Proj. II. 141 (Selbstmord) — vnd dawider kein alter gebrauch gewonheit oder satzung stathaben; II. 146 (Nothwehr) unangesehen ob es geschriebenen Rechten vnd gewonheiten entgegen wer.

<sup>3)</sup> In We. 1 steht dabei am Rande: possit, debeat; in Be fieri posse.



boten sein sol ein ander herbrachte mass, die neben vnsern gemeinen rechten vnd diser vnser ordnung mit guter vernunft bestehen kan, gebraucht, aber ander hierin begriffene satzung<sup>1)</sup> sollen von allen stenden als vnser vnd des heiligen Reichs recht gehalten werden vnd darwider kein gewonheit noch freiheit so durch vnser vorfarn oder vns gegeben wurden, stat haben“.

Zwei Kategorien von Rechtsnormen werden hier also unterschieden.

1. Solche, für welche ein Anspruch auf absolute Geltung überhaupt nicht erhoben wird, denen vielmehr das Gesetz selbst nur die Bedeutung dispositiver Normen beigelegt wissen will; in deren Kreise daher auch die Zulässigkeit abweichender partikulärer Rechtsbildungen, sowie die Beibehaltung

„einer ander herbrachten mass“

anerkannt ist. Als Satzungen dieser Art sind jedoch nur diejenigen anzusehen, bei denen aus der Fassung und dem Inhalt der betreffenden Gesetzesbestimmungen selbst die Duldung sonderrechtlicher Eigenthümlichkeiten

„das es also bescheen möge oder mag“

klar hervorgeht; und diese neben der neuen Reichsordnung hergehenden Besonderheiten sollen ferner nur unter der Voraussetzung zugelassen werden, dass sie weder mit dem Geiste und den Grundprincipien jener in Widerstreit stehen, noch auch sich geradezu als unvernünftig oder missbräuchlich erweisen würden.<sup>2)</sup>

2. Den eben gedachten Ausnahmefällen werden als Regel die übrigen Normen der H. G. O.

„die ander hierin begriffene satzung“

---

<sup>1)</sup> Nicht wie bei Zöpfl: an der hierin etc.

<sup>2)</sup> Dies muss als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Gewiss hat z. B. nicht im Entferntesten die Absicht vorgewaltet, willkürliche Abweichungen von den Grundsätzen über die Anwendung und die Voraussetzungen der Tortur zuzulassen.



gegenübergestellt. Mit dem Charakter absoluter Geltung bekleidet, sind diese eben deshalb ohne Rücksicht auf bestehende oder künftig etwa sich bildende Territorial-Rechte und Gebräuche von allen Ständen unbedingt als des Reichs gemeines Recht zu befolgen und Abweichungen davon unter keinen Umständen, selbst nicht unter dem Vorwande der Berufung auf besonders verliehene kaiserliche Befreiungen und Privilegien zu dulden. Zum Ueberflusse ward ausserdem noch jede spätere Aenderung der Halsgerichtsordnung ausdrücklich allein den Organen der Reichsgesetzgebung vorbehalten.<sup>1)</sup>

Der in der Speierer Formel aufgestellten Unterscheidung liess sich eine gewisse Berechtigung nicht absprechen; sie besagte im Grunde genommen nicht viel Anderes und drückte nur etwas schärfer das aus, was schon nach den früheren Entwürfen Rechtens sein sollte; und wäre es bei ihr verblieben, so hätten sich aller Wahrscheinlichkeit nach die weiteren Schicksale der Carolina in Bezug auf ihre Geltung in den verschiedenen Territorien wesentlich anders gestaltet, als es demnächst thatsächlich der Fall gewesen. Allein die Sache nahm eine bedenklichere Wendung, als zu Gunsten des Partikularismus weitergehende Forderungen noch über die ihm in der Speierer Formel gemachten Konzessionen hinaus erhoben wurden, und der ohnedies unter den Ständen sich regenden Opposition gegen das Reichsgesetz willkommenen Anlass boten, seinem Zustandekommen einen schwer wiegenden Hemmschuh anzulegen.

Diese Opposition gegen die H. G. O., welche unter dem Deckmantel der Wahrung nationaler Interessen sich den Schein der Volksthümlichkeit zu geben versuchte, und sich mit Vorliebe als Vorkämpferin für die althergebrachten Freiheiten und Gewohnheiten gegen das eindringende fremde Recht gerirte, lässt

---

<sup>1)</sup> In dem Schlussatze der Vorrede: „Doch wollen wir vns vnd vnsern nachkommen, Romischen kaisern und konigen vorbehalten haben in dem allen gemeinlich oder sunderlich vf gemeinen Reichstagen mit wissen vnd willen Churfursten, fursten vnd Stenden — erclerung, minderung, merung oder enderung zu thun“ u. s. w.



sich bis bald nach dem Reichstage zu Worms zurückverfolgen. Zunächst waren es die Städte, welche von der neuen Ordnung nicht nur eine Gefährdung ihrer autonomen Selbstständigkeit gegenüber der stetig wachsenden Macht der Territorialherrscher, sondern zugleich nicht ohne Grund unliebsame Erörterungen über die bei ihren peinlichen Gerichten herrschend gewordenen Missbräuche besorgten. Denn unter dem Drucke der trostlosen Verhältnisse zur Zeit des ausgehenden Mittelalters und gewissermassen unter dem Gegengewichte des Triebes der Selbsterhaltung hatte sich in vielen Städten eine Art willkürlicher Lynchjustiz entwickelt, die zwar an Promptheit des Verfahrens Nichts zu wünschen liess, dafür aber um so weniger Garantien bot gegen willkürlichen Gewaltmissbrauch, schwere Peinigung und harte und grausame Strafen.<sup>1)</sup> Im Vergleich damit erschienen allerdings die überaus vorsichtigen, sorgsam abgewogenen Bestimmungen der Bambergensis und der Entwürfe fast pedantisch und schwerfällig, und das durch sie geschaffene Verfahren eher geeignet, die Missethäter zu schonen, sie — wie es einmal gelegentlich hiess, —

„zu harzen vnd zu pflanzen“,

als mit Rad, Schwerdt und Galgen auszurotten. Ganz erklärlich ist es daher, dass die Städte der neuen Halsgerichtsordnung nur mit Misstrauen entgegensahen und sie durchaus nicht als eine erwünschte Neuerung betrachteten. Ein Zeugnis für diese oppositionelle Stimmung wenigstens im Kreise des schwäbischen Bundes liefern die Verhandlungen des Esslinger Städtetages vom Jahre 1522;<sup>2)</sup> und auch der in seinen

---

<sup>1)</sup> Vergl. Abegg, N. Archiv. 1854. S. 452 u. ff.

<sup>2)</sup> Abegg, l. c. 440 ff. Die hier mitgetheilte Instruction des Ulmer Gesandten ging dahin:

„die H. G. O. sei niemanden mehr als den Reichsstädten zum Nachteil erdacht vnd zu nichts fürstendiger als alle Uebelthäter zu harzen vnd zu pflanzen. Vnd da sie den Freiheiten der Reichstädte entgegen sei, so sei sie ihnen nicht annehmlich.“

Vergl. Stobbe, Geschichte der Rechtsquellen II. 248.



Aeusserungen sonst so vorsichtige Frankfurter Reichstagsgesandte Philipp Fürstenberger glaubte doch noch vom Reichstage zu Augsburg 1530 seinen Kommittenten berichten zu müssen, die neue H. G. O. werde

„den frey- vnd reichstetten, wo sie furtgang gewinnen solt, etwas beschwerlich sein, indem das man widder hergeprachte gewonheit vnd privilegien öffentlich vnd lange processe halten müsst, dadurch vil straf der laster vnd bossheit verhindert vnd abgewendt werden mocht; wie wol doneben vil gut dings wie man super indiciis vnd andern handeln sol, verleybt ist.<sup>1)</sup>

Indessen hätte dieser Widerwillen der Städte für sich allein schwerlich den Gang der Redaktion aufzuhalten vermocht, wenn nicht auch von anderer Seite eine particularistisch gefärbte Opposition gegen das Reichsgesetz erhoben worden wäre. Schon bei der Berathung zu Speier 1529 müssen im Kreise der Stände gewichtige Stimmen einer solchen laut geworden sein; denn der damals gefasste dilatorische Beschluss stützte sich vornehmlich auf das Vorhandensein der vielen vnd ungleichen Gebräuche in der verschiedenen Landschaften, und betonte die Nothwendigkeit bei der weiteren Revision des Gesetzes gerade auf sie gebührende Rücksicht zu nehmen.<sup>2)</sup> Diese Anschauung trat bedeutsamer noch auf dem folgenden Reichstage zu Augsburg hervor.

Unter den deutschen Partikularrechten war keines, welches sich an Bedeutung mit dem des sächsischen Stammes messen durfte. Gleich ausgezeichnet durch seine scharf aus-

<sup>1)</sup> Frankf. Reichsakten 1530 f. 28. Das Schreiben datirt vom 22. Juli 1530.

<sup>2)</sup> R. A. 1529 § 32: „dieweil — die gebrauch vnd herkommen an vilen orten vngleich“,

Der damalige Ausschussbericht hob mit besonderer Beziehung auf die Vorrede hervor:

„vnd dieweyl dann in derselben ordnung vnder andern auch gemelt wird, ongeuerlich der meynung das gemeinlich alle des Reychs vnderthan sich derselben ordnung als den rechten gemess halten vnd darnach urteln sollen.“



geprägten nationalen Eigenthümlichkeiten, wie durch seine technische Ausbildung und seine ausgedehnte territoriale Verbreitung — beanspruchte das sächsische Recht vor allen andern eine bevorzugte Stellung auch schon wegen der Ehrwürdigkeit seines bis in die graue Vorzeit hinaufreichenden hohen Alters und wegen der zwar unerweislichen aber durch jahrhundertelange Tradition beglaubigten Bestätigung durch alte kaiserliche Privilegien.<sup>1)</sup> Innerhalb seines Herrschaftsgebiets genoss es noch vor dem römischen Rechte das Ansehen eines gemeinen,<sup>2)</sup> und der in diesem Gebiete stärker als anderswo lebendig erhaltene Zusammenhang des Rechts mit dem Volksbewusstsein bewirkte es, dass Richter und Urteiler mit besonderer Vorliebe und Verehrung an den überlieferten Institutionen hingen und nichts weniger als geneigt waren, sie zu Gunsten der von dem Reiche offerirten neuen Gesetze aufzugeben.

Schon mehrmals hatte die Reichsgesetzgebung Gelegenheit gehabt, die Kraft dieses zähen Festhaltens am alten Sachsenrechte zu erproben. So hatte Chursachsen sich die Errichtung des Reichskammergerichts nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalte seiner besondern Gerechtsame gefallen lassen,<sup>3)</sup> und die ersten Versuche, den gemeinrechtlichen Grundsätzen der gleichen Erbberechtigung der Geschwisterkinder mit hinterbliebenen Geschwistern allgemeine Anerkennung zu verschaffen, scheiterten an dem Einwande,

„das solches wider den Sachsenspiegel sein werde, des sich darin beinahe das drittel deutscher Nation gebrauchte.“<sup>4)</sup>

---

<sup>1)</sup> Stobbe, Geschichte I. 355 ff.

<sup>2)</sup> Stobbe, II. 4.

<sup>3)</sup> Harpprecht, Staatsarchiv II. 174.

<sup>4)</sup> Aus den Verhandlungen des Reichstags von 1497—98. Harpprecht, II. 341. Die mitgetheilte Erklärung wurde von dem Vertreter der Stadt Mühlhausen abgegeben. In dem Bericht heisst es dann weiter:

„Vnd Her Henrich von Büнау Ritter von wegen der Fürsten von Sachsen — das man sich in jrer Fürstenthum des Sachsenspiegels auch gebraucht desgleichen in der Margke etc.“



Auch die Halsgerichtsordnung sollte jetzt die Widerstandsfähigkeit des sächsischen Rechts erfahren. Zwar hatten die beiden dabei zunächst beteiligten Fürsten, Kurfürst Johann und Herzog Georg von Sachsen sich von vorn herein durchaus nicht ablehnend gegen das Zustandekommen des Reichsgesetzes verhalten, wiewol gerade in ihren Landen die Strafrechtspflege weniger als anderwärts zu Klagen Anlass gegeben haben mochte; <sup>1)</sup> indessen konnte es ihnen so wenig wie ihren sachkundigen Räthen entgehen, wie tiefeingreifende Veränderungen die Einführung der der Hauptsache nach aus fremden oder doch süddeutschen Quellen geschöpften Halsgerichtsordnung in den Gebieten des sächsischen Rechts zur Folge haben werde. Vor Allem aber, und von sonstigen Einzelheiten abgesehen, mussten sie an der oben erwähnten Speierer Publikationsformel Anstoss nehmen, da allerdings durch die konsequente Durchführung derselben der Fortbestand einer Reihe wichtiger und wohlbewährter Eigenthümlichkeiten ihres Partikularrechts in Frage gestellt wurde. Um nur eins zu erwähnen: die Ablösung peinlicher Strafen durch Geld im Wege gütlicher Taidigung hatte sich in Sachsen selbst bei manchen schwereren Verbrechen noch immer im Gebrauch erhalten und Wergeld, Busse und Gewedde waren Begriffe, mit denen die Praxis damals noch wie vor Alters täglich operirte. Ob aber für diese Institute neben der neuen Reichsordnung Raum verbleiben würde, war mindestens sehr zweifelhaft, und die scharfe Klausel der Vorrede musste eher für die Verneinung als für die Bejahung sprechen. Solche und ähnliche Erwägungen liefern den Schlüssel zu dem Verhalten Sachsens auf dem Reichstage zu Augsburg und zu der hier angebrachten sächsischen Protestation.

---

<sup>1)</sup> In seiner Instruktion zum Reichstage von 1524 hatte Herzog Georg sich wie folgt ausgelassen:

— „zum dritten betreffende die Ordnung der Halsgericht lassen wir sie vns auch gefallen, wiewol wir got lob derhalben in vnsern landen keinen sunderlichen mangel spüren.“

(Dresden. Akten Vol. XXXII. f. 96v.)



Wir erinnern daran, dass gleich in der ersten Sitzung des zur Revision der H. G. O. konstituirten Ausschusses der Kanzler Christian Baier als Verordneter Chursachsens bei Lesung des betreffenden Passus der Vorrede die Gelegenheit wahrnahm, für die Erhaltung seines Landesrechts energisch einzutreten. Indem er — wie aus dem uns erhaltenen Berichte zu ersehen — auf die abweichenden Besonderheiten desselben hinwies,

„dieweil darjnnen in ordinatoriis et descissoriis ein ander Recht in peinlichen sachen verleibt, — der Sachsenspiegel auch in eczlichen sachen vorsehung thut als nemlich von gewher, wergelt, buss vnd davon in der Reichsordnung kein erwenung beschee,“<sup>1)</sup>

indem er sich ferner auf die seit mehr als sieben Jahrhunderten bestehende Geltung und die durch die goldene Bulle und andere kaiserliche Privilegien verbrieften Freiheiten des Sashsenrechts berief, deren Antastung auch bei den eignen Landständen schwerlich durchzusetzen sein würde,<sup>2)</sup> — legte er Namens seines Herrn Verwahrung dagegen ein, die H. G. O. anders denn salvo jure Saxonum aufzurichten, und verlangte die Aufnahme eines entsprechenden Vorbehalts im Eingange des Gesetzes,

„damit Sechsischen Rechten in sonderlich ausgedruckten fellen durch die gemein Reichsordnung nichts wurde genommen“.

---

<sup>1)</sup> Aus dem oben S. 135 in extenso mitgetheilten Berichte aus den Weimarer Reichsakten Reg. E. f. 40b.

<sup>2)</sup> „Zudem das die gulden Bulle die Churfursten zu Sachsen damit befreit auch andere Chur vnd fursten vnd ander vmbliegende landt darein gehorig, die sich des sachsichen Rechtens in jren sachen erholen. So wer dasselbig recht beschrieben vnd von den vorigen kaisern privilegirt vnd mer denn 700 jahren jn gebrauch gehalten; vnd wenn gleich etwas solt angenommen werden, so mocht man es bei der Landschaft nicht erhalten“. — l. c.

Bemerkenswerth ist, dass man auch den etwaigen Widerstand der Landstände als ein Mittel der Pression anzuwenden nicht verschmähte.



Diese Erklärung Chursachsens, der Churbrandenburg wegen der Uebereinstimmung seines Rechts mit dem sächsischen sogleich beitrug,<sup>1)</sup> bezweckte hiernach keineswegs, wie aus der Bezeichnung Protestation geschlossen werden könnte, die Halsgerichtsordnung im Ganzen abzulehnen oder ihr Zustandekommen überhaupt zu vereiteln; ihre Tragweite ging vielmehr nur dahin, die Eigenart des Sachsenrechts in gewissen besonders wichtigen Punkten — „in sonderlichen ausgedruckten fellen“ — dem Reichsgesetze gegenüber für die Zukunft zu wahren; und sie trug daher weniger den Charakter eines eigentlichen Protestes, als den einer durch die Umstände gebotenen Reservation an sich.<sup>2)</sup>

Zunächst erwies sich freilich das Vorgehen Chursachsens als gefahrbringend, weil, wie nicht anders zu erwarten, es nicht vereinzelt blieb, und Niemand zu ermessen vermochte, wohin sich der Strom partikularistischer Interessen, nachdem einmal die Schleuse gezogen, ergiessen würde. Was Sachsen erlaubt war, brauchten sich natürlich auch die Andern nicht zu versagen; und ruft man sich die kleinsten Rang- und Sessionstreitigkeiten auf den meisten Reichstagen in's Gedächtniss, so wird man es begreiflich finden, wie die auf ihre angeblichen Vorrechte eifersüchtigen Stände, kaum dass sie die Erklärung Sachsens vernommen, auch ihrerseits mit gleichen, ihrer Meinung nach noch besser begründeten Ansprüchen hervortraten. Hören wir, wie sich darüber der Bericht, aus dem wir schöpfen, in seiner drastischen Weise auslässt:

„Als aber die andern solch protestacion angehört, haben sie von jrer Herrn freihait, gewonhait vnd statuten auch geredt, vnd sonderlich Pfalz in dem ein be-

<sup>1)</sup> „Vnd hat des Churf. zu Brandenburg verordneter mit dem Sechsischen gleich gestimbt, allein das er wolt, das neben dem Sechsischen das Brandenburger Recht auch ausgezogen wurde, dieweil sich dasselbig sunst vor allenthalb mit dem Sechsischen vergleiche.“ — l. c.

<sup>2)</sup> Dies ergibt sich auch aus der ferneren Erklärung Sachsens: — „so solt nit vngut sein dise halsgerichtsordnung im Heiligen Reich auffzurichten salvo jure Saxonum.“



denken gehabt, das Pfalz mehr befreit sein solt den andere, welchs doch der Sechsischen meynung nit gewest, das sie mit irer protestacion ein pracht und eminenz sonder allein die hohe notturfft suchen müssen.“

Als dann Mainz, Würzburg und einige andere gar noch die Gewohnheiten der Zentgerichte zur Sprache brachten, da musste die allgemein drohende Zersplitterung doch einigermaßen Diejenigen stutzig machen, denen die Vollendung des Gesetzes ernstlich am Herzen lag. Glücklicherweise herrschte im Ausschusse nur wenig Neigung, den Prätensionen des Partikularismus über das unabweisbar gebotene Mass hinaus zu willfahren. Gefusst darauf,

„das die Sechsischen *de jure scripto municipali per longos annos approbato* geredt hatten, darumb es kein gleichhait von der gewonhait *ad scriptum jus* zu argumentiren“ —

lehnte die Mehrheit des Ausschusses mit kurzer Hand jedes weitere Eingehen auf die zu Gunsten der Territorialrechte erhobenen allgemeinen Forderungen, für die nicht, wie in dem sächsischen Vorbehalte, besonders berücksichtigenswerthe Gründe vorgebracht waren,<sup>1)</sup> ab, und beschloss auch hinsichtlich des Sachsenrechts die endgültige Entscheidung und die damit zu verbindende Umarbeitung der Vorrede bis nach beendigter Revision des Gesetzes selbst hinauszuschieben.

Erst die dritte Lesung des Entwurfs gab dem Ausschusse Veranlassung, auf die vertagte Frage noch einmal zurückzukommen.<sup>2)</sup> Chursachsen hatte es für nöthig befunden, seinen Protest propter *jus Saxonicum* im Laufe der Verhandlungen zu

---

<sup>1)</sup> „Vnd ob woldie andern zum teil die gewonheiten der Zentgericht halben haben furgezogen, als Mainz vnd Würzburg, so ist jnen doch solchs verlegt, dieweil“ etc. l. c.

<sup>2)</sup> Dass es erst in dritter Lesung geschehen, ist daraus zu ersehen, dass die Textform Dr. 12 noch die alte Speierer Vorrede beibehalten hat.



wiederholen,<sup>1)</sup> und auch Brandenburg und Pfalz scheinen sich bei dem ersten abweisenden Beschlusse nicht einfach beruhigt zu haben. So wurde denn der Ausschuss bei dem nahe bevorstehenden Abschlusse des Gesetze zu einer Entscheidung gedrängt. Für eine billige Rücksichtnahme auf das sächsische und die diesem gleich zu stellenden Rechte sprachen wol gewichtige Erwägungen, doch erschien es nicht leicht, die neuen Gränzen ihrer Geltung der Reichsordnung gegenüber positiv zu bestimmen. Wohl mochte der Ausschuss in dieser Beziehung das Ungenügende der Speierer Formel durchfühlen, allein er war sich selber darüber nicht im Klaren, was nunmehr an Stelle jener zu bewilligen, was zu versagen sei. Einen Vorbehalt allein zu Gunsten des Sachsenrechts aufzunehmen — womit allerdings der sächsischen Protestation Genüge geschehen wäre — musste er mit Recht Bedenken tragen, weil, abgesehen von der grossen Unbestimmtheit einer solchen Klausel, schon die Rücksicht auf die andern protestirenden Stände die Hervorhebung eines speziellen Partikularrechts zu vermeiden gebot und die Aufstellung einer principiell lautenden Formel wünschenswerth machte. Welche Vorschläge dazu im Ausschusse gemacht worden, wissen wir nicht; so viel steht aber fest, dass man sich über eine allseitig befriedigende Fassung nicht verständigen konnte und schliesslich zu dem negativen Resultate gelangte, sich der Entscheidung der Frage überhaupt zu enthalten, und den im übrigen fertig gestellten Entwurf der

---

<sup>1)</sup> In We.1 finden sich zwei auf die sächsische Protestation bezügliche Randvermerke; der eine, neben der Vorrede stehende, lautet: „Protestati sumus quod non possumus annuere in praejudicium juris sax. sed teneatur“ — (hier folgen einige unleserliche Worte, aus denen nur „in praesenti“ und „futuro“ zu entziffern sind).

Die zweite Stelle findet sich am Schlusse der Handschrift hinter a. 226 und ist von des Kanzler's Baier Hand:

„Iterum est protestatum quod de jure Saxon. non volumus recedere.“

Jedesfalls ist also nach der Durchberathung des Entwurfs die Protestation noch einmal wiederholt worden.



H. G. O. den Reichständen ohne jede Vorrede oder Publikationsformel zu übergeben.

Nur in einem Punkte wurde noch im Ausschusse eine Einigung erzielt. Wollte man den Partikularrechten einen weitem Spielraum gewähren, als es die Speierer Formel gestattete, dann erschien es auf alle Fälle geboten als ein Gegengewicht dazu im Reichsgesetze diejenigen Besonderheiten speziell hervorzuheben, deren Fortbestand mit der gedeihlichen Wirksamkeit desselben völlig unvereinbar erachtet wurde. Nur so durfte man hoffen, einige offenbare Missbräuche unter der Herrschaft des neuen Rechts überall ausrotten zu können. Dieser Erwägung verdankte der art. 218 der Carolina

„von misbreuchen vnd bösen vnvernünftigen gewonheiten so an etlichen orten vnd enden gehalten werden“ —

seine Entstehung, dessen Aufnahme in dritter Lesung des Augsburger Entwurfs in unverkennbarem Zusammenhange mit der wieder angeregten Frage der Protestationen steht. In ihm ist eine Reihe von lokalen Gebräuchen und Gewohnheiten aufgezählt, theils prozessualischen, theils materiellrechtlichen Inhalts, welche als unbedingt verwerfliche bezeichnet und durch die beigefügte Derogationsklausel ausdrücklich von Reichswegen für jetzt und künftig abgethan und verboten wurden.<sup>1)</sup>

Das Weitere ist aus der Redaktionsgeschichte bekannt. Wie auch die unter den Ständen selbst gemachten Versuche einer Vereinbarung fehlschlügen; wie Churpfalz in der Sitzung des 30. Juli 1530 in feierlicher Reichsversammlung seinen Protest gegen die H. G. O. erneut, und wie darauf hin endlich, nachdem alle Hoffnung, das Gesetz noch in dieser Session zu Stande zu bringen, geschwunden war, der Beschluss auf Vertagung zum nächsten Reichstage gefasst werden musste. Be-

---

<sup>1)</sup> C. 218: — vnd die vnd dergleichen gewonheyt, wollen wir dass ein yede oberkeyt abschaffen vnd daran sein soll, dass sie hinfürther nit geübt, gebraucht oder gehalten werden, als wir dann aus keyserlicher macht dieselben hiemit auffheben, vernichtigen vnd abthun.



sonderes **Interesse** erregen noch die nachträglich zu Augsburg zur Herbeiführung eines Ausgleichs wegen der Protestationen gepflogenen Verhandlungen, die freilich ebenso wie die vorangehenden resultatlos geblieben sind. Wir ersehen aus einem Schreiben des Kurfürsten Johann,<sup>1)</sup> in welchem er über den Stillstand der H. G. O. seine Verwunderung auspricht, dass an diesen Verhandlungen Herzog Georg v. Sachsen hervorragenden persönlichen Antheil gehabt, und dass insbesondere von ihm ein neues „Mittel“ vorgeschlagen worden, die divergirenden Ansprüche der Stände zu versöhnen.

Herzog Georg hatte sich, so viel wir wissen, der Protestation seines chursächsischen Vetters nicht angeschlossen, sei es, dass er die Interessen seines Landes durch das Vorgehen jenes genugsam mitgewahrt erachtete, sei es, dass er bei seiner bekannten Parteistellung der kaiserlichen Regierung bei dem vorliegenden Werke keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten vorzog. Um so unbefangener konnte der durch klaren Blick wie durch praktische Geschäftstüchtigkeit und Sachkenntniss auch in rein juridischen Fragen ausgezeichnete Fürst<sup>2)</sup> jetzt die Rolle eines Vermittlers übernehmen und mit einem Ausgleichungsvorschlage hervortreten, dem wenigstens einer der Hauptbetheiligten, Chursachsen selbst, bereitwilligst seine Zustimmung ertheilte. Der Zufall hat mich in den Stand gesetzt, den

---

<sup>1)</sup> An die zu Augsburg zurückgebliebenen Rätthe, d. d. Torgau, 15. November 1530. Es heisst darin:

„Warumb die halsgerichtsordnung nachpleibt können wir nit bedencken, dan ob sich wol des Sachsen Rechts vnd etlicher sunderlicher gewonheyten halben etwas zuerwegung dorein zutrug, wurt doch von vnserm vettern herzog jorgen zu Sachsen ein mittel schriftlich angezeigt, das wir uns, damit diselb ordnung eins helle zum liecht kommen muge, nit vbel gefallen lassen.

(Weimar. Archiv Reg. E. f. 37. Nr. 3 f. 231 u. ff. Abgedruckt bei Förstmann, II. 828.)

<sup>2)</sup> Die Akten des Dresdener Archivs liefern die sprechenden Beweise dafür.



Wortlaut dieses Vorschlags mittheilen zu können. Unter dem Titelblatt der Weimarer Handschrift We.2 haben sich nämlich zwei zusammengefaltete lose Zettel, ein grösserer in Folio und ein kleinerer, darin eingelegter in Quart vorgefunden, von denen jener nur eine Abschrift der bekannten den Gegenstand des Streits bildenden Speierer Formel,<sup>1)</sup> dieser dagegen in derselben sauberen Kanzleischrift den nachstehenden bemerkenswerthen Passus enthält.

„Vnd darwider kain gewonhait noch freyhait so nicht durch alte herbrachte privilegirte rechte vnser vorfarn aus sondern beweglichen vrsachen gegeben, stat haben sollen, sonder wollen, das ein jeder so viel moglich vnd leidlich in seinen landt vnd gebieth dieser ordnung gemess handle vnd zu leben verfuge.

Auf diesen zweiten Zettel bezieht sich offenbar die auf der sonst leeren Aussenseite des ersteren von der Hand des Kanzlers Christian Baier befindliche Aufschrift:

Herzogk Jorgen bedencken,

und mit Rücksicht auf diese Aufschrift und den Fundort bedarf es wol keiner weiteren Ausführung, dass eben jene Formel mit dem in dem Schreiben des Kurfürsten Johann angedeuteten Mittel des Herzogs Georg identisch sei. Wahrscheinlich ist der neue Vorschlag, der die beanstandete Stelle der Speierer Vorrede zu ersetzen bestimmt war, sammt einer Abschrift der letztern dem chursächsischen Kanzler zur Prüfung zugefertigt, und von ihm mit der entsprechenden Signatur versehen, seinem Exemplare des Augsburger Entwurfs beigelegt worden.

Ein weiterer Beweis für die persönliche Autorschaft des Herzogs Georg lässt sich aus der Dresdener Handschrift Dr.1

---

<sup>1)</sup> „Vnd dieweil in dieser ordnung etlich ding“ u. s. w. bis zu Ende der Vorrede.



erbringen. Auf einem zwischen Bl. 4 und 5 derselben eingehefteten besonderen Bogen findet sich nämlich, und zwar von der eigenen Hand des Herzogs <sup>1)</sup> folgendes verzeichnet:

„wollen hymit den wolherbrachten privilegierten gewonheiten kein abbruch gethan haben, also doch das dieser vnser ordnung so vil an abbruch derselben wolhergbrachten privilegierten gewonheiten gescheen mag vffs fleissigsten nachgangen werde.“

Dass aber dieser bis auf die etwas abweichende Fassung im Wesentlichen mit dem vorher aus We.2 mitgetheilten „Bedenken“ übereinstimmende Vermerk eben den vielleicht während einer Berathung flüchtig hingeworfenen ersten Entwurf seines Vorschlags wiedergibt, kann füglich nicht bezweifelt werden.

Ueber die Verhandlungen auf dem Reichstage zu Regensburg 1532 ist schon oben referirt worden. <sup>2)</sup> Sie drehten sich hauptsächlich nur um die Erledigung der besprochenen Frage und die Feststellung des noch fehlenden Publikationspatents. Diesmal stiess die Verständigung auf keine grosse Schwierigkeiten, und es gelang über Erwarten schnell unter den Betheiligten eine Formel zu vereinbaren, welche unbeschadet der Anerkennung der H. G. O. als eines Reichsgesetzes zugleich die Erhaltung der partikulären Eigenthümlichkeiten in bedeutend weiterem Umfange als nach den früheren Entwürfen ermöglichte. Mag immerhin das alle Stände durchdringende Gefühl der Nothwendigkeit, die seit länger als fünf und dreissig Jahren schwebende Strafrechtsreform endlich zum Abschlusse zu bringen, diese Verständigung erleichtert haben, die Hauptsache war doch wol, dass sich inzwischen die herrschende Strömung merklich zu Gunsten der Territorialrechte gewendet hatte. Was zu Speier mit dem Bestande des Reichsgesetzes völlig unvereinbar erachtet, was noch zu Augsburg auf's lebhaftesten bekämpft worden war, das fand jetzt warme und all-

---

<sup>1)</sup> Die Schriftvergleichung lässt darüber keinen Zweifel.

<sup>2)</sup> Vergl. S. 167 ff.



seitige Fürsprache, die partikularistische Opposition hatte über den Gedanken der reichsgesetzlichen Rechtseinigung einen entscheidenden Sieg davon getragen und die salvatorische Klausel der Carolina muss wesentlich als die Frucht dieses Stimmungsumschlags unter den Ständen angesehen werden.

Wessen spezieller Initiative die salvatorische Klausel ihre Entstehung zu verdanken hat, ist nicht zu ermitteln gewesen; dass aber dabei auch der jüngste Vorschlag Herzog Georg's nicht ohne Einfluss geblieben, ergibt sich aus einer Vergleichung beider; in der einen wie in der andern Formel spielen „die wolherbrachten recht und gebreuche“ eine hervorragende Rolle, und sicherlich hat der Verfasser der salvatorischen Klausel jene vor Augen gehabt. Sie tritt uns in der bekannten Fassung:

„doch wollen wir durch diese gnedige erinnerung Churfürsten, fursten vnd stenden von<sup>1)</sup> jren alten wolherbrachten rechtmessigen vnd billichen gebreuchen nichts benomen haben“

schon in der zu Regensburg entworfenen „Notel“ der neuen Vorrede entgegen, und sie ist nach erfolgter Billigung durch die Stände und den Kaiser gleichlautend auch in den zum Druck gegebenen Text des Gesetzes sowie mit einer geringfügigen Modification in den art. IV. des Reichsabschiedes von 1532 übergegangen.<sup>2)</sup> Mit der Annahme der salvatorischen Klausel

---

<sup>1)</sup> Die Handschriften des Dresdener und Bamberger Archivs haben: von, nicht an; der gedruckte Text der Carolina hat: an.

<sup>2)</sup> Die Klausel lautet hier — vnd zwar nach der Handschrift des Wiener Archivs aus den Mainzer Akten Fasc. IX. wie folgt:

„Doch wollen wir durch obgemelte ordenung Churfürsten, fursten vnd Stenden an jren allten wollhergebrachten rechtmessigen vnd pillichen gebreuchen nichts benommen haben.

Der salvatorischen Klausel gedenkt auch der Frankfurter Gesandte Fürstenberg in seinem Schreiben an den Rath d. d. Donnerstags den XI. junii anno 32:



verloren die Protestationen und Vorbehalte einzelner Reichsstände von selbst ihre Bedeutung; von einer Wiederaufnahme derselben ist zu Regensburg überhaupt nicht mehr die Rede gewesen.<sup>1)</sup>

Nicht selten ist die Bedeutung und die Tragweite der salvatorischen Klausel verkannt worden. Neuere Schriftsteller haben wol die Behauptung gewagt, die Carolina sei vermöge derselben nur als ein den Ständen zur Rezeption empfohlenes Rechtsbuch oder gar nur als eine Privatarbeit anzusehen, deren Annahme oder Nichtannahme in ihrem Belieben gestanden habe.<sup>2)</sup> Diese auf irrigen Rückschlüssen aus der späteren faktischen Gestaltung der Dinge beruhende Ansicht ist schon durch v. Waechter gebührend widerlegt worden.<sup>3)</sup> Gewiss hat den Redaktoren der Carolina wie den sonst dabei betheiligt gewesenen Reichsorganen Nichts ferner gelegen als das eben mühsam zu Stande gebrachte Werk zu einer derartigen legislativen Bedeutungslosigkeit abzuschwächen; und abgesehen davon, dass weder der Wortlaut noch der Sinn der salvatorischen Klausel uns zu dieser Annahme nöthigen, spricht schon der Umstand, dass in dem nämlichen Publikationspatente allen Reichsangehörigen die Befolgung der Halsgerichtsordnung eingeschärft worden,<sup>4)</sup> deutlich genug dafür, dass dieselbe in der

---

„Man sol auch die halsgerichtsordnung im Reich publicirn vnd die zu halten erinnerung thun, doch eyner jeden obrigkeit an jren wolhergebrachten preuch und gewonheiten vnvorgreifflich.“

(Frankf. Akten pro 1532 f. 14.)

<sup>1)</sup> Was Kress, Comment. praef. § XX. von Protestationen der Reichsstädte fabelt, ist barer Unsinn; die von ihm erwähnte „Constitution“ ist nicht die H. G. O. sondern bezieht sich auf die „geistliche vnd weltliche beschwerung“, deren im Reichsabschiede von 1532 tit. X gedacht ist.

<sup>2)</sup> Klenze, Strafrecht XIX.; Geib, Lehrbuch I. 276.

<sup>3)</sup> Waechter, Gemeines Recht, 31.

<sup>4)</sup> — „dass alle vnd jede vnser vnd des Reichs vnderthanen sich hinfürter in peinlichen sachen — jetzt angezeigten begrieff — gemess halten mogen.“



That keine blosse Studienfrucht, kein blosses Lehr- und Handbuch gewesen, sondern als ein wirkliches Reichsgesetz mit der vollen verbindlichen Kraft eines solchen verkündet worden sei. Was die salvatorische Klausel allein bezweckte, war, die Stellung des Territorialrechts, des geschriebenen wie des ungeschriebenen (— der Ausdruck „gebreuche“ umfasste beides —) zum Reichsgesetze in einer allseitig befriedigenden Weise zu regeln, und hierin hat sie allerdings — was in Waechter's sonst richtigen Darstellung wol nicht scharf genug hervorgehoben ist — einen von den ursprünglichen Intentionen der Verfasser des Gesetzes wesentlich verschiedenen Rechtszustand geschaffen. Während nämlich bis dahin selbst die am weitesten gehenden Vorschläge immer noch an der absoluten Geltung der reichsgesetzlichen Bestimmungen der H. G. O. wenigstens als Regel festgehalten, die Duldung partikularer Abweichungen aber nur als eine mehr oder minder beschränkte Ausnahme davon zugelassen hatten, wurde durch die salvatorische Klausel jetzt das beiderseitige Verhältniss nahezu umgekehrt. Denn indem sie allen Ständen ohne Unterschied die Erhaltung ihrer

„alten wolherbrachten rechtmessigen vnd billichen gebreuche“

garantirte, stellte sie nicht nur dieselben, mochten es besonders befreite oder auch nicht privilegirte Gewohnheiten sein, dem Reichsgesetze als ein durchaus ebenbürtiges und gleichberechtigtes Glied an die Seite (daher denn auch unter den in der Vorrede genannten Strafrechtsquellen neben der H. G. O. und dem gemeinen Rechte ganz korrekt die „loblichen herbrachten gebreuche“ erwähnt sind), sondern räumte ihnen, was die praktische Anwendbarkeit betrifft, thatsächlich sogar den Vorzug vor jenem ein. Verfahren und Entscheidungen in Strafsachen sollten fortan in erster Linie nicht aus der gemeinen Reichsordnung sondern zunächst aus den etwa vorhandenen und ihr vorangehenden Territorialrechten und Gewohnheiten geschöpft werden, die Bestimmungen jener aber erst beim Fehlen oder Schweigen dieser zur Anwendung kommen. Dieser



sicherlich beabsichtigten Konsequenz der salvatorischen Klausel gegenüber hat es keinen Sinn mehr, von der absolut bindenden Kraft der Halsgerichtsordnung zu sprechen; vielmehr sind ihre Normen jetzt zur Bedeutung des gemeines Rechts im gewöhnlichen Sinne herabgedrückt worden, d. h. gleich diesem konnten sie in in der Regel nur noch die subsidiarische Geltung hinter und nach den Partikularrechten beanspruchen.

Dieser völlig veränderten Stellung des Partikularrechts unerachtet sind indessen durch die salvatorische Klausel nicht alle und jede Schranken desselben niedergerissen worden. Sie selbst giebt uns dafür zwei Sätze an die Hand, die zur richtigen Beurtheilung der Sache nicht ausser Acht gelassen werden dürfen.

1. Die Klausel spricht nur von wolherbrachten rechtmessigen vnd billichen gebreuchen und will nur diese neben dem Reichsgesetze aufrecht erhalten wissen. Gebräuche und Gewonheiten also, welche sich nicht als solche wolherbrachte etc. qualificiren, sind auch von der salvatorischen Klausel nicht gedeckt und müssen nach dem eigenen Tenor derselben für verworfen und abgethan erachtet werden. Und zwar gilt dies nicht nur von denjenigen, welche das Gesetz selbst mit ausdrücklichen Worten zu Missbräuchen oder bösen Gewohnheiten gestempelt hat, wie z. B. von den in art. 218 aufgeführten, — sondern selbstverständlich auch von allen sonstigen partikularen Abweichungen, die entweder geradezu

wider recht, gute vernunft vnd billicheit

verstossen, oder auch solchen Normen der H. G. O. zuwiderlaufen, denen nach Inhalt und Fassung der Gesetzgeber ausnahmsweise die Kraft absolut verbindlicher Rechtssatzungen beigelegt hat.<sup>1)</sup> Wo letzteres der Fall, da kann auch von der Duldung entgegenstehender Partikularrechte auf Grund der salvatorischen Klausel nicht die Rede sein, weil contra legem

---

<sup>1)</sup> Vergl. Waechter, gem. Recht, 31 Anm. 24.



prohibitivam ihnen eben das Requisit der „Rechtmässigkeit und Billigkeit“ durchaus abgesprochen werden muss.

2. Die salvatorische Klausel erwähnt ferner nur der alten wolherbrachten Gebräuche, und gibt selbst damit deutlich zu erkennen, dass keine andern als die von Alters her bestehenden, dem Volke lieb und unentbehrlich gewordenen Besonderheiten zu konserviren seien. Keineswegs ging aber die Meinung dahin, auch für alle Zukunft die Fortentwicklung des Strafrechts dem Egoismus und der schrankenlosen Willkür der verschiedenen Landschaften Preis zu geben. Soweit also nicht die alten anerkannten guten Gewohnheiten der H. G. O. vorgingen oder neben ihr bestehen blieben, verstand es sich von selbst, dass ohne Weiteres ihre Satzungen als des Reichs gemeines Recht unbedingt Geltung erlangten, und schon nach dem Wortlaute der Klausel dann nicht mehr durch später aufgekommene partikuläre Satzungen abgeändert werden durften. Nachdem einmal das Reichsgesetz publicirt worden, waren Neubildungen auf dem Boden der Territorialrechte allenfalls wol *praeter legem*, niemals aber *contra legem Carolinam* für zulässig zu erachten.

Hätte die Territorialgesetzgebung diese heilsamen Schranken ihrer eigenen Fruchtbarkeit eingehalten, hätte die deutsche Jurisprudenz statt in bornirter Einseitigkeit das neue Werk zu ignoriren und die abgetretenen Pfade der italienischen Schule nachzutreten, die Carolina, wie es sich gebührte, zum Ausgangs- und Mittelpunkt einer selbstständigen neubelebten Forschung und wissenschaftlichen Bearbeitung gemacht — der trostlose Zustand der Verwirrung, dem, wie bekannt, das deutsche Strafrecht in der Zeit nach der Carolina verfallen, wäre in seinen schlimmsten Auswüchsen wol abzuwenden gewesen. Die salvatorische Klausel wenigstens kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Nicht sie, — die traurige Verfassung und die völlige Stagnation der Gesetzgebung des Reichs, der Mangel jeglicher Kontrolle über die mehr und mehr vom Reiche sich emanzipirende Landesgesetzgebung und Rechtsprechung, sodann die erwähnte Befangenheit und Impotenz der Doktrin — sie



tragen vornämlich die Schuld, dass die wirklichen Verhältnisse so wenig den Erwartungen entsprachen, die man doch beim Erlass der Carolina zu hegen berechtigt war. Wenn trotz alledem sie einen so bedeutsamen und in Wahrheit segensreichen Einfluss auf die Geschicke unseres Strafrechts geübt hat, so spricht dies wol am Besten für den unverwüstlich tüchtigen Kern, der in diesem Gesetze steckte, den selbst die schlechtesten Hände nicht gänzlich zu verderben vermochten.

---



## Publikation und Abdruck der Carolina. Editio princeps.

Dem Reichsabschiede von Regensburg gemäss sollte die neue Halsgerichts- oder wie sie fortan gewöhnlich genannt wurde, die *Peinliche Gerichtsordnung* in den Druck gegeben und zu Jedermanns Nachachtung im Reiche verkündigt werden. Wie geschah diese Publikation? Es führt uns dies auf eine Zwischenbetrachtung über die Art und Weise, wie damals überhaupt die Reichsgesetze verkündet zu werden pflegten.

An einer gesetzgebenden Gewalt in unserem modernen Sinne fehlte es eigentlich im Reiche. Denn die zwischen dem Kaiser und den Ständen vereinbarten Abschiede und Satzungen wurden nach der damaligen Rechtsanschauung nicht als Willensausflüsse einer einheitlichen Staatsgewalt sondern lediglich als vertragsmässige Einigungen mit einander *paciscirender* Kontrahenten angesehen, die schon in der äussern Form ihres Abschlusses diesen mehr privatrechtlichen Charakter nicht zu verleugnen vermochten.<sup>1)</sup> Vorsorglich wie unter einem Vergleichsinstrumente genehmigten Kaiser und Stände den beschlossenen Inhalt und geredeten einander wechselseitig, der Kaiser den

---

<sup>1)</sup> Die Abschiede werden bisweilen geradezu als „Contracte, Vertrag, Verpflichtung“ bezeichnet. Vergl. z. B. N. S. II. 90. 178 u. a. m.



Ständen und diese hinwiederum für sich und die Ihrigen dem Kaiser das Vereinbarte in „rechten guten wahren Treuen stät, fest und unverbrüchlich zu halten“ und ihm nach bestem Vermögen „sonder Gefährde“ nachzukommen und zu geleben.<sup>1)</sup> Dem entsprach es, dass die Reichsgesetze zunächst nur die sich vertragenden Parteien verpflichteten, für die Reichsunterthanen als solche aber keine unmittelbar verbindliche Kraft und Wirkung äusserten, und diese erst durch die den Territorialobrigkeiten obliegende Ausführung und Vollziehung derselben erlangen konnten. Folgeweise war daher auch die Verkündigung der Reichsgesetze regelmässig nicht Sache der Reichsgewalt, und insbesondere darf die am Schlusse der Reichstagssitzungen übliche Verlesung der verwilligten Abschiede nicht als deren Publikation im Reiche betrachtet werden, da sie doch nur die vorhandene Uebereinstimmung aller Betheiligten in möglichst feierlicher Form konstatiren sollte; vielmehr wurde wie die Vollziehung so auch die Publikation der Reichsgesetze und damit selbstverständlich zugleich deren Modus den einzelnen Ständen und Obrigkeiten für ihre Gebiete und Unterthanen entweder ausdrücklich aufgetragen oder der Regel nach auch ohne speziellen Auftrag stillschweigend überlassen.<sup>2)</sup> Meist hing es daher von ihrer grössern oder geringern Bereitwilligkeit dieser Pflicht zu genügen ab, ob die Betroffenen früher

---

<sup>1)</sup> Diese und ähnliche Formeln wiederholen sich am Schlusse fast aller Reichsabschiede. Pfeffinger, Vitriarius illustr. IV. 1. § 75. 103.

<sup>2)</sup> Beispiele für die ausdrückliche Anweisung zur Publikation: Satzung wegen der Gotteslästerer v. 1495. § 4. N. S. II. 29:

„gebieten darauf einem jeden — dieser satzung vnd ordnung nachzukomen zu halten vnd zu vollziehen, die auch allenthalben in vnserm und ewern gebieten verkündigen zu lassen.“

Ordnung der Wein halben v. 1498. § 7. N. S. II. 55.

Erklärung des Landfriedens v. 1522. N. S. II. 242:

„vnd wollen, dass ihr von Stund an solch vnser ordnung vnd mandat durch öffentliche Anschlagung oder wie sonst solches zu thun gebürt, allen andern ständen ewers gezirks verkündet.“



oder später, oder ob sie gar überhaupt von der Existenz und dem Inhalte der Reichsgesetze Kenntniss erhielten, und hieraus erklärt sich zugleich, warum darin fast niemals ein bestimmter Anfangstermin ihrer Geltung festgesetzt werden konnte, da dieser sich eben in den verschiedenen Territorien ganz verschieden gestalten musste.<sup>1)</sup>

Ausnahmsweise ging bisweilen, namentlich unter der Regierung Karl's des Fünften die Publikation der Reichsgesetze auch direkt von dem Reichsoberhaupte selbst aus. Es geschah dies bei einigen grössern, den Reichsabschieden nicht einverleibten Ordnungen, wie dem Landfrieden von 1521, der Reichspolizeiordnung von 1530 und ebenso auch bei der Carolina, deren Einführung, um jede Willkür der Landesobrigkeiten auszuschliessen, kraft ausdrücklicher Vereinbarung allein in die Hände der obersten Reichsgewalt gelegt worden war. Dass Gesetze dieser Art sofort mit ihrer Verkündung von Reichswegen und ohne Rücksicht auf eine Bekanntmachung seitens der einzelnen Stände im ganzen Reichsgebiete und für alle Reichsunterthanen volle verbindliche Kraft und Geltung erlangten, bedarf keiner weiteren Ausführung. Nur in Betreff des Publikationsmodus herrschte in den gedachten Fällen keine Uebereinstimmung. Während nämlich der Landfrieden und die Polizeiordnung gemäss der für sie in den Reichsabschieden von 1521 und 1530 getroffenen Festsetzungen durch besonders erlassene und öffentlich im Wege der Versendung oder des Anschlags verbreitete kaiserliche Mandate in den verschiedenen Theilen des Reichs zur allgemeinen Kenntniss gebracht wurden,<sup>2)</sup> bestimmte der Abschied von 1532 hinsichtlich der Carolina nur,

---

<sup>1)</sup> Eine bemerkenswerthe Ausnahme macht die Constitution über die Succession der Geschwisterkinder von 1529, in welcher der 1. August d. J. als Anfangstermin bezeichnet ist. N. S. II. 299. 301.

<sup>2)</sup> R.-A. 1521. § 24. 25:

„Vnd damit sich niemand mit der vnwissenheit entschuldigen möge, so soll derselbig allenthalben im H. Reich durch vnsern Stathalter vnd Regiment öffentlich verkündet werden.



„das gedachte halsgerichtsordnung in truck gegeben vnd in das reich publicirt vnd verkündt werde,“

ohne des Erlasses besonderer Publikationsmandate oder anderweiter Bekanntmachungsförmlichkeiten zu gedenken; und auch die Vorrede des Gesetzes, welche sich unmittelbar an alle Reichsunterthanen wandte und ihnen die Befolgung anbefahl, sprach nur von einem Abdrucke, nicht von einer sonstigen Verkündigung desselben.<sup>1)</sup> Es ist daher anzunehmen, dass für die Halsgerichtsordnung der Abdruck des Gesetzestextes allein schon für eine ausreichende Publication erachtet, und der Eintritt ihrer Geltung und praktischen Anwendbarkeit lediglich von der Verbreitung der Druckexemplare und der dadurch gegebenen Möglichkeit sich über den Inhalt des Gesetzes zu vergewissern, abhängig gemacht worden sei. Offenbar ging man dabei von der zutreffenden Voraussetzung aus, dass ein Jeder, den es anging, in erster Linie also alle Obrigkeiten und Gerichte sich das neue Werk sofort nach seinem Erscheinen anschaffen, selbstverständlich dann aber auch ihm unweigerlich Folge leisten würden.

Das Eigenthümliche bei der Einführung der Carolina war sonach nicht ihre Verbreitung durch den Druck — diese theilte sie mit noch andern gleichzeitigen Reichsgesetzen — sondern bestand darin, dass dem Abdrucke derselben zugleich die Bedeutung des einzigen legalen Publikationsmodus beigelegt

---

Befehlen auch hiermit demselbigen vnserm Stathalter vnd Regiment dass sie den mit gebürlichen Mandaten vnd Abschriften männiglich im Reich verkünden.“

R.-A. 1530. § 99:

„Demnach Wir auch Churfürsten — — ein Ordnung vnd Reformation haben auffgericht vnd furgenomen inhalt vnd vermog vnser Constitution vnd sonderlich Mandata so wir allenthalben im Reich öffentlicher form haben ausgehen lassen.“

<sup>1)</sup> „Welchs wir also in druck zu brin genverschafft haben, das alle vnd jede vnser vnd des Reichs vnderthanen sich hinfurter in peinlichen sachen u. s. w.



worden war, durch den das Gesetz ohne Weiteres im ganzen Reiche verbindliche Kraft erhalten sollte. An dieser Thatsache konnte auch das spätere Verhalten der Stände Nichts mehr ändern. Mochten einige derselben sich über ihre Stellung zu der neuen Ordnung überhaupt nicht aussprechen, mochten andere — wie Chur-Köln — für angemessen finden, sie ausdrücklich noch einmal als ihr Landesgesetz zu republiciren <sup>1)</sup> — für die Geltung und Herrschaft derselben als Reichsgesetz blieb sich das Eine wie das Andere völlig gleich. Sobald die H. G. O. dem Willen des Gesetzgebers entsprechend im Drucke erschienen, war sie damit unwiderruflich für Jedermann — natürlich in den von ihr selbst gezogenen Gränzen — als des Reichs gemeines Recht in Kraft getreten und diese ihre einmal erlangte Geltung konnte ihr hinterher auch nicht durch den entgegenstehenden Willen einzelner Reichsstände wieder genommen werden.

Der Abdruck und Vertrieb der Reichsgesetze war zu Anfang des sechzehnten Jahrhunderts reine Sache der Privatindustrie und ohne Beschränkung einem Jeden gestattet; eine Aufsicht fand von Reichswegen nicht statt, eben so wenig aber eine Garantie für die Authentizität der veranstalteten Ausgaben, die, wie andere Druckwerke, nur als Gegenstand der Spekulation ihrer Verleger und zur Befriedigung des Bedürfnisses des kauf lustigen Publikums hergestellt wurden.<sup>2)</sup> In den zwanziger Jahren ward es aber üblich, das ausschliessliche Druck- und Vertriebsrecht für einzelne Reichsgesetze bestimmten Personen durch besondere kaiserliche Privilegien zu verleihen und sie durch Strafedikte gegen Nachdruck zu schützen. So erhielt der bekannte Johann Schöffner zu Mainz ein solches Privileg zum Abdruck der Wormser Ordnungen von 1521, und Peter Trach, Schultheiss und Buchdrucker zu Speier im Jahre 1527 ein Gleiches auf die Dauer von sechs Jahren für alle bis dahin

---

<sup>1)</sup> Wächter, Gemeines Recht, 32 u. ff.

<sup>2)</sup> Vergl. zum folgenden: Geo. Wilh. Boehmer, über die authentischen Ausgaben der Carolina, 1837.



erlassenen Abschiede und Gesetze einschliesslich der goldenen Bulle.<sup>1)</sup> Den Vorzug besonderer oder gar ausschliesslicher Authentie konnten aber auch die von diesen Druckern herührenden Ausgaben nicht beanspruchen, da für eine angemessene Benutzung der Originaltexte nicht genügend Sorge getragen war und es vom Zufall abhing, welche Handschriften-exemplare ihnen gerade für ihre Zwecke zu Gebote standen. Ebensowenig hatte die Ertheilung der Druck-Privilegien an und für sich Etwas mit der Publikation der Reichsgesetze zu thun.

Da, wie nicht anders zu erwarten, sich auch die privilegierten Abdrucke häufig als ungenau und unzuverlässig erwiesen und im Rechtsverkehre Verwirrung anstifteten, stellte sich sehr bald das Bedürfniss nach einer gewissen Kontrolle seitens der Reichsregierung heraus, um im Interesse der Rechtssicherheit die Korrektheit der verbreiteten Gesetzestexte zu sichern. Der erste nachweisbare Versuch einer solchen wurde auf dem Reichstage zu Speier im Jahre 1526 durch folgende zunächst nur für den damaligen Abschied erlassene Bestimmungen gemacht:<sup>2)</sup>

„Als sich zuvor gehaltenen Reichstagen begeben, dass die abschied je zu zeiten dem rechten original nicht gleich formig gedruckt vnd verkauft worden, wollen wir, dass diesen abschied niemand drucken soll, es werd dan durch Andresen Rucker, Meinzischen vnd der Reichshandlung Secretarien dem drucker dies besiegelt original angezeigt, auch keinem druck davon geglaubt werden, es sei dan durch ihn Andresen Rucker collationirt austultirt vnd mit seiner hand vnterschrieben.“

---

<sup>1)</sup> Senckenberg in dem Vorwort zur Neuen Sammlung der Reichsabschiede § XIV—XVII. Das Trach'sche Privilegium daselbst § XVII. a.

<sup>2)</sup> R.-A. 1526. § 30. N. S. II. 279.



Die hier eingeführte Kontrolle bestand darin, dass einerseits der Abdruck des Abschiedes nur auf Grund des amtlich mitgetheilten Originaltextes erfolgen durfte, und dass andererseits auf jedem einzelnen Druckexemplare die Uebereinstimmung mit jenem nach vorgängiger sorgfältiger Vergleichung durch den Reichssekretär ausdrücklich beglaubigt werden sollte.<sup>1)</sup> Das Verfahren war indessen so schwerfällig, dass es sich nur wenig zur Nachahmung empfehlen konnte; man schlug deshalb einige Jahre später einen andern einfacheren Weg zur Erreichung desselben Zwecks ein.

Wenn der zum Druck der Reichsgesetze Privilegirte von vorn herein in den Stand gesetzt wurde, stets nur die offiziellen Texte derselben, sei es die Originale, sei es zuverlässige Abschriften zu benutzen, und wenn auch seine Persönlichkeit für die Ausführung einer sorgfältigen Korrektur die nöthige Gewähr bot, so konnte unbedenklich die Kollationirung und Feststellung der Richtigkeit des Abdruckes auch ohne Dazwischenkunft der Reichsbehörde dem Drucker anvertraut werden. Geschah dies, dann lag es nahe, die auf solchem Wege entstandenen Abdrücke als durchaus dem Urtexte konforme, mithin auch als wirklich authentische gelten zu lassen. Um aber zu verhindern, dass sich neben ihnen nicht anderweite unkorrekte Ausgaben einschlichen oder im Verkehre behaupteten, war noch ein Mehreres erforderlich. Es genügte nicht blos den

---

<sup>1)</sup> Mir hat eine Ausgabe des Reichsabschieds von 1526 vorgelegen, in welcher auf dem letzten Blatte am Schlusse folgender Vermerk gedruckt steht:

„gedruckt zu Meyntz durch Johann Schoeffern.

Collationirt vnd austulirt (sic!) ist gegenwärtig copei durch mich Andrissen Rucker Meintzischen vnd der Reichs Handlung Secretarien vnd laut der original gleich, das ich mit dieser meiner eigen handt bezeug.“

Darunter steht dann geschrieben:

Andres Rucker  
manu propria sst.

Andreas Rucker ist nach einem auf demselben Exemplare stehenden Randvermerke während des Reichstags zu Regensburg 1532 verstorben. (Würzburg, Reichsakten Nr. 12.)



Nachdruck mit Strafen zu bedrohen, es musste auch der Charakter der Authentizität ausdrücklich einzig und allein den privilegierten Abdrücken beigelegt und zugleich verboten werden, anderen als ausschliesslich solchen in oder ausser Gericht irgend welchen Glauben zu schenken. Damit gewährte man nicht nur dem Druckberechtigten einen weit wirksameren Schutz, sondern konnte auch für die Rechtsprechung und die Gesetzesanwendung eine zuverlässigere Grundlage schaffen. Die Reichsgesetzgebung hat nun in der That von diesem einfachen Mittel Gebrauch gemacht, zuerst so viel ersichtlich bei Ertheilung des Druckprivilegs für den Augsburger Reichsabschied von 1530 und die in demselben Jahre erlassene Reichspolizeiordnung,<sup>1)</sup> und ebenso demnächst bei Publikation der Carolina.

Wie wir uns erinnern, war die Halsgerichtsordnung durch Vollziehung des Reichsabschiedes von Regensburg am 27. Juli 1532 zum Gesetze erhoben worden. Schon vier Tage danach, unter dem 31. Juli erliess der Kaiser den in den Ausgaben der Carolina vorgedruckten Freibrief, in welchem er, in Erwägung, dass er den Druck des Regensburger Abschiedes, der auf demselben Reichstage genehmigten Kammergerichtsreformation,<sup>2)</sup> sowie den der neuen Halsgerichtsordnung dem Mainzer Buchdrucker Jvo Schoeffer aufgetragen, und dass dieser „sich nun des vns zu vnterthenigen gehorsam vnd gefallen in der eil etwas mit vnstatten vndernomen,“ ihm als Gegenleistung für seine Mühewaltung das mit den üblichen Strafklauseln versehene ausschliessliche Druck- und Verkaufsprivilegium in Betreff der drei gedachten Gesetze für die nächsten zwei Jahre bewilligte. Von besonderem Interesse für die Frage der Authentie ist namentlich der Schlusspassus des Privilegs:

---

<sup>1)</sup> Böhmer, über die authent. Ausgaben, 9—11.

<sup>2)</sup> Die Kammergerichtsreformation von 24. März 1531, ein Werk der auf Grund des Reichsabschiedes zu Augsburg ernannten Visitatoren, wurde auf dem Reichstage zu Regensburg nochmals berathen und von den Ständen genehmigt. R.-A. 1532. tit. III. N. S. II. 356—360.



es soll auch keynem andern gedruckten Abschiedt an eynichen ort inn oder ausserhalb gerichtts oder rechts geglaubt werden.

Dass diese Klausel ebenso wie die vorangehenden in gleicher Weise auf alle drei darin begriffenen Gesetze zu beziehen sei, kann keinem Zweifel unterliegen. Zwar haben Einige, wie z. B. Walch gerade die H. G. O. ihrer Geltung entziehen wollen, allein diese Behauptung ist schon durch Geo. Wilh. Boehmer's Bemerkungen widerlegt worden, der mit Recht darauf aufmerksam gemacht hat, dass mit dem Worte „abschiedt“ an der betreffenden Stelle, auf dessen streng wörtliche Bedeutung sich Walch vornämlich steift, keineswegs bloß der eigentliche Reichsabschied, sondern eben so gut auch die beiden andern Ordnungen gemeint gewesen seien.<sup>1)</sup> Dies vorausgeschickt, lässt sich für die Halsgerichtsordnung noch Folgendes aus dem Druck-Privilegium entnehmen.

Von einer ausdrücklichen Anweisung zum Abdrucke des Reichsgesetzes besagt eigentlich das Privilegium Nichts; diese wird vielmehr, wie der Wortlaut ergiebt, darin schon als vorangegangen vorausgesetzt<sup>2)</sup> Wahrscheinlich ist sie — wenn nicht früher — jedesfalls gleichzeitig mit der Vollziehung des Reichsabschiedes durch einen Specialbefehl des Kaiser an Jvo Schoeffer erlassen, und dabei sicherlich demselben zugleich der offizielle Text des Gesetzes zur Verfügung gestellt worden.

Mit der Herstellung des so unter der Autorität des Reichs veranstalteten Abdruckes der H. G. O. vollzog sich nach dem früher Bemerkten zugleich die Publikation derselben. Das Erscheinen der Schöfferschen Ausgabe kann daher in gewissem Sinne dem Ausgeben der modernen Gesetzesblätter zur Seite gestellt werden; und wie diese den authentischen Text der in ihnen verkündeten Gesetze zu liefern bestimmt sind, so sollten

---

<sup>1)</sup> Walch, Programma de C. C. C. editione authentica § 2; in Opuscula III. 210—217. Geo. W. Boehmer, a. a. O. § 9.

<sup>2)</sup> Dass wir — auch die hals oder peinlich gerichttsordnung in truck zu bringen beuelhen lassen haben.



dem klar ausgesprochenen Willen des Kaisers gemäss auch einzig die aus der Schöfferschen Offizin hervorgegangenen Abdrücke der Halsgerichtsordnung für authentische erachtet, und keinem andern als ihnen in wie ausser Gericht Glauben geschenkt werden. Dabei ist aber auf die Zeit ihres Erscheinens kein Gewicht zu legen, und namentlich kein Unterschied zu machen zwischen den innerhalb der festgesetzten zweijährigen Frist und den etwa später erst erschienenen Ausgaben. Denn diese Frist bezog sich lediglich auf den Schutz gegen Nachdruck, hatte aber mit der Frage der Authentie Nichts zu thun. Zwar konnte nach ihrem Verlaufe auch jeder Andere als Schöffers die H. G. O. drucken und verbreiten, ohne den in seinem Privilegium angedrohten Strafen zu verfallen, damit wären aber solche Ausgaben noch nicht zu authentischen geworden. Der in dieser Beziehung den Schöfferschen Abdrücken allein gewährte Vorzug war nämlich keineswegs nur auf die zwei ersten Jahre nach Ertheilung des Privilegs eingeschränkt, vielmehr ging des Kaisers unzweideutige Meinung dahin, allen Schöfferschen Ausgaben, da sie alle auf dem offiziellen Originale beruhten, auch ohne Unterschied der Zeit den Charakter gleicher Aechtheit und Authentie beizumessen. Unbedenklich durfte daher Jvo Schöffers — was er thatsächlich auch wiederholt gethan — noch nach Ablauf der zweijährigen Frist nicht nur neue glaubwürdige Ausgaben des Gesetzes veranstalten, sondern auch diesen spätern mit gleichem Rechte wie den frühern das ursprüngliche Privilegium impressorium vorandrukken lassen.<sup>1)</sup>

Mit der Untersuchung über die authentischen Ausgaben darf die Frage nach der editio princeps der Carolina nicht vermischt werden, die abgesehen von ihrem literarhistorischen Interesse für die Textkritik von erheblicher Wichtigkeit ist. Da diese Frage aber in Koch, Walch, Geo. Wilh. Boehmer und anderen gründliche Bearbeiter gefunden

---

<sup>1)</sup> Vergl. die Ausgaben vom Juni 1535, vom Mai 1537, vom Oct. 1537 u. a. m.



hat,<sup>1)</sup> so glaube ich mich in Betreff ihrer nur auf die nachstehenden Bemerkungen beschränken zu sollen.

Die gemeine Meinung sieht bekanntlich als editio princ. an die von Koch, R. Schmidt und zuletzt von Zöpfl reproduzirte Jvo Schöffersche Ausgabe vom Monat Hornung des Jahres 1533,<sup>2)</sup> und es hat auch aller Bemühungen unerachtet bisher nicht gelingen wollen, einen nachweislich früheren Abdruck der Carolina aufzufinden. Dennoch sind die fort und fort angeregten Zweifel, ob jene Ausgabe in der That die erste und älteste gewesen, nicht so einfach von der Hand zu weisen. Als abgethan kann freilich die auf die Autorität von Sam. Friedr. von Boehmer hin behauptete Annahme gelten, dass der von ihm selbst benutzten und mit dem Motto: „Christo auspice plus ultra“ versehenen Ausgabe sine die et anno der Altersvorzug vor der aus dem Februar 1533 gebühre und ihre Entstehung noch in das Jahr 1532 zu setzen sei. Denn typographische und auch sonstige Gründe sprechen überzeugend dafür, dass dieser Druck — wenn er überhaupt zu den echten Schöfferschen zu zählen — jedenfalls nicht vor dem Jahre 1540 entstanden sein kann.<sup>3)</sup>

Andere Gründe für die Existenz einer — etwa inzwischen verloren gegangenen ältern Ausgabe der Carolina hat Geo. Wilh. Boehmer beizubringen gesucht. Freilich, was er an angeblichen materiellen Spuren des Daseins einer solchen Ausgabe entdeckt haben will, erscheint äusserst schwach; denn weder kann auf die Notiz bei Goldast bei dessen notorischer Unzuverlässigkeit Etwas gegeben werden, noch wird man sich durch eine gelegentliche, höchst unkritische Aeusserung in der

---

<sup>1)</sup> Koch. Vorrede zur Ausgabe der H. G. O. Walch, de C. C. C. editione authentica in Opusc. III. 210—217 und desselben: Introductio in lectionem C. C. C. vor seinem Glossarium. Geo. W. Boehmer, Ueber die authent. Ausg. der Carolina, 1837.

<sup>2)</sup> Der Druckvermerk am Schlusse lautet:

Gedruckt zu Meyntz bei Jvo Schoeffer, als man zalt nach der geburt Christi vnsers herrn MDXXXIII jar imm monat Hornung.

<sup>3)</sup> Koch, Vorrede, 36. 37. G. W. Boehmer, a. a. O. § 10. 11.



Dissertation des Ludwig Goeckel überzeugen lassen, sofern man **nur** ohne eine vorgefasste Meinung an sie herantritt;<sup>1)</sup> endlich **möchte** auch auf die Stelle in dem Druckprivilegium:

**di**eweil er sich nun des — in der eil etwas mit  
**v n**statten vndernehmen,

und die daraus gezogene Folgerung, dass der Druck der H. G. O. bei Ertheilung desselben bereits begonnen gewesen sein müsse, **kein** besonderes Gewicht zu legen sein, da jene Worte sich ungezwungener noch von der blossen Uebernahme des Drucks und der Kosten seiner Vorbereitung verstehen lassen, es überdem schwer denkbar ist, dass das erst gegen Ende des Reichstags festgestellte Gesetz schon einige Tage nachher und noch dazu an einem verhältnissmässig entfernten Orte sich im Druck befunden haben sollte. Gewichtiger erscheint jedoch folgender Umstand. Schöffers hat die ihm mit der H. G. O. zu drucken aufgetragenen Gesetze, den Reichsabschied von 1532 und die Kammergerichtsreformation wirklich noch im Laufe des Jahres 1532 gedruckt und ausgegeben, und es ist kein vernünftiger Grund abzusehen, warum dasselbe nicht auch in Betreff der ungleich wichtigeren Halsgerichtsordnung geschehen sein sollte, zumal deren sofortige Verkündung in dem Reichsabschiede ausdrücklich angeordnet worden war.<sup>2)</sup> Die Zögerung Schöffers lässt sich auch nicht etwa aus der besondern Grösse des zu druckenden Werks erklären, da er andere nicht minder umfangreiche Gesetze in verhältnissmässig kürzerer

---

<sup>1)</sup> G. W. Boehmer, a. a. O. § 16, 17. Er theilt im Anhange einen Auszug aus der Dissertation Goeckel's, de forma jurisdictionis criminalis apud Germanos, Altdorff 1735 mit, in welchem folgende Stelle vorkommt:

„Antiquissimum hujus constitutionis crim. exemplar ex singulari benevolentia viri — Dom. Prof. Schwarzii nobis communicatum esse hic notandum habemus, quod de eodem anno 1532 fuit Ratisbonae impressum (!).

<sup>2)</sup> Die nähere Beschreibung der Drucke des Regensburger Abschiedes und der Kammergerichtsreformation von 1532, bei Boehmer, a. a. O. § 5.



Frist herzustellen vermocht hat, und seine Zögerung müsste um so auffallender erscheinen, als das ihm ertheilte Privilegium von vornherein nur auf die beschränkte Dauer von zwei Jahren berechnet war, von denen bis zum Februar 1533 schon mehr als der vierte Theil völlig ungenutzt verstrichen sein würde. So spricht in der That eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Carolina schon vor dem Februar 1533 in einer uns bisher unbekannt gebliebenen oder bereits verloren gegangenen Ausgabe im Drucke erschienen sei, und ich bin in der Lage diese Annahme noch durch ein positives Zeugniß zu unterstützen, das mir die in dem Nürnberger Archive aufbewahrte Korrespondenz des Markgrafen Georg von Brandenburg mit seinen Onolzbachischen Räten aus der Zeit vom Mai bis zum September 1532 geliefert hat.

Die Brandenburgischen Räte hatten nämlich das von dem Markgrafen an sie gestellte Verlangen, ihm für seine Schlesischen Besitzungen etwa zwanzig Exemplare der Brandenburgischen H. G. O. zu übersenden, zu erfüllen sich ausser Stande erklärt, weil verfügbare Exemplare des Gesetzes weder in ihren Händen, noch auch bei den Buchdruckern zu Nürnberg und Bamberg aufzutreiben seien, die Veranstaltung einer neuen Auflage aber im Hinblick auf die gleichzeitig schwebenden Verhandlungen über die Halsgerichtsordnung für das Reich zur Zeit überflüssig und verfrüht erschiene.<sup>1)</sup> Als darauf der

---

<sup>1)</sup> Die Korrespondenz beginnt mit einem Schreiben der „Stathalter vnd Rethen im hauss zu Onolzbach d. d. Mittwoch nach vocem jocunditatis anno XXXII“ (8. Mai 1532), worin es heisst:

„E. f. g. schreyben vmb zwaintzig e. f. g. halssgerichtsordnung haben wir vndertheniglich vernomen, vnd e. f. g. davor geschrieben vnd angezaigt, das derselben kaine mehr vorhanden seien (wie dann souil der gewest dieselben alle jnn die ampt vnder vnd oberhalb des gebirgs aussgetailt vnd etlich Ewer gnaden vorhin eingeschickt sind.“

Die Antwort des Markgrafen hierauf erging d. d. Prag, am Freittag nach Pfingsten anno XXXII (24 Mai):

„Vnd als jr uns in einem andern Prif anzaigt, das jr kein getruckte Brandenburgische H. G. O. bekommen vnd uns gein



Markgraf die Zusendung wenigstens einiger Exemplare der Ordnung forderte,<sup>1)</sup> erging seitens der Räte unter dem 14. September 1532 die nachstehende Antwort:

„Vnd dieweil Ro. kay. Mt. sambt allen Churf. Fursten vnd Stenden des h. Reichs vñs negstvergangen Reichstag zu Regensburg beratschlagt vnd beschlossen hat ein gemain Halsgerichtsordnung im gantzen Reich ausgeen zu lassen vnd derselben volg zu thun, die auch allgerait jm Truck ist, so bald nun dieselbig verfertigt vnd ausgeen wurdet, wollen wir euer

---

Jegerndorf schicken mogt, bedencken wir das derselben vbrigen H. G. O. noch wol etliche aufm gebirg auch zu Nürnberg bei den Buchfürern zu bekommen sein, vnd dennoch ist vnser beuelch, jr wollet vleis thun XX H. G. O. oder souil jr mogt aufm Gebirg oder zu Nurnberg zubekomen vnd furderlich g ein Preslaw zu Nickel Studingers handen geschicken.“

Unter dem 13. Juni schreiben dann die Räte wieder:

— „Nachdem wir uber vnser fleissig nachfragen weder zu Nurnberg noch auch zu Bamberg, do die vordern gedruckt sind, gar kaine kaben bekommen mugen — Wir haben darzu E. F. G. mehrmals — angezaigt, das die Römisch kayserlich Majestat vnser allergnedigster herr yetzt jnn arbeit stehe zu diesem Reichstag durch's ganz Reich ain ainhellige gemaine halsgerichtsordnung auffzurichten. — Dann ob wir vnangesehen des Costens mehr sollicher ordnungen gern drucken liessen, so ist sich doch zuvermuten, dass dieselben zum wenigsten in etlichen stucken vnd artickeln durch die kayserlichen als ain gemaine durchausgeende H. G. O. enderung gewynnen vnd darumb vergeblich sein wurden.“

<sup>1)</sup> Schreiben des Markgrafen d. d. Jegerndorf, am Sambstag nach assumptionis Mariae ao. 32 (17. August):

— „Dieweil wir dan dergleichen bedencken eben wie jr habt, wann nun dj Ro. kay. Mt. vnser allergnedigster herr jrer kay. Mt. Halsgerichtsordnung aussgeen lassen, als wir vns versehen vñ disem Reichstag beschlossen sein soll, so beuelhen wir euch jr wöllet vns derselben etlich herein schicken, dann es wurdet hirinnen in solchen sachen an etlichen orten gar vnschicklich gehandelth. Ob sich aber kay. Mt. H. G. O. auszugeen verzuge, so wollet vns vnserer H. G. O. draussen mer trucken vnd abermals etlich davon herein verordnen.“



f. gn. beuelch vndertheniglich volg thun vnd euer fl. gn. etlich halsgerichtsordnung jn die Schlesien verordnen“. <sup>1)</sup>

Da an der Richtigkeit dieser Mittheilung um so weniger zu zweifeln, als die Räthe, um den Wünschen ihres Herrn zu willfahren, sicherlich genaue Erkundigungen eingezogen haben werden, sie überdem die angeregte Frage wegen des Wiederdrucks der Brandenburgensis sonst nicht mit Stillschweigen übergangen hätten, so steht so viel fest, dass, weil die Carolina Mitte September 1532 „im Drucke allgereit“ gewesen, und ihr Erscheinen als ein nahe bevorstehendes angenommen wurde, jedesfalls damals bereits ihr Druck begonnen sein musste. Dass derselbe sich noch beinahe fünf Monate länger hätte hinziehen sollen, wird schwerlich einleuchten, und eben deshalb gewinnt die Annahme an Wahrscheinlichkeit, dass eine Ausgabe des Gesetzes wirklich noch im Laufe des Jahres 1532 vollendet und in den Verkehr gebracht worden sei. Indessen soll nicht verkannt werden, dass das hier Beigebrachte zu einem überzeugenden Beweise nicht ausreicht, und die Frage nach der editio princeps der Carolina wird auch fernerhin noch als eine offene, der endgültigen Lösung harrende zu behandeln sein.

Nur in den gedruckten Ausgaben ist uns der Text der Carolina überliefert, eine Handschrift derselben hat sich weder in den ständischen Reichsakten noch auch, wo man sie am ehesten vermuthen durfte, in dem ehemaligen Mainzer Reichsarchive vorgefunden. Bei der auf Grund der Mainzer Originalien in der Mitte des vorigen Jahrhunderts veranstalteten und der neuen Ausgabe der Reichsabschiede beigegebenen Variantensammlung ist daher die Carolina leer ausgegangen. <sup>2)</sup> Dies Verschwinden jeder handschriftlichen Spur derselben ist

---

<sup>1)</sup> Das Schreiben ist datirt: Datum am Samstag nach nativitatis Marie anno XXXII (14. Septemb.) und trägt die Unterschriften: Hans v. Seckendorff, Georg Vogler, Sebastian Heller Dr.; der erstgenannte ist der Statthalter, die beiden letztern die bekannten Kanzler des Markgrafen.

<sup>2)</sup> Neue Sammlung IV. Anhang.



indessen leicht zu erklären. Offenbar hat von ihr überhaupt nur ein einziges geschriebenes Original existirt, nämlich das für den Druck bestimmt gewesene, und zu einer handschriftlichen Vervielfältigung desselben lag um so weniger Veranlassung vor, als die Stände eine fast gleichlautende Kopie davon in dem Augsburger Entwurfe bei ihren Akten besaßen. Uebrigens hat man sich dieses Urexemplar der Carolina keineswegs als ein in besonders feierlicher Form ausgefertigtes Dokument vorzustellen; es war wol nur eine simple Kanzleihandschrift, da Schöffner, der sonst beim Abdrucke der Reichsgesetze auch die Beglaubigungsformeln sorgfältig wiederzugeben pflegte, dies sicherlich bei der Ausgabe der Carolina zu thun nicht verabsäumt hätte. Sie galt aber nur als eine Beilage zu dem Regensburger Reichsabschiede und bedurfte keiner weitem Förmlichkeiten, weil die Vollziehung und Beglaubigung dieses auch auf sie mit bezogen wurde. Dies ist auch der Grund, weshalb das Original der Carolina dem Reichsarchive gar nicht einverleibt und auf seine Aufbewahrung überhaupt kein besonderes Gewicht gelegt wurde. So wie es aus der Kanzlei gekommen, wird es auch mit der kaiserlichen Druckanweisung direkt an Jvo Schöffner ausgehändigt und demnächst als blosses Druckmanuscript in seinen Händen verblieben sein. Ueber seine weiteren Schicksale Vermuthungen aufzustellen, wäre müßig; genug, dass wir jedesfalls die Hoffnung aufgeben müssen, ihm in den Archiven oder anderwärts noch einmal zu begegnen.

Wenn Koch die Ansicht ausspricht, es sei für die Druckkorrektur von Reichswegen Sorge getragen,<sup>1)</sup> so halte ich das nach Lage der Sache für ganz unmöglich. Er scheint dabei an eine Kollationirung, wie sie im Jahre 1526 angeordnet gewesen, zu denken; allein dies Verfahren hatte sich ja nicht bewährt, und wäre im vorliegenden Falle schon deshalb unausführbar gewesen, weil das einzige Originalexemplar sich in Schöffner's Händen befand. Es lag daher nahe ihm

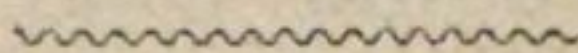
---

<sup>1)</sup> Vorrede zur P. G. O. 44.



mit dem Drucke auch die Kollation und Korrektur zu überlassen, und dass der Kaiser in dieser Beziehung das vollste Vertrauen ihm geschenkt, dafür liefert das Druckprivilegium den besten Beweis.

Der Titel des Werks ist Schöffern wahrscheinlich bei der Druckanweisung vorgeschrieben worden; die Autorschaft an dem Register dürfte dagegen wol ihm gebühren; er hat sich dabei das in seiner Druckerei ihm zur Verfügung stehende Register zur Bambergensis zum Muster genommen.





## Die Text- und Redaktionsfehler in der Carolina.

Kein Abdruck der Carolina, mag er zu den authentischen oder zu den nicht authentischen gehören, gibt den völlig korrekten Text des Gesetzes wieder. Schon der als editio princeps geltende Abdruck vom Monat Februar 1533 erschien mit einer Anzahl von Fehlern und Ungenauigkeiten behaftet, von denen einige zwar in den folgenden Ausgaben verbessert sind, jedoch nur um anderweiten Platz zu machen.

Da es bis heute an einer Ausgabe der Carolina fehlt, welche mit Recht den Namen einer kritischen verdiente, so ist eine sorgfältige Textkritik im wissenschaftlichen Interesse um so dringender geboten, schon um gewisse beliebte Konjekturen in ihrer Hohlheit zu erkennen und die durch willkürliche Emen-dation mehrfach bewirkten Textverfälschungen zu beseitigen. Die folgenden Bemerkungen sollen diesen wichtigen Gegenstand nicht erschöpfen; sie bezwecken nur einigermaßen das kritische Material sichten und klar stellen zu helfen.<sup>1)</sup>

Worauf es zunächst ankommt, ist den echten Gesetzestext festzustellen, d. h. denjenigen Text, den die Redaktoren und der Gesetzgeber selbst als solchen angenommen haben, unbe-

---

<sup>1)</sup> Vergl. zum Folgenden: Schletter, zur Textkritik der Carolina.



kümmert vorerst darum, ob sie sich dabei etwaiger Irrthümer und Redaktionsfehler haben zu Schulden kommen lassen. Diese sind erst dann in Betracht zu ziehen, wenn die Untersuchung nach Ermittlung des formell-wahren Textes sich zur Prüfung seiner materiellen Richtigkeit wendet. Gewiss kann es daher nicht gebilligt werden, dass Zöpfl beide Fragen miteinander vermischend in seiner Ausgabe auch Emendationen der zweiten Art ohne Weiteres dem Texte einverleibt hat.

Selbstverständlich wird man bei der Textkritik von der bekannten ältesten Druckausgabe ausgehen; die folgenden Schöfferschen Ausgaben, namentlich die beiden nächsten vom August 1533 und Juni 1534 liefern dafür nur eine sehr geringfügige Ausbeute. Sie unterscheiden sich von der editio princeps nur dadurch, dass in ihnen — abgesehen von einigen neu hinzugekommenen irrthümlichen Lesarten,<sup>1)</sup> einige Druckfehler der ersteren verbessert und ein Paar abweichende Varianten aus der Originalhandschrift des Gesetzes hergestellt worden sind.<sup>2)</sup> Von Interesse ist dabei nur die nicht zu bezweifelnde That- sache, dass bei Anfertigung dieser Ausgaben der Originaltext noch einmal, leider aber nicht mit der nöthigen Sorgfalt zu Rathe gezogen ist.<sup>3)</sup> Stände uns diese Urhandschrift der Carolina noch zu Gebote, so würde vor Allem sie zur Vergleichung mit den Drucken herangezogen werden; glücklicher weise besitzen wir aber in dem neu aufgefundenen Augsburger Entwurfe ein Hilfsmittel, welches bei der genauen Ueberein- stimmung mit jener als das beste und zuverlässigste Surrogat für das verloren gegangene Original angesehen werden darf. Bei allen Fragen der Textkritik werden wir uns daher zunächst an den Augsburger Entwurf zu halten und aus ihm das Material

---

<sup>1)</sup> Z. B. art. 14: redlicher aussführung statt: rechtlicher a. Art. 71: damit solch vrtheyler statt: damit solch vrtheyl.

<sup>2)</sup> Z. B. art. 56 in f. — was er dazu sage statt: was er dazu sagt = Wn.2. Art. 89: alle einbracht handlung vnd ausschreiben, falsche Variante statt: aufschreiben, die sich gleichfalls in Wn.2 findet.

<sup>3)</sup> Es ergibt sich dies eben aus den vorgedachten Korrekturen.



für etwaige Berichtigungen zu entnehmen haben, wobei das Vorhandensein mehrerer Handschriften dieses Projekts noch in so fern zu nicht geringem Vortheile gereicht, als unter den verschiedenen Varianten derselben nicht nur die fehlerhaften Lesarten der Druckausgaben sondern auch die an ihre Stelle zu setzenden unzweifelhaft richtigen und echten anzutreffen sind.

Unter den Fehlern des uns durch die editio princeps überlieferten Gesetzestextes sind die erst beim Drucke hereingebrachten und bei der Korrektur übersehenen blossen Druckfehler am leichtesten zu erkennen. Abweichungen in der Orthographie sowie Ungenauigkeiten in der Interpunktion zähle ich gar nicht dazu, weil es damals noch an feststehenden Regeln darüber fehlte und Vieles der Willkür der Abschreiber und Drucker überlassen blieb. Noch weniger aber braucht Schöffers sich als Druckfehler anrechnen zu lassen, was wohlbegründete Eigentümlichkeit des Idioms unseres Gesetzes gewesen, z. B. die Verwechselung von a mit o in noch, nochmals, onworden u. a. für nach, nachmals, anworden, oder umgekehrt: an für on, aufgehoben für aufgehoben.<sup>1)</sup> Wenn Zöpfl in seiner Ausgabe hier überall die moderne Schreibweise herstellt, so beweist das nur, dass er sich mit der Sprache unserer Quelle nicht genug vertraut gemacht hat.<sup>2)</sup> Mehr Flüchtigkeitsversehen ist es, wenn Theile eines und desselben Worts durch einen unnöthigen Zwischenraum dergestalt von einander getrennt sind, dass sie den Schein mehrerer selbstständiger Worte erwecken,<sup>3)</sup> oder wenn an einigen Stellen die Schlussilben en oder ähnliche fortgelassen sind, weil der Setzer die dafür gebrauchten handschriftlichen Abbreviaturen aufzulösen unterlassen hat. Die wirklichen

---

<sup>1)</sup> Z. B. in a. 43, 48, 137 u. a. m.

<sup>2)</sup> So ist auch seine Aenderung von vrpüttig in art. 153 in erpüttig, von bekömmerten in bekummerten in art. 207 durchaus überflüssig, da die gedachten Worte damals wirklich im Gebrauche standen.

<sup>3)</sup> Z. B. a. 25 vor geender trawe; a. 57 vor bekanter.



Druckfehler bestehen meist in Weglassung oder Verwechslung einzelner Buchstaben, bisweilen auch ganzer Worte;<sup>1)</sup> ihre Verbesserung macht selbst da, wo sie nicht schon in den folgenden Ausgaben geschehen sein sollte, an der Hand des Augsburger Textes keine Schwierigkeit; ich lasse in der Note die auffallendsten Druckfehler — darunter auch einige bisher übersehene — folgen.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Sehr häufig ist die Verwechslung von jn, jm (ihn, ihm) mit in und im.

| <sup>2)</sup> Edit. princ.                                                      | Edit. 1533. 1534.          | Augsb. Entwurf.                                                                |
|---------------------------------------------------------------------------------|----------------------------|--------------------------------------------------------------------------------|
| a. 6. — vie hernach                                                             | wie hernach                | wie hernach.                                                                   |
| a. 17. dahin fürter der richter alle — verkündungschicken vnd soll der clager — | ebenso                     | dahin fürter der richter — alle verkündung schicken soll, vnd soll der clager. |
| a. 26. — missganner                                                             | missgönnner                | missgönnner.                                                                   |
| a. 40. — den man — nit vil guts vertrawet.                                      | dem man etc.               | dem man etc.                                                                   |
| — anzeygung der missthetiger hilff.                                             | a. der missthettigen hilff | wie ed. 1533. 34.                                                              |
| a. 47. — auff das fürderlich erkundigen.                                        | wie ed. princ.             | auff das fürderlichst erk.                                                     |
| a. 76. — vorden Ritern                                                          | vor den Richtern           | wie ed. 1533. 34.                                                              |
| a. 83. diser vnser ordnung gegenwertig haben.                                   | dise vnser ordnung etc.    | wie ed. 1533. 34.                                                              |
| a. 94. — solch vrtheyl die sich obgemelter massen zu offnen vnd lesen gebüre.   | wie ed. princ.             | — zu offnen vnd lesen gebüret.                                                 |
| a. 117. — in vnsern vorfarn vnd vnsern kays. Rechten.                           | in vnserer vorfarn etc.    | in vnser vorfarn etc.                                                          |
| a. 142. — der todschläger wer dem benötigten — — entwichen.                     | wie ed. princ.             | der todschläger wer den benötiger — entwichen.                                 |
| a. 150. — wie sie jn das recht — verlengen.                                     | wie ed. princ.             | wie sie jn das Recht verlengern.                                               |



Eine Reihe anderer Fehler ist nicht erst beim Abdrucke des Gesetzes entstanden; sie finden sich bereits als verderbte Lesarten in einzelnen Handschriften des Augsburger Entwurfs, aus denen sie ihren Weg in das Original der Carolina und demnächst in den gedruckten Text genommen haben. Da sie durchweg auf Versehen beim Abschreiben beruhen, die bei der Revision zu verbessern unterlassen sind, so hat es kein Bedenken, auch in diesen Fällen die richtige Lesart mit Hülfe, sei es der korrekten Handschriften, sei es der früheren Entwürfe herzustellen. Verschieden von diesen Fehlern sind endlich diejenigen, welche nicht sowohl den Schreibern und Druckern zur Last zu legen, als vielmehr auf Nachlässigkeit und Missverständnissen der Redaktoren selbst zurückzuführen sind. Wahre Redaktionsfehler, bestehen sie bald in Missgriffen in der Ausdrucksweise, bald in Verstößen gegen Sprache oder Konstruktion, bald in sinnstörenden Auslassungen einzelner Worte oder Sätze. Der Zeit der Entstehung nach gehören sie den verschiedenen Redaktionsperioden an und ihre Ermittlung und Feststellung kann nur an der Hand der Geschichte des Textes erfolgen. Bei einigen ist die Emendation im Gesetze möglich und statthaft; bei andern wird man sich mit der Konstatirung des Fehlers begnügen, von einer Veränderung des Textes aber Abstand nehmen müssen, weil dieser, so wie er einmal vorliegt, wenn auch in fehlerhafter Gestalt, doch von dem Gesetzgeber endgültig festgestellt und angenommen worden ist. Uebrigens hat man wol Redaktionsfehler zu finden geglaubt, die bei näherer Betrachtung sich durchaus nicht als solche erweisen; in solchen Fällen ist die Zurück-

---

| Edit. princ.                                                                       | Edit. 1533. 1534.                          | Augsb. Entwurf.                      |
|------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------|--------------------------------------|
| a. 158. — oder eyn geschrey oder nachtheyl machte.                                 | wie ed. princ.                             | — oder ein geschrey oder nacheile m. |
| a. 196. Ueberschrift: — Von leibstraff die nit zum todt — verurtheilt werden soll. | Von leibstraff — — geurtheilt werden soll. | wie ed. 1533. 34.                    |



weisung jeder willkürlichen Konjektur um so dringender geboten. Als Beitrag zu einer künftigen kritischen Ausgabe der Carolina werde ich die bemerkenswerthesten Textfehler der beiden erwähnten Kategorien, der Ordnung des Gesetzes folgend, kurz besprechen.

#### Art. 14.

Die Schöfferschen Drucke und der Augsburger Entwurf lesen

„so auch die anklag von wegen Fursten, geystlicher personen oder gemeyner oder sunst hoher personen — geschicht.“

Was heisst hier: „gemeyner“? doch nicht etwa dasselbe was gleich darauf mit den Worten: „geringers stands“ bezeichnet wird? Schon Gobler merkte die Schwierigkeit und liess deshalb das Wort unübersetzt.<sup>1)</sup> Sieht man die Quellen an, aus denen die Stelle geflossen, so ergibt sich zweifellos, dass gemeyner für gemeinen d. h. Kommunen verschrieben sei. Bamb. 21 hat nämlich wörtlich: einer gemeinde, was Proj. I. II. 15 in: „oder gemein“ veränderten. Unter den Handschriften des Proj. III. haben einige die richtige, andere (wie Dr. 1) die falsche Lesart: gemeiner, die dann in den Augsburger Entwurf und aus ihm in die Carolina übergegangen ist. Da der Sinn nur „gemeinen“ fordert, so trage ich kein Bedenken, die Stelle demgemäss zu emendiren.

#### Art. 16.

enthält einen offenbaren Redaktionsfehler in dem Satze:

„In solchen — übelthaten, vnd so der theter die offen vnzweuelichen übelthat freuenlich widersprechen wolt, so soll jn der Richter“ u. s. w.

Denn der Zwischensatz: „vnd so der theter“ etc. steht mit den vorangehenden Worten in keiner richtigen Verbindung und diese ebenso wenig mit dem Nachsatze. Der Fehler ergibt

---

<sup>1)</sup> Gobler, ad art. 14; auch Remus hat sich um das Wort nicht gekümmert.



sich klar aus den Vorarbeiten. In Bamb. 23. und Proj. I. II. 17 nämlich war die Konstruktion in der Stelle eine ganz korrekte, da sich an die Anfangsworte: „in solchen — übelthaten“ unmittelbar der in der Carolina fehlende Passus

„soll man alle verlengerung, die sonst in dieser ordnung u. s. w. — abschneiden“ —

anschloss. In Proj. III., das von der abweichenden Ansicht ausging, dass es bei delictis notoriis selbst im Falle des Leugnens der Tortur nicht bedürfe, wurde die ganze Stelle bis auf die gedachten Anfangsworte gestrichen und dafür ein neuer Zusatz:

„die im rechten eine genugsame vnd vulkomene be- weisung machen“ —

aufgenommen. Als man dann zu Augsburg auf die frühere Anschauung zurückging, ward nicht nur dieser Zusatz gestrichen, sondern auch der weggelassene Passus — jedoch ohne die vielleicht für überflüssig erachteten Worte

„soll man alle rechtliche verlengerung“ etc.

wieder einzuschalten; und dieses Omissum ist auch bei der Schlussrevision übersehen.

#### Art. 20.

Dass in dem Schlusssatze:

„— dass der gepeinigt sein schmach — vnd schaden mit recht doch alle thetliche handlung ausgeschlossen wie recht nit suchen möge“

die beiden Worte „wie recht“ als überflüssig zu streichen sind, hat Schletter bereits dargethan.<sup>1)</sup> Ergänzend bemerke ich nur noch, dass der Zusatz:

„mit recht doch alle thetlich handlung ausgeschlossen,“ der in den ersten drei Entwürfen fehlte, bei der Schlussredaktion zu Augsburg eingeschaltet und dass dabei, wie es nach der Handschrift Be. den Anschein hat, die Weglassung der vorerwähnten Worte beabsichtigt worden ist.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Schletter, zur Textkritik, 16—18.

<sup>2)</sup> In Be. sind die Worte deutlich ausgestrichen, dafür aber in dem Randzusatz das: „mit recht“ aus Versehen zweimal gesetzt worden.



## Art. 26.

In dem Eingange

„so eyner vmb gross gut rechet, dass darzu der merertheyl seiner narung habe vnd vermögens antrifft“,

will das „darzu“ keinen rechten Sinn geben. Bamb. 41 und Proj. I. II. 34b hatten:

„das dan den merertail,  
die meisten Handschriften des Speierer und Augsburger Entwurfs dagegen die Variante:

„das darin (darjn) der m.“ —  
aus welcher offenbar durch Verwechslung des grossen J mit einem Z das irrige darzu entstanden ist. Da eine der Augsburger Handschriften (Ba.) die ursprüngliche Lesart das dan — wiedergiebt, so trage ich kein Bedenken, sie als die allein richtige auch im Texte der Carolina herzustellen.

## Art. 29.

„Item so eyner inn übung der thatt etwas verleust oder — fallen lesst, dass man hernachmals finden vnd ermessen mag, dass es des thetters gewesen ist.“

Hier muss es mit der Bamb. 36 und Proj. I. II. „findet vnd ermessen mag“ heissen; der Fehler ist schon in Proj. III. und in die spätern Redaktionen übergegangen.

## Art. 31.

In § 1.:

„erstlich dass demsager die beclagt person inn der marter mit namen nit furgehalten“

muss es statt beclagt person, — was von Proj. II. ab allerdings alle Texte haben, — zweifelsohne besagt person heissen, da dies gerade die technische Bezeichnung für den seitens eines Mitschuldigen Bezichtigten ist.<sup>1)</sup> Beclagt person ist nur durch eine sehr nahe liegende Verwechslung beim Abschreiben hineingekommen.

---

<sup>1)</sup> Bamb. 38. Proj. I. 32 haben noch: besagt person.



In demselben Passus beanstandet Schletter die Worte:

„sonder dass er in eyner gemeyn gefraget, wer jm zu seinen missethaten geholffen“

und will mit Bamb. 38 und Proj. I. 22:

„sonder dass er in einer gemeinen frage, wer jm“ etc.

lesen.<sup>1)</sup> Da indessen alle späteren Entwürfe den Text der Carolina haben und derselbe, wie Schletter selbst anerkennen muss, auch in dieser Fassung einen guten Sinn giebt, so liegt zu einer Rückkehr zu der ältern Redaktion kein Grund vor.

#### Art. 47.

Statt:

„dass mancher — nit fürzuschlagen weist“  
muss es natürlich — weiss heissen; es ist jenes aber nicht, wie man glauben sollte, ein Druckfehler; weist findet sich wirklich in einigen Handschriften des Augsburger Projekts, während die übrigen wie auch die früheren Entwürfe die richtige Lesart haben.

#### Art. 48.

In dem Passus:

„wie vnd was er dem todten fürschlege oder wunden geben oder gehawen oder sunsten vmbbracht habe“

will Schletter<sup>2)</sup> statt vmbbracht, verbracht gesetzt wissen und beruft sich dafür auf den Zöpfl'schen Abdruck des Proj. III. Allein Zöpfl hat hier, wie auch sonst öfters, die Weimarer Handschrift nicht richtig gelesen. Sie so wenig wie eine der andern hat „verbracht“, alle lassen vielmehr an der betreffenden Stelle deutlich „vmbbracht“ lesen. Schletter's auch sachlich nicht begründete Konjekture fällt damit von selbst zusammen.

---

<sup>1)</sup> Schletter, a. a. O. 18.

<sup>2)</sup> a. a. O. 19. 20.



Auch was er zu

Art. 53. 54.

vorbringt, findet in den Quellen so wenig Anhalt, dass ich seine Textverbesserungsvorschläge schon darum als willkürlich bei Seite lassen kann.<sup>1)</sup>

Art. 56.

Am Schlusse heisst es hier:

„— vnd alsdann anderwert darauff gefragt, ob sein bekantnus wahr sei;“

anderwerd hat auch wirklich eine der Augsburger Handschriften (Wn.2); alle übrigen dagegen, sowie sämtliche ältere Texte bis zur Bamberg. hinauf lesen: anderweid, und dies wird auch dem Sinne nach als das allein richtige gefordert.

Art. 57.

In dem Satze:

„es wer dann dass der gefangen solche vrsachen seines laugnes fürwendet“ —

ist laugnes nur ein in das Original und aus diesem in den Druck der Carolina eingeschlichener Schreibfehler für laugnens, und muss demgemäss im Texte des Gesetzes verbessert werden.<sup>2)</sup>

Art. 58.

In dem Schlusspassus:

„vnd soll die sag des gefragten nit — aufgeschrieiben werden, so er in der marter, sonder soll sein sag thun, so er von der marter gelassen ist“ —

vermisst Zöpfl ein hinter: „so er in der marter“ — ausgefallenes ist, was sich allerdings in Bamb. 71. und Proj. I. II. 59. vorfindet. Zu der von ihm verlangten Restituierung des Wortes sehe ich indessen keine zwingende Veranlassung, da das Fehlen desselben den Sinn nicht stört und überdem alle Handschriften der späteren Projekte das „ist“ ebenfalls nicht haben.

---

<sup>1)</sup> Schletter, a. a. O. 21—23.

<sup>2)</sup> Ba. hat gleichfalls: laugnes.



## Art. 88.

Der erst bei der Augsburger Revision eingeschaltete Zusatz:

„doch dass der selbig schöpff, der also des anklägers fürsprech gewest, sich hinfürter schliessen der vrtheyl enthalt“ —

ist in sofern inkorrekt, als zwischen hinfürter und schliessen noch ein Wort fehlt. Dass dies in der That der Fall, ergibt sich aus Be. und Br., wo es

„hinfür am schliessen“

und „hinfürter jm schliesen“

heisst. Die fehlerhafte Variante, welche in die Carolina übergegangen, findet sich dagegen in We.2; es unterliegt keinem Zweifel sie durch Einschaltung von „im“ zu verbessern.<sup>1)</sup>

## Art. 91.

Hier steht das Citat:

„wie hieuor im 56 art. — — von bestendiger bekentnis funden wird“

offenbar an einer falschen Stelle, indem es durch das Einschleichen:

„der richter auch aus solchem bekentnus in erfahrung allerhand vmbstende souil befunden hett“ u. s. w.

von dem Vordersatze, zu welchem es nothwendig gehört, getrennt worden ist. Der Fehler rührt von Simon Pistoris her, auf dessen Vorschlag die jetzige Fassung adoptirt wurde.<sup>2)</sup>

## Art. 101.

Die hier und ebenso in art. 10 sich findende Erwähnung der Strafe des ewigen Gefängnisses beruht nur auf einem Versehen der Redaktoren. Nachdem schon in Proj. I. an die Stelle des ewigen Gefängnisses der Bamb. die s. g. gefängliche Verwarung oder Sicherheitshaft getreten war, hätte an diesen Stellen genau so wie es an andern z. B. a. 176, 194, 195 geschehen, jener Ausdruck entsprechend geändert wer-

<sup>1)</sup> Wn.2 hat: sich hinfurd. entschliessen.

<sup>2)</sup> Er findet sich in We.1 auf einem besonderen Zettel eingelegt.



den müssen. Die Unterlassung ist um so auffallender, als in We.1 zu unserm Art. von der Hand des Kanzlers Baier sich die Randglosse findet:

de jure Secul. non potest quis condemnari ad perpetuum carcerem.

Art. 106.

Schletter nimmt hier in den Worten:

„so eyner — der almechtigkeit gottes, sein heilige mutter, die jungfraw Maria schendet“

an der auffälligen Wendung: „der almechtigkeit gottes — schendet“ Anstoss und will zur Beseitigung derselben gemäss Proj. I. 112 hinter gottes ein „widerspricht“ einschalten, so dass die Stelle also lauten soll:

„so eyner — der almechtigkeit gottes widerspricht, seine heilige mutter — schendet“.

Mir scheint dieser Vorschlag deshalb bedenklich, weil in Proj. III., aus welchem unser Passus in das Gesetz übernommen, sich zuerst eine von den frühern Entwürfen wesentlich abweichende Fassung findet, und darin schwerlich ohne Vorbedacht das Wort: „widerspricht“ weggelassen sein wird. Jede Schwierigkeit wird aber behoben, sobald man sich zu der unbedeutenden Aenderung von der almechtigkeit in die almechtigkeit entschliesst, für welche nicht nur alle Handschriften des Proj. III. sondern auch einige des Proj. IV. sprechen. Die Allmächtigkeit Gottes schänden, d. h. lästern — Gobler übersetzt es mit: omnipotentiam Dei infamans — gibt dann einen völlig befriedigenden Sinn.

Ein wirklicher von Schletter übersehener Redaktionsfehler liegt dagegen darin, dass der mit der Singularkonstruktion „so eyner“ — beginnende Satz plötzlich in den Plural

„sollen durch die amptleut angenommen, eingelegt vnd gestrafft werden“ —

überspringt; es ist dies aber daher gekommen, dass man die ursprünglich <sup>1)</sup> dem Nachsatze unmittelbar voraufgehenden Worte

---

<sup>1)</sup> Bamb. 127. Proj. I. 112.



„dieselben thetten auch diejenen so zuhören“ etc.  
in Proj. II. und den spätern Redaktionen fortgelassen hat,  
ohne an eine entsprechende Aenderung der folgenden weiter  
zu denken.

Ein ähnlicher Konstruktionsfehler stösst uns in

#### Art. 111

auf; hier heist es:

„Nemlich welche falsch münz machen, zeichen  
oder dieselbigen falsch münz auffwechslet oder  
sonst zu sich bringt, vnd widerumb geuerlich vnd  
bosshafftiglich dem nechsten zu nachtheyl ausgibt,  
die sollen nach gewohnheit — zum todt gestrafft  
werden.“

Proj. III. hatte noch die korrekte Fassung:

„— machen zeichen oder geferlich bosshafftiglich  
ausgeben“;

der Fehler findet sich zuerst in einem vom Kanzler Baier  
herrührenden Randvermerk in We.1, in welchem der neue Zu-  
satz flüchtig wie folgt formulirt ward:

„diselben geferlich auffwechselt oder sonst zu  
sich bringt, widerumb bosshafftiglich zu schaden  
seines nechsten“ —

und ist dann ebenso in mehrere Handschriften des Augsburger  
Entwurfs übergegangen. Da andere indessen die richtige  
Lesart:

„auffwechseln, an sich bringen, ausgeben“

haben,<sup>1)</sup> so sehe ich keinen Grund, sie nicht auch im Texte  
der Carolina wiederherzustellen.

#### Art. 120.

Alinea 2 lautet in den Drucken und den meisten Hand-  
schriften der Proj. III. und IV.:

„Item dass es auch gleicher weiss in dem fall, so eyn  
eheweib jren mann oder die person, damit der

---

<sup>1)</sup> Z. B. Dr.1.2., Be., Br., Wn.2.



ehebruch vollbracht hett, beklagen will, gehalten werden soll.“

Nur We.1 und Ba. haben das Richtige:

„damit er den ehebruch vollbracht hett,“  
und so muss es offenbar auch in der Carolina heissen. Der Fehler ist daher entstanden, dass man, wie aus Wn.1 zu ersehen, anfänglich zwischen der Aktiv- und der Passivkonstruktion schwankend gewesen.<sup>1)</sup>

#### Art. 124.

Der Schlusssatz:

„Aber die jhenen durch welcher verkuntschaffung richter oder oberkeyt die übelthetter zu gebürender straff bringen möchten, das mag on verwirckung eynicher straff geschehen“

findet sich in dieser Fassung in allen Handschriften der Proj. III. und IV., ist aber, wie der Augenschein lehrt, völlig korrupt. Da der richtige Sinn sich klar ergibt, genügt es auf den Fehler hingewiesen zu haben.

#### Art. 128.

Dieser Artikel enthält zwei leicht erkennbare Fehler. Der eine, der sich aus dem Speierer Projekte herschreibt, steckt in dem Satze:

„hierumb, wo dieselben — austretten, dieselb en, wo sie in gefengknus kemen, mit dem schwert — gericht werden,“

indem es hier statt: „dieselben, wo sie“ — nach Bamb. 153. Proj. I. II. 134 heissen muss: „die sollen, wo sie“ etc.<sup>2)</sup> Der zweite Fehler ist durch ein Versehen des Abschreibers des Augsburger Projekts entstanden. In dem Schlusssatze:

„wo aber jemandt aus forcht ayns gewalts vnd nit der meynung gemeynt, vom rechten zu dringen“

<sup>1)</sup> In Wn.1 lautete die Stelle: „damit der ehebruch vollbracht wurd.“ Das wurd ist dann in hette verändert.

<sup>2)</sup> Die Ausgaben von 1533 und 1534 verbessern den Fehler in der Art, dass sie das „sollen“ hinter „kemen“ eingeschaltet haben.



ist nämlich das ganz sinnlose

„nit der meynung gemeynt“

in einigen Handschriften (We.2., Wn.2.) lediglich für das in den andern stehende richtige: nit der meynung, yemant verschrieben und muss daher dieser letztern Lesart auch in der Carolina weichen.

Art. 131.<sup>1)</sup>

In dem Passus:

„doch so eyn weibs bild — alleyn vnd on hilff anderer weiber gebürt, welch onhilffliche geburt mit tödtlicher verdecktlicheyt geschehen muss“

haben sämtliche Entwürfe vom ersten bis zum letzten übereinstimmend mit dem Drucke die ausgezeichneten Worte. Es will aber nicht recht einleuchten, was der Gesetzgeber sich eigentlich unter einer hilflosen Geburt, die mit tödtlicher verdecktlicheyt geschehen, gedacht hat, während die ursprüngliche Fassung der Bamb. 156

„mit tödlicher verdligkeit“

den zutreffenden Gedanken zum Ausdruck bringt, dass die absichtlich herbeigeführte Niederkunft an sich schon das Leben des Kindes gefährde und deshalb als eine Anzeige des Kindesmords anzusehen sei. In der That ergiebt sich aus dem Folgenden, dass die abweichende Lesart in der Carolina nur aus der Verwechslung der ähnlich klingenden beiden Worte entstanden ist.

Verdechlickait für verdligkait fand sich nämlich in dem ersten Konzepte des Wormser Entwurfs (Handschrift W.) nicht nur an der hier besprochenen Stelle, sondern auch in der Ueberschrift des folgenden Artikels:

„straff der weiber so jre kinder — in verdecktlicheit von jn legen“

gesetzt, während auffallend genug im Kontexte desselben Art. das Wort verdligkeit aus der Bamb. unverändert beibehalten war. Hinterher ist diese Divergenz von dem Schreiber oder

---

<sup>1)</sup> Schletter, a. a. O. 25—27.



Konzipienten der Wormses Projekts in seiner letzten Redaktion bemerkt worden, der nun, ohne weiter darüber nachzudenken, auch im Texte den betreffenden Ausdruck umänderte. Als er dann weiter unten in Proj. I. 183 noch einmal in dem aus Bamb. 202 stammenden Satze:

„jedoch soll solche straff nicht leichtfertiglich oder  
on mergklich verdligkeit kunfftigs vbels —  
gescheen“ —

auf das Wort „verdlichkeit“ stiess, trug er kein Bedenken, auch hier das ihm in der Erinnerung geläufigere verdecktlichkeit hineinzukorrigiren. Auf diese Weise ist es gekommen, dass in dem Wormser Projekte in drei verschiedenen Artikeln die nämliche irrthümliche Verwechslung der beiden Worte wiederkehrt.<sup>1)</sup>

Bei der Nürnberger Revision der H. G. O. sah man zwar sofort den Fehler in dem Artikel von der Kindesaussetzung, Proj. 138 ein und verbesserte ihn in der Ueberschrift wie im Texte, indem an Stelle von verdecktlichkeit das richtige geuerlichkeit gesetzt wurde, in den beiden andern Stellen (Proj. 137. 183. = Carolina 121. 176.) ist dagegen die gleiche Korrektur diesmal und ebenso auch bei den spätern Revisionen vorzunehmen verabsäumt, und so der einmal begangene Fehler traditionell den sämtlichen Entwürfen und dem Gesetzestexte selbst überliefert worden. Die Statthaftigkeit seiner nachträglichen Verbesserung kann nach dem Gesagten nicht bezweifelt werden.

---

<sup>1)</sup> Uebrigens kommt verdligkeit in der Bamberg noch an einigen andern Stellen, nämlich in art. 166, 168 vor, und in diesen ist es von vorn herein in Proj. I. 146, 148 richtig durch „ferlickeyt“ wiedergegeben. Das Wort verdecktlichkeit ist in der Bamb. nur an einer einzigen Stelle, nämlich in a. 18 zu finden.

<sup>2)</sup> Die einzige Spur, dass man während der Redaktion den Fehler gemerkt hat, findet sich in der Handschrift M.1. Hier ist im art. 137 das Wort verdecklichkeit unterstrichen und am Rande: verlichait daneben geschrieben.



## Art. 136.

Wenn es hier heisst:

„— soll der herr des thiers darumb nach — radt der rechtverstandigen oder an enden als hernach vermeldet gestrafft werden“, —

so liegt die Flüchtigkeit in der Redaktion auf der Hand. Gemeint ist natürlich, es solle an enden etc. Rath gesucht werden, während die Fassung den Schein erweckt, als ob „an enden“ etc. gestrafft werden solle.

## Art. 137.

In dem Satze:

„vnd ein ander der eyn todtschlag oder aus gecheyt vnd zorn gethan vnd sunst auch gemelte entschuldigung nit hat“

ist zuvörderst ein übersehener Druckfehler zu konstatiren; statt auch gemelte muss es gemäss allen Handschriften nach gemelte heissen. Ueber das Wörtchen „oder“ ist ausführlicher zu reden.<sup>1)</sup>

Während in Bamb. 162 und ebenso in Proj. I. 143 die vom Unterschiede des Mords und des Todschlags handelnde Stelle ursprünglich also lautete:

„aber nach gewonheyt etlicher gegent werden die fursetzlichen morder vnd todtschläger<sup>2)</sup> einander gleich mit dem rade gericht, darinnen sol vnterscheyde gehalten werden, vnd also das ein fursetzlicher mutwilliger mörder mit dem rade, vnd ein ander der einen todtschlag auss jheheit vnd zorn gethan — mit — dem schwert — gestrafft werden sollen,“

taucht zuerst in Proj. II. und demnächst auch in Proj. III. die nachstehende, durch zweimalige Einschaltung des zur Bezeichnung des Todtschlags gebrauchten Beiworts „vnfursetzlich“ veranlasste abweichende Fassung auf:

<sup>1)</sup> Zöpfl, P. G. O. Einl. 10—12.

<sup>2)</sup> Einige Handschriften des Proj. I. haben: oder todschleger.



„— werden die fursetzlichen morder vnd die unfursetzlichen todschleger einander gleich — gericht, darinnen — — vnd also das ein fursetzlicher mutwilliger morder mit dem rade, vnd ein ander der einen todschlag vnfursetzlich oder aus jagheit vnd zorn gethan mit dem schwert“ — u. s. w.

Später bei der Revision zu Augsburg gab man diese Neuerung zwar durch Weglassung des „vnfursetzlich“ wieder auf, versäumte aber dabei das nunmehr überflüssig gewordene „oder“ an der zweiten Stelle gleichfalls zu streichen.<sup>1)</sup> So ist dasselbe lediglich aus Versehen als ein zusammenhangloser Rest der früheren Entwürfe in dem authentischen Texte des Gesetzes stehen geblieben und muss unbedenklich zur Herstellung der von den Redaktoren beabsichtigten richtigen Fassung als nicht vorhanden betrachtet werden.

Wie sind nun aber die Redaktoren auf die gedachte Abweichung von der Bamberg. verfallen und welche Bedeutung hat sie gehabt? Diese Fragen führen zu einem Exkurse über die Begriffsbestimmung von Mord und Totschlag nach der Bamberg. und der Carolina.

Dass die Ausdrücke Mord und Totschlag in den beiden Ordnungen nicht, wie es wol in andern Rechtsaufzeichnungen jener Zeit geschehen, beliebig mit einander vertauscht werden dürfen, sondern zwei scharf auseinander gehaltene Arten der

---

<sup>1)</sup> Die Redaktionsänderung geschah allerdings nicht auf einmal. Anfänglich strich man das vnfursetzlich nur an der ersten Stelle, ersetzte es hier durch das Wort: „sunst“, liess es aber an der zweiten Stelle stehen. So heisst es in We.1: „— werden die fursetzlichen morder vnd sunst die todschleger einander gleich — vnd ein ander der einen todschlag vnfursetzlich oder aus jagheit etc.“ — Später holte man die an der zweiten Stelle versäumte Weglassung des vnfursetzlich nach, beging aber den neuen Fehler, das „oder“ stehen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch an der ersten Stelle die Worte: „sunst die“ wieder gestrichen. Die Handschriften des Augsburger Projekts stimmen mit dem Drucke der Carolina überein, nur in Ba. fehlt das „oder“. Die Stelle lautet hier korrekt: „vnd ein ander, der ein todschlag aus geheit vnd zorn gethan.“ Vergl. Beilage IV. zu a. 137.



bösen Tödtungen bezeichnen, leuchtet auf den ersten Blick ein.<sup>1)</sup> Da nun an mehreren Stellen die Beiworte: *fursetzlich*, *furgesetzt* als Begleiter des Mordbegriffs auftreten, nirgends dagegen in Verbindung mit dem Todschlage vorkommen,<sup>2)</sup> so erscheint der Schluss gerechtfertigt, gerade in ihnen das charakteristische Unterscheidungsmerkmal beider Begriffe zu suchen. John hat nun neuerdings behauptet, *fursatz* und *fursetzlich* seien in der Carolina durchaus im Sinne unseres heutigen Sprachgebrauchs zu verstehen und daraus gefolgert, dass Mord nicht die praemeditirte Tödtung sondern jede vorsätzliche Tödtung mit Ausschluss der Affecttödtung, d. h. des Todschlags bedeutet habe.<sup>3)</sup> Wäre diese Ansicht richtig, so hätte unsere Wissenschaft bisher an einem groben Irrthum laborirt, den trotz rechtsverjährter Zeit als solchen anzuerkennen die erste Pflicht wahrheitsliebender Forschung sein müsste. Allein die John'sche Theorie ist in der That selbst nicht haltbar, wie sich aus dem Folgenden erweisen lässt.

Die Bamberg. wie die Carolina bedienen sich zur Bezeichnung des verbrecherischen Dolus einer Reihe von Wendungen, von denen einige wie: „bosshafftig, arglistig, geuerlich“ das Vorsätzliche überhaupt, andere wie „freuenlich, gewaltig, unerlich, betriglich“ u. s. w. mehr konkreter schattirte und spezialisirte Willensrichtungen ausdrücken. Das Wort *fursetzlich* gehört aber überhaupt nicht zu den in der Bamb. gewöhnlich gebrauchten; es findet sich in ihr abgesehen vom Morde nur noch ein einziges Mal in a. 140<sup>4)</sup> und in der

---

<sup>1)</sup> Auch die Worte: „ermorden, ermordt“, werden ausschliesslich nur vom Morde, beim Todschlage dagegen „entleiben, erschlagen, der erschlagen“ angewendet. — C. 26. 33. 34. u. a. m. — Der Clagspiegel spricht von „manschlacht oder mörderey“. Tengler nennt „furseczlichen todschlag“, Mord, spricht aber auch von „mordlichen todschlag.“

R.-A. 1512. IV. § 3: „fursetzlich böslich vnd wider recht totschlagen und ermorden.“ Vergl. Landfr. 1521. VII. § 8.

<sup>2)</sup> C. 130. 131. 137. 148.

<sup>3)</sup> Deutsche Strafrechtszeitung 1866, 389.

<sup>4)</sup> Bamb. 140: „Item so ein procuratorfursetzlicher geuerdlicher weyss seiner parthey zu nachteyl — handelt.“



Carolina, wo es allerdings noch an fünf Stellen angetroffen wird, erscheint es stets in Verbindung mit einem der andern den Dolus ausdrückenden Adjectiva.<sup>1)</sup> Wird in den Gesetzen der animus necandi im Allgemeinen, namentlich im Gegensatze zur Fahrlässigkeit und zum Zufall hervorgehoben, da werden regelmässig Ausdrücke wie: „bösslich, arglistig, mit willen“ nicht aber „fursetzlich“ gebraucht.<sup>2)</sup> Schon diess lässt erkennen, dass mit „fürsetzlich“ beim Morde etwas Anderes gemeint gewesen sei, als der einfache Tödtungsvorsatz, dessen spezielle Hervorhebung gerade bei diesem nur vorsätzlich begehbaren Verbrechen den Verfassern eine kaum glaubliche Trivialität zutrauen hiesse, Ueber die wahre Bedeutung des Worts gibt uns glücklicherweise eine bisher ganz übersehene Stelle der Bamberg. befriedigenden Aufschluss. In Bamb. 250 wird nämlich bei gewissen Verbrechen eine Art Sammhafft der Gemeindengenossen für die Kosten festgesetzt, und als ein solcher Fall auch die

„furgesetzte mörderi, die mit bosshafter vorbetrachtung vnd verwartung beschicht“ erwähnt, zur Erläuterung und des Gegensatzes wegen aber ausdrücklich beigefügt

„doch sollen in disem fall todschlag, die von vngeschichten aus zorn vnd on bösen furgesetzten willen gescheen, nit gezogen werden“

Diese Stelle liefert den Schlüssel zur Feststellung des Mordbegriffs; denn es ist klar, dass bosshafte vorbe-

---

<sup>1)</sup> Nämlich: 1) C. 107 (Meineid) — „wer solch falsch schwerer mit wissen fursetzlich vnd argklistiglich darzu anrichtet“. 2) C. 108 und 176 (Urfehdebruch) — „so aber eyner ein vrphede — fursetzlich vnd freuenlich verbreche.“ 3) C. 115 (Praevarication) = Bamb. 140. 4) C. 127 (Aufruhr) — „so eyner in eym landt — geuerliche fürsetzliche vnd bosshafte auffruren — macht.“ 5) C. 135 (Abtreibung) — „so solch übel fürsetzlicher vnd bosshafter weiss beschicht.“ — Bemerkenswerth ist, dass in den Fällen 2, 4, 5 das Wort bei der Nürnberger Revision (Proj. II.) zuerst aufgenommen ward.

<sup>2)</sup> C. 142. „darumb die entleibung — bösslich bescheen war“. C. 146. — „dan was arklistig vnd mit willen geschicht“.



trachtung vnd verwartung nur eine nähere Erklärung und Umschreibung des „bösen furgesetzten willen“ seien. Vorbetrachtung bedeutet nun nichts anderes als Praemeditation: die feste, wohlüberlegte, vorher bedachte Willensbestimmung in Richtung auf die That, im Gegensatze zur aufflammenden Hitze des Affekts, verwartung aber, — das in ähnlicher Verbindung zur Charakterisirung des Mords auch noch in sonstigen Rechtsquellen zu finden <sup>1)</sup> — entspricht unserm Auflauern, wobei an den damals gewöhnlichsten Fall des Raubmordes gedacht sein wird <sup>2)</sup> und soll nur als ein recht prägnantes Beispiel der Vorbetrachtung dienen. In der Vorbetrachtung, in der Ueberlegung, in dem wohlbedächtigen Handeln besteht hienach der fürsatz beim Morde. Wer mit Vorbetrachtung tödtet, wird eben deshalb ein „furgesetzter morder“ genannt, während, wenn die Vorbetrachtung fehlt, die „on bösen furgesetzten willen“ erfolgte Tödtung auch nicht als Mord angesehen werden darf. Der Giftmischer wird daher mit Recht dem „furgesetzten morder“ gleichgestellt (in der Handschrift We.1 findet sich dabei noch die bedeutungsvolle Randglosse: „bedechtigen“ — ein Beweis dafür, dass die Redaktoren der Carolina, auch wenn sie den art. 250 der Bamb. formell nicht in das Reichsgesetz aufgenommen haben, doch durchaus die Rechtsanschauung jener getheilt haben —); die Mutter, welche mit Verheimlichung der Schwangerschaft hülfslos gebiert und — mit „bosshaftem fürsatz jre geübt leichtfertigkeit verporgen zu halten“ — das neugeborne Kind ertödtet wird Mörderin genannt, da auch sie nur mit Vorbedacht gehandelt haben kann; und das Gleiche gilt vom Arzte, der nicht aus Fahrlässigkeit sondern williglich durch seine Arznei den Patienten ums Leben bringt.<sup>3)</sup> Wenn endlich in Car. 137

<sup>1)</sup> Ofener Stadtrecht (1421) a. 306: „mit langem pedachten vorsacz vnd mit vorwartung“.

<sup>2)</sup> Bei den Mordindizien C. 33. 48 wird an die Wegnahme der Habe des Ermordeten gedacht. Auch Gobler übersetzt Mord stehend mit latrocinium.

<sup>3)</sup> C. 130. 131. 134. Auch die S. 235 Not. 1 aufgeführten Fälle sind durchweg solche, welche ohne einen gewissen Grad überlegten Wollens, ohne ein vorbedächtiges Handeln nicht gedacht werden können.



von einem mutwilligen Mörder gesprochen wird, so bezieht sich das weniger auf den Vorsatz als auf die Ursache und Veranlassung zur That. „Mutwillig“ bedeutet hier und an andern Stellen das Handeln *sine causa*, das Fehlen jeglichen rechtfertigenden oder entschuldigenden Anlasses.<sup>1)</sup> Der Mörder wird daher mutwillig genannt, in so fern er sich lediglich aus eigenem Antriebe, aus eigener Lust zur That hat bestimmen lassen.

Wie den Mord die Vorbetrachtung, so charakterisirt den Todschat das Handeln im Affect, die Jähheit, der Zorn. Dies Moment wird überall, wo Todschat angenommen, entweder ausdrücklich hervorgehoben oder doch stillschweigend vorausgesetzt.<sup>2)</sup> Dabei ist man sich aber wohl bewusst gewesen, dass auch der Todschatler mit bösem Willen, also dolose tödte, und Stellen, in denen Todschatle „on bösen fürgesatzten willen“, „von vngeschichten“ erwähnt werden, drücken nicht die Negation jedweden Tödtungsvorsatzes, sondern im Gegensatze zum Morde nur die Abwesenheit des spezifischen Mord-fürsatzes, der Vorbetrachtung aus.<sup>3)</sup> Die fahrlässige oder zufällige Tödtung wird daher in der Bamb. und Carolina niemals Todschat genannt, sondern heisst stets entleibung, was im allgemeinen Tödtung überhaupt ohne Rücksicht auf Schuld oder Nichtschuld bedeutet; und das Gleiche gilt auch von den völlig entschuldigten

---

<sup>1)</sup> Z. B. in C. 16. mutwilliger feindt oder friedbrecher. C. 126. mutwillige beschediger. C. 128. mutwillig bevehden. Vergl. noch Bamb. 252. mutwilliger Cleger.

<sup>2)</sup> C. 137: „todschat aus gecheit vnd zorn“. C. 34: „todschatleg, so in offenbaren schlahen oder rumorn bescheen.“ C. 148: — „so aber etlich person vngeschichts in einem schlagen oder gefecht bei einander weren, — der soll als ein todschatleger mit dem schwert — gestrafft werden.“ Vergl. Bamb. 145: — „vnd schlecht jn aus hitzigem gemüt darob zu tode.“ Bamb. 250: „— todschatleg, die von vngeschichten aus zorn vnd on bosen fürgesatzten willen gescheen“.

<sup>3)</sup> „Ungeschichts“, „von vngeschichten“ kommt allerdings auch in dem Sinne von „sine dolo“, i. e. casu vel culpa vor. So in C. 146. In C. 148, Bamb. 250 bedeutet es aber jedesfalls nicht dies, sondern sine dolo praemeditato.



oder gar gerechtfertigten straflosen Tödtungen.<sup>1)</sup> Nur eine scheinbare Ausnahme ist es, wenn in der Ueberschrift zu C. 138 von

„vnlaugenbaren todschlegen — so entschuldigung der straff auf jnen tragen“

gesprochen wird; denn die folgenden Artikel ergeben, dass die Ausdrücke Todschlag, Todschläger hier nur da gebraucht werden, wo es von vorn herein noch nicht feststand, ob die Tödtung eine völlig entschuldbare gewesen.<sup>2)</sup> Es hängt dies mit der Struktur des Prozesses der Carolina zusammen, der beim Mangel des Eventualprinzips die gleichzeitige Geltendmachung disparater Vertheidigungsmittel durchaus zuwiderlief. Leugnete also der Beklagte die That, so durfte er sich nicht zugleich auf Entschuldigungs- oder Rechtfertigungsgründe berufen; wollte er sich solcher zur Abwehr der Anklage bedienen, dann musste er vor Allem die That als geschehen einräumen; denn nur bei „bekentlicher oder vnlaugenbarer“ That kam es überhaupt zum Entschuldigungsbeeweise.<sup>3)</sup> So lange nun dieser noch nicht geführt war, blieb Nichts anderes übrig, als die That so wie sie äusserlich erschien, die vorsätzliche Tödtung mithin als vnlaugenbaren Todschlag zu qualifiziren, eine Bezeichnung, die allerdings unanwendbar wurde, so bald sich hinterher die Entschuldigung als vorhanden und richtig erwiesen hatte.

Jetzt wird es auch klar sein, was die Redaktoren des zweiten und dritten Entwurfs gemeint, wenn sie dem Todschlage in art. 137 das Beiwort „vnfursetzlich“ beigelegt hatten. Sie haben damit keineswegs die kulposen oder gar die kasuellen

---

<sup>1)</sup> C. 146. „Von vngeuerlichen entleibung, die wider eins thätters willen geschicht.“ C. 150: — „es sein sunst ander mer entleibung, die ettwo aus vnstrefflichen vrsachen beschehen“ etc. — Andrer Meinung: Hälschner, System II. 53; Waechter u. a.

<sup>2)</sup> Vergl. C. 142. 143. und Bamb. 163. 167. 169. Es sind Fälle vermeintlicher Nothwehr oder des Nothwehrexcesses. Bemerkenswerth ist, dass im Kontexte von C. 138 nicht von Todschlägen sondern von Entleibungen gesprochen wird.

<sup>3)</sup> C. 13, 141, 142, 151, 152, 183—187.



Tödtungen den Affekttödtungen gleichstellen und den Begriff des Todschlags auch auf sie ausdehnen wollen,<sup>1)</sup> sondern vnfürsetzlich bildete hier, wie auch an andern Stellen nur den Gegensatz zu „fürsetzlich“, und drückte allein den Mangel der Vorbetrachtung, mithin genau dasselbe aus, was in Bamb. 250 mit den Worten: „on bösen furgesatzten willen“ bezeichnet wird, ohne jedoch den auch für das Handeln im Affekt erforderlichen Dolus auszuschliessen.<sup>2)</sup> In diesem Sinne konnten die Redaktoren mit Fug und Recht dem Todschlage zum Unterschiede vom Morde das ihn charakterisirende Schlagwort vnfürsetzlich beilegen. Dass man dasselbe hinterher wieder aufgeben,

---

<sup>1)</sup> Diess muss John konsequenterweise annehmen. Die von ihm aus Kress angeführte Variante zu Proj. III. 143: „vnfursetzlich oder aus geilheit vnd zorn“ beweist Nichts, weil keine Handschrift das Wort: geilheit hat und die Verwechslung desselben mit dem allein richtigen geheit sehr nahe liegt.

<sup>2)</sup> Das Wort: „vnfursetzlich“ kommt in der Carolina an folgenden zwei Stellen vor:

1) C. 148. Ueberschrift: „straff der jhenen, so eynander in morden schlagen vnd rumorn fursetzlich oder vnfürsetzlich beistand thun.“ Dass es hier nur den Mangel der Mord-Praemeditation, nicht aber den Mangel des Vorsatzes überhaupt bedeute, ergiebt der Text unzweideutig.

2) C. 134: „so eyn artzt aus vnfleiss oder vnkunst vnd doch vnfursetzlich jemandt mit seiner artznei tödtet.“ Den Gegensatz dazu bildet der Schluss des art.: „het aber ein arzt solch tödtung williglich gethan etc.“ Auch hier bedeutet vnfursetzlich nicht dasselbe, was mit: „aus vnkunst oder vnfleiss“ gesagt ist; dem widerspricht schon die Verbindung mit „vnd doch.“ Der Sinn ist: wenn ein Arzt jemand durch seine Arznei absichtlich tödtet, so kann dies nur mit Vorbedacht (williglich) geschehen sein, soll er wegen blosser Fahrlässigkeit gestraft werden, so muss jedesfalls feststehen, dass er eben ohne Absicht — „vnd doch vnfursetzlich“ — gehandelt habe.

3) Ausserdem hat We.1 a. 152: „entleibungen die vngeuerlich aus geilheit oder vnfursetzlikait, doch wider des thäters willen bescheen. Dies wäre eine Stelle, wo vnfursetzlich im Sinne von culpos vorkäme. Allein die Lesart ist apokryph. Alle übrigen Handschriften der ältern vnd neuern Entwürfe lesen: vnfursichtigkeit, so dass offenbar ein Versehen des Abschreibers vorliegt und die Stelle überhaupt nichts beweist.



beweist keine Aenderung in den Ansichten, sondern ist nur ein Beleg dafür, dass der Begriff des Todschlags auch ohne ein solches prägnantes Beiwort als technisch feststehend und allgemein verständlich angenommen worden ist.

---

Art. 138.

Schon den ältern Kommentatoren: Kress, Böhmer u. a. ist die Lückenhaftigkeit der Stelle

„vnd werden doch die jhenen, so solch entleibung thun, aus guten vrsachen, als etlich alleyn von peinlicher vnd bürgerlicher straff entschuldigt“

nicht entgangen; <sup>1)</sup> rechten Sinn erhält sie erst, wenn man aus Bamb. 163. Proj. I. II. 144 die zuerst in Proj. III. aus Versehen beim Abschreiben hinter „peinlicher“ ausgefallenen Worte:

„vnd dann etlich andere von peinlicher —“ wieder als ergänzt hinzudenkt.

Art. 142.

Dass an zwei Stellen dieses Artikels, nämlich im Eingange:

„so der anklager der ersten tödtlichen anfechtung —“

und dann im weiteren Verlaufe:

„vnd darumb gegen demselben übelthätter tödtlich handlung, zwang oder gefengnus — fürneme“

statt tödtlich beidemale tathlich zu setzen, ist von Schletter aus sachlichen Gründen überzeugend dargethan.<sup>1)</sup> Auch der Quellenbefund spricht dafür. Denn nicht nur haben Bamb. 167 und noch Proj. I. II. 148 die richtige Lesart thetlich, sondern sie findet sich auch in mehreren Hand-

---

<sup>1)</sup> Gobler übersetzt ohne den Fehler zu merken: „vel tantum a capitali et civili poena excusantur“.

<sup>2)</sup> Schletter, a. a. O. 27—30.



schriften der Proj. III. und IV., während allerdings in einigen sich durch Korrumpirung von tatlich die falsche Variante totlich eingeschlichen und aus ihnen ihren Weg in den Text der Carolina gefunden hat.<sup>1)</sup> Die vorgeschlagene Verbesserung ist daher ohne Weiteres zu acceptiren.

#### Art. 151.

Auch bei diesem Artikel hat Schletter die beiden Fehler, an denen er leidet, richtig erkannt; <sup>2)</sup> ich verweise deshalb lediglich auf seine Bemerkungen.

#### Art. 157.

Ein auffälliger Redaktionsfehler findet sich hier in dem Satze

„vnd sol der beschedigt mit derselben einfachen vergleichung (aber mit der übermass nit) der oberkey geltbuss vorgehn“;

denn im Voraufgehenden ist zwar von der poena dupli des Diebes und der einfachen Werthserstattung an den Bestohlenen, mit keiner Silbe aber von einer Geldbusse an die Obrigkeit die Rede. Der Fehler stammt aus Proj. III. Bamb. 183, 184 sowie Proj. I. II. 164, 165 hatten allerdings sowohl neben der poena dupli beim heimlichen wie neben der poena quadrupl beim offenen Diebstahl dem Diebe noch eine dem Richter zu bezahlende geweddeähnliche Busse von gleichem Betrage auferlegt, <sup>3)</sup> und zu ihr passte auch die Bestimmung, dass im Falle der Konkurrenz diese Busse dem einfachen Werthersatz nachstehen solle. Bei der Speierer Redaktion ist jedoch in beiden Fällen die Busse beseitigt, und sind in beiden Artikeln die darauf bezüglichen Worte weggelassen; folgeweise hätte auch der das Vorzugsrecht der Busse betreffende Passus ge-

---

<sup>1)</sup> Be. hat an der zweiten Stelle tatlich. Ba. Br. haben beidemale tatlich.

<sup>2)</sup> Schletter, a. a. O. 30—32.

<sup>3)</sup> Bamb. 183. „Vnd mag vnser Richter an vnser stat auch als vil vom dieb nemen, als er dem beschedigten gibt.“ A. 184 — „das er dem beschedigten den diebstal vierfeltig zahlen — dem richter auch als vil geben — sol.“



strichen werden müssen. Dies ist aber aus Versehen unterblieben und so die gegenstandlos gewordene Bestimmung in die Carolina gekommen. Eine Ergänzung aus der Bamberg., wie sie von Einigen vorgeschlagen,<sup>1)</sup> ist hiernach durchaus unstatthaft; es bleibt nichts übrig, als die bezüglichen Worte für nicht geschrieben zu erachten.

Art. 166.

Zöpfl und Andere<sup>2)</sup> rechnen diesen vom Stehlen in rechter Hungersnoth handelnden Artikel ebenfalls zu den fehlerhaften; sie wollen an der Stelle:

„wo dan derselb diebstal tapffer, gross vnd kündlich wer —“

— wie sie im Drucke und in sämmtlichen Handschriften des Speierer und Augsburger Entwurfs lautet — hinter „diebstal“ ein angeblich aus Versehen weggelassenes nicht einschalten, so dass das gerade Gegentheil von dem herauskommen soll, was der Wortlaut des Gesetzes jetzt besagt. Meines Erachtens ist diese Emendation eine durchaus verwerfliche. Man beruft sich für dieselbe zwar auf Bamb. 193 und Proj. I. 173, welche beide noch eine Negation enthielten:

„vnd derselbig diebstal nicht sunderlich gross, geuerlich oder schedlich were“,

übersieht aber dabei, dass bei einer späteren Aenderung der Stelle diese Negation absichtlich fortgelassen ist. Schon in Proj. II. begegnet sie uns nämlich in folgender wesentlich abweichender Gestalt:

„so der diebstal etwas tapffer gross vnd geuerlich were“,

und wenn auch demnächst in Proj. III. und in dem Gesetzestexte das Wörtchen etwas wieder gestrichen, und für „geuerlich“ der Ausdruck „kündlich“ beliebt worden, so ist doch nach Allem so viel klar, dass die ursprüngliche Fassung der Bamb.

<sup>1)</sup> Z. B. von Feuerbach, § 329 N. c.

<sup>2)</sup> Walch drückt sich unbestimmt aus. Vergl. Glossar. 36. 465. Opusc. III. 280.



bewusst verlassen ist und dass daher auf sie auch nicht zur Restituierung der weggelassenen Negation mehr zurückgegangen werden darf.

Allerdings ist mit dieser Fassungsänderung zugleich eine wesentliche Sinnesänderung vorgegangen, und es wäre verkehrt, in art. 166 der Carolina noch denselben gesetzgeberischen Gedanken suchen zu wollen, den art. 193 der Bamberg. ausgedrückt hatte. Nach der letztern sollte der Diebstahl in rechter Hungersnoth nur dann je nach Umständen leichter bestraft oder straflos gelassen werden, wenn er weder objectiv noch subjectiv besonders schwer wog, wenn ausdrücklich festgestellt worden, dass er nicht

„sunderlich gross, geuerlich oder schedlich were“; in der Carolina ist dagegen von dieser Voraussetzung nicht mehr die Rede; die mildere Bestrafung, ja sogar die völlige Straflosigkeit soll nach dem Ermessen des Richters eintreten dürfen, selbst wenn der Diebstahl in solchem Fall ein besonders grosser und auffallender — tapffer gross vnd kündtlich — gewesen. Während also die Idee und Bedeutung des Nothstandes den Verfassern der Bamberg. nur sehr verhüllt vorgeschwebt hatte, ist er nunmehr im Reichsgesetze zur klaren und bewussten Anerkennung gekommen.

#### Art. 168.

Mit Recht hat Schletter in dem Eingange

„Item so yemandt sein gehawen holtz dem andern heimlich hinweg füret —“

in dem auffälligen Gebrauche von „sein“ in Beziehung auf die erst nachher genannte Person des Bestohlenen Anstoss genommen.<sup>1)</sup> Es liegt hier in der That ein Redaktionsversehen vor. In Bamb. 194, Proj. I. 175 lautete nämlich die Stelle anfänglich:

„so einer yemand sein gehawen holtz heimlich hinweg füret“

---

<sup>1)</sup> Schletter, a. a. O. 33. 44.



und in Proj. II. mit einer unbedeutenden Modification so:

„so man yemant sein gehawen holtz —“;

das Wörtchen „sein“ hatte in beiden Fällen noch seine volle Berechtigung; es verlor sie aber, als bei der Redaktion zu Speier der Stelle folgende Fassung gegeben ward:

„so yemant gehawen holtz dem andern heimlich hinweg füret.“

Wenn das nunmehr überflüssig gewordene „sein“ aus Irrthum in einigen Handschriften des Proj. III. stehen geblieben <sup>1)</sup> und dadurch in den Text der Carolina gekommen ist, so muss die unterlassene Streichung desselben jetzt nachträglich unbedenklich erfolgen.

#### Art. 171.

Die im Drucke und in allen Handschriften des Augsburger Entwurfs gleichlautende Ueberschrift zu diesem Artikel:

„Diebstall heylicher oder geweichter ding an vnd vngeweichten stetten

ist, wie der erste Blick lehrt, korrumpirt. Der Fehler stammt auch hier aus der Speierer Redaktion. Denn während noch Proj. I. II. 178 die richtige Fassung der Bamh. 197:

„Diebstal heylicher oder geweychter ding an geweichten vnd vngeweychten stetten“

wiedergeben, findet sich die falsche der Carolina mit einigen ebenso verkehrten Varianten in sämtlichen Handschriften des Proj. III. <sup>2)</sup> Da keine derselben einen befriedigenden Sinn giebt, muss die Korrektur nach Massgabe der Bamb. und der älteren Entwürfe bewirkt werden.

<sup>1)</sup> Dr.1. Wn.1. Die richtige Lesart u. a. in We.1. Pa.

<sup>2)</sup> Es finden sich folgende Varianten:

Wn.1. — an vnd vngeweichten stetten;

Dr.1 Be. — an vnd geweichten stetten;

We.1. M.1.2. Pa. — an vnd jn geweichten stetten.

Der Fehler ist offenbar durch Ueberspringen einer Zeile beim Abschreiben entstanden.



## Art. 174.

In dem Schlusssatze:

„doch soll in solchen kirchenrauber vnd diebstalen weniger barmhertzigkeyt beweist werden“

ist natürlich kirchenrauben zu lesen; der Fehler ist übrigens nicht erst beim Drucke entstanden; er findet sich schon in den Handschriften des Proj. IV.<sup>1)</sup>

## Art. 175.

Im Eingange:

„es sollen auch die diebstall, so an geweichten dingen vnd stetten begangen, die hungersnott, auch jugent vnd thorheydt der personen — — angesehen werden“

passt der Nominativ „die diebstall“ nicht zu dem darauf folgenden Verbum. Der Fehler, der von Proj. III. ab allen Texten eigenthümlich, rührt aus einem Missverständnisse von Bamb. 201 und Proj. 182 her, wo es an der entsprechenden Stelle heisst:

„doch soll in geystlichen diebstalen die hungersnot — angesehen — werden“

Er ist daher durch Verwandlung von „die diebstal“ in „in diebstalen“ wieder zu beseitigen.

## Art. 176.

Obschon die Lesart:

„— vnd dann die selbig person desshalb keyn notturfft caucion, gewissheydt oder sicherheydt machen kündt“

handschriftlich beglaubt ist, so ist doch dem Sinn entsprechend mit andern Handschriften richtiger:

„notturfftig caucion“

zu lesen.

Dass in demselben Artikel

„on merglich verdecktlicheydt künfftigs übels“

nur aus Versehen für:

---

<sup>1)</sup> Nur Br. hat das Richtige.



„on merklich verdligkeit“ etc.  
gesetzt worden, habe ich schon bei art. 131 nachgewiesen.

Art. 180.

Zu der von Zöpfl auf Grund von Bamb. 206 und Proj. I. 187 für nöthig befundenen Einschaltung eines „hat“ hinter  
„so eyn hütter — eynem der peinlich straff verwirckt“  
sehe ich keinen genügenden Grund, da in allen späteren Entwürfen das Wort fortgefallen, und die Weglassung des Hülfszeitworts auch sonst in der Sprache der Carolina nicht ungewöhnlich ist.

Art. 193.

„Ausschreiben“ in dem Satze:

„so soll alsdann der gerichtsschreiber die „vrtheil — nachuolgender meynung im ausschreiben formirn“  
findet sich zwar in den Handschriften des Proj. III. und IV.; dennoch halte ich es für falsch, und würde mit Bamb. 217 und Proj. I. II. 198 sowie mit Rücksicht auf den in andern Fällen feststehenden Sprachgebrauch <sup>1)</sup> „aufschreiben“ vorziehen.

Art. 196.

In der Stelle:

„solch vrtheyl der Richter doch nit anders dann mit  
wissentlichem radt oder beuelch seiner oberkeyt —  
beschliessen“

ist hinter „solch vrtheil“ aus Bamb. 222, Proj. I. II. 204 ein irrtümlich ausgefallenes „soll“ zu ergänzen.

Art. 204.

In dem Schlusssatze dieses Artikels haben sich aus dem dem Original der Carolina zu Grunde liegenden Augsburger Texte zwei fehlerhafte Varianten eingeschlichen, die jedoch durch Vergleichung mit den bessern Handschriften als solche sofort zu erkennen und zu verbessern sind. Statt

---

<sup>1)</sup> Vergl. Car. 81. 89. 196.



„— auf besetzung des gerichts der scheffen oder vrtheylen“

muss es natürlich „vrtheyler“<sup>1)</sup> heissen; und in dem folgenden:

„— soll durch des gerichts oder desselben gerichts oberkeyt — bezalt werden“

ist des gerichts für das gericht verschrieben.<sup>2)</sup>

#### Art. 210.

Auch die falsche Lesart der editio princeps: „dem soll die aussbrüchig hab“ für „ansprüchig hab“ muss dem Originale der Carolina schon eigen gewesen sein, denn sie findet sich gleichfalls in einer der Augsburger Handschriften.<sup>3)</sup>

#### Art. 215.

In: „— das alsdann gedachte oberkeyten oder jre beuelhaber alle die, so sich zimmerhandtwerks vmb lon gebrauchen — — durch desselben peinlichen gerichts büttel oder amptknecht auff eynen namhafftigen tag erfordern, und jn das — zuvor verkünden lassen“

erheischt der Sinn offenbar erfordern, was auch Proj. II. ursprünglich hatte.<sup>4)</sup>

Wenn es weiter in demselben Artikel heisst:

„auch derhalb von niemant geschmecht, veracht oder verkleint werden sollen, so aber eyner jemandts derhalb verclagt, verschmecht oder verkleinet würde“, —

so ist unbedenklich auch das zweite Mal statt verclagt mit den besseren Texten veracht zu setzen. Die irrige

<sup>1)</sup> We.2. Wn.2. haben die falsche, Dr.1.2. Ba. Br. die richtige Lesart.

<sup>2)</sup> Wn.2., Ba., Be., Br. haben: das gericht.

<sup>3)</sup> Nämlich in der Mainzer Handschrift Wn.2.; das Original der C. C. C. ist wahrscheinlich aus ihr hervorgegangen.

<sup>4)</sup> Proj. III. IV. haben durchweg: erfordern, erfordere, erfordert.



Lesart kommt übrigens schon in Handschriften des Proj III. vor.<sup>1)</sup>

Art. 218.

In dem Satze:

„so werden auch an vilen peinlichen gerichtten vnd derselben mancherley missbreuch erfunden, als dass die gefengknus nit zu der verwarung“ — etc.

muss, wie schon Geo. W. Boehmer bemerkt hat,<sup>2)</sup> hinter vnd derselben etwas ausgelassen sein. Die von ihm vorgeschlagene Ergänzung des Worts „gefengknuss“ will jedoch m. E. zu dem folgenden nicht passen; sehr viel näher liegt die Einschaltung des Worts oberkeyten, von deren Missbräuchen ja gerade hier gehandelt wird. Die Stelle würde richtig also zu lauten haben:

„so werden auch an vilen peinlichen gerichtten vnd derselben oberkeyten mancherley missbreuch erfunden —“

und sie giebt so einen befriedigenden Sinn.

Demselben Artikel gehört auch die berüchtigte crux interpretum an:

„Item an etlichen orten, so eyn übelthetter ausserhalb des lasters vnser beleidigten Maiestat oder sunst in andern fellen, so der übelthetter leib vnd gut nit verwirkt, vom leben zum todt gestrafft, werden weib vnd kinder an bettelstabe vnd das gut dem herrn zugewisen.“

Bekannt sind die vielen und vergeblichen Versuche die Stelle sei es ohne, sei es mit einer Text- oder wenigstens Interpunktionsänderung zu erklären.<sup>3)</sup> Während die Einen die

<sup>1)</sup> Dr.1.2. We.2. haben verclagt; Wn. 1.2. Be.: veracht.

<sup>2)</sup> N. Arch. 1836. 533. Anm. 1.

<sup>3)</sup> Vergl.: Koch, Vorrede zur P. G. O. 51 ff. Walch, introd. in lection. C. C. C. 8. 51. 56. Geo. W. Böhrmer, N. Archiv. 1836, 531 u. ff. Gonzenbach, Zeitschrift für deutsches Recht XVII. 250 u. ff.



Streichung des Wörtchens oder (Carpzow) oder die Umwandlung desselben in aber vorschlugen (G. W. Böhm), glaubten Andere den Stein des Anstosses bald durch Veränderung des „nit verwirkt“ in „mit verwirkt“ (Goldast), bald durch Weglassung des „nit“ hinwegräumen zu können, derer nicht zu gedenken, die auf sonstige mehr oder minder gezwungene Weise einen erträglichen Sinn den Worten herauszupressen bemüht gewesen. Keinem der bisherigen Versuche ist es gelungen, sich allgemeine Anerkennung zu verschaffen, und auch der folgende nimmt nur das Verdienst eines Beitrags zur richtigen Lösung der Frage in Anspruch.

Wir befinden uns dem art. 218 gegenüber in einer verhältnissmässig ungünstigen Lage. Erst bei der Augsburger Revision, und auch hier erst bei der letzten Lesung entstanden,<sup>1)</sup> entbehrt der Artikel aller und jeder Vorarbeiten, und die frühern Entwürfe, die wir sonst zu Rathe ziehen konnten, lassen uns hier im Stiche. Ueberdem ist er in grosser Eile und sehr nachlässig redigirt. Sein Verfasser, derselbe, von dem auch die Zusätze zu den art. 1, 6, 12 und der neue art. 219 herrühren, hat in ihm einen ziemlich bunt zusammengewürfelten Katalog von allerlei Missbräuchen zusammengestellt, ohne die Abwägung des Ausdrucks sonderlich genau zu nehmen; hier ist ein Wort zuviel, dort eins zu wenig gesagt; die einzelnen Satztheile hängen nur lose zusammen und schliesslich geht der Faden der Konstruktion gänzlich verloren. Nur ein Beispiel für die Flüchtigkeit der Redaktion: „werden weib und kinder an bettelstabe — zugewiesen“ — kann unmöglich die gewollte Fassung sein, offenbar ist hinter „bettelstabe“ ein „gebracht“ oder etwas ähnliches in der Feder stecken geblieben. Für die Textkritik liefert das handschriftliche Material — es kommen überhaupt nur vier Handschriften des Augsburger Entwurfs in Betracht<sup>2)</sup> — nur geringe Ausbeute. Da alle Handschriften konform dem Drucke — nit verwirkt haben, so müssen

---

<sup>1)</sup> In der Dresdener Textform fehlt der Art. noch.

<sup>2)</sup> We.2 Wn.2 Be. und Br. Ba. reicht nicht soweit.



die auf eine Aenderung dieser Worte gebauten Konjekturen von vorn herein zu Boden fallen. „Oder sonst“ findet sich nur in Wn.2 — wenigstens in einer so zu lesenden Abkürzung; die andern haben die offenbar unrichtigen aber aus Korruption eines „oder“ leicht erklärlichen Varianten der *sunst* resp. den *sunst*. Hiernach ist auch der Böhmer'sche Vorschlag, aber statt *oder* zu lesen, verwerflich, und liegt zunächst kein Grund vor, den uns durch den authentischen Druck überlieferten Text zu verlassen. Legen wir ihn zum Grunde, so kann zuvörderst darüber kein Zweifel sein, dass zu dem Subjekte: „so eyn übelthetter“ das Verbum: „zum todt gestrafft“ (sc. wird) gehöre, das darauf folgende „werden“ aber zum Nachsatze zu ziehen und durch ein Komma von dem Vorangehenden zu trennen sei. Auch darüber dürfte Einverständniss herrschen, dass der Zwischensatz „so der übelthetter leib vnd gut nit verwirkt —“ lediglich von den Worten „oder sonst in andern fellen“ abhängen und zur näheren Bezeichnung eben dieser andern Fälle diene. Bei Auslegung der Stelle ist sodann noch Folgendes voraus zu schicken.

Gestützt auf Novelle 134 c. 13 oder eigentlich auf die aus ihr entnommene Authentica „*Bona damnatorum*“<sup>1)</sup> liess die italienische gemeinrechtliche Praxis die Vermögenseinziehung nicht mehr schlechthin als *Ipso-jure*-Folge der Verurtheilung zu einer Kapitalstrafe, sondern regelmässig nur durch ausdrücklichen, auf eine diese Nebenstrafe festsetzende gemeine oder statutarische Rechtsnorm gegründeten Richterspruch eintreten, einige besondere Fälle allerdings ausgenommen, an deren Spitze das *crimen laesae majestatis* gestellt zu werden pflegte.<sup>2)</sup> In Deutschland wurden diese Grundsätze jedoch wenig beachtet; willkürliche, ausdrückliche wie stillschweigende Konfiskationen waren an der Tagesordnung, und selbst die *Bamb.* kann von diesem Vorwurfe nicht freigesprochen werden, da sie

<sup>1)</sup> Zu L. 10. C. de bon. proscript. 9. 49.

<sup>2)</sup> Vergl. Angel. Aretin. Rubr. et ejus bona publicamus. Zu den casus excepti rechnete man neben dem *crimen majestatis* gewöhnlich auch das *crimen pravitatis haereticae*.



z. B. sie unbedingt für den Fall androhte, dass der eines todeswürdigen Verbrechens Verdächtige sich der Strafe durch Selbstmord entzogen haben sollte.<sup>1)</sup> Den richtigen gemeinrechtlichen Anschauungen in dieser Beziehung Anerkennung zu verschaffen, sind die Redaktoren des Reichsgesetzes bemüht gewesen. Beim Selbstmorde beschränkten sie die Gütereinziehung nur auf die Fälle, da der Betroffene „sein leib vnd gut verwirkt hette“, schlossen sie dagegen ausdrücklich aus, wo er nur „seyn leib allein verwirkt“,<sup>2)</sup> und der gleichen Bekämpfung eines eingewurzelten aber verwerflichen Missbrauchs verdankt auch die bekannte Stelle des art. 218 ihre Entstehung. Ihrem Verfasser hat offenbar die gedachte Authentica vorgeschwebt, wenn nicht vorgelegen. Gleich ihr will auch er die Angehörigen des zum Tode Verurtheilten vor willkürlicher Gütereinziehung schützen, nimmt aber, wie auch dort geschehen, das Majestätsverbrechen von dieser Wohlthat aus. Hinterher ist ihm dann beigefallen, dass es ausser dem crimen majestatis noch andere Fälle gebe, in denen — wenigstens nach der damaligen gemeinen Ansicht — weil der Schuldige nicht den „leyb allein“ sondern „leib vnd gut“ zusammen verwirkt habe, die Konfiskation statthaft und deshalb vorzubehalten sei. Statt nun seinen Gedanken allgemein positiv etwa dahin zu formuliren:

„es ist ein Missbrauch, wenn ausser den Fällen, wo der Missethäter Leib und Gut zugleich verwirkt, das Vermögen desselben eingezogen wird“,

wobei es der besonderen Hervorhebung des crimen majestatis gar nicht mehr bedurft hätte, glaubte der Redaktor die Verbesserung am sichersten dadurch zu bewirken, wenn er die Fälle: „ausserhalb des lasters vnser beleidigten Maiestat“ als solche erläuterte, in denen „der übelthetter leib vnd gut nit

---

<sup>1)</sup> Bamb. 160. vergl. a. 256: — „es weren dan sunder fell, darumb die aussflüchtigen misstetter jr gut verwirkt hetten“ —.

<sup>2)</sup> Proj. II. 141. Der letzte Zusatz stammt erst aus der Augsburger Redaktion.



verwirkt“ und diese Erläuterung mit einem „oder sunst“ an das ursprünglich Geschriebene anknüpfte. „Oder sunst“ darf nun nicht, wie von den Meisten, in disjunctivem Sinne genommen werden, es soll nicht den Gegensatz der verbundenen Satzglieder, sondern nur die Erklärung und Rectification, namentlich eine Verallgemeinerung des eben Gesagten ausdrücken, und in solcher Bedeutung kommt es auch sonst in unserem Gesetze vor.<sup>1)</sup> Die „ander felle“ aber sind keine andern, als eben die „ausserhalb des lasters vnser beleidigten maiestat“ liegenden; beide Bezeichnungen decken sich, nur dass für die letzterwähnte nicht ganz korrekte die erstere korrektere Fassung gewählt ist. Wer freilich auf das andere den Ton legend, zwei verschiedene einander entgegengesetzte Kategorien annimmt, wird der Stelle keinen vernünftigen Sinn abgewinnen. Allein zu dieser Auslegung liegt keine zwingende Veranlassung vor, da „ander“ gleich dem lateinischen *alius* in der Carolina auch da gebraucht wird, wo ohne Vorhandensein eines Gegensatzes gleichwerthige, nur im Ausdruck verschiedene Begriffe neben einandergestellt werden, oder wo es eigentlich richtiger fortgelassen werden könnte.<sup>2)</sup> Geht man hievon aus, so wird die fragliche Stelle allerdings nicht ein Muster stilistischer Vollendung oder Präzision genannt, es wird dem Verfasser auch nicht der Vorwurf der Ungeschicktheit erspart werden dürfen, — die Auslegung derselben wird aber weiter keine Schwierigkeiten bereiten. Nach meiner Auffassung ist die Stelle richtig wie folgt wiederzugeben:

„An etlichen Orten ist es ein Missbrauch, dass — wenn ein Uebeltäther ausserhalb des Majestätsverbrechens

---

<sup>1)</sup> „Sunst“ ist ein in der Carolina mit Vorliebe gebrauchtes Flickwort in Verbindungen wie: „vnd sunst, dan sunst, doch sunst“; am häufigsten kommt „oder sunst“ vor; Vergl. C. 7, 12, 34, 37, 48, 104, 111, 112, 115, 129, 135, 152, 190. Für die im Texte gegebene Bedeutung vergl. C. 38, 48, 111, 115, 135, 162.

<sup>2)</sup> Z. B. C. 37. „dass er solch gift zu andern vnstrafflichen gebraucht.“ C. 2. „vernunfft, jugend, alter oder ander vngeschicklicheyte.“ C. 148. — „aber der ander beistender, helffer vnd vrsacher Straff halb“.



oder, um es richtiger zu sagen, wenn ein Uebelthäter in Fällen zum Tode gestraft wird, in denen derselbe Leib und Gut zusammen nicht verwirkt hat, — dass dann Weib und Kinder an den Bettelstab gebracht und das Vermögen dem Herrn zugewiesen werde. Dieser Missbrauch soll fortan nicht mehr geduldet werden.“

---



## Schlussbetrachtungen.

### Einfluss der Reformation.

Vergleicht man die nunmehr bekannt gewordenen vier Entwürfe der Carolina unter einander und mit ihrer gemeinsamen Quelle, der Bambergensis, so erkennt man deutlich, wie sich im Laufe der Redaktion, namentlich in den späteren Stadien gewisse Gegensätze zwischen dem Mutter- und dem Tochtergesetze schärfer und schärfer herausgebildet haben. Von Einzelheiten abgesehen, zeigt sich eine charakteristische Verschiedenheit gleich in der Art, wie die Aufgabe des Reichsgesetzes im Allgemeinen aufgefasst worden ist. Die Bamb. hatte, wenn auch nicht ausschliesslich, so doch in erster Linie die Belehrung und praktische Unterweisung der der Rechte unkundigen Richter, vornämlich an den niedern Hals- und Zentgerichten im Auge gehabt, und Form und Inhalt des Gesetzes waren gleich sehr darauf berechnet, der Erfüllung des an mehreren Stellen hervorgehobenen Zweckes:

„derselben leut vnbegreifflickeit zu hilff zu komen“ <sup>1)</sup> zu dienen. Auch die beiden ersten Entwürfe der Carolina, der Wormser wie der Nürnberger hatten diesen Standpunkt festgehalten; mit den Worten der Bamberg. ward in

---

<sup>1)</sup> Bamb. 2, 26, 123.



beiden Vorreden darauf hingewiesen, dass die Halsgerichte im Reiche

„nit anders dan mit gemeinen personen, die der rechte nit gelernt vnd geübt haben“

besetzt seien, und anfänglich hatte man sich noch mit dem Plane getragen, wie in der Bamberg. „um des gemeinen Mannes willen“ die Ordnung durch etliche in den Text aufzunehmende Bilder zu erläutern.<sup>1)</sup> Je weiter aber die Arbeit vorschritt, und je mehr sie sich von der Bamberg. entfernte, um so mehr trat auch diese Anschauung in den Hintergrund, und die Entwürfe von Speier und Augsburg lassen bereits hierin eine entschiedene Wandelung der Ansichten erkennen. Zwar rechneten auch sie noch mit der Thatsache, dass

„an manchen orten die peinlichen gericht mit rechtsuerstendigen erfarn vnd geübten personen nit mogen besetzt sein“,<sup>2)</sup>

doch beweist schon die bedingte Fassung dieser Bemerkung, so wie die in Proj. III. IV. a. 1. ausgesprochene Zulassung auch der Gelehrten zu den Gerichten,<sup>3)</sup> endlich die zu Augsburg beschlossene Streichung des gerade mit Rücksicht auf das Verständniss des gemeinen Mannes aus Bamb. 123 beibehaltenen art. 107 der früheren Entwürfe,<sup>4)</sup> dass man die Belehrung des letztern nicht mehr als die Hauptaufgabe der neuen Ordnung angesehen habe. Die Halsgerichtsordnung in ihrer letzten Gestalt wollte keineswegs nur ein Lehr- oder Handbuch für die ungebildeten Richter und Schöffen liefern, sie wandte sich vielmehr — wie schon früher bemerkt worden — als ein gemeines Reichsgesetz an alle Reichsangehörigen: an die Obrigkeiten, wie an die Unterthanen, an die Rechtsgelehrten wie an die Ungelehrten, an die Rathsuchenden wie an die

---

<sup>1)</sup> Vergl. die Schlussnotiz zum Wormser Projekt.

<sup>2)</sup> Vorrede zu Proj. III. und zur Carolina.

<sup>3)</sup> C. 1. „darzu auch edeln vnd gelerten gebraucht werden mögen“.

<sup>4)</sup> „Verursachung und satzung wie auff dem endlichen rechttag gehandelt werden sol vnd wie kein teyl diser ordnung ungemess furbringen moge“.



Rathgebenden und beanspruchte über sie alle die gleiche Gesetzeskraft und Herrschaft.<sup>1)</sup>

Noch ein Anderes hängt hiemit zusammen. Als eine blosse Territorialordnung konnte die Bamberg., wenn sie auch die subsidiäre Geltung des gemeinen Rechts voraussetzte, doch mit verhältnissmässiger Freiheit und Selbstständigkeit den fremden Rechtsstoff verarbeiten und sich ohne Scheu manche abweichende Bestimmungen davon erlauben. Anders stand die Sache für die Redaktoren des Reichsgesetzes; ihnen waren in der Behandlung des gemeinen Rechts erheblich engere Schranken gezogen. Gegenüber den zahlreichen und äusserst verschiedenartigen Partikularrechten und dem misstrauischen Bestreben einzelner Stände, jede Antastung ihrer Eigenthümlichkeiten zurückzuweisen, gab es für sie nur eine feste Grundlage, von der aus diese Schwierigkeiten siegreich überwunden werden konnten, — der Boden des gemeinen Rechts, dem, als dem anerkannten Reichsrechte sich unbedingt alle Sonderrechte unterzuordnen hatten. Von ihm durften sie sich daher nur in den Fällen dringender Nothwendigkeit entfernen, und alle Abweichungen davon mussten sie mit gerechten Bedenken erfüllen. Dies, — nicht wie man wol gemeint hat,<sup>2)</sup> eine systematische Opposition romanistisch geschulter Juristen gegen das ohne ihr Zuthun begonnene Werk — war der Grund, weshalb in den Entwürfen der Carolina und in dieser selbst eine Reihe dem gemeinen Rechte nicht konformer Bestimmungen der Bamberg. verworfen und statt derselben einfach auf die geschriebenen kaiserlichen Rechte verwiesen,<sup>3)</sup> weshalb insbesondere zu Speier so viel Gewicht auf die Prüfung des Entwurfs mit Büchern, d. h. eben dem Rüstzeuge der damaligen civilistischen Doktrin gelegt, und bei den Verhandlungen zu Augsburg, wie aus den uns erhaltenen Glossen zu ersehen, die gemeinrechtlichen Quellen so häufig zu Rathe

---

<sup>1)</sup> Vorrede zur Carolina.

<sup>2)</sup> Herrmann, Joh. v. Schwarzenberg, 69 Anm. 19.

<sup>3)</sup> Vergl. Bamb. 142, 143, 145, 146, 147 mit den entsprechenden Artikeln 117, 118, 120, 121, 122 der Carolina.



gezogen sind. Wenn die Redaktoren dabei einzelne Fragen absichtlich unentschieden gelassen haben, so wird man diese ihre Selbstbeschränkung kaum tadeln dürfen; sie glaubten, und nicht mit Unrecht, eher zu wenig als zu viel sagen und lieber schweigen zu sollen, als durch einen positiven Ausspruch dem künftigen Rathe der Rechtsverständigen und dadurch dem wahren Verständnisse des gemeinen Rechts irgend wie vorzugreifen.

Der unmittelbare Einfluss der Bamberg. auf das Reichsgesetz hat bereits in der zweiten Redaktionsperiode mit der Nürnberger Revision sein Ende gefunden. In den beiden ersten Entwürfen tritt allerdings der nahe Zusammenhang mit ihr in der materiellen und formellen Uebereinstimmung, in der Benutzung des Correctorii und in dem wiederholten Zurückgehen auf sie, wo es sich um die Verbesserung von Text- und andern Fehlern handelte, noch recht lebendig hervor. Von Alledem ist dagegen so wenig in dem Speierer wie in dem Augsburger Entwürfe eine Spur zu entdecken, und die in ihnen vorkommenden sachlichen und sprachlichen Neuerungen, für welche in der Bamberg. jede Anknüpfung fehlte,<sup>1)</sup> beweisen deutlich genug, dass die Redaktoren bei ihnen sich grösserer Freiheiten als ihre Vorgänger bedient, und unbekümmert um die Abstammung des Gesetzes ihre eigenen Wege gegangen sind.

Dieser in der Geschichte der Carolina seit dem Jahre 1524 in mehrfacher Beziehung zu konstatirende Bruch mit manchen bisherigen Traditionen ist zweifellos auf den Wechsel in den leitenden Persönlichkeiten, und vor Allem auf das Ausscheiden Schwarzenberg's aus dem Reichsregimente zurückzuführen. So lange er, der die Halsgerichtsordnung gewissermassen als das Kind seines eigensten Geistes anzusehen berechtigt gewesen, unmittelbar oder mittelbar thätigen Antheil und Einfluss darauf gehabt, erhielt sich die Verbindung mit

---

<sup>2)</sup> Dahin gehören u. a. die abweichende Behandlung des Notorium in Proj. III. 17, die Strafe des Augenausstechens und der Verstrickung in Proj. III. 166, 168, der Gebrauch lateinischer Ausdrücke wie injurie in III. 22, rumoren in III. 35, 153, ex officio III. 104.



der Quelle, aus welcher sie geflossen, von selber; als aber nach seinem Austritt aus dem Reichsdienste und seinem bald darauf erfolgten Tode <sup>1)</sup> das Werk in fremde Hände überging, von denen ein gleich liebevolles Interesse, wie er daran genommen, nicht zu erwarten war, musste auch die Erinnerung an seinen Ursprung mehr und mehr verblassen. Den spätern Redaktoren war die H. G. O. nicht mehr eine verjüngte Bambergensis, sie erblickten in ihr nur einen Reichsgesetzentwurf wie jeden andern und fanden es durchaus nicht für nöthig bei der weiteren Prüfung und Ueberarbeitung desselben auf die Anschauungen ihrer Vorgänger — und wäre darunter selbst ein Schwarzenberg gewesen — besondere Rücksicht zu nehmen.

Das bedeutsame Zusammentreffen, dass in der nämlichen Zeit, in welcher über eine neue Strafgesetzgebung in Deutschland verhandelt wurde, auch auf dem Gebiete der Kirche und des Glaubens sich eine Reformbewegung von unberechenbarer Tragweite vollzog, <sup>2)</sup> führt von selbst zu der Frage nach dem Vorhandensein einer Wechselbeziehung zwischen beiden, und ob und in wie weit bei Abfassung der Halsgerichtsordnung der Einfluss religiös-reformatorischer Tendenzen mitgewirkt habe. Werden bei Beantwortung dieser Frage positive Data verlangt, und will man sich nicht bloß an allgemeinen Reflexionen und unbestimmten Redensarten genügen lassen, so muss man versuchen, an der Hand der Redaktionsgeschichte den etwa in den verschiedenen Entwürfen des Gesetzes zu Tage tretenden Spuren jenes Einflusses im Einzelnen nachzugehen. Dabei ist besondere Vorsicht anzuempfehlen, damit nicht einer vorgefassten Meinung zu Liebe und auf den blossen Schein hin Wirkungen der Reformation angenommen werden, die bei näherer Beleuch-

---

<sup>1)</sup> Schwarzenberg starb am 21. October 1528.

<sup>2)</sup> Es verdient doch Beachtung, dass die für die Reformationsgeschichte so wichtigen Reichstage von 1521, 1524, 1529 und 1530 zugleich die wichtigsten Momente für die Redaktion der Carolina bezeichnen.



tung in Wahrheit ganz anderen Faktoren, als gerade ihr zuzuschreiben sind, — ein Fehler, von dem ich auch Abegg's sonst verdienstliche Abhandlung über das religiöse Element in der P. G. O. nicht völlig freizusprechen vermag; <sup>1)</sup> vor Allem aber muss vor dem Irrthum gewarnt werden, den uns in seiner späteren Schroffheit geläufigen Gegensatz zwischen den Religionsparteien im Reiche schon in das zweite und dritte Jahrzehnt des sechzehnten Jahrhunderts hineinzutragen, während doch thatsächlich damals, mochte auch die Spannung und Gährung vieler Orten eine gewaltige sein, eine so scharfe Scheidung weder im Dogma noch in der kirchlichen Organisation schon bestand, und selbst die bewährtesten Führer der Protestantenbewegung — einige extreme Hitzköpfe ausgenommen — weit davon entfernt waren, den Bruch mit der alten Kirche schon für unheilbar, und die sie von den Gegnern trennende Kluft für unüberbrückbar anzusehen. Schien doch sogar auf dem Reichstage zu Augsburg allen Gemässigten die Hoffnung auf eine Verständigung ziemlich nahe gerückt und die Möglichkeit der Lösung des Konflikts keineswegs ganz aussichtslos zu sein! Hält man dieses fest und erwägt sodann, dass die Halsgerichtsordnung ein Reichsgesetz für alle Reichsangehörige ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntniss werden sollte, und dass ihre Redaktoren, selbst die zu den eifrigen Anhängern der neuen Lehre zählenden, als gewiegte Juristen und praktische Politiker am wenigsten geneigt sein konnten, das mühsame Zustandebringen eines so eminent wichtigen Werks durch das Hereinziehen religiöser Streitigkeiten auf's Bedenklichste zu gefährden, so wird man nicht mit zu grossen Erwartungen an die Erledigung der aufgeworfenen Frage herantreten.

Dass bereits bei der ersten Berathung der Halsgerichtsordnung auf dem Reichstage zu Worms sich reformatorische Einflüsse geltend gemacht haben sollten, erscheint ganz undenkbar. Denn die durch Luther's Auftreten hervorgerufene Opposition

---

<sup>1)</sup> Beilageheft zum N. Archiv. Jahrg. 1852.



gegen die Missbräuche der Kirche war eben erst im Entstehen begriffen und ging über den engsten Kreis seiner persönlichen Anhänger nicht hinaus. Noch hatte keiner der angesehenen Reichsfürsten sich offen für ihn ausgesprochen, und die ihm am meisten Wohlgesinnten wagten sich kaum über schüchterne Duldung, allenfalls heimlichen Schutz der neuen Lehre zu versteigen. Es ist daher auch verkehrt, wenn Manche in der Nichtaufnahme des von der Ketzerei handelnden art. 130 Bamb. den Beweis einer solchen Einwirkung oder mindestens einer Konzession an die freiere Zeitrichtung erblicken wollen.<sup>1)</sup> Mit der Reformation hat die Weglassung dieses Artikels aus dem Wormser Entwurfe schon deshalb Nichts zu thun, weil den Führern derselben, wenigstens ihrer grossen Mehrzahl die humanen Ansichten, die man ihnen gerne unterlegen möchte, noch völlig fremd gewesen, sie vielmehr ebenso wie die Anhänger der päpstlichen Kirche darüber keinen Zweifel hegten, ketzerische Irrlehren als vor Gott und Menschen schwer zu strafende und verabscheuungswerthe Laster zu verdammen.<sup>2)</sup> Ganz andere Gründe waren es, aus denen die Erwähnung der Ketzerei in dem Entwurfe der H. G. O. unterblieb. Einmal nämlich besagte der art. 130 Bamb. doch nur, was bereits anerkannt gemeinen Rechts gegolten, eine Wiederholung desselben war mithin überflüssig; sodann aber musste man im Hinblick auf die gerade zu Worms laut gewordenen Beschwerden gegen die geistliche Gerichtsbarkeit und die in Aussicht genommene gänzliche Umgestaltung derselben mit Recht Bedenken tragen, eine in dies Gebiet einschlagende Bestimmung in das Reichsgesetz aufzunehmen.<sup>3)</sup> Dies schliesst freilich nicht aus, dass mit dem Fortschreiten der Reformation sich in

---

<sup>1)</sup> So auch Abegg, a. a. O. 40, 41 und Walch, Introd. in lectionem C. C. C. 89. Malblank, Geschichte, 207 hat ihnen bereits widersprochen.

<sup>2)</sup> Die gegen die Wiedertäufer und ähnliche Sektirer erlassenen harten Reichsgesetze erfreuten sich auch des Beifalls der Evangelischen.

<sup>3)</sup> Die sehr umfangreichen Beschwerden gegen die geistliche Gewalt finden sich handschriftlich fast in allen Reichsakten.



einzelnen ihr besonders ergebenen Territorien allmählig geläutertere Ansichten Bahn brachen und schon damals zu allerdings verfrühten Versuchen führten, diese überlebte Verbrechensform abzuschaffen. Dies geschah z. B. in den fränkisch-brandenburgischen Landen, wo im Jahre 1528 Markgraf Georg die Revision einiger Artikel der Brandenburgensis anordnete und bei dieser Gelegenheit auch auf die Beseitigung des ominösen art. 130 drang.<sup>1)</sup> Aus solchen vereinzelter That-sachen darf jedoch nicht auf die gleichen Intentionen der Verfasser der Carolina geschlossen werden.

Günstiger als zu Worms lagen für die Berücksichtigung reformatorischer Tendenzen die Verhältnisse während der Jahre 1522 – 1524, zur Zeit als die Halsgerichtsordnung sich in den Händen des Reichsregiments befand. Erinnern wir uns daran,

---

<sup>1)</sup> Das handschriftlich im Nürnberger Archive aufgefundene Rescript des Markgrafen, datirt

„Plassenburg am Sontag nach Oswaldi anno jm XXVIII jare“  
(9. August 1528),

ist an die Statthalter und die Rätthe zu Onolzbach gerichtet und lautet im Eingange:

„Wir haben etliche artickel jn vnser halsgerichtsordnung funden, die wir bedencken zu erclern, vnd zu endern not sein woll, vnd nemblich der cxxx artickel wie ketzerei gestrafft werden soll, nachdem derselbig art. vnser Richter vnd vrteiler verpindet, wen die genannten geistlichen für ketzer erkhenen und jne vberantworten, dieselben zum tode zu straffen, das dan nach gelegenheit jetziger zeit jn vil fellen gantz nit leidlich were, sonder daraus volgen mocht, das die pessten Christen durch genannte geistliche dermassen fur ketzer anerkannt vnd vberantwort werden mochten“.

Es werden sodann noch die a. 144, 207, 259 als solche bezeichnet, deren Abschaffung geboten sei.

In der Brandenburgensis v. 1582 (abgedr. bei B ö h m e r, Meditationes in C. C. C.) hat art. 130 den bedeutsamen Zusatz:

„doch welcher Richter nicht der evangelischen vnd apostolischen schrift gemess sondern derselben zuwider jemand für einen ketzer erkent, sol derselbig für keinen ordentlichen Richter gehalten noch auch vff sein erkantnus gegen dem verurteilten mit dieser straff verfahren werden.“



dass Schwarzenberg damals mit dem vollen sittlichen Ernst seines Wesens der Lehre Luther's beigetreten war und durch seinen Einfluss im Reichsrathe die für die Duldung derselben so wichtige Massregel der Suspension des bekannten Wormser Edikts durchzusetzen vermochte,<sup>1)</sup> dass ferner, wie an andern Orten nachgewiesen, die damalige Revision der Halsgerichtsordnung gerade unter seiner Leitung und Autorität stattgefunden hat, so werden wir keinen Anstand nehmen, einige in der That im zweiten Entwurfe auftauchende, den Geist der Reformation athmende Neuerungen unmittelbar mit Schwarzenberg's Person in Verbindung zu bringen, und ihn ohne Weiteres als deren Urheber oder Anreger zu bezeichnen.

Dies gilt zunächst von einer Veränderung der Bekräftigungsformeln in den Richter- und andern Eiden. Wenn der aus der Bamberg. übernommenen und in Proj. I. vorgeschriebenen Formel

„also helff mir gott vnd die heyiligen“<sup>2)</sup>  
in Proj. II. nunmehr die folgende:

„also helff mir gott vnd die heiligen gottlichen  
Evangelia“

substituirt ward, so lag darin eine bedeutsame Konzession an die reine evangelische Lehre der Reformatoren, die schon früh den Heiligenkultus und natürlich auch die Anrufung der Heiligen beim Eide verwarfen.<sup>3)</sup> Dass Schwarzenberg insbesondere aus seiner Antipathie dagegen keinen Hehl gemacht, wissen wir aus den Aeusserungen in seinen ziemlich derselben Zeit angehörigen Streitschriften.<sup>4)</sup> Die sicherlich speziell auf seine Veranlassung gewählte neue Bekräftigungsformel entsprach aber in so fern allen Anforderungen, als sie nicht nur die Neuerer befriedigte, sondern auch bei den Altgläubigen keinen

<sup>1)</sup> Herrmann, Joh. v. Schwarzenberg, 54 u. ff.

<sup>2)</sup> Bamb. 7, 9; in art. 3 lautete die Formel: also bit mir got zu helffen vnd die heiligen.

<sup>3)</sup> Vergl. auch Confess. August. XXI. Sed scriptura non docet, invocare Sanctos seu petere auxilium a Sanctis etc.

<sup>4)</sup> Herrmann, a. g. O. 82. 83.



Anstoss erregen konnte, da der Schwur auf die Evangelien von Alters her vielfach neben dem bei den Heiligen sich in Gebrauch erhalten hatte.<sup>1)</sup> Thatsächlich ist denn auch die erstgedachte Formel bei den weitem Berathungen der H. G. O. unbeanstandet geblieben<sup>2)</sup> und in die Carolina selbst übergegangen. Um so auffälliger erscheint es dann aber, dass das, was hier in einem Reichsgesetze den Protestanten ohne Widerrede verstattet worden, bei andern Eiden, namentlich bei den im Kammergerichte zu leistenden noch längere Zeit hindurch hartnäckig verweigert werden konnte, dergestalt, dass ihnen erst nach manchen Kämpfen die Möglichkeit ward, beim obersten Reichsgericht Eide in einer Form zu schwören, die ihren Glaubenssatzungen entsprach und ihrem Gewissen keinen Zwang anthat.<sup>3)</sup>

Noch an einer andern Stelle des Entwurfs fand Schwarzenberg Gelegenheit gegen die ihm verhasste Heiligenverehrung anzukämpfen. Konform den früheren Reichsgesetzen hatte Bamb. 127 und nach ihr Proj. I. 112 als Gotteslästerung auch den Fall angesehen, dass Jemand

---

<sup>1)</sup> In den Reichsgesetzen war allerdings die Formel: „zu Gott vnd den Heiligen“ die gewöhnlich vorgeschriebene; doch findet sich auch die folgende Kombination:

„zu Gott vnd den Heiligen auf das heilige Euangelion.“

Reg.-O. 1500 § 20. N. S. II. 59. Reg.-O. 1521 § 34. N. S. II. 176.

<sup>2)</sup> In einigen Handschriften des Proj. III. wie Wn.1. Dr.1.2. und Be. findet sich neben der im Text stehenden Formel: „also helff mir gott vnd die heiligen gottlichen evangelia“ am Rande zugesetzt: „oder die heiligen“. Da die erwähnten Handschriften ausschliesslich katholischen Ständen angehört haben, so scheint man, wie wol vergeblich, den Versuch gemacht zu haben, beide Formeln promiscue neben einander in das Gesetz aufzunehmen.

<sup>3)</sup> Ueber diesen Streit vergl. Harpprecht, Staatsarchiv V. § 145 und die dazu gehörigen Urkunden XLIX. L. Erst in dem Vertrage zu Passau, 2. August 1552, § 10 ward es freigestellt, zwischen den beiden Formeln mit gleicher Wirkung zu wählen. N. S. III. 6. Vergl. K. G. O. 1555. I. tit. 57 u. ff.



„eytell oder ander lesterwort wider die junckfrau Maria vnd die heyiligen gebraucht“; <sup>1)</sup>

in Proj. II. ist aber davon nur die Lästerung der Mutter Gottes beibehalten, die der Heiligen dagegen gestrichen worden. Gewiss keine rein zufällige Omission; vielmehr war offenbar Schwarzenberg von seinem Standpunkte aus der Meinung, dass blosser Beschimpfung der Heiligen noch nicht der eigentlichen Verletzung der göttlichen Majestät gleichgeachtet und daher auch nicht als Blasphemie bestraft werden dürften. Praktischen Erfolg hat freilich seine Neuerung nicht gehabt; denn wenn auch in der Carolina ebenso wenig wie in dem Nürnberger und den spätern Entwürfen von der Lästerung der Heiligen die Rede war, so fand dieselbe doch ihre frühere Berücksichtigung in dem neben der H. G. O. erlassenen Spezialgesetze über die Gotteslästerung, nämlich in der Polizeiordnung von 1530, und da in C. 106 auf diese ausdrücklich verwiesen war, mussten ihre Bestimmungen als die gemeinrechtlichen zur Anwendung kommen.<sup>2)</sup>

Ein gewisser Einfluss der freieren religiösen Zeitströmung lässt sich ferner bei der Behandlung des Kirchendiebstahls nicht verkennen. Die Bambergensis 197—201 war darin durchaus dem kanonischen Rechte gefolgt, dem sie auch die bekannte auf die gleichmässige Berücksichtigung der sanctitas loci und der sanctitas rei beruhende Dreigliederung des sacrilegii entlehnt hatte. An eine Aenderung dieser Grundauffassung war nun zwar für das Reichsgesetz nicht zu denken, und selbst Schwarzenberg würde es nicht gewagt haben, gerade darin mit den herrschenden Anschauungen in einen schroffen Widerstreit zu treten; nirgend ist daher auch während der Berathungen der Carolina an dem aus der Bamb. überkommenen Begriffe und Thatbestande dieses Verbrechens gerüttelt worden. Eine andere Frage war dagegen, ob die Bamb. auch in der Abstufung der Strafbarkeit stets das Richtige getroffen; und diese Frage war allerdings diskutirbar. In dieser Beziehung

<sup>1)</sup> Vergl. Satzung wegen der Gotteslästerer zu Worms 1495. R.-A. 1512 tit. IV. N. S. II. 28. 141.

<sup>2)</sup> R. P. O. 1530 tit. I. II. N. S. II. 334.



nahm Schwarzenberg's warmes Gerechtigkeitsgefühl an der ausgiebigen Androhung der Feuerstrafe Anstoss, die nicht nur auf das Stehlen des Allerheiligsten sondern auch auf minder schwerere Fälle, z. B. den Kircheneinbruch und den Diebstahlsversuch am Almosenstocke gesetzt war; mehr noch aber musste seinem in kirchlichen Dingen vorurtheilsfreien Blicke es widerstreben, dass die nämliche Strafe schon dann eintreten sollte, wenn der Dieb das Sakrament aus entwendeten Gefässen verschüttet hatte.<sup>1)</sup> Diesen Motiven entsprang eine in dem Nürnberger Entwürfe getroffene und aus ihm in die Carolina übergegangene erhebliche Milderung der Strafen beim Sacrilegium. Die Feuerstrafe wurde nur auf den einen schwersten Fall des Stehlens der Monstranz mit dem Sakramente beschränkt, der Diebstahl sonstiger geweihter Gegenstände, „mit oder one heiltumb“, ferner der Kircheneinbruch mit einfacher Todesstrafe belegt, das Bestehlen des Almosenstocks endlich, gleichgültig an welchem Orte er gestanden, nur noch mit alternativer Strafe an Leib oder Leben nach Rath der Verständigen bedroht.

Schliesslich gehört noch eine bezeichnende Aenderung in a. 108 des mehrerwähnten Entwurfs hierher. Wenn hier die den zur Richtstätte geführten Verbrecher begleitenden Geistlichen angewiesen werden, ihn — nicht blos wie es in der Bamb. 124 und Proj. I. 108 hiess, im Allgemeinen „zu gutem“ — sondern ausdrücklich

„zu der lieb gots, rechten glauben vnd ver-  
trawen zu gott vnd zu dem Verdinst Christi  
vnser Seligmachers, auch zu berewung  
seiner sündt“

zu vermahnen, so harmonirt dieser ganze Passus, namentlich aber die spezielle Betonung des rechten Glaubens und des Verdienstes des Heilandes so auffällig mit den Kernsätzen der Lutherischen Glaubenslehre, dass nur eine ihr völlig ergebene Hand — und ich zweifle nicht daran, dass es wiederum die Schwarzenbergs gewesen — die Feder dazu geführt haben kann.

---

<sup>1)</sup> Proj. I. 179. 180 hatte noch dieselben Strafen.



Die bisher besprochenen Stellen sind auch die einzigen nicht nur in dem Nürnberger Projekte sondern auch in der Carolina, in denen mit Sicherheit eine direkte Einwirkung der gleichzeitigen Kirchenbewegung nachzuweisen ist. Auch nach dieser Richtung hin bezeichnet also der Abgang Schwarzenberg's einen bedeutsamen Wendepunkt in der Redaktionsgeschichte. Denn weder in dem Speierer Entwurfe noch bei den Verhandlungen zu Augsburg vermochte die protestantische Partei weiteren Boden für die Einführung ihrer religiösen Anschauungen in das Reichsgesetz zu gewinnen, ja es scheint dies von ihr aus guten Gründen nicht einmal ernstlich versucht worden zu sein. Selbst die dort beschlossene Streichung des vom Asylrechte handelnden a. 188 der Proj. I.—III., der übrigens schon zu Worms der bedenklichsten Beziehungen zur geistlichen Gewalt entkleidet worden war,<sup>1)</sup> kann nicht speziell den protestantischen Ständen zum Verdienste angerechnet werden, da wegen der häufig gerügten Missbräuche der geistlichen Freistätten, und weil das mittelalterliche Asylwesen überhaupt überlebt erschien, schliesslich allseitige Uebereinstimmung darüber herrschte, im Gesetze besser davon zu schweigen.<sup>2)</sup> Eben so wenig darf die Weglassung der auf die Entführung der Klosterfrauen bezüglichen Bestimmung der Bamb. (a. 143 = C. 117) mit v. Wächter, Abegg u. a. dem Einflusse der Reformation zugeschrieben werden. Gegenüber dem Hinweise auf Luther's Heirath mit einer Nonne und auf Schwarzenberg's eigenmächtiger Herausnahme seiner Tochter aus dem Kloster,<sup>3)</sup> ist auch hier von entscheidendem Gewichte, dass einerseits die fragliche Stelle aus dem Texte der Bamberg.

---

<sup>1)</sup> Man vergl. Bamb. 207 mit Proj. I. 188.

<sup>2)</sup> In dem in Anm. 1 S. 261 erwähnten Rescripte des Markgrafen Georg heisst es in Bezug auf unsern Artikel:

„zum dritten von wegen der geistlichen Freiheit in geweichten kirchen vnd kirchhofen, davon der IIc und VII art. meldung thut, darinnen dann sollichen geweichten stetten auch zuvil freiheit gegeben ist.“

<sup>3)</sup> Herrmann, a. a. O. 73.



bereits zu Worms gestrichen ist, andererseits noch der Nürnberger Entwurf in der Ueberschrift des betreffenden Artikels der Klosterfrauen Erwähnung thut.<sup>1)</sup> Die Abänderung der Bamberg. ist also nicht auf eine tendenziöse Einwirkung reformatorischer Ideen, sondern vielmehr darauf zurückzuführen, dass, da das Gesetz sich hauptsächlich nur mit der Entführung abhängiger Personen beschäftigte, der Fall der Klosterfrauen schon wegen der Anklagebefugniss etwaiger Gewalthaber (Väter, Ehemänner) nicht recht in dasselbe hineinpasste. Da das gemeine Recht ausdrückliche Strafbestimmungen über den *raptus virginum sanctimonialium* enthielt, deren Beseitigung von den Redaktoren durchaus nicht beabsichtigt war, so konnte um so unbefangener die Erwähnung der Klosterfrauen fallen gelassen werden. Aus dem Schweigen der Carolina ist also nur zu schliessen, dass es in Betreff ihrer bei den Vorschriften des gemeinen Rechts verblieben sei.<sup>2)</sup>

Wie gering nun auch die Ausbeute sein mag, die wir als greifbare Früchte des Reformationswerks aus der Carolina zusammentragen können — eins wird jeder unbefangene Betrachter nicht bestreiten: dass das Gesetz im Grossen und Ganzen vom reformatorischen Geiste durchweht und wie kein zweites derselben Zeit mit seinem ernst-sittlichen, wahrhaft gerechten und echt evangelischen Inhalt recht eigentlich auf dem Boden der Reformation erwachsen sei. Wie anders wäre wol die Halsgerichtsordnung ausgefallen, wenn sie nicht von jener grossartigen und heilsamen Erschütterung befruchtet,

---

<sup>1)</sup> Erst im Speierer Projekt ward diese Erwähnung beseitigt.

<sup>2)</sup> Markgraf Georg v. Brandenburg hat auch hier für seine Lande einen andern Weg eingeschlagen. In dem früher gedachten Rescripte heisst es:

„desgleichen halten wir auch für not den 144 art. pass zu erclern die entphuerung weiplicher Closterperson betreffendt, nachdem derselben jetzo nit wenig aus den clostern zu eelichen stand kommen vnd gefurt werden, vnd solliche straff im selben fall zugebrauchen auch nit leidlich sein wurd.“

Vergl. damit die scharfen Satzungen des R.-A. von Augsburg 1530 § 31—34. N. S. II. 311.



wenn nicht Männer, die den Besten ihrer Zeit vorangeleuchtet, ein Johann von Schwarzenberg, ein Christian Baier und andere an ihrer Wiege gestanden hätten!

Die Carolina, obschon sie ihren Namen dem mächtigsten Gegner der Reformation entlehnt hat, in Wahrheit ist sie gleich der Bibelübersetzung Luther's ein Erzeugniss ebenso des national-deutschen Geistes wie der Reformation gewesen.

---



# Beilagen.

## I.

### Zum ersten Projekte.

Zur Charakteristik des s. g. Wormser Concepts genügt es, wenn hier die wichtigeren Abweichungen desselben von dem Wormser Projekte mitgetheilt werden, wie solche sich aus einer Vergleichung des Textes des letztern mit der Wiener Handschrift W. ergeben.<sup>1)</sup>

Conc. art. 1 = Proj. I Vorrede Al. 1. Die Aufschrift „Churfürsten, Fürsten“ etc. fehlt. — Conc. 2 = I. Vorrede Al. 2. Der Schluss lautet hier: „auch souill vff Ratsuchen der nechsten oberkeit der halssgericht vnd andere handlung bei der nechsten oberkeit der halssgericht gestellt haben, vnd wo dieselbig oberkeit in solchem verstandt auch zweyvel oder mangell hett, soll dieselbig weither rate bei den verstendigen solicher dinge suchen vnd haben und desterbass mercken können, das es zu notturfft solcher sachen gescheen ist.“ Conc. 3 = I. 1. 3 „das alle unser halsgericht.“<sup>2)</sup> Conc. 4—6 = I. 2—4. Conc. 7 = I. 5. 16 „vnd sovil jne berurt halten,“ fehlt hier. Conc. 8. 9 = I. 6. 7. Conc. 10 = I. 8 der Eingang lautet: „Item so auch des gefangen — herrschaft oder fremde (sic!) den

---

<sup>1)</sup> Ueber diese Handschr. vergl. S. 52; für Proj. I ist der Zöpfl'sche Abdruck (2. Aufl., 1876) zum Grunde gelegt; die kleinen Zahlen vor einer Stelle beziehen sich auf die entsprechende Zeile des Textes des letztern.

<sup>2)</sup> Halsgericht st. peinlich gericht, — halsgerichtsordnung st. peinliche richtsordnung kehrt an vielen Stellen des Conc. wieder, diese Abweichungen sind daher nicht jedesmal besonders vermerkt worden.



richtern vor der erkenntnus etc.“ Conc. 11—14 = I. 9—12. Conc. 15 = I. 13 a. 8 „einen notturfftigen bestand mit burgen gethan hat.“ Conc. 16. 17 = I. 13 b. 14. Conc. 18 = I. 15. 7. 8. Die Worte „oder verwarung — person vnd sachen,“ sowie am Schlusse „oder verwaren“ fehlen hier. Conc. 19—21 = I. 16—18. Conc. 22 = I. 19. Conc. 23 = I. 20. 3. 4 Die Worte „vnd vermutung“ fehlen. Conc. 24 = I. 21. Der Schluss lautet: „wan das widder das recht were“. I. 22 fehlt im Concepte; dieser Art. findet sich von der Hand des Revisors unter folgendem Vermerke: „No. den articul hieunder mit A. getzeichnet zu inserirn“ am Rande nachgetragen. Conc. 25—27 = I. 23—25. Conc. 28 = I. 26. Am Schlusse folgender demnächst durchstrichene Zusatz: „Zum achten so ein erfundener missethetter yemandt in peinlicher frag besaget und die recht ordnung, als hernach in dem N artikel gesatz ist, in der frag nit gehalten wurde.“ Vergl. Bamb. 32. — Conc. 29 = I. 28. 2. „acht arckwenig teil.“ Conc. 30 = I. 29. Conc. 31 ist durchstrichen und in I. nicht übergegangen, stimmt wörtlich mit Bamb. 35. — Conc. 32—43 = I. 30—40. Conc. 44. 45 = I. 41. Conc. 46 = I. 42. Conc. 46 a. = I. 43. Conc. 47—58 = I. 44—52. <sup>1)</sup> Conc. 59 = I. 53. 7 „ob sie wieder helfen möge.“ Conc. 60—62 = I. 54—56. Conc. 63. 64 = I. 57. 18 „Item der gefangen soll auch zum mynsten des ander dags nach der marter vnd seiner bekentnus vber mer tag“ etc. vergl. Bamb. 69. — Conc. 65—80 = I. 58—73. Conc. 81 = I. 74. Die Ueberschr. lautet: „Von kundschaftt verhorern so die Rethen geben“. Conc. 82—93 = I. 75—84. Conc. 94 = I. 85. In Ueberschrift und Text: „dise Reformation“, „dise unser Reformation.“ <sup>2)</sup> Conc. 95—98 = I. 86—89. Conc. 99 = I. 90 Alin. 1. Am Schlusse folgender in I. nicht aufgenommener Zusatz:

---

<sup>1)</sup> I. 48 entspricht Conc. 53. 54.

<sup>2)</sup> Diese und ähnliche Varianten kommen noch öfters vor und sind daher nicht besonders mehr im Folgenden erwähnt.



„und sol kein Fursprech vrteilen, wan die vrteiller sollen sich mit redder, beystandt oder rathen nicht parteilich machen.“ Conc. 100 = I. 90 Alin. 2. Conc. 101—121 = I. 91—109.<sup>1)</sup> Conc. 122. 123 = I. 110. 111. In diesen wie in den folgenden Artikeln an verschiedenen Stellen: „die gemeyn keyserliche recht“ st. „vnser vorfarn vnd vnser k. r.“ Conc. 124 = I. 112 mit folgender abweichenden Fassung: — „oder sunst eytel oder lesterwort vnd schwure bey Gott, sein heiligsten marter, wunden oder glidder, der junkfrauen Marien oder seinen heiligen thut, dieselben thetter etc. — bescheydt geben, wie solche lesterung den gemeynen keyserlichen rechten gemess vnd sonderlich nach inhalt vnser keyserlichen Ordnung auf dem Reichstag zu Wormbs im ein vnd zwentzigsten jare aufgericht, gestrafft werden sollen“. — Conc. 125—128 = I. 113—116. Conc. 129 = I. 117. 10. 11 Der Zusatz: „oder geferlich bosshafftiglich ausgeben“ fehlt hier noch. Conc. 130—139 = I. 118—126.<sup>2)</sup> Conc. 140. = I. 127 24—27 „Dieweil aber die kayserlichen recht kein todstraff setzen, will vns nit getziemen darauf ein todstraff zu ordnen.“ Conc. 141 = I. 128. Conc. 142 = I. 129. 18 „dem ehebruch“ st. „solchen lastern“. Conc. 143 = 130. 16 Der Satz „aber die-jehnen, durch welcher verkuntschaftung“ etc. lautet hier noch wörtlich wie in Bamb. 169. — Conc. 144 = I. 131. Conc. 145 = I. 132 in folgender Fassung: „Item ein yeder — rauber soll nach sage der gemeinen kayserlichen recht gestrafft werden.“ — Conc. 146 = I. 133. Conc. 147 = I. 134. Der Schluss lautet: „sol unb weiter vnderriechung an die Oberkeit gelangen.“<sup>3)</sup> Conc. 148—160 = I. 135—147. Conc. 161 = I. 148. 82. 83 „alles nach sonderlicher rathgebung der recht-

---

<sup>1)</sup> I. 92 bildet im Concepte drei Art., nämlich 102—104.

<sup>2)</sup> I. 126 entspricht den beiden a. 138. 138 im Concept.

<sup>3)</sup> Auch an andern Stellen ist bei der Revision des Concepts „oberkeit“ in „vorgemellt oberkeit“ verändert worden.



uerstendigen.“<sup>1)</sup> Conc. 162—164 = I. 149—151. Conc. 165 = I. 152. 37 „vnbehutsamkeit st. unfursichtigkeit.“ Conc. 166. 167 = I. 153. 154. Conc. 168 = I. 155. 12. Die Worte „schleg vnd wurff“ fehlen noch. — Conc. 169—171 = I. 156—158. Conc. 172 = I. 159 10 „notturfftiglichen bestandt thun.“ Conc. 173 = I. 160. Conc. 174 = I. 161, doch fehlt der Passus „wie an etlichen orten gewonheit und danach ein sonder art. davon gesatz ist;“ er ist erst bei der Revision eingeschaltet. — Conc. 175—184 = I. 162—171. Conc. 185 = I. 172. Die Worte „vnd ein teill den andern deshalb anklagen würd“ sowie „doch soll der oberkeit richter zu disen fellen von amptswegen nit clagen noch straffen“ fehlen hier und sind erst später hinzugesetzt. — Conc. 186 = I. 173. Conc. 187 = I. 174. Der Schluss lautet hier: „wie an demselben ende — herkomen oder nochmals durch die obern geordnet wurd.“ Conc. 188 = I. 175 mit folgender Abweichung: „doch so eyner — bei der nacht oder an den feiertagen einen andern sein holtz abhibe, der sol nach rath der verstendigen herter gestrafft werden.“ — Conc. 189 = I. 176. Der Schluss lautet: „der mag im kerker oder an seinem gut gestrafft werden nach gelegenheit der person vnd sachen vnd rath der verstendigen.“ Conc. 190—195 = I. 177—182. Conc. 196 = I. 183 jedoch mit folgenden Abweichungen: 5 „schlechtlich mit wortten“ st. „mit Worten oder schriefften“; 18 die Worte: „caution oder sicherheit“ fehlen; 22 „soll dieselbig unglaublick person in ein ewiges gefengknuß oder die augen ausgestochen, durch die schoeffen“ etc. Daneben am Rande der Vermerk: „No. zu bedenken, anstat der ewigen gefengknuß die augen ausgestochen gesatz werden mag.“ Dieser Vermerk sowie die betreffende Stelle im Texte sind später durchstrichen und

---

<sup>1)</sup> Da wo das Conc. auf den Rath der Rechtsverständigen verwiesen hat, findet sich im Proj. meist die Verweisung auf die „vorgemelt obrickeit“, z. B. in I. 149. 152. 156. 168 u. a.



durch die in I. sich findende Fassung: „oder alslang bis die notturfftig Caution thut“ ersetzt worden. — Conc. 197 = I. 184 lautet in Ueberschrift und Text wörtlich noch wie Bamb. 203. Conc. 198 = I. 185. Conc. 199 = I. 186 4 „das soll — an vnser Rethen gelangen.“<sup>1)</sup> — Conc. 200 — 220 = I. 187 — 208. Conc. 221 = I. 209 mit folgendem Schlusse: „das sollen sie — vor der oberkeit austragen.“<sup>2)</sup> — Conc. 222 = I. 210. Conc. 223 = I. 211. Der Schluss lautet hier: „der mag erstlich bei der oberkeit umb erclerung ansuchen, kann er do selbst auch nit genugsam bericht finden, so soll er desshalb die oberkeit persönlich ersuchen und sich desshalb“ — mit diesen Worten bricht der Text ab; der Satz „kan er daselbst — desshalb“ ist demnächst durchstrichen.<sup>3)</sup> — Im Concepte folgen nun im Anschlusse an Bamb. 231 u. ff. einige die Mordacht betreffende Artikel, nämlich: Conc. 224 „Von der mordacht“, wörtlich = Bamb. 231.<sup>4)</sup> — Conc. 225 „Von der mordacht ehe der beclagt in gefengknus kompt. Item welcher yemandt, der nit gefangen, an orten, da es herkomen ist, von eines mordts oder todtschlags wegen zu der mordacht beclagt, darinne soll es mit gepurlicher gerichtlicher verkundung, vergleitung zu vnd vom rechten biss wider an sein vngeuerliche gewarsam, auch mit clag, antwortt, kundschaftten vnd allen der partien notturfftige furbringen vnd rechtliche erkantnus gehandelt vnd gehalten werden, wie sich in recht geburt, vnd in disen fellen ordenliche appellation nit abgeschnitten sein. Aber doch sollen solch appellirender teil<sup>5)</sup> allein auff

---

<sup>1)</sup> Ebenso in Conc. 200: „nach rath — vnser Rethen.“

<sup>2)</sup> Der Nachsatz in I „vnd wo dieselbig sach — entscheiden“ fehlt im Conc. noch.

<sup>3)</sup> Ueber die Entstehung dieser Lücke vergl. S. 70.

<sup>4)</sup> Bei den Worten „in mordacht sprechen lassen“ ist später eingeschaltet: „an den enden, da die mordacht herkomen vnd gebrauch wurd“. Am Rande des Art. steht der Vermerk: „Soll bleyben steen.“

<sup>5)</sup> Später korrigirt: „Aber wo der beclagt appellirt, soll er“ —



vnd von den gesetzten rechttagen vnd dazwischen für recht nit ane des gegenteils verwilligung vergleicht oder versichert werden mogen, wie dan vor am N. artikel von ausführung der vnschuldt auch derselben appellation vnd vergleittung clerlich gesetzt ist.“<sup>1)</sup> Später ist noch hinzugefügt: „Wo aber der beclagt ein endurteyl für sich erlangt hett, so soll er on einich vnderschiedt in vnd ausserhalb rechts vergleyt werden.“<sup>2)</sup> — Conc. 226—232 stimmen in Ueberschriften und Text wörtlich mit Bamb. 232—238. (Die a. 224—232 des Concepts sind durchstrichen und in Proj. I nicht aufgenommen.) — Conc. 233 = Proj. I. 211. a—c. Die Mordachtsformel lautete ursprünglich wörtlich wie in Bamb. 241 und ist erst bei der Revision entsprechend geändert worden. — Conc. 234 = I. 212. Conc. 235 = I. 213 mit folgendem Schlusse: „darumb wollen wir, das füro alle unsere Banrichter sollen belonung von den clegern nit fordern oder nemen.“ — Conc. 236 = I. 214 Al. 1, Conc. 237 = I. 214 Al. 2. Am Schlusse findet sich hier noch der Satz „es weren dan sunder fell darumb die ausfluchtigen missetheter“ etc. wie in Bamb. 266. Conc. 238 = I. 215 Al. 1. Die Worte „vnd der vbelthetter dabei nit betretten vnd verhefft“ fehlen. Conc. 239 entspricht I. 215 Al. 2, 216—218. — Conc. 240—243 = I. 219—222. — Es folgen nun zwei durchstrichene und in I nicht aufgenommene Art.: Conc. 244 „Von aufhebung der alten missbreuchen der peinlichen gericht“, Text = Bamb. 273, und Conc. 245 = Bamb. 274. — Conc. 246 = I. 223. Der Eingang lautet hier: „Item wo in diser vnser ordnung der peinlichen gericht vnd derselben gerichtten oberkeit gemeldt wirdet, so soll alwegen die oberkeit verstanden werden, der dieselben peinlichen gerichtsstraff freuel vnd puss zusteen;“ — 17 die Worte „in vnd ausserhalb der parteien costen“ fehlen. — Conc. 247 = I. 224. Der Anfang

---

<sup>1)</sup> Bezieht sich auf I. 163.

<sup>2)</sup> Am Rande des Art. steht auch hier: „Sol bleyben steen.“



bis zu den Worten — „was recht ist“ stimmt mit I., dann heisst es weiter: „Wo aber einer vom leben zum todt gestrafft, vnd sein oberherr, freundt oder andere vermeinten, dass solchs vnpillich bescheen were, die mogen darumb auch als obset an vnserm Camergericht clagen, als solchs die recht zulassen, vnd dise rechtliche clag vnd was sich derhalb in recht geburt, soll durch kein vorgeend urphed abgeschnitten werden, sonder in alwege, doch in jahrsfrist nach ergang geschicht, anzufahen einem yeden verhalten sein, damit in solchen fellen vnpilliche Beschwerung, davon bissanhero gross clag entstanden, dester vleissiger vnd pass verhüt vnd abgewendt werden.“ — Hiermit endet das Concept; was in I. sich weiter noch findet: die Klausel wegen des Abdruckes des H. G. O. und die Note wegen der etwa aufzunehmenden Bilder, ist in W. erst später von der Hand des Revisors hinzugefügt.

### Handschriftliche Varianten zu Zöpfl's Abdruck des Wormser Projekts.<sup>1)</sup>

Proj. I. 8. 7 „den arckwon vnd verdacht betreffend“ D.F.P.W. — I. 12. 12 „geuerlicher peinigung“ D.F.P.W. I. 14. 15 „gefenglich einbringen“ D.R.W. — 25 „peinlich frag“ D.P.W. — I. 18 Ueberschr.: „ein nemlich stat“ D. etc. — I. 26 21 „die verdacht person“ D. etc. — I. 28. 7. 8 „wo aber solcher arckwoniger teile etlich auf yemant beieinander“ D.P.R. — I. 32. 42 „zu ir versehen“ D.P.R.W. — I. 37. 8 „peinlicher frag halb“ D. etc. 15 „sunsten weiter erfahrung“ P.R.W. sunsten ferner erf. D. — I. 42. 6 „verberglicher weiss“ D.

<sup>1)</sup> Ueber die Handschriften vergl. S. 49 u. ff. Nur die wichtigeren Varianten und Verbesserungen werden hier mitgetheilt; die Ziffern neben den Artikelzahlen verweisen auf die entsprechenden Zeilen bei Zöpfl (2. Ausgabe.) D. etc. bedeutet, dass die Lesart sich in allen benutzten Ms. findet.



R. W. „verderplicher weiss“ P. — I. 43 4 „vor den feinden“ D. P. W. — I. 48. 19 „sein vnschuldt anzeigt“ D. P. W. — I. 49 Alle Ms. haben die bei Zöpfl in der Ueberschrift fehlenden Worte: „vnd erstlich von Mordt.“ — I. 67. 1 „Item der zeugen sag, die allein“ D. P. R. W. — I. 71. 9 „verurteilt“ D. P. W. I. 76 b. Alle Ms. haben am Schlusse die bei Zöpfl fehlenden Worte „davon gesetzt ist“. I. 87. 6 „im stock“ D. etc. — I. 93 15 „zwen schoffen in disem fall nit als zeugen“ D. P. R. — I. 101. 2 „verurteilt wurd“ D. P. — I. 104. 3 „anzeigen wurd“ D. P. W. — I. 110. 10 „oder derselben gleichen“ D. etc. — I. 116. 4 „mit seinen rechten tauff vnd zunamen“ D. etc. — I. 117. 19 „an leyb oder gut“ W. — I. 118. D. P. R. W. haben in Ueberschrift und Text st. „vrbar, bucher“ das verkehrte „vverbucher“; 4 „an leib oder leben“ D. etc. — I. 122. 3 „die haben auch das leben verwirekt“ D. R. W. — I. 124 D. P. R. W. haben in der Ueberschrift: „junckfrauen“, was bei Zöpfl fehlt. — I. 127. 29 „mer gemeltem vbel.“ 30 „fleischlicher werck.“ 31 „eelichem leumut“ D. etc. — I. 130. 3 „durch vierteillung“ D. etc. — I. 138 2 „in verdligkeit von jr legt“ W; die andern Ms. haben „verdehtlickeit“. — I. 143. 6 „morder vnd todschleger“ D. W. P., „morder oder todschl.“ R. Wü. — I. 145. 5 „nyemant nichts“ D. etc. — I. 152. 46 „in andern vnbenanten fellen“. — I. 153. 3 „der geclagten streich“ D. etc. — I. 158 12 „gegen einen solchen bekentlichen offenbaren thetter“ D. P. W. — I. 164. 8 „oder daruber werdt“ D. P. W. — 31. 32 „aber mit der vbermass nit“ D. etc. — I. 174. Der Eingang lautet in allen Ms.: „Item wer bei nechtlicher weill jemant sein frucht oder avff dem velde sein nutzung wie das alles namen hat“. — I. 183. 22 „dieselb vnglaubhaftig person“ D. R. W., — 28 „an mercklich verdligkeit“ W. — I. 188. 9 „zu vollbringung“ D. P. W. — I. 197. 20 „in geheim zu haltten“ D. P. W., „in geheim zu haben“ R. — I. 198. 9 „die vrteill“ D. P. R. — I. 200 „Zum lebendigen vergraben“ D. P. W. — I. 206. al. 5. 2 „von seinen eigen guttern, — 5 von felschl. abschwern“ D. etc. — 11 in vnbenanten fellen



D. P., „in unbekanten f.“ W. — I. 210. 4 „nach endung des rechts“  
 D. etc. — I. 222. 12 „so mocht dannocht“ D. W. — I. 224 3  
 „nach vollziehung anderer straff“ D. P. W.

## II.

### Zum zweiten Projekte.

Das neu aufgefundene zweite Projekt der H. G. O. ist uns, wie früher erwähnt, einzig in der Handschrift des Königsberger Archivs überliefert. Zur Feststellung seines nähern Verhältnisses zu den beiden bisher bekannten Projekten, dem Wormser und dem Speierer, diene die nachfolgende Uebersicht, bei der jedoch nur die bemerkenswerthesten Abweichungen von jenen besonders hervorgehoben sind.<sup>1)</sup>

Proj. II. art. 1 = I. Vorrede alin. 1, die Ueberschrift lautet „Sonntags Jubilate, Churfürsten, Fürsten vnd anderer stendt furgeschlagener begrieff“ etc. wie in I. — II. 2 = I. Vorrede alin. 2 „Item nachdem aus langer gemeiner vbung im reiche teutscher nacion die halssgericht nit anderst“ etc. — II. 3 = I. 1. II. 4 = I. 2 „Ich soll vnd will in peinlichen sachen recht vrteil geben vnd richten“ — — „also helff mir Gott vnd die gottlichen heiligen Evangelia“. — II. 5 = I. 3 Am Schlusse: „mit wissen vnd zulassen desselben oberrichters“. — II. 6 = III. 4 Ueberschrift und Eingang: „Schoepfen Eydt. Item es soll ein yeder schoepf der peinlichen gericht“ etc. — II. 7 = I. 5. — II. 8 = III. 6, am Schlusse Citat von a. 18. — II. 9 = III. 7. Die geänderte Stelle lautet hier richtig: „bey der oberkeit, so der ende ohn mittel die peinlichen obrickeit der straff hat“. — II. 10 = III. 8 bis auf den noch fehlenden Schlusspassus: „doch souer die richter“ etc. — II. 11. 12 = I. 9. 10. II. 13 = III. 11, am Schlusse das irrthümliche Citat von a. 46. — II. 14 = I. 12 „Von annhemen eins angegeben vbelthetters“ etc. —

<sup>1)</sup> Proj. I. III. nach der Zöpfl'schen Ausgabe citirt.



II. 15 ist an die Stelle von I. 13 a. und b. getreten, aber neu redigirt und stimmt mit III. 13 bis auf die Schlussworte „alles nach erkenntnus desselben peinlichen gerichts vorgemelter negster obrickeit.“ — II. 16 = I. 14. II. 17 = I. 15. 14 „So auch die anclag von fursten, geistlicher personen oder gemein oder sonst hoher erbar person wegen“ etc. — II. 18 = I. 16, II. 19 = I. 17 „Also so einer — ein offentlicher vnd mutwilliger feinde oder friedbrecher ist.“ Der Passus in I. „vnd so der thetter die offen vnzweiffenlichen vbelthat — zwingen lassen“ ist hier fortgefallen. — II. 20 = I. 18, II. 21 = I. 19 In fine: „wie das ein yeder — nennen — kan.“ — II. 22 = I. 20, II. 23 = I. 21, am Schlusse fehlen die Worte: „wan das wider recht ist“. — II. 24 = III. 22 bis auf den fehlenden Schlusssatz „so auch der richter — — abzulegen schuldig sein“. — II. 25—27 = I. 23—25. II. 28 = I. 26 „Zum andern, ob die verdacht person an geuerlichen orten, die das zuverdencken vrsach geben“. — II. 29 = I. 28. II. 30 = III. 29. II. 31 = III. 30, insbesondere hier schon der Zusatz: „er wurde dan dagegen etwas furwenden — furgenommen werden“. — II. 32 = I. 31, Ueberschrift fehlt, der Schluss lautet: „das soll er zum allerwenigsten mit zweien guten tauglichen vnuerwerfflichen zeugen thun wie hernach etc. — geordnet ist“. — II. 33, Ueberschrift fehlt, Text = III. 32, namentlich in den Stellen: „sonder das er in einer gemein gefragt, wer jme etc.“; — „ob der sager in sonder feindschafft, vnwillen oder widerwertigkeit mit dem versagten stee, dan wo solch feindschafft vnd widerwillen oder widerwertigkeit“ etc. — II. 34, Ueberschrift fehlt, Text = III. 33 „solch missethat vor der geschicht getrohet hett“. — II. 35 = III. 34, der Schlusssatz: „er konte dan solchen verdacht mit glaublicher anzeig“ etc. auch hier. — II. 36 = I. 34 b, die Worte „oder ander arckwon auch vor augen“ fehlen, dagegen sind die: „wo er derhalben nit redlich entschuldigung hette“ eingeschaltet. — II. 37 = I. 35, mit dem neuen Schlusssatze „vnd wirt solcher verdacht noch



mer sterckt, wo sein wher blutig gesehen worden were.“ — II. 38. 39 = I. 36. 37. — II. 40 = I. 38, der Schluss lautet: „das er solch gift — gebraucht het oder gebrauchen wollen“; daran schliesst sich der neue Zusatz: „vnd diser arckwon wirdet gemert, wo der verdacht mit dem vergifften in vneynickeit gewest oder von seinem tod vorteils oder nutz wartend were.“ — II. 41, 42 = I. 39, 40. II. 43 = I. 41 alin. 1. II. 44 = I. 41 alin. 2. II. 45 = III. 42. — II. 45 a ist völlig neu redigirt: „Item so der verdacht helliger, vngewonlicher vnd geuerlicher weiss bey den er verraten zu haben in verdacht steht“ etc. wörtlich wie III. 43. — II. 46 = I. 44. II. 47 = III. 45 bis auf die am Ende fehlenden Worte: „vnd genugsam vrsach zu peinlicher frag“. — II. 48, 49 = I. 46, 47. — II. 50 im Wesentlichen = I. 48, doch lautet die Ueberschrift wie in III: „Ausfurung der vnschuldt vor peinlicher frag zu ermanen“ etc., und die Schlussverweisung in I.: „was aber ein redlich anzeigung einer missethat“ etc. ist fortgefallen. — II. 51, Ueberschrift und Text = III. 49. — II. 52 = III. 50. — II. 53 = III. 51, hier auch der Schlusszusatz: „vnd das mere, was jne darzu bewegt — oder geraten habe“. — II. 54 = III. 52. II. 55 = III. 53. Der Zusatz: „sie soll auch zu fragen sein — was schadens auch damit gescheen sey“ findet sich schon hier. — II. 56—58 = I. 54—56 mit unbedeutenden Varianten. — II. 59 = I. 57 die Stelle „jn die buetelstuben oder ander gemach für den banrichter vnd zwen des gerichtsschreibers vorgelesen vnd alsdann“ etc. ist durch Auslassung einer Zeile korrumpirt. — II. 60 = I. 58. II. 61 = III. 59. II. 62 = I. 60. II. 63 = III. 61. II. 64 = I. 62 mit unbedeutenden Varianten; der Schluss lautet: „so weren dieselbigen richter als vrsacher solcher vnbillicher peinlicher frag strafflich, vnd sollen darumb — straff vnd abtrack leyden, vnd mogen darumb vor jrem negsten ordenlichen obergericht gerechtuertigt werden.“

II. 65 = I. 63. II. 66 = III. 64. II. 67. 68 = I. 65. 66. — II. 69 wörtlich = III. 67. — II. 70 ist neu eingeschaltet und lautet



wörtlich = III. 68. — II. 71 = I. 69. II. 72 = III. 70. II. 73 = I. 71. — II. 74—77 sind neu redigirt und stimmen im Wesentlichen mit III. 72—75 überein; nur folgende Abweichungen sind zu bemerken: in II. 76 (III. 74) fehlen am Schlusse die Worte „doch auch an der parteien costen vnd nachteil“, und an der Z. 17 befindlichen Stelle heisst es: „vff des clegers costen“; in II. 77 (III. 75) fehlt die Ueberschrift: „von offnung der kuntschafft“ und in alin. 2 findet sich zu Z. 44 die Variante: „in schriefften g e t z w i f a c h t“ statt „geduplirt“. — II. 78 = I. 76 a. I. 76 b. ist fortgefallen. — II. 79. 80 im Wesentlichen = III. 77. 78. — II. 81. 82 = 79. 80. — II. 83 = III. 81, namentlich auch in der Stelle: „damit er zu rechter zeit sein sundt mug bedencken, beclagen vnd beichten muge, vnd so er des heiligen Sacraments“ etc. — II. 84—87 = I. 81—85. — II. 88 „Wo dan dasselbig gericht nit vnter zhen schopfen besetzt ist“; die Worte in I.: „mit sambt den die bey der peinlichen frag gewest weren“ sind fortgelassen, im Uebrigen = I. 86. — II. 89—94 = I. 87—92. Die Lücke in I. 92 al. 1 Z. 11 ist wie folgt ergänzt: „vnd derhalben solch ursachen furbracht hette, dadurch er hoffet von peinlicher straff entschuldigt zu werden, so mag er durch seinen fursprechen bitten lassen, wie hernachuoelgt“. — II. 95 = III. 93. II. 96 = I. 94, jedoch mit folgendem Schlusse: „soll der richter die schopfen des rechtens wie mit guter gewonheit an yedem gericht herkomen ist fragen, vngeuerlich der meynung, N. ich frag dich des rechten“. — II. 97, Ueberschrift lautet: „darauff die schopffen vngeuerlich also antworten“, Text = I. 95. — II. 98—106 im Wesentlichen = I. 96—104. In II. 106 lautet der Schluss: „sollen alsdan die teill zu entlichen burgerlichen rechten fur obgedachte obrickeit desselben gerichts verpflichtet werden“ etc. — II. 107 = I. 105. II. 108 = I. 106, nur sind Z. 6 die Worte „ausserhalb der schopffen“ weggelassen. — II. 109 = I. 107. II. 110 = III. 108, die Aenderung: „die jme zu der lieb gots, rechten



glauben vnd vertrauen zu gott vnd dem verdienst Christi“ etc. findet sich schon hier. — II. 111 — 113 = I. 109 — 111 mit unbedeutenden Varianten.<sup>1)</sup>

II. 114 weicht sowohl von I. 112 wie von III. 112 ab. „Item so einer — der almechtigkeit gottes oder seiner heiligen menschwerdung widerspricht oder seine heilige mutter schendet, sollen durch die ambleut etc. — bescheidt geben, wie solche lesterung den gemein vnsern keys. Rechten gemess vnd sonderlich nach inhalt besonderer artickeln vnser Reichsordnung gestrafft werden sollen. Wo auch yemandt solch gotslesterung anhoren vnd dasselbig der ordenlichen obrickeit nit ansagen wurden, der soll vff erfindung desselben durch gemelte obrickeit nach gelegenheit der sach auch gestrafft werden.“ — II. 115 = I. 113, am Schlusse der neue Zusatz: „vnangesehen ob etlich vnser vnd vnser vorfarn keys. gesetz darwider verstanden werden mochten“. — II. 116 stimmt durchaus mit III. 114, namentlich in dem Passus: „so aber einer ein vrphed mit sachen, darumb er das leben nit verwirkt hat, fursetzlich vnd freuenlich verbrech, der mag als ein meyneydiger mit abhawung der finger vnd andern“ etc. — II. 117—119 = I. 115—117, die Neuerungen in III. fehlen noch. — II. 120 = III. 118, in Ueberschrift und Text findet sich: „renth oder zinsbucher“ zugesetzt. — II. 121 = III. 119, insbesondere auch mit dem Zusatze „vnd die fur gerecht gebraucht vnd ausgibt“. — II. 122 = III. 120. II. 123—125 = III. 121—123. — II. 126 = III. 124, nur ist in der Ueberschrift hier noch der „Closterfrauen“ Erwähnung gethan. — II. 127 = III. 125, namentlich auch der Zusatz: „vff beclagung der benötigten in ausfurung der missethat“. — II. 128 = I. 126 alin. 1; alin. 2 des Proj. I ist fortgelassen; der Zusatz in III findet sich hier noch nicht. — II. 129 mit geringen

---

<sup>1)</sup> Namentlich hat II. konstant: „vnser kaiserliche recht“ für das in I. sich findende: „vnser vorfarn vnd unser kays. recht.“



Varianten = I. 127. — II. 130 = I. 128, doch lautet der Eingang abweichend: „Item so yemandt sein eheweib oder dochter umb einicherlei geniess willen — williglich zu vnerlichen, vnkeuschen“ etc. — II. 131 stimmt durchweg mit III. 129, insbesondere in dem Passus: „auch diejhenen so wissentlicher geuerlicher vnd bosshafftiger weiss jre heusser dartzu leihen oder solchs in jren heussern zu bescheen gestatten, sollen“ etc. — II. 132 = III. 130. II. 133. 134 = I. 131. 132. — II. 135 ist neu redigirt: „Item so einer in einem landt, stat, obrickeit oder gebiet geuerliche, fursetzliche vnd bosshafftige vfrurn des gemeinen volcks wider die obrickeit macht“ etc. wie in III. 133, nur heisst es statt „nach gross vnd gelegenheit seiner misshandlung“, „nach gestalt der misshandlung“. — I. 136 = I. 134, nur sind gegen das Ende die Worte: „vnd solchs beweisen mocht“ fortgelassen, und auf den Rath der Oberkeit „vnd der verstendigen“ verwiesen. — II. 137 stimmt bereits mit III. 135, namentlich in dem Satze: „doch so einer seiner vhedde halb von vns vnd vnsern nachkomen am reich“ etc.

II. 138 stimmt mit III. 136, nur fehlen die Worte: „oder in ander weg nach gelegenheit vom leben zum tod richten“. — II. 139 = III. 137, namentlich auch an der Stelle: „so aber ein weibsбилde als obsteet ein lebendig glidmessig kindlein — heimlich geboren vnd verborgen het“ etc. — II. 140 stimmt mit III. 138 bis auf den also lautenden Schluss: „soll man die mutter nach gelegenheit des geuerlichen hinlegens strafen“, die Worte: „an leib oder leben“ fehlen hier noch. — II. 141. 142 = III. 139. 140. — II. 143 ist neu redigirt und stimmt in seiner neuen Fassung durchaus mit III. 141, nur fehlen die Schlussworte: „vnd in disen vnd dergleichen fellen vnser keys. geschrieben recht gehalten werden“. — II. 144 = I. 142, am Schlusse: „rath der obrickeit vnd der verstendigen“.<sup>1)</sup> —

---

<sup>1)</sup> Dieselbe Abweichung kommt auch noch öfters vor, sie ist deshalb nicht jedesmal besonders hervorgehoben.



II. 145 hat bereits die wichtige Aenderung durch Einschaltung des „vnfursetzlich“ in der Stelle: — „werden die fursetzlichen morder vnd die vnfursetzlichen todtschleger einander gleich — — vnd ein ander, der einen todtschlag vnfursetzlich oder aus jagheit vnd zorn gethan“ und stimmt also mit III. 143. — II. 146. 147 = I. 144. 145. — II. 148 = II. 146, am Schlusse insbesondere die Klausel: „vnangesehen ob es etlichen geschriben rechten vnd gewonheiten entgegen were“. — II. 149—53 = I. 147—151 mit unerheblichen Varianten. II. 154 = III. 152 „aber dannoch ist mer barmherzikeit bei solchen Entleibungen, die vngeuerlich galheit (l. aus geilheit) oder vnfursichtigkeit — gescheen, dan was arglist vnd mit willen beschicht“. II. 155 = I. 153. II. 156 = I. 154, die Ueberschrift: „Straff derjhenen so einander in morden oder schlachtung“ etc. — II. 157 = III. 155, doch fehlen die Worte „die dan zuuor darzu beeidigt werden sollen“. — II. 158 = I. 156 mit einigen Varianten. Der Passus: „Item so yemandt einen echter entleibt“ findet sich noch in II. — II. 159 = III. 157. Aus Versehen sind die Worte: „furderlich zu thun erbutig ist, soll er oder sein anwaldt“ ausgelassen. — II. 160 = III. 158. II. 161 = III. 159, am Schlusse fehlen die Worte „vnd vrteilsprecher“. — II. 162 = III. 160. Die Schlussworte in III. „also das solch erkundigung in dem falle ambtshalben“ etc. fehlen. — II. 163 = III. 161. Die Worte aus I „vnd danach ein sonder artickel davon gesatz ist“ sind gestrichen. — II. 164 = I. 162, der Schlusssatz ist etwas abweichend: „vnd sollen in disen fellen jrer erkenntnus halben richter — obrickeit vnd verstendigen rats gebrauchen.“ Der Zusatz in III. „doch das kein partei die appellation“ etc. findet sich hier nicht. — II. 165 = III. 163.

II. 166 ist geändert worden und stimmt im Wesentlichen mit III. 164, doch heisst es hier wie in I.: „vnd der diebstal nicht funf guldein oder darüber wert“. Z. 18—21 in I: „vnd soll der richter darzu den diep im kerker — der persone



vnd sachen“ sind weggelassen, es heisst hier gleich weiter: „wo aber der dieb kein solch geltbuss vermag, soll er mit dem kerker, darin er etlich zeit lang ligen gestrafft werden, vnd so der dieb nit mher vermag“ etc. wie in III. — II. 167 stimmt im Ganzen mit III. 165, hat insbesondere in der Mitte den neuen Zusatz „vnd vor allen dingen dem beschedigten der diebstal oder der whert dafur, so es in des diebs vermogen ist, wiederumb werden“; abweichend ist nur folgende Stelle: — „mag jne der richter — burgerlich vnd also straffen, dass er dem beschedigten den diebstal vierfeltig zalen, dem richter halb souill<sup>1)</sup> geben (diese Worte fehlen in III) vnd sonst allenthalben“ etc. — II. 168 = I. 166, jedoch lautet der Schluss hier: „darumb ist in diesem fall der man mit dem strang und das weib mit dem wasser zum todt zu straffen“; das in III. Folgende fehlt noch. — II. 169 = III. 167. — II. 170 = I. 168. Aus Versehen sind zu Z. 5 die Worte: „der warheit als hievor von solcher erfahrung“ ausgelassen. — II. 171. Der Anfang: „Item wird aber yemandt betretten, der — einem vergewaltiger gleich geacht“ = III. 169, dann folgt in eigenthümlicher Fassung: „vnd hat darumb todstraff, nemlich der man mit dem strang vnd das weib mit dem wasser verwüreckt“; das in I. Folgende „der diebstall wer klein oder gross“ etc. ist gestrichen. — II. 172 = III. 170. II. 173 = III. 171. 5 „der obgemellten leib oder geltstraff gemess“. — II. 174 = III. 172, das Wort „dorheitt“ ist hier beibehalten. — II. 175 = III. 173, die geänderte Stelle lautet hier: „so der diebstall etwas dapffer gross vnd geuerlich were“. — II. 176 = III. 174. II. 177 = I. 175, doch mit folgender Abweichung: „Item so man yemandt sein gehauen holtz etc. — als bei der nacht oder an feiertagen einem andern sein holtz geuerlicher vnd dieblicher weiss ab-

---

<sup>1)</sup> Ist dies ein Versehen des Abschreibers für „auch als vil“ oder eine beabsichtigte Abweichung von Proj. I.?



haut, der ist nach rath obberurter oberkeit vnd verstendigen hertter zu straffen“. — II. 178 = III. 176. II. 179 = III. 177. — II. 180. Die Ueberschrift ohne den Fehler in III = I. 178; der Text = III. 178. — II. 181. 182 stimmen in ihrer neuen Fassung durchweg mit III. 179. 180. — II. 183 = III. 181, doch fehlen die Schlussworte: „doch soll in solchen diebstelen weniger barmherzigkeit beweist werden dan in weltlichen diebstelen“, und der entsprechende Passus in I „vnd soll doch dannest sollich straff“ etc. ist fortgelassen. — II. 184 = III. 182 „Item doch sollen die diebstaell so an geweihten dingen“ etc. — II. 185 stimmt im Wesentlichen schon mit III. 183 bis auf Folgendes: „Item ob einer vber furgeubte etc. — das sie die leut gewaltsamer thetlicher beschedigung —. So soll alsdann durch den anleger zu seiner enthaltung ydes monats ein gulden — vnd er der anleger deshalb zimlichen bestandt thun.“ Der folgende Satz in III. „wo nun der anleger solchen kosten auch nit vermogt — tragen“ fehlt. — II. 186 = III. 184. II. 187 = III. 185. Hier richtig: „mit etlichen scheinlichen wercken“. — II. 188 = I. 186. II. 189 = III. 187 „keme aber der gefangen durch bemelten vnfleis aus gefenknus“. — II. 190 = I. 188.

II. 191 = III. 189. II. 192 = III. 190 „Item weiter, wo der beclagt — in marter deshalb bespracht wurd — durch den schreiber jar vnd tag —“. II. 193—197 = III. 191—195. Das „Item“ am Eingange dieser Art. fehlt. II. 198 = III. 196 „Ob aber die clag von amtswegen“ etc. — II. 199 = I. 197. Der Anfang lautet: „Vnd soll die beschreibung“ etc. Gegen Ende sind aus Versehen die Worte: „(wo) es notthun wurde daraus nach aller notturft“ ausgelassen. — II. 200—202 = I. 198—200 mit geringen Varianten. — II. 203. 204 = II. 201. 202. — II. 205 in Ueberschrift und Text = III. 203; ebenso II. 206 = III. 204. II. 207 = I. 205. II. 208 = III. 206 Die Worte „oder halsseysen“ und im letzten Absatze: „dergleichen in etlichen diebstellen wie oben angezeigt“ fehlen. —



II. 209. 210 = III. 207. 208. II. 211 = I. 209, der Art. endet mit den Worten: „das sollen sie — vor ditz gericht obrigkeit oder wohin dieselb oberkeit solch sach verweist austragen“; das in I. Folgende: „vnd so dieselb sach“ etc. ist fortgelassen. — II. 212 = I. 210. II. 213 = III. 211. Die Lücke in I. ist bereits in II. durch die Worte: „vnd wo aber dieselbig obrigkeit des auch nit genugsam verstandt hette“ etc. ausgefüllt. — I. 211. a. — c., die Mordacht betreffend, sind in II. fortgefallen. — II. 214 hat eine eigenthümliche von I. 212 und III. 212 abweichende Fassung. Der Anfang: „Item ein yede oberkeit der peinlichen gericht soll — zimliche vnd gleichmessige ordnung machen, das — nicht verhindert werden“ = I. Dann heisst es hier weiter: „vnd sol sunderlich ein anleger fur aines beclagten atzung vnd wartgelt dem buttel tag vnd nacht vber sibben creutzer zu geben nicht schuldig sein; wo aber herkomen wer, in solchen fellen minder zu nehmen, dabei soll es bleiben“ — dieser Satz findet sich in III. wieder; — „vnd zu merer abschneidung vberigs gerichtskosten sollen an den endhafften peinlich gericht vber zwolf schopffen etc., wie in I., — fur solche malzeit nit bezalen“. Hierauf folgender neue Zusatz, aus dem in III. der Satz: „vnd was aber sonst gericht vnd ander costen“ etc. hervorgegangen ist: „Wo aber solche malzeit zu geben von altter nit herkommen ist, soll es furo auch nicht beschehen, sondern bei derselben herbrachten gewonheit bleiben, vnd nachdem, wie an vns gelangt, an etlichen orten die personen, so das gericht bewaren helffen, auch costgelt oder geltswhert von dem anleger haben wollen, das da gantz vnbillich ist, dieweill der oberkeit solche bewarung zu thun geburt, darumb wollen wir, das solcher vberflussiger vncost abgestellt auch gerichtsschreiber, butteln, nachrichter vnd seinem knecht kein vbermessige sonder gewonliche zimliche belonung nach gelegenheit yedes landts oder gericht geordnet werde“. — II. 215 = III. 213, die Worte „von den



anclegern“ fehlen hier. — ll. 216 = ll. 214 bis auf Folgendes: „mit zweien des gericht vnd obgemeltten von der freundschaft“ — — „dieweil er unvortragen ist vnd sich der sach ausfurt“. — ll. 217—219 = ll. 215—217. — ll. 220 umfasst a. 218—222 des Proj. ll. und stimmt mit demselben auch in der Fassung; nur sind aus ll. 221 die Worte „darauff gangen were dieselb atzung“ und aus ll. 223 in fin: „vnd nach gelegenheit der personen“ aus Versehen ausgelassen.

Proj. l. 223 u. 24 sind in ll. gänzlich fortgefallen; dafür sind unter der Ueberschrift: „Mit was mass die werckleut in den peinlichen gerichtten notturftig galgen“ etc., drei neue Artikel hinzugekommen, nämlich: ll. 221 = ll. 223 mit folgenden Varianten: in dem Passus „in die stat, marckt oder dorff, darinne das peinlich gericht gewonlich“ etc. fehlen offenbar aus Versehen die Worte: „peinlich gericht gewonlich gehalten wurdet durch desselben“; — „sollen vff bestimpte zeit vnd malstatt erscheinen vnd keiner on leibsnot, die er — beteurett bey straff obgemellter peen X gulden vssbleiben.“ — — „in des peinlich gerichtszwang der vberfarer sizt.“ — ll. 222 = ll. 224 „So aber ein solcher vberfarer bestimmpter gelt peen nit vermocht“. — ll. 223 = ll. 225 „Item so man dan einen galgen — allermassen wie oben von den zimmerleuten gesatzt ist, gehalten werden“ — —. Mit diesem a. 223 endet das Proj. ll., der Schlussartikel 226 des Proj. ll. findet sich in ihm noch nicht.

### III.

#### Handschriftliche Varianten zu Zöpfl's Abdruck des Speierer Projekts.<sup>1)</sup>

Proj. ll. Vorrede 21 „vnd das aus denselben“ Wn.1. Dr.1. Dr.1. Be. — 24 „den peinlichen clegern“ Wn.1 etc. — 31 „mug-

<sup>1)</sup> Ueber die Handschriften des Proj. III. vergl. S. 116 u. ff.



lichen vleis“ Wn.1. Dr.1. Be. — Ill. 1. In allen Ms., auch in We.1 lautet die Ueberschrift: „von richtern vnd vrteillern“; der Zusatz „vnd gerichtspersonen“ hier wie der im Texte „vnd gerichtsschreibern“ stammt aus der Augsburger Redaktion. — Ill. 4. Wn.1. Dr.1 haben die eigenthümliche Eidesformel: „also helff mir Gott vnd die gottlichen Evangelia oder die Heiligen“. — Ill. 6. 7 „anzeigung vnd vermutung“ Wn.1. Dr.1. — Ill. 7. 7 „on mittel die peinlich oberkeit der straff hat“ Wn.1 etc.; We.1 hat die fehlenden Worte am Rande. — Ill. 9. 9 „auf anleger“ Wn.1. Dr.1. Pa. — Ill. 14. 17 „vor demselbigen gericht“ Wn.1. Dr.1. Be. — Ill. 15. 15 „oder gemeiner“ Wn.1. Dr.1. Be. — 22 „die angeclagt person“ Wn.1. Dr.1. Pa.; auch We.1 hat diese Lesart; „eingelegt“ ist Augsburger Korrektur. — Ill. 16 Alle Ms. ausser We.1 citiren richtig a. 189 statt 129. — Ill. 22. 10 Zöpfl hat aus Versehen die in We.1 und den andern Ms. hinter „schaden“ folgenden Worte „wie jm negst obgesatzten artickel gemeldt“ ausgelassen. — Ill. 26. 17 „von — redlichen leuten komen“ Wn.1. Dr.1. Be. Pa. — 29 „wohnung oder gesellschaft“ Wn.1 etc. — Ill. 27. 2 „das darin“ Wn.1. Dr.1. Be. — Ill. 31. 5 „gesetzt ist“, so We.1 etc. — 13 „mit zweien tuglichen vnuerwerflichen zeugen“ Wn.1 etc. — Ill. 32. 6—8. Die Stelle ist in We.1 korrumpirt, sie lautet in den andern Ms.: „aber soll dieselbig — auf jr tragen, so ist not der nachuolgenden ding.“ 71 „mit dem versager“ Wn.1. Dr.1. — Ill. 33. 7 „vor der geschicht“ Wn.1. Dr.1. Be.; We.1 hat nicht „vnd geschicht“, sondern „von d' geschicht“ — Ill. 35. 11. 12 „mer gesterckt“ Wn.1. Dr.1. Be.; „mer gestellt“ M.2. — Ill. 42. 5 „helliger vnd verdecktiger weis“ Wn.1. Dr.1. Be. — Ill. 44. 19 „ein — merklicher diebstal“ We.1 etc. — Ill. 45. 7 „dingen, geberden, wortten“ Wn.1. etc. — Ill. 46. 2 „vermeinten misshandl.“ Wn.1. Dr.1. Be. — Ill. 48. 17 „vnd ausfuren woll“ Dr.1; „vnd ausfuren soll“ Wn.1. Be. Pa. 23 „auf das furderlichst“ Wn.1 etc. 34 „on guten — vrsachen“, 53 „aigentlich aufgeschrieben“ Wn.1 etc.



Ill. 49. 9 „vnd nemlich bekent er eines mortts, man sol“ Wn.1. 17 „sunsten v mbracht“, alle Ms., insbesondere auch We.1; „verbracht“ ist von Zöpfl verlesen; 20 „verkauft vergeben“, We.1 etc., „vergraben“ beruht gleichfalls auf einem Versehen Z's. — Ill. 54 Den Fehler in der Ueberschrift „vss merck der geschicht“ hat auch M.2, alle übrigen Ms. haben richtig: „die aus martter geschicht“. — Ill. 56. 7 die Worte „darum straffen“ fehlen in allen andern Ms. — Ill. 57 „vorzusagen“ in der Ueberschrift haben Wn.1 etc., nur M.2 hat wie We.1 das falsche „vorzutragen.“ — Ill. 61. 5 „clerlich gesetzt ist“ hat auch We.1. — Ill. 62. 15 „gestaltnus des vbels“ Wn.1 etc., namentlich auch We.1. — Ill. 66. 12 Die fehlerhafte Lesart „anderer volkumener weisung“ findet sich in allen Ms. — Ill. 75. 1 „So dan solch kuntschaft“ Wn.1 etc. — Ill. 77. 6 „aber mit anderen“ Wn.1. Dr.1. Be. — Ill. 78. 2 „vor den richtern“ Wn.1 etc. — Ill. 81. 4 „angesagt werden“ Wn.1 etc. — Ill. 83. 19 Die bei Zöpfl kursiv gedruckten Worte finden sich in allen Ms. — Ill. 86. 6 „nit vnter acht schopffen“, so haben alle andern Ms. In We.1 ist aus Versehen die Zahl im Texte offen gelassen; die am Rande stehende Ergänzung „VII oder acht“ gehört aber der Augsburger Redaktion an und darf daher nicht in den Text des Proj. Ill. übernommen werden. — Ill. 90. 8 „vnd vorkeren“, Wn.1 etc.; auch We.1 hat diese Lesart; — 32 „clage von der oberkeit“ haben alle Ms. insbesondere auch We.1. — Ill. 92. 31 „das er auf sein erfundene“ Wn.1. Dr.1. Be. 48 „die eingelegte zetl zu verlesen“ Wn.1 etc. — Ill. 93. 12 „vf jre aide fragen“ Dr.1. Be. — Ill. 96. 1 „Item auf obgemelten beschluss“ Wn.1 etc. 17 Das Citat des a. 128 ist falsch; in den andern Ms. ist a. 198 citirt. — Ill. 101. 9 „mit guter gewarsam vnd sicherheit“ Wn.1. Dr.1. Be. — Ill. 104. 3 „besthee“ ist wohl nur Druckfehler für „beschee“, was auch We.1 hat. — Ill. 105. 3 Die Worte „vnd andingung“ fehlen in allen Ms., sie gehören der Augsburger Redaktion an. — Ill. 108. 2 „anderweide“ We.1. Dr.1, „anderwerts“ M.2. Pa. 6 „zu der liebe gotts“, so



auch We.1, „guts“ ist ein Versehen Zöpfl's. — Ill. 110. 38 „oder gliedern“ Wn.1 etc. — Ill. 112. 3 „der almechtigkeit“ Wn.1. Be. 18 „vnser Reichsordnung“ Wn.1 etc. — Ill. 114 2 „mit sachen darumb er —“ Wn.1 etc. Der Zusatz „solchen“ ist in We.1 erst zu Augsburg hineinkorrigirt. — Ill. 117. 19 „an leib oder gut“ Wn.1 Be. Pa.; „leib vnd gut“ Dr.1 M.2. — Ill. 123. 4 „in solchen und noch nehern sipschaften“ Wn.1 Dr.1 Be. Pa. — Ill. 125. 6 „auf beclagung“ Wn.1 Dr.1 Be. 10 „obgemelts“ Wn.1 etc. — Ill. 126. 10 „damit d' ehebruch“ Wn.1. Dr.1. Be.; in M.2. Pa. lautete die Stelle anfänglich: „damit er den ehebr.“ ist aber später in „damit den ehebr.“ korrigirt. — Ill. 128. Wn.1. hat folgende Ueberschrift: „Straff derjehnen, so jre eheweiber oder tochter“ —, Be: „oder kynder“. — Ill. 134. 30 „vom rechten zu dringen“ Wn.1 etc. — Ill. 136. 14 „vnd todtung“ Wn.1. Dr.1. Be. „vnd tade“ (aus tadung verbessert) M.2. — Ill. 137. 2 „leben vnd glidmassen“ Wn.1 etc. 5 „vnd gepfelet“ st. „gepflocht“ Wn.1. etc. — Ill. 141. 7 „vehig oder empfenglich“ Wn.1. Dr.1. Be.; M.2. hat wie We.1. „entpfindlich“. — Ill. 142. 1 „Item hat einer ein thier“ Wn.1. Dr.1. Be. — Ill. 144 Die Lücke in diesem Art. in allen Ms. — Ill. 146. 12 „vnangesehen“ Wn.1. etc. — Ill. 148. 14 „todlich handlung“ Wn.1. Dr.1. 27 „ernotigt“ fehlt in den andern Ms. 80 „schwerlicher oder linder“ Wn.1. etc. — Ill. 150. 5 „jrer beider“ st. „mer beider“ in allen Ms. 13 „vnd er schlechtere wehr hette“ Wn.1. Be. M.2. Pa.; die falsche Lesart „erschrecklichere“ in Dr.1. — Ill. 152. 17 „zu dem — plat“ Wn.1. Dr.1. Be.; M.2. hat „platz“; 36 „aus vnfursichtlichkeit“ haben sämtliche Ms., keines das in We.1 sich findende „vnfürsetzlikait“. — Ill. 155. 9 „die dan — beaidet werden“ Wn.1. Dr.1. Be., „betaidingt“ hat auch M.2. — Ill. 156 17 „vnd derselbig widersessig“ Wn.1 etc. — Ill. 157. 24 „mit solcher erboten weisung“ Wn.1 etc. — Ill. 159. 1 „wo aber einer yemant entleibt“ Wn.1. Dr.1. Be., M.2. Pa. = We.1; 17 „darin derselbig cleger“ Wn.1 etc. —



Ill. 160. 1 „Item wo aber der beclagt“ Dr.1. — Ill. 163. 11 „ist“ fehlt in Dr.1. Wn.1. Be. — Ill. 164. 24 „mit der vbermass nit“ Wn.1 etc. — Ill. 165. 3 „eher vnd er“ Wn.1 etc. — Ill. 168. 10 „vnd jme das landt verboten“ Dr.1. Be. — Ill. 169. 3 „dreyfachtiger diebstal“ Wn.1. Dr.1. Be. — Ill. 175. 1 „Item so yemant sein gehauen holtz“ Wn.1. Dr.1. Be., in M.2. Pa. ist „sein“ ausgestrichen. — Ill. 178 Die Ueberschrift ist in allen Ms. korrumpirt, aber mit folgenden Varianten — „an vnd vngeweichten stetten“ Wn.1, „an vnd geweichten stetten“ Dr.1. Be., „an vnd jn geweichten stetten“ M.2. Pa. = We.1. — Ill. 179. 7 „sie sein gescheen“ Wn.1. Dr.1. Be. — Ill. 180 „mit etlichen wercken“ Wn.1. etc. mit Ausnahme von M.2., welches = We.1 „mit solchen w.“ hat. — Ill. 181. 4 alle Ms. haben die falsche Lesart „altar Bucher,“ nur Be. hat richtig „altar tucher“. — Ill. 183. 1 „ob einer — vber furgeubte“ Wn.1. Dr.1. Be. 17 „das sie die leut“ Wn.1 etc. 41 „sol dan durch den anlager zu seiner enthaltung“ Wn.1. Dr.1. Be. 46 „zimlichen bestandt thun“ Wn.1 etc., in We.1 ist „solchen“ in „zimlichen“ verbessert. — Ill. 185. 2 „scheinlichen wercken“ Wn.1. Dr.1. Be.; M.2. Pa. haben gleich We.1 das falsche „schentlichen wercken“; 8 „volgen“ Wn.1 etc. — Ill. 188. 22 „verantwort werde“ Wn.1 etc. — Ill. 189. 19 „darnach soll“ Wn.1 etc. — Ill. 190. 3 „derhalben bespracht wurd“ Wn.1 etc. 6 „tag vnd jar“; „stund“ ist ein zu Augsburg beschlossener Zusatz und fehlt in den andern Ms. — Ill. 192. 7 „vsfurung“ hat auch We.1 ganz richtig. — Ill. 194. 9 „die sollen“ Wn.1 etc. — Ill. 195. 4 „alle vrkhuntschafft“ ist nur ein Versehen Zöpfls, We.1 hat mit allen Ms. „alle vrkhund, kundschaft“. — Ill. 196. 1 „ob aber die clag von amptswegen“ Wn.1 etc., auch We.1 hat deutlich „ob aber ein clagen“, nicht „ein clager“. — Ill. 197. 6 „libelsweiss.“ Wn.1 etc. — Ill. 204. 2 Die Lesart bei Zöpfl „wie dye auch“ beruht auf einem Versehen; denn in We.1 ist dye nur eine Korrektur statt wie; M.2 hat „wie



auch“, alle andern Ms.: „die auch“. — Ill. 205. 1 „nach —  
 erfindung“ Wn.1 etc. — Ill. 206. alin. 5. 20 „so soll solch  
 widerkerung“ Wn.1 etc., auch We.1 hat „solch“, das von  
 Z. nur aus Versehen ausgelassen ist. — Ill. 207. 1 „nach laut“  
 Wn.1 etc. — Ill. 209. 14 „mit entlichen burgerlichen rechten“  
 Wn.1 etc., auch We.1 hat diese richtige und nicht die Lesart  
 bei Z. „etlichen“. — Ill. 210. 6 „sonder behalt nus“ Wn.1.  
 Dr.1. Be. — Ill. 214. 13 „vnd obgemeltten von der freund-  
 schafft“ Wn.1 etc. — Ill. 215. 27 „der antwurtter“ Wn.1 etc.  
 — Ill. 217. 8 „mit zimlicher ablegung“ Wn.1 etc. — Ill. 222.  
 5 „von dem thetter“ Wn.1 etc. — Ill. 223. 29 „vnd keiner on  
 leibsnot“ Wn.1 etc. 48 „der vberfarer“, so Wn.1 etc. und  
 auch We.1; „der vberfaren“ ist ein Versehen Zöpfl's. —  
 Ill. 224. 2 „nit vermocht“ Wn.1. Dr.1. — Ill. 225. 1 „so man  
 dan einen galgen“ Wn.1 etc., auch We.1 hat dan. — Ill.  
 226. 6 „on einich appellacion“ Wn.1 etc. und auch We.1,  
 „on ein mith appellacion“ ist ein Fehler Zöpfl's.<sup>1)</sup>

#### IV.

### Zum vierten Projekte.

Bei der Uebereinstimmung, welche bis auf wenige Punkte zwischen dem vierten, A u g s b u r g e r Projekte und der Carolina selbst obwaltet, beschränke ich mich darauf, aus den Handschriften jenes die wichtigeren Abweichungen und Varianten zur Editio princeps hervorzuheben und einige auf die Augsburger Redaktion bezügliche Notizen mitzutheilen.<sup>2)</sup> Die Artikelzählung

<sup>1)</sup> Die bei Zöpfl mit abgedruckten Schlussworte: „et sic est finis laus deo“ sind von der Hand eines der Revisoren zu Augsburg geschrieben.

<sup>2)</sup> Ueber die Handschriften des Proj. IV vergl. S. 144 u. ff. Die Handschriften des Proj. III We.1 u. Dr.1 sind soweit zu berücksichtigen, als sie bei der Augsburger Redaktion benutzt worden sind.



des Projekts ist durchweg die nämliche wie die der Carolina; eine Vorrede hat dasselbe nicht; die des Proj. III ist sammt der dazu gehörigen sog. „Erclerung“ fortgelassen.

Proj. IV. art. 1. 43<sup>1)</sup> „Wo aber etlich vom adel vnd ambter“ Ba. — IV. 2 entspricht III. 3; die Umstellung dieses art. stammt aus der Augsburger Schlusslesung, denn Dr.1. Be. haben ihn noch an der alten Stelle; in We.1 ist er durchstrichen, am Rande aber der Vermerk beigefügt: „maneat, sed reducatur in suum ordin. sub. II de jud.“ (Baier.) — IV. 3. 12 „vnd die gottlichen Euangelia“ Wn.2. Be., „vnd die gottlichen heiligen Euangelia“ We.2. Ba. — IV. 4. 18 „vnd die gottlichen Euangelia“ We.2, „vnd die gottlichen Euang. oder Heiligen“ Be. — IV. 5. 14 Dieselben Varianten wie bei a. 3. — IV. 6. 4 „verdacht oder arckwenig“ Be. — IV. 7. 7—9 Der Satz „oder sunst an enden — angezeygt“ stammt aus der Regensburger Schlussredaktion und fehlt in allen Ms. — IV. 8 entspricht III. 9; III. 8 ist in letzter Lesung fortgefallen; We.1. Dr.1 haben diesen art. noch. — IV. 14 In We.1 finden sich zu diesem art. u. a. folgende Glossen: „vbi accusatus nobilis et accusans vilis“, — „sed hodie dare debet fidejussorem“, „L nullus C. de exh. reis.“<sup>2)</sup> — IV. 16 Der aus III. 17 weggelassene Satz „in solchen — vbelthatten, die im rechten ein gnugsame vulkomene beweisung machen“ ist in We.1. Dr.1 noch unbeanstandet geblieben. — IV. 17. 2 „zuschicken soll, vnd soll der kleger“ We.2 etc. — IV. 20 Der Schlusssatz „mit recht doch alle thetliche handlung ausgeschlossen“ fehlt in We.1. Dr.1. — IV. 25. 14 „leumut oder gerucht“ We.2. Wn.2. — IV. 26. 2 „das darjn der merertail“ We.2. Wn.2. Br., „das dan den

---

<sup>1)</sup> Die kleineren Zahlen beziehen sich hier auf die Zeilen im Texte der Carolina nach Zöpfl's Ausgabe. (Leipzig 1876.)

<sup>2)</sup> L. 2 C. de exhib. vel transm. reis 9. 3.



mererteil“ Ba.<sup>1)</sup> — IV. 31. 13 „in einer gemein befragt were, wer jme“ We.2. Wn.2, — „gefragt werde, wer jme“ Ba. — IV. 33 5 „Mer ober“ Ba. Be. — IV. 34. 13—16. Der Zusatz „wo aber solcher vnd dergleichen“ etc. fehlt in We.1, findet sich aber in Dr.1. — IV. 37. 22 „verkauffen oder zustellen“ We.2. — IV. 38. 5 Der Satz „vnd seinen verkauffer vnd werman nit anzeygen wolt“, den Dr.1 gleichlautend hat, erscheint in We.1 in folgender Fassung als Randglosse: „wue er auch an gewehr wer vnd kauffern (?) nicht wolt anzeigen“ (Baier). — IV. 39 13 Der Satz „dessgleichen soll eine yede oberkeit“ etc. ist in We.1 in der Randglosse Baier's „zigeuner, betler, landfharer“ angedeutet. — IV. 40 18 „dem man in der sach“, so alle Ms. ausser Wn.2, welches „den man“ hat. — IV. 43. 4. 5 Den Satz „vnd seinen verkeuffern — anzeigen wollt“ hat weder We.1 noch Dr.1. — IV. 47. 11 „das er der verdachten missthat“ Wn.2. Br. Be.; 14 „nit furzuschlagen weiss“ We.2. Wn.2. Br.; 21 „auf das furderlichst“ We.2 etc. — IV. 56. 24 „vnd alsdan anderweit“ Ba. Br. — IV. 57. 10 „vrsachen seines laugnens“ Wn.2. Dr.1. Statt des Satzes: „es wer dan dass der gefangen“ etc., in We.1 nur die Andeutung: „zu ausfhurung seyns yrsals, aber nit zweymal“ (Baier). — IV. 62. 2 „oder der ankleger“ We.2. Wn.2. Ba. Br. — IV. 65.<sup>2)</sup> 3 Statt: „mit anzeygung jres wissens gründlicher vrsach“, was auch Dr.1. We.1 hatten, hatte Baier in We.1 anfänglich vorgeschlagen: „von aigen horen vnd aigen sehen.“ — IV. 68 Zu dem entsprechenden III. 70 in We.1 statt der poena talionis der Vorschlag Baiers: „die haben die straff nach gemeyn schrieben rechten verwürkt“

<sup>1)</sup> In We.1 steht neben dem Art. am Rande: „Soll der XXXVIII art. hieher gesetzt werden“ und „Cogitandum an recto ordine sit positus“, beides von Baier's Hand.

<sup>2)</sup> III. 66 ist schon in Dr.1. We.1 durchstrichen; in We.1 daneben einige Randglossen, z. B. „an mulier potest testificare in criminalibus“ — „si servus et pauper“. „L quoniam de testibus (L. 11 C. de testib. 4. 20.)



und die Vermerke „L is qui cum telo est abolita“,<sup>1)</sup> „Sol be-  
dacht werden.“ In Dr.1 sind die Worte „vnd zu bringen  
vnderstunden“ gestrichen. — IV. 71 Der neue Zusatz „vnd  
sunderlich eigentlich aufmercken“ etc. findet sich in Dr.1 in  
folgender Fassung: „vnd sonderlich aigen aufmergk, ob er  
wankelmuts werd vnd in seiner geberden entsetze zum handel  
aufschreiben“; in We.1 fehlt er noch, doch scheint auf ihn  
die Randnotiz: „addat. in fin. vt in origin.“ hinzuweisen. —  
IV. 72 In We.1 zu dem entsprechenden III. 74 die Citate:  
„C de testibus rogati vt“ —<sup>2)</sup>), „Auth. apud Eloquentissimum  
C de fid. instrum.“<sup>3)</sup> — IV. 76 2 „richter noch Commissarien“  
Br. — IV. 79. 13 „oder sunst“ Ba. — IV. 81. 17 Das aus-  
gelassene Wort „artickel“ findet sich in allen Ms. mit Aus-  
nahme von Br. — IV. 84 Dr.1 hat noch die Fassung von  
III. 86: „nit vntter acht schopffen“; in We.1 findet sich am  
Rande die Ergänzung „VII oder acht“ nachgetragen. — IV.  
88. 12 „hinfurter jm schliessen der vrteil“ Br., „hinfurd ent-  
schliessen der vrt.“ Wn.2, „hinfuro am schliessen der vrt.“  
Be. Der ganze Zusatz „doch dass derselbig schoepff — voln-  
faren sollen“ fehlt in Dr.1; We.1 hat von Baier's Hand nur  
die Andeutung: „doch das sye sich des vrteils enthalten“ und  
darunter den Vermerk: „es ist dis auch der fridbrecher miss-  
brauch eyner“. — IV. 90. 3 „oder der genugsam vberweisen“  
We.2; 8 „hett er aber die missthat“ We.2. Wn.2. — IV.  
91 In Dr.1 lautet der Eingang des art. unverändert wie in  
III. 93, dagegen sind hier bereits die Worte des letztern „so  
hat das verneynen des beclagten nit stat“ durch die folgenden  
„so soll der richter jn alwegen etc. — raths pflegen,“ ersetzt.

---

<sup>1)</sup> L. 7 C. ad leg. Corn. 9. 16; gemeint kann jedoch nur sein L. 1  
pr. D. ad leg. Corn. 48. 8.

<sup>2)</sup> Gemeint ist die Auth. Rogati ut in testamentis“ zu L. 18. C. de  
testib. 4. 20.

<sup>3)</sup> Zu L. 18 C. de fid. instrum. 4. 21. Vgl. Nov. 90 c. 5.



Während nun in We.1 an der letztgedachten Stelle noch die Fassung von Proj. III beibehalten worden, ist hier die von Simon Pistoris neu redigirte Eingangsformel: „Wurde der beklagte auf dem entlichen rechtstag etc. — vorgenommen“ von seiner Hand geschrieben auf einem besonderen Zettel eingelegt.<sup>1)</sup> Eine Reihe von Glossen und Citate in We.1 weisen auf die stattgehabten Discussionen hin, u. a. die nachstehenden: „non debet esse praesumptiva confessio“ — „si praecesserint indicia intelligi . . . sufficientia“. „Confessiones reorum non . . . si aliud indicium non justif.“ „Cautela est duplex confessio graviter examinata“.<sup>2)</sup> „L. divus,<sup>3)</sup> L.1 confess. contradixit.“<sup>4)</sup> „L.4 cust. reor“. — IV. 94 14 „zu lesen geburt“ We.2 etc. — IV. 99 Der Schlusssatz in III. 104 „wo aber ex officio“ etc., der in We.1 noch nicht geändert, ist in Dr.1 gestrichen und durch die jetzige Fassung ersetzt. — IV. 101 Neben dem entsprechenden III. 106 in We.1 die bemerkenswerthe Randglosse: „De jur. secul. non potest quis condemnari ad perpetuum carcer.“ — III. 107. 6 „solch felschlich abgeschworen gut“ We.2 etc. Der Schlusssatz aus III. 113 „vnangesehen“ etc. sowie die Worte „schweren wolt“ sind in Dr.1. We.1 durchstrichen. Der Zusatz „fursetzlich vnd arglistiglich“ in dem Satze „wer solch falsch schwerer — anrichtet“ findet sich in We.1 (Dr.1 hat ihn nicht) mit den Citaten: „L 1 ff. de sicariis contradixit, L. is qui cum telo C. de sicariis.“<sup>5)</sup> — IV. 108 In We.1 am Rande die Glossen „ob dye augen sollen ausgestochen“<sup>6)</sup> — „wan eyner ein land versworn“

<sup>1)</sup> Vergl. oben S. 162.

<sup>2)</sup> Die „confessio geminata“ ward als ein beliebtes Sicherungsmittel von den italienischen Praktikern vielfach empfohlen.

<sup>3)</sup> L. divus = L.1 § 17 D. de quaest. 48. 18.

<sup>4)</sup> Es scheint L. un. C. de confessis 7. 59 gemeint zu sein.

<sup>5)</sup> L.1 pr. D. ad leg. Corn. 48. 8 und L.7 C. ad leg. Corn. 9. 16.

<sup>6)</sup> Es ist bemerkenswerth, dass man wieder auf die im Correctorium zur Bamb. eingeführte, dann in Proj. I beseitigte Strafe der Verblendung zurückzukommen versuchte.



(Baier.) — IV. 111. 10—14 Der Passus „oder dieselbigen falsch muntz auffwechslet oder sunst zu sich bringt vnd widerumb — ausgibt“ lautete nach dem Vorschlage Baier's in We.1 anfänglich: „oder geferlich mit wissen vnder dye leut bringen“, dann nach seiner eigenen Korrektur: „dyselbe geferlich auffwechselt oder sunst zu sich bringt, widerumb bosshaftiglich zu schaden seines nechsten ausgibt.“ Dr.1 hat die Variante „zum nachteil seines nechsten ausgeben“, Be.: „dem nechsten zum nachteil wisslich vssgeben“. We.2. Wn.2. Br. Be. haben die richtige Lesart: — „auffwechseln — zu sich bringen — aussgeben.<sup>1)</sup> — 23—31 Der Schlusssatz „wo aber irgent einer eins andern müntz umbreget“ etc. findet sich in We.1 von Baier's Hand mit folgenden Varianten: „Wu aber yrgent eyner eyns ander müntz vmbrechet oder widder jm tigel brecht vnd geringer müntz daraus macht, der soll an leyb oder gut gestrafft werden nach gestalt der sachen. Szo aber mit der herrschaft willen vnd wissen gescheen, szo soll dieselb dye müntzfreyheyte verloren haben“; darunter steht die Note: „ist nicht beschlossen.“ Dr.1 hat den Zusatz gleichfalls, aber mit folgender Abweichung — „der sol am leyb vnd gut nach gelegenheit gestrafft werden, so es aber mit der herschafft wissen vnd willen geschehe, sol er seyne Muntzfreyung verloren vnd verwurgkt haben.“ — IV. 112 In We.1 Randglossen wie „debet esse aliquid quod sit falsum“, „L. jubemus C. de probat.“<sup>2)</sup> „Nichts da das gefelscht dan Bucher.“ — IV. 119. 4 „mit gewalt oder wider jren willen“ We.2. Wn.2. In We.1 ist am Rande die Frage aufgeworfen: „quid si non est viri potens?“ — IV. 120. 10 „damit er den ehebruch volnbracht hett“ Ba., „damit d' ehebruch“ — Br., die andern Ms. = Carol. — IV. 121 In We.1 am Schlusse das Citat „Contra l. eum qui duas.“<sup>3)</sup> — IV. 128. 31 „nit der meynung jemant“ Ba. Br. Be.

<sup>1)</sup> Vergl. oben S. 228.

<sup>2)</sup> L. 24 C. de probat. 4. 19.

<sup>3)</sup> L. 18 C. ad leg. Jul. de adult. 9. 9.



IV. 130 In We.1 ist von Baier neben den Worten: „soll einem furgesatzten morder gleich“ — am Rande „bedechtigen“ hinzugesetzt.<sup>1)</sup> — IV. 137. 5—12 In We.1 hat die Stelle folgende Fassung: „werden die fursetzlichen morder vnd sunst d y e todtschleger einander gleich — — vnd ein ander der einen todtschlag vnfursezlich oder aus geheytt vnd zorn gethan“ etc.; in Dr.1 lautet sie also: „werden die fursezlichen morder vnd sunst die todtschleger einander gleich — — vnd ein ander der einen todtschlag gethan“. Be. ist ganz korrumpirt: „werden die vnfursetzlichen morder todtschlaer einander gleich — — vnd ein ander der einen todtschlae fursetzlichen oder aus geheitt vnd zorn gethan“.<sup>2)</sup> Die Handschriften des Proj. IV haben alle „o d e r aus geheitt vnd zorn“; nur in Ba. fehlt oder. — IV. 138 Die Lücke findet sich in allen Ms. We.1 hat die Randbemerkung „Contra jus Saxon. Wher muss er gelten.“ — IV. 139. 5 „niemand nichts schuldig“ We.2. Wn.2. Br. — IV. 142. 1. 2 „der ersten thatlich anfechtung“ Wn.2. 14 „thatlich handlung“ Wn.2. Ba. Br. 34 „dem benöttiger“, so alle Ms. 53 „ausgefurt oder gestanden“ We.2. Ba., — „bestanden“ Br., „verstanden“ Wn.2. — IV. 147 In We.1 am Schlusse der nicht weiter berücksichtigte Vorschlag Baier's „wye er sich in seiner arbeyt“. — IV. 148 In We.1 zu diesem art. die Citate „L si in rixa,<sup>3)</sup> — si plures qui in rixa et unum vulnus factum.“ — IV. 150. 50 „das recht — verlengern“ Wn.2. Ba. Br. — IV. 154. 4 „zu thun vermochten“ Ba., „zu thun v e r m o c h t“ We.2. Wn.2. Br. — IV. 157 20 „nach einfachem wert“ Wn.2. Ba., „noch einfach werdt“ We.2 Br. 24 „der obgemelt oberkeit geltbuss“ Br. 28 „seyn gewonliche gepur“ We.1; „jre gepur“ Be. — IV. 158. 5 „n a c h e y l machte“ haben alle Ms., die Editio princeps hat fälsch-

<sup>1)</sup> Vergl. oben S. 236.

<sup>2)</sup> Vergl. oben 232 u. ff.

<sup>3)</sup> L. 17 D. ad leg. Corn. 48. 8.



licherweise „nachteyl machte“. 19 „on der obgemelt oberkeit zulassen“ Br. — IV. 159. 3 „in sein behausung oder behalt- nus“ We.2. Br. — IV. 162. 3 „dreyfeltiger diebstal“ Br. — IV. 166. 8 „ob aber eyner — on straff erlassen“ We.2. — IV. 171 Die fehlerhafte Ueberschrift in allen Ms. — IV. 174. 5 „altar Bucher“ We.2. Wn.2. Ba. Br. 17 „in solchem kirchen- raub“ Br., — „kirchenrauber“ Ba. Der Zusatz findet sich weder in We.1 noch in Dr.1 noch auch in Be., er stammt daher aus der Augsburger Schlusslesung. — IV. 176. 9 „nit zuvil gethan“ Wn.2. Br. 22 „keyn notturfftig caution“ We.2. Br. — IV. 178. 12 „wie vorstet Rats pflegen“ Ba. — IV. 195. We.2 hat in der Ueberschrift die Variante: — „in ge- fengknus zu enthalten.“ — IV. 196 Ueberschr. — „geurteilt werden soll“ We.2 etc. — IV. 201. 10—16 der Satz: „es wer dan sach — zu vergleichen“ fehlt in We.1. Dr.1. — IV. 204. 16. 17 „der scheffen oder vrteyller kostgelt“ We.2. Wn.2. Br., — „vrteillen“ Ba. Be. 20 „sol durch das gericht oder desselben gerichts oberkeit“ Ba. Br. Be. — IV. 207 11 „dan nicht ein gewonheit“ We.2. Wn.2. Br. Ba. — IV. 208. 2 „der ausprüchigen hab“ Wn.2. Br. Ba. — IV. 210. 19 „die ansprüchig hab“ Br. Ba.; We.2. Wn.2 haben das irrige: ausprüchig“. — IV. 213. 16 „auffzuburgen“ We.2. Br. Be. — IV. 215. 23 „erfordere“ We.2, „erfordern“ Be. 45 „ver- klagt, verschmecht“ We.2. Wn.2. Br.; Ba. Be. haben richtig „veracht, verschmecht“. — IV. 218. 1 „an etlichen orten vnd enden“ Be. 15 „vnvorsichtlich tödt“ We.2. 35 „den sonst in andern fellen“ We.2. Br., „der sonst“ — Be.; Wn.2 hat: „oder (abgekürzt) sunst.“<sup>1)</sup> — IV. 219. 7 „bei jren ober- haupten“ Be. 8 „aus altem vor jaren brauch“ Be. 12—15 Der Satz „sollen in obgemelten fall — rath suchen“ findet sich in den Ms. nicht, statt seiner wird auf einen hier bei- gelegten Zettel verwiesen, auf welchem der S. 146 Anm. 1

<sup>1)</sup> Vgl. oben S. 248 u. ff.



abgedruckte Vermerk: „Erstlich ist der art. an diesem orte also bedacht“ etc. die Weglassung jenes Passus aus den veränderten Bestimmungen über die Appellation motivirt.<sup>1)</sup> Bei der Schlussredaktion zu Regensburg hat man den Satz wieder in den Gesetzestext aufgenommen und den Zettelvermerk beseitigt.

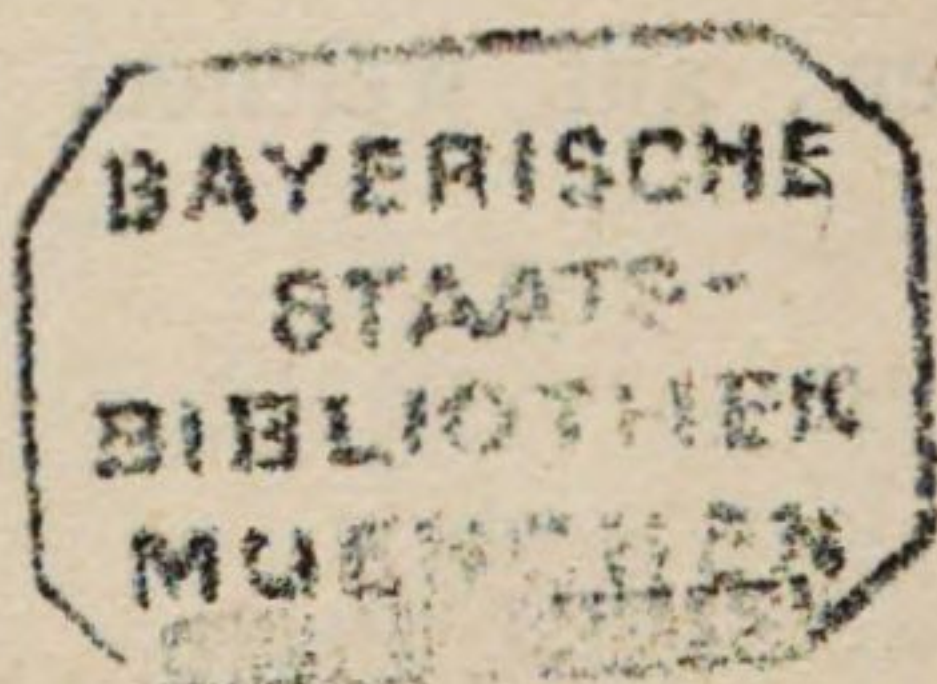
Unmittelbar auf a. 219 folgen in den Handschriften die schon früher mitgetheilten Anhänge wegen Streichung von Proj. III. 226 und Zulassung der Appellation in peinlichen Sachen,<sup>2)</sup> und sodann wegen der mit H. G. O. abzudruckenden ältern Reichsgesetze.<sup>3)</sup> In We.1. Dr.1 finden sich weder diese Anhänge noch die a. 218. 219. — Proj. III. 226 ist in Dr.1 beibehalten, in We.1 zwar durchstrichen, seine definitive Weglassung kann aber erst bei der dritten Lesung zu Augsburg beschlossen worden sein. Auf die über a. 226 gepflogenen Berathungen weisen in We.1 einige Randglossen Baier's hin, z. B. „a pena non appellari, sed a modo“. „Si confessus et convictus, non potest appellare“. „In dysen sachen aber dye recht appellacion zulassen“.

---

<sup>1)</sup> In Be. ist aus Versehen der ganze Zettelvermerk in den Text inserirt.

<sup>2)</sup> „Zuletzt ist gestanden ein art. dis inhalts, das hinfurder in peinlichen sachen“ etc. wie oben S. 146 Anm. 2.

<sup>3)</sup> „Item zuletzt der ordnung sol angehengt werden weiland kaiser Maximilians“ etc. wie S. 140 Anm. 1.









1870

Received of the Hon. Secy of the Navy  
the sum of \$100.00 for the purchase of  
a copy of the "Manual of the Navy"  
for the use of the Navy.

Witness my hand and seal this 1st day of  
January 1870.

John A. Smith, Secy of the Navy.

1871

Received of the Hon. Secy of the Navy  
the sum of \$100.00 for the purchase of  
a copy of the "Manual of the Navy"  
for the use of the Navy.

Witness my hand and seal this 1st day of  
January 1871.

John A. Smith, Secy of the Navy.

1872

Received of the Hon. Secy of the Navy  
the sum of \$100.00 for the purchase of  
a copy of the "Manual of the Navy"  
for the use of the Navy.

Witness my hand and seal this 1st day of  
January 1872.

John A. Smith, Secy of the Navy.



P. Greiner  
Buchbinderei  
München







Güterbock, Carl Eduard,

Die Entstehungsgeschichte der Carolina auf Grund archivalischer  
Forschungen und neu aufgefundener Entwürfe dargestellt

Würzburg 1876

Crim. 119 ih

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11332511-9